

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

Wahlpflichtfach Nr. 6:

Personalmanagement in Zeiten des organisatorischen Wandels aus sozialwissenschaftlicher und rechtlicher Perspektive auch unter Berücksichtigung der Tarifrechtsreform und künftiger Dienstrechtsreformen im öffentlichen Dienst

Vom Diplom zum Bachelor in der Innenverwaltung

—

**Eine Untersuchung der qualitativen Verbesserungsmöglichkeiten
und Chancen des Bachelor of Arts Public Management**

DIPLOMARBEIT

zur Erlangung des Grades einer
Diplom-Verwaltungswirtin (FH)

vorgelegt von

Mona Hofele

Studienjahr 2009/2010

Erstgutachter: Prof. Dr. H. Hopp
Zweitgutachter: Prof. G. Pfeifer

Inhaltsverzeichnis

Darstellungsverzeichnis	IV
Abkürzungsverzeichnis	V
1 Einleitung.....	1
2 Der Bologna-Prozess	3
2.1 Maßnahmen der Bologna-Erklärung.....	4
2.2 Die Nachfolgekongresse	7
2.3 Gründe der HS Ludwigsburg vom Diplom-Verwaltungswirt auf den Bachelor of Arts Public Management umzustellen.....	8
3 Gegenüberstellung des Diplom- und Bachelorstudienganges	9
3.1 Bewerbungsverfahren	11
3.2 Praxiseinheiten.....	12
3.3 Studieneinheiten	14
3.3.1 Dienstzeitbegleitender Unterricht – Einführungslehrgang	15
3.3.2 Grundstudium – Grundlagenstudium.....	15
3.3.3 Praxisbegleitender Unterricht – Praxisbegleitende Arbeitsgemeinschaften.....	16
3.3.4 Hauptstudium – Vertiefungsstudium.....	17
3.4 Prüfungen	17
3.4.1 DzU-Prüfungen – EL-Prüfungen.....	18
3.4.2 Zwischenprüfungen – Modulprüfungen.....	18
3.4.3 PU-Prüfungen – AG-Prüfungen.....	19
3.4.4 Diplomarbeit – Bachelorarbeit	19
3.4.5 Die Staatsprüfung	20
3.5 Kostenaspekte	21
4 Methodik	22
4.1 Experteninterviews.....	23
4.1.1 Interviews mit den Hochschulbediensteten.....	23
4.1.2 Interviews mit den Personalämtern	24
4.1.3 Vorgehensweise zur Durchführung der Interviews	24
4.1.4 Auswertung der Interviews	25
4.2 Fragebögen.....	25
4.2.1 Vorgehensweise zur Erstellung der Fragebögen.....	26
4.2.2 Durchführung der Studierendenbefragung	27

4.2.3	Auswertung der Fragebögen	28
5	Ergebnisse der Studierendenbefragung	29
5.1	Allgemeine Daten.....	29
5.2	Meinung zum Studiengang.....	32
5.3	Informationsbeschaffung Hochschule.....	33
5.3.1	Informationsquellen	33
5.3.2	Informationsvermittlung durch die Hochschule	36
5.4	Informationsbeschaffung Praxis	38
5.5	Praxiseinheiten.....	40
5.6	Studieninhalte	43
5.7	Prüfungen	46
5.8	Studienverlauf	48
5.8.1	Früherer Berufseinstieg	48
5.8.2	Betreuung durch die Hochschule und die Dozenten	49
5.8.3	Abschluss Master of Arts.....	50
6	Probleme des Bachelorstudiengangs und deren Verbesserungsmöglichkeiten.....	51
6.1	Einführungspraktikum und Einführungslehrgang	52
6.2	Bachelorarbeit	53
6.3	Vorschlag eines neuen Studienmodells (aus dem Interview mit Herrn Prof. Schad).....	54
6.4	Informationsfluss	60
6.5	Grundlagenstudium	61
6.6	Module und Modulprüfungen.....	62
6.7	Praktische Ausbildung.....	64
6.8	Praxisbegleitende Arbeitsgemeinschaften.....	65
7	Chancen des Bachelor of Arts Public Management	66
7.1	Auslandspraktikum.....	66
7.2	Fachprojekte	68
7.3	Studium und Praxis	68
7.4	Master of Arts.....	69
8	Schlussbetrachtung.....	70
	Literaturverzeichnis.....	VII
	Erklärung nach § 36 Abs. 3 APrOVwgD	X

Darstellungsverzeichnis

Abb. 1	Y-Modell.....	10
Abb. 2:	Fünf-Finger-Modell.....	11
Tab. 1:	Ausbildungsbereiche des V- und W-Zweigs.....	13
Tab. 2:	Wahlpflichtfachbereiche der Diplomanden.....	19
Abb. 3:	Zusammensetzung der Grundgesamtheit und des Rücklaufs	30
Tab. 3:	Geschlechterverteilung im Diplom- und Bachelorstudiengang	30
Abb. 4:	Altersverteilung der Diplomanden	31
Abb. 5:	Altersverteilung der Bachelors	31
Abb. 6:	Meinung über den Bachelorstudiengang vor und während der Ausbildung	32
Abb. 7:	Auslandspraktikum der Diplomanden	41
Abb. 8:	Interesse der Bachelors an einem Auslandspraktikum	42
Abb. 9:	Betreuung und Unterstützung durch die HS Ludwigsburg und deren Dozenten	50
Abb. 10:	Interesse der Diplomanden und Bachelors am Master of Arts	51
Abb. 11:	Mögliche Ausgestaltung der letzten beiden Phasen des Studiums	59

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
APrOVw gD Bac.	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst vom 30. August 2007 [Bachelor]
APrOVw gD Dipl.	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst vom 27. Januar 2004 [Diplom]
Aufl.	Auflage
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMA	Bürgermeisteramt
BWL	Betriebswirtschaftslehre
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
DLA	Dienstleistungsauftrag
DS	Diploma Supplement
dzU	dienstzeitbegleitender Unterricht
ECTS	European Credit Transfer System
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EJ	Einführungsjahr
EL	Einführungslehrgang
EP	Einführungspraktikum
EU	Europäische Union
evtl.	eventuell
f.	folgende
FAG	Finanzausgleichsgesetz des Landes Baden-Württemberg
ff.	fortfolgende
GABI.	Gemeinsames Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg
GBl.	Gesetzblatt des Landes Baden-Württemberg
GLS	Grundlagenstudium
GS	Grundstudium
Hrsg.	Herausgeber
HS	Hauptstudium
HS Ludwigsburg (früher: HVF)	Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IHK	Industrie- und Handelskammer
IT	Informationstechnik
Kap.	Kapitel
LRA	Landratsamt
N.	Nennungen
Nr.	Nummer
PU	praxisbegleitender Unterricht
RP	Regierungspräsidium
S.	Seite
SPO	Studien- und Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“, Fachhochschule Ludwigsburg, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Tab.	Tabelle
u.a.	unter anderem
VA	Verwaltungsakt
vgl.	vergleiche
VS	Vertiefungsstudium
VWA	Bundesverband Deutscher Verwaltungs- und Wirtschafts- Akademien e. V.
VWL	Volkswirtschaftslehre
VwV	Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die praktische und fachwissenschaftliche Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes vom 30. November 2000 unter Berücksichtigung der Änderung vom 12. Januar 2004
V-Zweig	verwaltungsrechtlicher Schwerpunktbereich
W-Zweig	wirtschaftswissenschaftlicher Schwerpunktbereich
z.B.	zum Beispiel
ZPO	Zivilprozessordnung

1 Einleitung

„Dieser Hörsaal ist besetzt!“¹, „Stop Bologna!“² und „Ich bin mehr als vier Module“³. Dies sind nur drei von zahlreichen Parolen, die im Zuge des „Bundesweiten Bildungsstreiks 2009“ auf den Transparenten, Aufklebern und Flyern der Demonstranten zu lesen sind. Seit 15.06.2009 protestieren die Studierenden gegen die europäische Bildungsreform. Im Fokus steht vor allem die Umstellung des Diplomstudienganges auf das Bachelor-/Mastersystem. Hiervon ist auch der Studiengang der baden-württembergischen Innenverwaltung betroffen. Zwar berichten die Medien tagtäglich über die Bachelorstudiengänge der Privatwirtschaft, von den Bachelors der öffentlichen Verwaltung hört und liest man dagegen kaum etwas. Zudem musste ich in meiner praktischen Ausbildung feststellen, dass seitens vieler Behördenmitarbeiter große Unwissenheit über den Bachelor of Arts Public Management besteht und dass die negative Kritik, mit der die Bachelorisierung verbunden ist, oft ungeprüft übernommen wird.

In dieser Arbeit soll daher aufgezeigt werden,

- welche Probleme es in dem Studiengang Bachelor of Arts Public Management der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg⁴ gibt,

¹ URL: http://www.bildungsstreik.net/wp-content/uploads/2009/11/hoersaal_besetzt.jpg [21.12.2009], Anlage 1, S. XIII.

² URL: http://www.bildungsstreik.net/wp-content/uploads/2009/11/Bildungsstreik-Aufkleber-Winter_Vorschau.jpg, Motiv 09 [21.12.2009], Anlage 1, S. XIV.

³ Titz, Christoph/Menke, Birger/Waleczek, Torben/Leffers, Jochen, Bildungsstreik, Mehr als 100.000 Schüler und Studenten auf den Straßen (17.06.2009), Spiegel online, Unispiegel, Online im WWW unter URL: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,630965,00.html> [21.12.2009], Anlage 2, S. XV.

⁴ Diese Arbeit bezieht sich nur auf den Bachelor of Arts der Innenverwaltung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg abgekürzt mit HS Ludwigsburg.

- welche Verbesserungsmöglichkeiten daraus abgeleitet werden können und
- welche Chancen sich kurz- und langfristig für die Innenverwaltung durch die Umstellung auf den Bachelor ergeben.

Als Ausgangspunkt für die europäische Hochschulreform wird zunächst auf den Bologna-Prozess eingegangen. **Kapitel 3** zeigt in einer Gegenüberstellung des Diplom- und Bachelorstudienganges, welche gravierenden Änderungen bei der Umstellung auf den Bachelor of Arts erfolgt sind. Im Rahmen der Methodik, die in **Kapitel 4** erläutert wird, wurden zwei Vorgehensweisen zur Durchführung der empirischen Untersuchung gewählt: Mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens wurden die 184 Diplomanden und 194 Bachelors der HS Ludwigsburg befragt. Kernthemen dieser Befragung waren die Informationsbeschaffung an der Hochschule und in der Praxis, der Ablauf und die Inhalte der Praxis- und Studieneinheiten sowie die Häufigkeit und Schwierigkeit der Prüfungen. Um den Studiengang auch aus Sicht der Praxis beleuchten zu können wurden fünf Leitfadeninterviews mit Mitarbeiterinnen verschiedener Personalämter geführt. Die Sichtweise der HS Ludwigsburg ergab sich aus Leitfadeninterviews mit fünf Hochschulbediensteten. Die Ergebnisse der Studierendenbefragung werden in **Kapitel 5** dargestellt. **Kapitel 6** zeigt auf, welche Probleme es im Bachelorstudiengang der Innenverwaltung gibt. Außerdem werden Vorschläge zur Verbesserung dieser Schwierigkeiten unterbreitet. Die Chancen, die der Bachelorstudiengang für die Innenverwaltung mit sich bringt, werden in **Kapitel 7** näher ausgeführt. Sowohl das 6. als auch das 7. Kapitel basieren auf den Resultaten der schriftlichen und mündlichen Befragungen. Abschließend werden in **Kapitel 8** die gewonnen Erkenntnisse nochmals zusammenfassend betrachtet und eine Einschätzung über die künftige Entwicklung des Studienganges vorgenommen.

Hinweis:

In dieser Arbeit wird aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung die männliche Form verwendet, z.B. „die Bachelors“ statt „die Bachelors und Bachelorettes“. Selbstverständlich gelten alle Aussagen für Frauen und Männer gleichermaßen, es sei denn es wird ausdrücklich nur auf die weibliche oder männliche Form eingegangen.

2 Der Bologna-Prozess

Anlässlich der 900-Jahr-Feier der ältesten europäischen Universität in Bologna unterzeichneten am 18. September 1988 die anwesenden Universitätspräsidenten und -rektoren die Magna Charta Universitatum. Sie taten dies „[...] in der Hoffnung auf eine vertiefte Zusammenarbeit unter den Völkern Europas, in der Überzeugung, dass Völker und Staaten sich mehr denn je der Aufgabe bewusst werden sollten, die den Hochschulen in einer sich verändernden und zunehmend internationalen Gesellschaft zukommen wird [...]“.⁵

Fast zehn Jahre später, am 25. Mai 1998, folgte anlässlich der 800-Jahr-Feier der Universität von Paris die „Sorbonne-Erklärung“. Darin manifestierten die Bildungsminister aus Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien ihren Willen, die Grundlage für eine verbesserte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulentwicklung zu schaffen und bestehende Hemmnisse abzubauen.⁶

⁵ Magna Charta Universitatum, Präambel, Bologna 1988, Online im WWW unter URL: http://www.magna-charta.org/pdf/mc_pdf/mc_german.pdf [16.02.2010].

⁶ Vgl. Sorbonne-Erklärung, Paris 1998, Online im WWW unter URL: http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/Bologna/links/language/1998_Sorbonne_Erklaerung.pdf [16.02.2010].

Am 19. Juni 1999 wurde diese Initiative schließlich konkretisiert, indem 29⁷ europäische Staaten die Bologna-Erklärung unterzeichneten. Oberste Zielsetzung war es, bis zum Jahre 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen.⁸

2.1 Maßnahmen der Bologna-Erklärung

Um das Ziel des einheitlichen europäischen Hochschulraumes erreichen zu können wurden sechs Maßnahmen vereinbart, die den Bologna-Prozess in Gang setzten:

- Einführung leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse: Hierzu wurde u.a. das „Diploma Supplement“ (DS) eingeführt. Dieses Dokument ist als Anhang zum Prüfungszeugnis zu verstehen. Neben Angaben zum Inhaber und dessen Qualifikation enthält das DS auch Informationen zum nationalen Hochschulsystem.⁹ Dadurch wird gewährleistet, dass sowohl in- als auch ausländische Hochschulen und Arbeitgeber die Qualifikation des Bewerbers nachvollziehen können.
- Einführung eines zweistufigen Studiensystems: Die erste Stufe dauert mindestens drei Jahre und schließt mit dem Bachelor ab. Etymologisch lässt sich der Begriff „Bachelor“ auf das lateinische Wort „Bakkalaureus“ (Junggeselle) zurückführen. „Baculus“ (Stab) und „laureus“ (Lorbeer) durften bei den Römern nur die Erfolgreichen

⁷ Bei der Einladung zu Bologna wurde Liechtenstein 1999 vergessen, aber rückwirkend als Teilnehmerstaat anerkannt. Daher wird oft auch von 30 Unterzeichnerstaaten gesprochen. (Vgl. Walter, Thomas, Der Bologna-Prozess, Ein Wendepunkt europäischer Hochschulpolitik?, Wiesbaden 2006, S. 145).

⁸ Vgl. URL: <http://www.bmbf.de/de/3336.php>, Wissenschaft/Der Bologna-Prozess [26.10.2009], Anlage 2, S. XXII.

⁹ Vgl. Diploma Supplement, Online im WWW unter URL: <http://www.uni-potsdam.de/ambek/ambek2006/5/Seite8.pdf> [03.02.2010].

tragen.¹⁰ Nach Gründung der ersten europäischen Hochschulen wurde dieser Begriff zum Titel der damals noch rein männlichen Hochschulabsolventen. Erstmals auf europäischer Ebene verliehen wurde der „Bakkalaureus“ von der Sorbonne Universität in Paris im 13. Jh. In Deutschland schaffte man diesen Titel im 19. Jh. wieder ab.¹¹

Die zweite Stufe setzt den erfolgreichen Bachelorabschluss voraus und schließt mit dem Master ab. Der Master ist grundsätzlich Voraussetzung für die Promotion, die man als dritte Stufe hinzufügen könnte.

- Einführung eines Leistungspunktesystems nach dem ECTS-Modell: ECTS steht für „European Credit Transfer System“. Ein Leistungspunkt (Credit) entspricht gem. § 22 Abs. 1 Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst (APrOVw gD Bac.¹²) einem Arbeitsaufwand (workload) von 30 Stunden. Das Modul 1 „Öffentlich-rechtliche Grundlagen des Verwaltungshandelns“ umfasst 480 Stunden workload und ergibt somit 16 Leistungspunkte. Ein akademisches Jahr entspricht nach dieser Rechnung 60 ECTS-Credits, d.h. pro Semester können 30 Credits erlangt werden. Um diese zu erhalten, müssen die Studierenden in Prüfungen nachweisen, dass sie das angestrebte Lernziel erreicht haben.¹³ Für den Bachelorabschluss sind 180 Credits erforderlich, für den Master 120. Getrennt von den Leistungspunkten werden die Noten ausgewiesen. Die deutsche Notenskala reicht von 1 bis 5. Zusätzlich werden relati-

¹⁰ Vgl. HTW Chur, Hochschule für Technik und Wissenschaft, Die häufigsten Fragen zu den Themen Bachelor und Master und ihre Antworten (22.11.2004), Online im WWW unter URL: http://www.fh-htwchur.ch/uploads/media/faqs_bologna.pdf [22.12.2009], Anlage 2, S. XXIII.

¹¹ Vgl. URL: <http://www.bachelor-studium.net/was-ist-ein-Bachelor.html> [22.12.2009], Anlage 2, S. XXII.

¹² APrOVw gD i.d.F. vom 30. August 2007, veröffentlicht im GBl. vom 26. September 2007, Nr. 15, S. 400 ff.

¹³ Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.), Bologna-Reader, Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, Bonn, 2004, S. 127.

ve Noten entsprechend der ECTS-Bewertungsskala (§ 24 SPO¹⁴) ausgewiesen: A = die besten 10 %; B = die nächsten 25 %; C = die nächsten 30 %; D = die nächsten 25 %; E = die nächsten 10 %.

- Förderung der Mobilität: „Grenzenlose Mobilität ist eines der Kernziele des Bologna-Prozesses, auf das die Hochschulen mit international verständlichen Studienabschlüssen und mit einer besseren Anerkennung von Studienleistungen hinarbeiten.“¹⁵ Hier steht vor allem die räumliche Mobilität im Vordergrund, die durch studienbezogene Auslandsaufenthalte gefördert werden soll.
- Qualitätssicherung durch Evaluation und Akkreditierung: Die Evaluation ist eine Stärken-Schwächen-Analyse durch sog. „Peer Gruppen“. Dies sind Fachgutachtergruppen, die Tipps und Hinweise zur Qualitätsverbesserung der Hochschulen direkt vor Ort geben. Es handelt sich um eine „Hilfe zur Selbsthilfe“.¹⁶ Die Akkreditierung ist eine Art TÜV der Studiengänge. Ein „TÜV-Siegel“ kann nur erlangt werden, wenn die Kriterien des Akkreditierungsrates (AR) erfüllt sind. Die Überprüfung selbst wird von einer Akkreditierungsagentur durchgeführt. In Deutschland sind bisher zehn Agenturen zugelassen.¹⁷ Die Hochschulrektorenkonferenz und die Kultusministerkonferenz evaluieren etwa alle fünf Jahre die Arbeit des Akkreditierungsrates.¹⁸

¹⁴ Studien- und Prüfungsordnung (SPO) für den Bachelorstudiengang „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“, Fachhochschule Ludwigsburg, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen.

¹⁵ Gaehtgens, Christiane, Vorwort in: Bologna-Zentrum der Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Mobilität im Studium, Eine Untersuchung zu Mobilität und Mobilitätshindernissen in gestuften Studiengängen innerhalb Deutschlands, Statistik zur Hochschulpolitik 2/2008, Bonn 2008, S. 5, Online im WWW unter URL: http://www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/Mobilitaet_im_Studium_2008.pdf [02.01.2010].

¹⁶ Vgl. Warwitz, Theresia, Die Einführung von Bachelor und Master - gesagt, getan?, Symbolik und Wirklichkeit der Bologna-Deklaration, Saarbrücken 2008, S.110.

¹⁷ Vgl. Clasen, Andreas, Geprüfte Unzufriedenheit, Studenten protestieren gegen Bologna-Prozess – Die Probleme an den Hochschulen sind oft hausgemacht, in: Hohenloher Tagblatt vom 09.12.2009, S. 3, Anlage 2, S. XXff.

¹⁸ Vgl. Bologna-Reader, Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Service-Stelle Bologna, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, Bonn 2004, S. 163.

- Förderung der europäischen Dimensionen: Im Hochschulbereich sollen insbesondere die Curriculum-Entwicklung, Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, Mobilitätsprojekte und integrierte Studien-, Ausbildungs- und Forschungsprogrammen gefördert werden.

2.2 Die Nachfolgekongferenzen

In der Bologna-Erklärung wurde beschlossen, sich „in zwei Jahren wieder zu treffen, um die bis dahin erzielten Fortschritte und die dann zu ergreifenden Maßnahmen zu bewerten.“¹⁹ Diese Vereinbarung wurde beibehalten und so finden seitdem alle zwei Jahre Konferenzen statt. Mittlerweile sind bereits 46 Staaten dem Bologna-Prozess beigetreten.

Die wichtigsten Beschlüsse, die in den bisher stattgefundenen fünf Kongressen gefasst wurden, sind:

- Steigerung der Attraktivität des europäischen Hochschulraumes bei den Studierenden in Europa und der übrigen Welt
- Verleihung und Anerkennung gemeinsamer Abschlüsse
- Arbeitsmarktbefähigung
- Bis zum Jahr 2020 sollen europaweit 20 % aller Graduierten einen Studien- oder Praktikumsaufenthalt im Ausland absolviert haben.

¹⁹ Bologna-Erklärung vom 19.06.1999, Bologna 1999, S. 5f, Online im WWW unter URL: http://www.bmbf.de/pub/bologna_deu.pdf [16.02.2010].

2.3 Gründe der HS Ludwigsburg vom Diplom- Verwaltungswirt auf den Bachelor of Arts Public Management umzustellen

In Baden-Württemberg initiierten und befürworteten nicht nur die Hochschulen die Umstellung des gehobenen Verwaltungsdienstes auf den Bachelor, sondern auch der Gemeindetag Baden-Württemberg. Vom Innenministerium Baden-Württemberg wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, die sich mit der Einführung des Bachelor-Studiensystems beschäftigen sollte. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren das Wissenschaftsministerium, die kommunalen Spitzenverbände, die Regierungspräsidien, ein Vertreter des Parlaments, der Verband der Verwaltungsbeamten und die Hochschulen.

Da die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes das Kernziel des Bologna-Prozesses ist, stellt sich nun die Frage, welche Bedeutung die Internationalisierung des Studienganges für die Innenverwaltung hat.

Herr Prof. Ziegler²⁰ erklärte, dass die Internationalisierung des Studienganges nie das zentrale Thema bei der Reform gewesen sei. Eine Angleichung an das europäische Hochschulwesen wäre nicht erforderlich gewesen, da die Studierenden später in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland arbeiten. Die Umstellung auf den Bachelor of Arts in der Innenverwaltung kann somit als Konsequenz des Bologna-Prozesses betrachtet werden. Dennoch wäre es nach Auffassung von Herrn Prof. Dr. Hopp schwierig gewesen, wenn die HS Ludwigsburg den Diplomstudiengang beibehalten hätte und damit einen separaten Weg gegangen wäre. Diese Hochschule wäre vermutlich in ein paar Jahren eine der wenigen oder sogar die

²⁰ Vgl. Interview mit Herrn Ziegler am 09.12.2009, Anlage 31, S. CXLVII.

einzigste Hochschule in Baden-Württemberg oder gar bundesweit gewesen, deren Studierende noch mit dem Diplom abgeschlossen hätten.²¹

3 Gegenüberstellung des Diplom- und Bachelorstudienganges²²

In einer Gegenüberstellung des Diplom- und Bachelorstudienganges sollen die wichtigsten Änderungen dargestellt werden, die sich bei der Umstellung auf den Bachelor ergeben haben. Grundlage für den Diplomstudiengang ist die APrOVw gD in der Fassung vom 27. Januar 2004²³ (APrOVw gD Dipl.) sowie die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die praktische und fachwissenschaftliche Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes vom 30. November 2000 unter Berücksichtigung der Änderung vom 12. Januar 2004 (VwV). Für den Bachelorstudiengang gilt die APrOVw gD in der Fassung vom 30. August 2007²⁴ (APrOVw gD Bac.) sowie die Studien- und Prüfungsordnung (SPO) für den Bachelorstudiengang „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“, Fachhochschule Ludwigsburg, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen.

Vor der Verwaltungsreform im Jahre 1995 absolvierten die Studierenden zunächst zwei Jahre Praxis und anschließend zwei Jahre Theorie an der Hochschule (Blockmodell). Im Zuge dieser Reform wurde das Blockmodell vom Intervallmodell abgelöst. Bis zur Einführung des Bachelorstudienganges im September 2007 wechselten sich also Praxis und Theorie jährlich

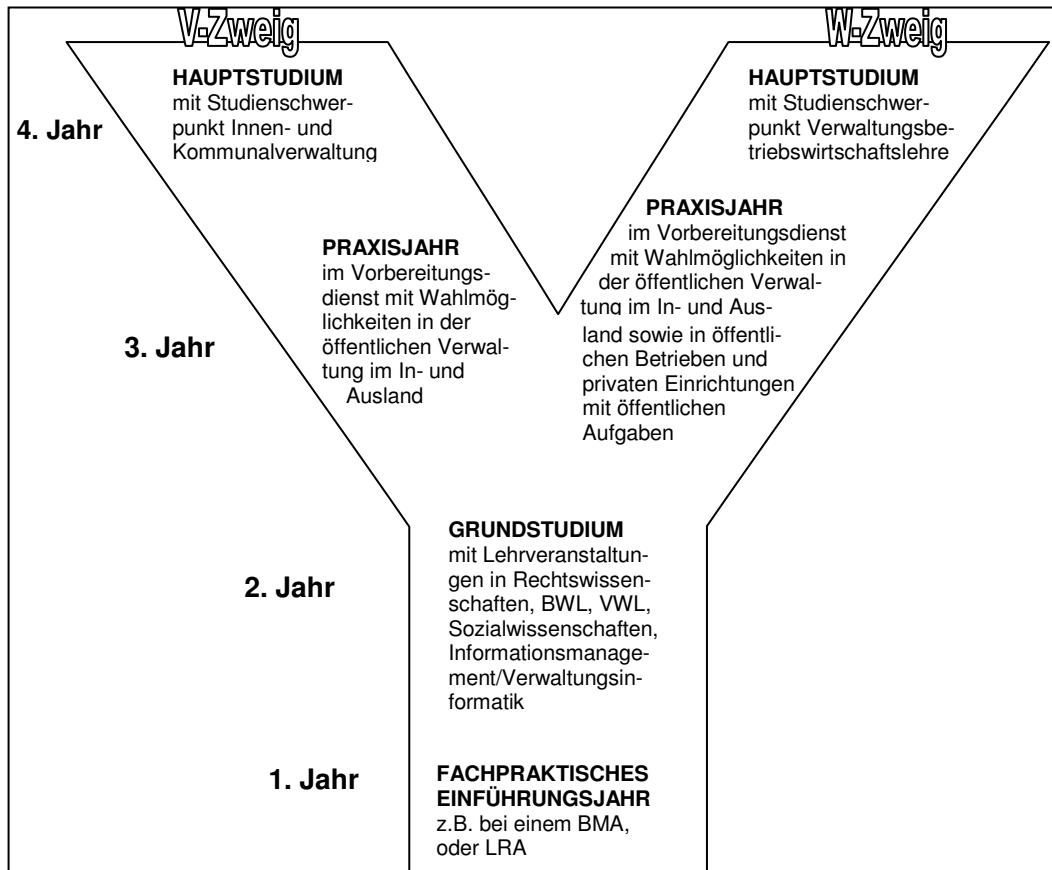
²¹ Vgl. Interview mit Herrn Hopp am 09.12.2009, Anlage 32, S. CLVf.

²² Diese Arbeit befasst sich mit dem regulären Verlauf der Ausbildung. Auf Ausnahmen, wie beispielsweise „Verkürzer“, wird nicht näher eingegangen.

²³ Veröffentlicht im GBl. vom 22. März 2004, Nr. 4, S. 118ff.

²⁴ Veröffentlicht im GBl. vom 26. September 2007, Nr. 15, S. 400ff.

ab.²⁵ Das folgende Schaubild zeigt den Verlauf des Diplomstudienganges, wie er zuletzt praktiziert wurde.



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Y-Modell, VwV vom 30.November 2000, S. 1
Abb. 1: Y-Modell

Der Bachelorstudiengang beginnt mit einem sechsmonatigen Einführungspraktikum. Es folgt ein dreisemestriges Grundlagenstudium an der HS Ludwigsburg und schließlich zwei Semester praktische Ausbildung. Zum Schluss findet ein Semester Vertiefungsstudium statt.

²⁵ Vgl. Interview mit Herrn Schad am 08.12.2009, Anlage 30, S. CXXXVII.

Die folgende Abbildung zeigt den Verlauf des Bachelorstudienganges:

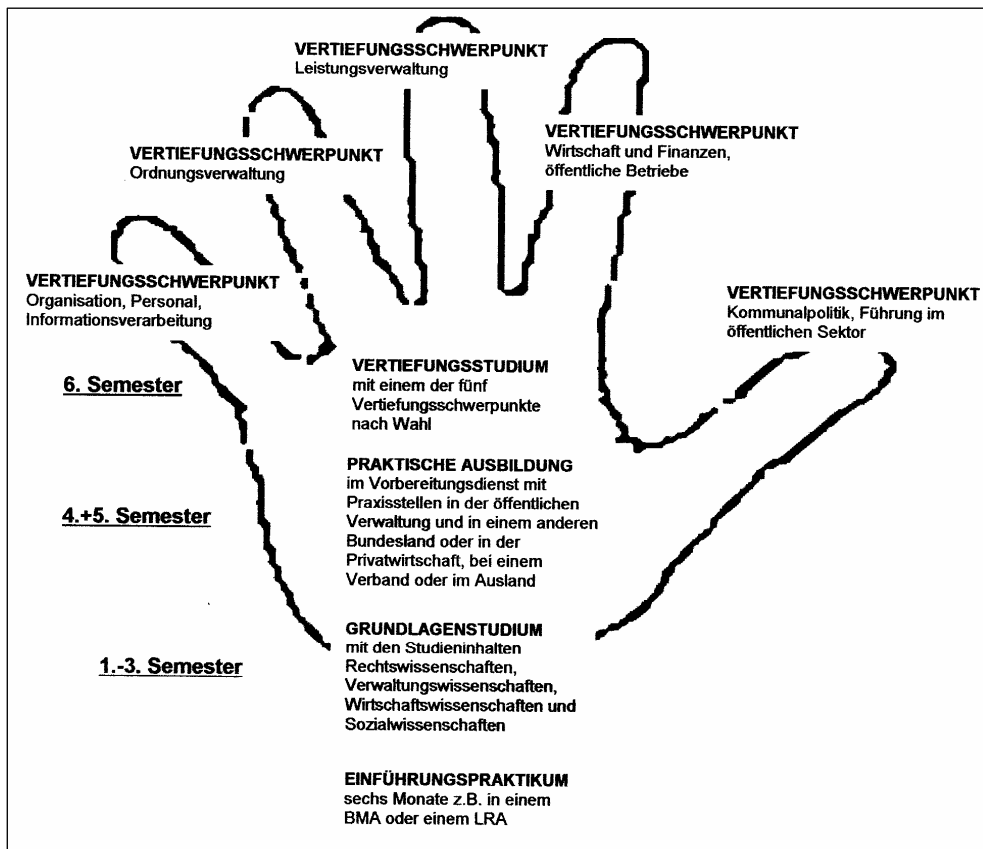


Abb. 2: Fünf-Finger-Modell (eigene Darstellung)

3.1 Bewerbungsverfahren

Innerhalb des Bewerbungsverfahrens wurde das Zulassungsverfahren geändert. Die Diplomanden richteten ihren Zulassungsantrag an das Regierungspräsidium und wurden von diesem zu einem Zulassungsgespräch eingeladen.

Mit der Umstellung auf den Bachelor wurde das Zulassungsverfahren auf die Fachhochschulen übertragen. Gem. § 5 Abs. 2 APrOVw gD Bac. ist der Zulassungsantrag nun bei der zuständigen Fachhochschule einzureichen. Dorthin werden die Bewerber zu einem Studierfähigkeitstest eingeladen, deren Zeugnisnoten die Grenze von 2,90 nicht überschreitet

(§ 7 Abs. 1 APrOVw gD Bac.). Dieser Studierfähigkeitstest besteht an der HS Ludwigsburg aus einem Rechtschreibtest, einem Mathematiktest, einem Konzentrationsfähigkeitstest und einem mehrteiligen Intelligenzbasisfaktorentest, in dem die Merkfähigkeit und Logik abgeprüft werden.²⁶ Die Auswahlentscheidung der Fachhochschule beruht zu gleichen Teilen auf dem Testergebnis und der Durchschnittsnote des Zeugnisses (§ 8 Abs. 3 APrOVw gD Bac.). Die Zulassungszahl für Baden-Württemberg beträgt derzeit 530 Personen pro Ausbildungsjahr.²⁷

3.2 Praxiseinheiten

Mit dem **fachpraktischen Einführungsjahr** begann die Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt. Währenddessen wurden die Verwaltungspraktikanten in der Finanzwirtschaft und zwei weiteren Sachbereichen ausgebildet. Jeder Abschnitt dauerte i.d.R. drei Monate (Kap. 1.1 VwV).

Beim Bachelor wurde diese Phase auf sechs Monate (§ 3 Nr. 1 APrOVw gD Bac.) gekürzt und erhielt die Bezeichnung „Einführungspraktikum“. In diesem müssen die Verwaltungspraktikanten wenigstens zwei Bereiche, die jeweils mindestens sechs Wochen dauern, ableisten (§ 16 Abs. 3 APrOVw gD Bac.).

Als **praktische Ausbildung** wird die zweite Praxisphase bezeichnet, die sich an das Grundstudium bzw. Grundlagenstudium anschließt. Bei den Diplomanden betrug die praktische Ausbildung zwölf Monate (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 APrOVw gD Dipl.), bei den Bachelors wurde sie auf 14 Monate erhöht (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 APrOVw gD Bac.).

²⁶ Vgl. Interview mit Herrn Rieth am 08.12.2009, S. CXXX.

²⁷ Vgl. Infobroschüre, Bachelor of Arts Public Management, praxisnah studieren, modern verwalten, Online im WWW unter URL: http://www.fh-ludwigsburg.de/dms/dateien/Infobroschuere_Public_Management.pdf [03.02.2010].

Für dieses Praktikum musste sich jeder Diplomand am Ende des Grundstudiums zwischen dem verwaltungsrechtlichen Schwerpunktbereich (V-Zweig) und dem wirtschaftswissenschaftlichen Schwerpunktbereich (W-Zweig) entscheiden. (§ 13 Abs. 3 APrOVw gD Dipl.). Die folgende Tabelle zeigt die Bereiche, die die Diplomanden während der praktischen Ausbildung im V- oder W-Zweig durchlaufen mussten:

V-Zweig (Kap. 2.2.1.2.1 VwV)	W-Zweig (Kap. 2.2.1.2.2 VwV)
Ordnungsverwaltung	Finanz- und Rechnungswesen
Leistungsverwaltung und Finanzwirtschaft	Organisation, EDV und Personal
Organisation und Personal	Marketing, Absatz, Produktionswirtschaft, Logistik, Materialwirtschaft

Tab. 1: Ausbildungsbereiche des V- und W-Zweigs (eigene Darstellung)

In jedem dieser drei Bereiche wurden die V- und W-Zweig-Praktikanten mindestens zwei Monate lang ausgebildet.

Statt dem V- und W-Zweig werden in der praktischen Ausbildung der Bachelors fünf Vertiefungsschwerpunkte angeboten. Davon müssen vier Bereiche durchlaufen werden, wobei jeder mindestens drei Monate dauern sollte (§ 23 Abs. 2 APrOVw gD Bac.). Vertiefungsschwerpunkte sind (§ 19 Abs. 4 APrOVw gD Bac.):

- Organisation, Personal, Informationsverarbeitung
- Ordnungsverwaltung
- Leistungsverwaltung
- Wirtschaft und Finanzen, öffentliche Betriebe
- Kommunalpolitik, Führung im öffentlichen Sektor.

Zur Sicherstellung einer qualitativen Durchführung der Ausbildung, werden von den Ausbildungsstellen Praxisbetreuer benannt, die als Ansprechpartner für die Hochschulen fungieren und auf die Einhaltung des Ausbildungsplanes achten (§ 11 Abs. 3 SPO). Die Hochschulen bestellen ihrerseits einen oder mehrere Praxiskoordinatoren, die während der prakti-

schen Ausbildung den Kontakt zu den Studierenden und den Ausbildungsstellen halten (§ 10 SPO).

Höchstens drei Monate konnten die Diplomanden ein Praktikum im Ausland absolvieren (§ 17 Abs. 1 APrOVw gD). Geändert wurde diese „Kann-Vorschrift“ in eine „Soll-Vorschrift“ (§ 23 Abs. 3 APrOVw gD Bac.), womit ein dreimonatiges Auslandspraktikum bei den Bachelors grundsätzlich zur Pflicht wurde.

Die Fertigung der Bachelorarbeit während der praktischen Ausbildung ist ebenfalls eine Neuerung, da die Diplomarbeit im Wintersemester des Hauptstudiums erstellt wurde (siehe Kap. 3.4.4).

3.3 Studieneinheiten

Während sich die Lehrveranstaltungen im Diplomstudiengang in Fächer gliederten, wurden beim Bachelor die Module eingeführt. Module sind inhaltlich und zeitlich abgeschlossene Lerneinheiten, die mit einer Prüfung beendet werden müssen.²⁸ Im Bachelorstudiengang der Innenverwaltung unterteilen sich die Module häufig in Teilmodule. Beispielsweise gliedert sich das Modul 1 „Öffentlich-rechtliche Grundlagen des Verwaltungshandelns“ in die drei Teilmodule: Europarecht, Staatsrecht und Grundlagen des Verwaltungshandelns.²⁹

Für jedes Modul wird ein Modulbeauftragter durch die Studienkommission bestimmt. Sie sind Ansprechpartner für Fakultätsrat und Studienkommis-

²⁸ Vgl. Maier, Walter, Modularisierung und Leistungspunktesystem, in: Glienicker Gespräch 2004, S. 33.

²⁹ Vgl. Modul-Handbuch, Bachelorstudiengang „Gehobener Verwaltungsdienst“, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (30.01.2009), S. 12.

sion, für Fakultätsvorstand und Prüfungsverwaltung sowie für Lehrkräfte und Studierende (§ 5 Abs. 2 SPO).

Die von den Studierenden zu erbringenden Stunden werden als „Arbeitsaufwand“ (workload) bezeichnet. Dieser setzt sich aus den Kontaktstunden und der Selbstlernzeit zusammen. Die als workload erbrachten Stunden können gemäß des European Credit Transfer System in Leistungspunkte umgerechnet werden.

3.3.1 Dienstzeitbegleitender Unterricht – Einführungslehrgang

Bei den Verwaltungspraktikanten des Diplomstudienganges fand ein dreimonatiger dienstzeitbegleitender Unterricht (dzU) statt, wovon mindestens vier Wochen zu Beginn des Einführungsjahres durchgeführt wurden (§ 11 Abs. 2 APrOVw gD Dipl.). Der dzU umfasste insgesamt 330 Unterrichtsstunden (VwV, Anl. 1a zu Nummern 1.2.2, 2.1.4 und 2.2.2.2).

Der dienstzeitbegleitende Unterricht wurde bei den Bachelors durch einen vierwöchigen Einführungslehrgang (EL) ersetzt. Dieser findet zu Beginn des Einführungspraktikums statt und umfasst 120 Unterrichtsstunden (§ 16 Abs.1 S.1, Abs. 2 APrOVw gD Bac.). Zusätzlich wird ein 30-stündiger Kurs in kaufmännischer Buchführung angeboten, der freiwillig von den Verwaltungspraktikanten besucht werden kann.³⁰

3.3.2 Grundstudium – Grundlagenstudium

Das Grundstudium an der Fachhochschule dauerte bei den Diplomanden zwölf Monate (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 APrOVw gD Dipl.), bei den Bachelors nennt sich diese Phase „Grundlagenstudium“ und umfasst 17 Monate (§ 19 Abs. 2 Nr. 1 APrOVw gD Bac.).

Zusätzlich zum Grundstudium mussten die Diplomanden mindestens 115 Stunden mitarbeitsintensive Lehrveranstaltungen in Form eines Prosemin-

³⁰ Vgl. Modul-Handbuch, S. 16.

nars, Übungen und wahlweise Exkursionen, Intensivkolloquien, Sprachen oder Kurzpraktika erbringen (Kap. 2.1.2.2 VwV). Die mitarbeitsintensiven Lehrveranstaltungen finden im Bachelorstudiengang nicht mehr statt. Allerdings wurden das Proseminar, Sprachen und Interkulturalität/Studium Generale und das Fachprojekt als Module eingeführt.

3.3.3 Praxisbegleitender Unterricht – Praxisbegleitende Arbeitsgemeinschaft

Gem. § 21 APrOVw gD Dipl. fand während der praktischen Ausbildung ein praxisbegleitender Unterricht (PU) statt. Dieser dauerte drei Monate und umfasste 330 Unterrichtsstunden (Kap. 2.1.1.4 VwV). Die Studierenden des W-Zweigs besuchten den PU zentral an der HS Ludwigsburg, wogegen die Studierenden des V-Zweigs an dezentralen Standorten unterrichtet wurden.

Während des PUs wurde eine Projektwoche als interdisziplinäre Projektarbeit in Form von mitarbeitsintensiven Lehrveranstaltungen durchgeführt. Im V-Zweig umfasste diese Woche bis zu 32 Stunden (Kap. 2.2.2.2 VwV), im W-Zweig bis zu 30 Stunden (Kap. 2.2.2.3 VwV).

Statt des PUs finden bei den Bachelors praxisbegleitende Arbeitsgemeinschaften (AG) statt (§ 24 APrOVw gD Bac.). Die AG's werden für jeden Vertiefungsschwerpunkt angeboten und umfassen insgesamt 85 Unterrichtsstunden. Die Studierenden besuchen 14-tägig die AG (§ 13 SPO), deren Vertiefungsschwerpunkt sie gerade in der praktischen Ausbildung ableisten. Lehr- und Lernformen sind nicht nur wie im Diplomstudiengang reine Vorlesungen, sondern auch Seminare, E-Learning, Gruppenarbeit, Fallbeispiele, Projektarbeit und Exkursionen.³¹

³¹ Vgl. Modul-Handbuch, S. 149.

3.3.4 Hauptstudium – Vertiefungsstudium

Das Hauptstudium dauerte bei den Diplomanden zwölf Monate (§ 13 Abs. 1 Nr. 3 APrOVw gD Dipl.). Bereits im Grundstudium wählten die Studierenden ein Wahlpflichtfach, aus dem später die Diplomarbeit gefertigt wurde (siehe Kap. 3.4.4). Im Hauptstudium war gem. § 23 APrOVw gD Dipl. dieses Wahlpflichtfach zu belegen.

Zusätzlich mussten die Studierenden während des Hauptstudiums 330 Stunden mitarbeitsintensive Lehrveranstaltungen erbringen. Diese setzten sich aus dem Wahlpflichtfach, Übungen und Exkursionen, Intensivkolloquien, Sprachen oder Kurzfachpraktika zusammen (Kap. 2.1.2.2 VwV).

Im Gegensatz zum Hauptstudium findet bei den Bachelors zum Abschluss der Ausbildung ein fünfmonatiges Vertiefungsstudium statt (§ 19 Abs. 2 Nr. 3 APrOVw gD Bac.). Die Studierenden wählen einen von fünf Vertiefungsschwerpunkten (siehe Kapitel 3.2) aus, den sie im Vertiefungsstudium ausschließlich belegen. Teilweise sind die Vertiefungsschwerpunkte nochmals untergliedert, sodass im Bereich Ordnungsverwaltung zwischen Bauen und Umwelt und Zuwanderung gewählt werden muss. Die Studierenden, die sich für den Bereich Leistungsverwaltung entscheiden, wählen zwischen den Bereichen Sozialleistungsverwaltung und Bildungs-, Kultur- und Sportmanagement. Der Vertiefungsschwerpunkt Wirtschaft und Finanzen unterteilt sich in Kommunalwirtschaft und Öffentliche Unternehmen. Jeder dieser insgesamt acht Vertiefungsbereiche besteht aus sechs Modulen, davon sind fünf spezifisch auf das Vertiefungsgebiet zugeschnitten. Das Modul „Public Management, Ethik des Verwaltungshandelns, Gender Mainstreaming“ wird in allen Vertiefungsbereichen gelehrt.

3.4 Prüfungen

Die Bewertung der Prüfungsleistungen erfolgte im Diplomstudiengang mit Punkten. Gem. § 25 APrOVw gD Dipl. wurden beispielsweise für eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht 13 bis

15 Punkte vergeben. Für eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der die notwendigen Grundkenntnisse fehlen wurden Null Punkte vergeben.

Die Prüfungen der Bachelors werden mit Noten bewertet. Die Skala reicht von eins bis fünf, wobei für eine hervorragende Leistung Noten zwischen 1,0 und 1,5 vergeben werden. Eine Leistung, die wegen Mängeln den Anforderungen nicht mehr entspricht, wird mit 4,1 bis 5,0 bewertet (§ 30 APrOVw gD Bac.). Mit dem erfolgreichen Abschluss einer Prüfung, erhalten die Studierenden die dafür vorgesehenen Leistungspunkte.

3.4.1 DzU-Prüfungen – EL-Prüfungen

Der dzU schloss bei den Diplomanden mit acht zweistündigen Prüfungen ab (Kap. 1.2.3 VwV).

Die Bachelors schreiben zum Abschluss ihres Einführungslehrganges eine zweistündige Klausur (SPO, Anlage I: Einführungspraktikum). Teil dieser Klausur ist i.d.R. Kommunales Wirtschaftsrecht und ein weiteres Themengebiet.

3.4.2 Zwischenprüfungen – Modulprüfungen

In der Zwischenprüfung am Ende des Grundstudiums wurden die Diplomanden in vier Fachgebieten schriftlich geprüft (§ 31 Abs. 2 APrOVw gD Dipl.): Öffentliches Recht; Kommunalrecht und öffentliche Finanzwirtschaft; Verwaltungsmanagement, Volkswirtschaft, öffentliche Betriebswirtschaft; Privatrecht einschließlich Verfahrensrecht, Ordnungswidrigkeitenrecht. Die Bearbeitungszeit der Klausuren betrug zwischen drei und vier Stunden (§ 31 Abs. 2 APrOVw gD Dipl.).

Bei den Bachelors wurde das gesamte Prüfungssystem geändert. Statt einer Zwischenprüfung am Ende des Grundstudiums, muss in jeder Studieneinheit mindestens eine Prüfung abgelegt werden. Insgesamt werden 14 Klausuren geschrieben, die je nach Modul zwei bis vier Stunden um-

fassen. Das Proseminar findet in Form eines Referates oder einer Hausarbeit statt, das Fachprojekt als Projektarbeit oder Referat (SPO, Anlage II: Übersicht über Module, Leitungspunkte, Prüfungen).

3.4.3 PU-Prüfungen – AG-Prüfungen

Der PU schloss im V-Zweig mit insgesamt vier schriftlichen Prüfungen in den Bereichen Ordnungsverwaltung, Leistungsverwaltung, Finanzwirtschaft und Personal und Organisation ab. Jede Klausur umfasste zwei Stunden und fand zusätzlich zu den ausgewiesenen Unterrichtsstunden statt (Kap. 2.2.2.2 VwV).

Im W-Zweig wurden fünf zweistündige Klausuren während der ausgewiesenen Unterrichtsstunden geschrieben. Themenbereiche waren Baurecht oder kommunales Verfassungsrecht jeweils einschließlich Verwaltungskontrolle, Handels-/Gesellschaftsrecht, Finanz- und Rechnungswesen, Organisation, EDV und Personal und öffentliche Betriebe (Kap. 2.2.2.3 VwV).

In den AG's der Bachelors finden keine Prüfungen statt.

3.4.4 Diplomarbeit – Bachelorarbeit

Die Diplomarbeit wurde im Wintersemester des Hauptstudiums aus einem der folgenden Wahlpflichtbereichen geschrieben:

V-Zweig (Kap. 2.1.3.1 VwV)	W-Zweig (Kap. 2.1.3.2 VwV)
Europa, Staat, Politik, Gesellschaft, Verwaltung	Wirtschaft, Finanzen, kommunale Wirtschaftspolitik, Steuerrecht
Ordnungsverwaltung, Umweltschutz	Personal, Organisation, Kommunikation, Wirtschaftsinformatik
Leistungsverwaltung	Rechnungswesen einschließlich Bilanzierung und KLR, Controlling
Wirtschaft und Finanzen	Öffentliche Betriebe, Krankenhausmanagement, Sozialmanagement
Personal, Organisation, Kommunikation	
Kommunalpolitik	
Verwaltungsinformatik	

Tab. 2: Wahlpflichtfachbereiche der Diplomanden (eigene Darstellung)

Die Bachelorarbeit dagegen wird im fünften Semester geschrieben. In dieser Phase befinden sich die Studierenden in der Praxis, werden aber für

die Bachelorarbeit im letzten Monat der Bearbeitungszeit freigestellt (§ 16 SPO). Das Thema der Thesis ergibt sich aus dem Vertiefungsschwerpunkt, den sich der Studierende hierfür ausgesucht hat. Erstbetreuer ist wie bei den Diplomanden die Lehrkraft, die das Thema vorgeschlagen hat. Zweitprüfer muss hier aber zwingend ein Betreuer aus der Praxis (Fachbetreuer) sein (§ 17 SPO).

3.4.5 Die Staatsprüfung

Die Staatsprüfung setzt sich bei den Diplomanden aus der Diplomarbeit und einer schriftlichen und mündlichen Prüfung zusammen (§ 32 Abs. 2 APrOVw gD Dipl.).

Studierende des V-Zweigs müssen in der schriftlichen Prüfung je eine Aufgabe aus den folgenden Fachgebieten bearbeiten (§ 37 Abs. 3 APrOVw gD Dipl.):

- Öffentliches Recht
- Kommunalrecht, Finanzwirtschaft des Landes und der Kommunen
- Verwaltungsmanagement, Volkswirtschaft, Öffentliche Betriebswirtschaft
- Privatrecht einschließlich Verfahrensrecht.

Studierende des W-Zweigs lösen je eine Aufgabe aus den Fachgebieten (§ 37 Abs. 4 APrOVw gD Dipl.):

- Öffentliche Finanzwirtschaft
- Öffentliche Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft
- Verwaltungsmanagement
- Privatrecht, öffentliches Recht jeweils einschließlich Verfahrensrecht.

Die mündliche Prüfung dauert bei den Diplomanden 20 Minuten. Sie werden aus ihrem gesamten fächerübergreifenden Wahlpflichtfachbereich in mindestens zwei Fächern abgefragt. Bis zu drei Anwärter können zusammen geprüft werden (§ 38 APrOVw gD Dipl.).

Bei den Bachelors setzt sich die Staatsprüfung aus dem Erwerb der Leistungspunkte, den Teilprüfungen und der Bachelorarbeit zusammen (§ 27 Abs. 2 APrOVw gD Bac.).

Als Teilprüfungen werden die Modulprüfungen verstanden, die von den Studierenden im Grundlagen- und Vertiefungsstudium abgelegt werden (§ 28 Abs. 1 APrOVw gD Bac.). Die SPO legt in § 15 Abs. 3 fest, dass im Vertiefungsstudium zwei Module mit einer Klausur, zwei mit einem Referat oder einer Hausarbeit und zwei mündlich geprüft werden müssen. Herr Prof. Dr. Hopp³² erklärte hierzu, dass die Fachhochschule Kehl angeregt habe, von dieser Vorschrift abzuweichen und vorschlug, bis zu drei Module mit Klausuren zu belegen. Die restlichen drei Module müssten dann aber zwingend durch andere Prüfungsformen gewährleistet werden.

In einer 20-minütigen mündlichen Prüfung ist die Bachelorarbeit zu verteidigen (§ 16 SPO).

Das Bachelorstudium umfasst insgesamt 180 Leistungspunkte (ECTS). Davon entfallen auf das Grundlagenstudium 105 Leistungspunkte, auf die praktische Arbeit 30 Leistungspunkte, auf das Vertiefungsstudium 35 Leistungspunkte und zehn Leistungspunkte auf die Bachelorarbeit (§ 20 SPO).

3.5 Kostenaspekte

Durch die Verkürzung der Studienzeit sollte der Absolventenanteil erhöht und so die Kosten für die Ausbildung gesenkt werden.³³ Der Anstieg der Zulassungszahl von insgesamt 500 auf 530 Personen an den Verwaltungsfachhochschulen Kehl und Ludwigsburg ist zwar darauf zurückzuführen, dass die Absolventen beider Hochschulen stark nachgefragt wer-

³² Vgl. Herr Hopp, S. CLIII.

³³ Vgl. Warwitz, Theresia, 2008, S.59f.

den³⁴, führt aber damit auch zu finanziellen Einsparungen an den Hochschulen.

Die Ausbildungsstellen erhalten gem. § 29 Finanzausgleichsgesetz (FAG) eine einmalige Zuweisung pro Dienstanfänger. Für das fachpraktische Einführungsjahr der Diplomanden erhielten sie 8.440 Euro, für das sechsmonatige Einführungspraktikum der Bachelors erhalten die Ausbildungsstellen 4.470 Euro. Im Gegenzug dazu erhält das Land eine Erstattung der zu zahlenden Anwärterbezüge sowie der Reise- und Umzugskosten für die Bachelors in Höhe von 95 % aus der Finanzausgleichsmasse. Bei den Diplomanden betrug dieser Erstattungsanspruch 80 %.

Grundsätzlich kann jedoch gesagt werden, dass der Bachelorstudiengang nicht teurer werden darf, als der Diplomstudiengang bisher gewesen ist.

4 Methodik

Um diese Arbeit aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten zu können und möglichst viele Meinungen, Anregungen und neue Erkenntnisse zu gewinnen, wurde die Methode der Befragung gewählt. Sowohl die schriftliche als auch mündliche Befragung kam zur Anwendung und soll im Folgenden näher ausgeführt werden.

³⁴ Vgl. Herr Ziegler, S. CXLVIII.

4.1 Experteninterviews

Das Interview, als mündliche Form der Befragung, wird unterschieden in Einzel- und Gruppeninterview.³⁵ Da verschiedene Behörden und Teilbereiche des Bachelorstudienganges abgedeckt werden sollten und um den Interviewpartnern eine unbeeinflusste Antwort zu ermöglichen, wurde die Form des Einzelinterviews gewählt. Mit der Durchführung dieser Experteninterviews konnten zusätzliche Informationsquellen erschlossen werden und die Vielzahl der persönlichen Erfahrungen und Meinungen der einzelnen Interviewpartner in die Analyse mit einbezogen werden.

Mit Hilfe von Interviewleitfäden (Anlage 22 und 28) konnten die Gespräche einerseits strukturiert geführt werden, andererseits blieb der nötige Freiraum, um auf einzelne Antworten konkret einzugehen und tiefer nachzufragen.

4.1.1 Interviews mit den Hochschulbediensteten

Interviewt wurden fünf Bedienstete der HS Ludwigsburg (Anlage 29 bis 32):

- Frau Gottwald zu den Praxisstellen
- Prorektor Prof. Dr. Hopp zu den Prüfungen
- Prorektor Prof. Rieth zum Bewerbungsverfahren und Einstellungstest
- Dekan Prof. Schad zu den Studieneinheiten und Studieninhalten
- Studiendekan Prof. Ziegler zum Verlauf der Studiengänge Diplom und Bachelor im Allgemeinen.

Bei den Hochschulbediensteten richtete sich der Inhalt des Interviews nach dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Gesprächspartners. Fragen, die jedem Hochschulmitarbeiter gestellt wurden, waren:

- Wie beurteilen Sie die Internationalisierung des Studienganges?

³⁵ Vgl. Kromrey, Helmut, Empirische Sozialforschung, Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, 11. Aufl., Stuttgart 2006, S. 387.

- Welche positiven Aspekte sehen Sie in dem Bachelorstudiengang der Innenverwaltung?
- Welche negativen Aspekte sehen Sie in dem Bachelorstudiengang der Innenverwaltung?

4.1.2 Interviews mit den Personalämtern

Für die Praxisstellen wurden interviewt (Anlage 23 bis 27):

- Frau Ehrler, Landratsamt Schwäbisch Hall, Leiterin des Fachbereichs Organisation, Ausbildungsverantwortliche, Leiterin des Einführungslehrganges und der praxisbegleitenden Arbeitsgemeinschaft
- Frau Hopf, Stadtverwaltung Crailsheim, Mitarbeiterin des Personalamtes, Ausbildungsverantwortliche
- Frau Ziegler, Stadtverwaltung Ellwangen/Jagst, Mitarbeiterin des Personalamtes, Ausbildungsverantwortliche
- Frau Wolfsteiner, Landratsamt Ostalbkreis in Aalen, Mitarbeiterin des Personal- und Organisationsamtes, Ausbildungsverantwortliche, Leiterin des Einführungslehrganges und der praxisbegleitenden Arbeitsgemeinschaft
- Frau Weller, Landratsamt Ludwigsburg, Mitarbeiterin des Personalamtes, Ausbildungsverantwortliche, Leiterin des Einführungslehrganges und der praxisbegleitenden Arbeitsgemeinschaften.

Auch bei den Mitarbeiterinnen der Personalämter richteten sich die Fragen nach der individuellen Situation der Behörde. Jedoch wurden alle Mitarbeiterinnen über die Bereiche Informationsbeschaffung, Praxiseinheiten, Studieninhalte und Studienverlauf befragt.

4.1.3 Vorgehensweise zur Durchführung der Interviews

Der Leitfaden des Interviews wurde, wenn gewünscht, vorab per Email übersendet. Die Interviewpartner erhielten damit einen Überblick über die thematisierten Bereiche und den Umfang des Interviews. Eine Übersendung des Fragebogens fand außerdem statt, wenn statistische Werte be-

nötigt wurden. Diese konnten dann vorab herausgesucht und im Interview besprochen werden. Jedem Interviewpartner wurde das fertige Protokoll des Gesprächs zur Durchsicht überlassen und zwei Wochen Gelegenheit gegeben, Änderungen oder Streichungen einzelner Punkte vorzunehmen, die nicht veröffentlicht werden sollten.

Die Durchführung des Interviews erfolgte persönlich und am Arbeitsplatz der jeweiligen Interviewpartner. Das Gespräch wurde mit dem Diktiergerät aufgezeichnet und anschließend protokolliert.

4.1.4 Auswertung der Interviews

Die Interviews der Hochschulmitarbeiter und die der Personalämter wurden zur Auswertung in zwei Bereiche eingeteilt. Der erste Bereich umfasste die Antworten bezüglich der Probleme, die die Interviewpartner im Bachelorstudiengang sehen. Der zweite Bereich waren die Antworten, die die Vorteile und Chancen des Bachelorstudienganges betreffen. Im nächsten Schritt wurden die gesamten Antworten der Personalamtsmitarbeiterinnen mit denen der Hochschulmitarbeiter verglichen. So konnten Parallelitäten und Differenzen zwischen den Antworten festgestellt werden.

4.2 Fragebögen

Ziel der Studierendenbefragung war es, herauszufinden, wie zufrieden die Bachelors mit dem Aufbau und dem Ablauf des Studienganges Bachelor of Arts Public Management sind. Zudem sollten die Meinungen und Erfahrungen der Diplomanden bezüglich des Bachelorstudienganges erfasst werden, um zu untersuchen, welche Elemente des Diplomstudienganges vorteilhaft waren, damit diese evtl. auch in den Bachelorstudiengang übernommen werden können. Um die Vielzahl der Studierenden erfassen

zu können, wurde die schriftliche Befragung in Form eines standardisierten Fragebogens gewählt.

4.2.1 Vorgehensweise zur Erstellung der Fragebögen

Wichtigste Grundlage für die empirische Untersuchung ist neben der Festlegung des Erhebungsinstrumentes auch die Definition der Grundgesamtheit. Diese ergibt sich aus den Elementen, über die die Informationen gesammelt und Aussagen getroffen werden sollen.³⁶ Die Untersuchung der vorliegenden Arbeit konzentriert sich auf die Innenverwaltung der HS Ludwigsburg mit derzeit 184 Diplomanden und 194 Bachelors. Da die Anzahl von insgesamt 378 Studierenden gering ist, konnte eine Vollerhebung durchgeführt werden.

Im nächsten Schritt erfolgte die Umwandlung der Hypothesen in Fragestellungen, d.h. eine Operationalisierung mittels Fragebogen.³⁷ Für beide Studiengänge wurden individuelle Fragebögen (Anlage 3 und 4) konstruiert, die in neun Themenbereiche eingeteilt sind und den gesamten Verlauf der Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt bzw. Bachelor of Arts Public Management widerspiegeln:

1. Meinung zum Studiengang
2. Zulassungsverfahren
3. Informationsbeschaffung Hochschule
4. Informationsbeschaffung Praxis
5. Praxiseinheiten
6. Studieninhalte
7. Prüfungen
8. Studienverlauf
9. Persönliche Angaben.

³⁶ Vgl. Wosnitza, Marold/Jäger, Reinhold (Hrsg.), Daten erfassen, auswerten und präsentieren – aber wie?, 4. Aufl., Landau 2006, S. 29.

³⁷ Vgl. Kromrey, 2006, S. 370.

Insgesamt ergaben sich 47 Fragen für die Bachelorstudenten und 52 Fragen für die Diplomanden. Diese setzen sich im Wesentlichen aus geschlossenen Fragen, insbesondere Ratingfragen bzw. Likert-Skala-Fragen, zusammen. Daneben waren offene und halboffene Fragen zu beantworten. Zwei Mal bestand die Möglichkeit Mehrfachnennungen abzugeben. Sollten die Studierenden Antworten bezüglich Menge, Häufigkeit, Schwierigkeitsgrad oder Dauer abgeben, wurde eine fünfstufige Skalierung gewählt. So bestand die Möglichkeit, mit der mittleren Option „genau richtig“ anzugeben. Bei den übrigen Fragen wurde eine vierstufige Skalierung gewählt, um eine Entscheidung der Befragten herbeizuführen. Alter und Geschlecht wurden unter der Rubrik „Persönliche Angaben“ abgefragt.

4.2.2 Durchführung der Studierendenbefragung

Anfang November 2009 wurde mit zwei Diplomanden und zwei Bachelors aus den zu befragenden Gruppen ein Pretest durchgeführt. Mit Hilfe des Pretests sollte die Verständlichkeit der Fragen, Schlüssigkeit des Aufbaus, Vollständigkeit der Antwortvorgaben und zeitlicher Umfang der Bearbeitung überprüft werden. Nach Optimierung des Fragebogens aufgrund des Pretests, erfolgte die Ausgabe am 17.11.2009 an die Probanden. Jede der insgesamt elf AG's wurde in einer persönlichen Ansprache zur Teilnahme an der Umfrage motiviert und die Inhalte des Instruktionstextes kurz erklärt. Dieser Instruktionstext enthält den Grund der Befragung, Erklärungen zur Bearbeitung, den Rückgabetermin und den Hinweis, dass die erhobenen Daten nur statistisch und nicht personenbezogen ausgewertet werden können. Die Bearbeitung des Fragebogens war in einer überschaubaren Zeit von 10-20 Minuten möglich, womit einem Motivationsverlust vorgebeugt wurde. Der Rückgabetermin wurde auf den 27.11.2009 festgesetzt. Dies entsprach einer Dauer von etwa zwei Vorlesungswochen. Die AG-Sprecher wurden darum gebeten, die Fragebögen einzusammeln. Am 30.11.2009 wurde bei jedem AG-Sprecher nochmals nachgefragt, ob weitere Bögen eingegangen sind und abgestimmt, dass auch

Fragebögen, die nun nach dem offiziellen Rückgabetermin noch eingehen, weitergeleitet werden.

4.2.3 Auswertung der Fragebögen

Die Auswertung der Daten erfolgte getrennt nach Diplom- und Bachelorstudenten mit Microsoft Excel 2003. Damit zu jedem Zeitpunkt nachvollzogen werden kann, um welchen Fragebogen es sich handelt, wurden fortlaufende Nummern auf jedem Bogen eingetragen. Anschließend wurde jede Frage aufgeschlüsselt und als Variable in Excel eingetragen.³⁸ Bei den Bachelors ergaben sich 42 Variable, bei den Diplomanden 47 Variable. Um die Antworten mit Excel berechenbar zu machen, wurden allen Antwortmöglichkeiten Zahlen zugeordnet. Beispielsweise wurden die Variablen „Geschlecht“, „Alter“ und „Betreuung durch die HS Ludwigsburg“ folgendermaßen kodiert:

weiblich = 1, männlich = 2

18-20 = 1, 21-23 = 2, 24-27 = 3, 28-30 = 4, >30 = 5

sehr gut = 1, gut = 2, schlecht = 3, sehr schlecht = 4

Bei der Variablen „Betreuung durch die HS Ludwigsburg“ waren beispielsweise nur die zwei äußersten Ausprägungen beschriftet. Den beiden mittleren Ankreuzmöglichkeiten wurden zum Zwecke der Auswertung fiktive Antworten zugeordnet. Die Ziffer 0 wurde vergeben, wenn keine Angabe durch den Probanden erfolgte. Die offenen und halboffenen Fragen wurden kategorisiert und separat ausgewertet. Antworten, die hier besonders häufig genannt wurden oder von besonderer Bedeutung erschienen, sind in der Auswertung explizit aufgeführt. Antworten, die eine untergeordnete Rolle spielen werden zusammengefasst wiedergegeben.

³⁸ Vgl. Wosnitza, Marold/Jäger, Reinhold S., 2006, S. 101ff.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt als Ergebnisanalyse, d.h. die von den Studierenden erfassten Daten werden beurteilt und im Hinblick auf ihre Aussagefähigkeit analysiert. Außerdem werden die Angaben der Bachelors mit denen der Diplomanden verglichen und überprüft, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede festgestellt werden können.

5 Ergebnisse der Studierendenbefragung

In diesem Kapitel werden nicht alle Fragen im Einzelnen dargelegt. Lediglich die Fragen, bei denen die Lage- und Streuungsparameter auffällige und für die Untersuchung interessante Werte gezeigt haben, werden ausführlich beschrieben. Die vollständige Auswertung beider Fragebögen kann ab Anlage 5, Seite XL nachvollzogen werden.

5.1 Allgemeine Daten

Befragt wurden alle 184 Diplomanden und 194 Bachelors der Innenverwaltung, die im November 2009 an der HS Ludwigsburg immatrikuliert waren. Von den insgesamt 378 ausgegebenen Fragebögen wurden 289 beantwortet. Dies entspricht einem Rücklauf von 76,5 %, Dieser gesamte Rücklauf setzt sich aus 49,5 % Diplomanden und 50,5 % Bachelors zusammen.

Betrachtet man die einzelnen Studiengänge, zeigt sich, dass 77,7 % aller Diplomanden und 75,3 % aller Bachelors den Fragebogen beantwortet haben.

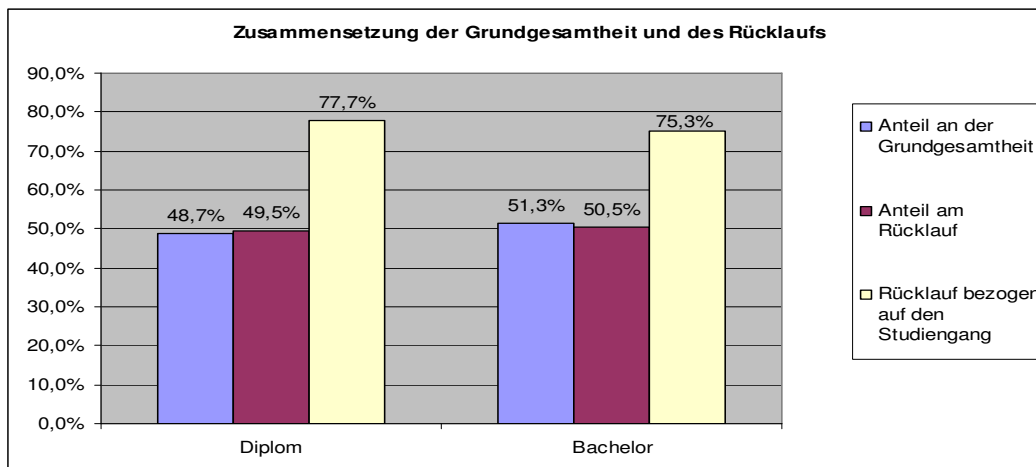


Abb.3: Zusammensetzung der Grundgesamtheit und des Rücklaufs (eigene Darstellung)

Besonders markant ist im Studiengang der Innenverwaltung die **Geschlechterverteilung**. Aus Tabelle 3 ist ersichtlich, dass bei den Diplomanden 79 % und bei den Bachelors 73,3 % aller Fragebögen des Rücklaufs von Frauen beantwortet wurden.

Studiengang	Geschlecht	Absolute Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Diplom	weiblich	113	79,0%
	männlich	27	18,9%
	keine Angabe	3	2,1%
	Gesamt	143	100%
Bachelor	weiblich	107	73,3%
	männlich	38	26,0%
	keine Angabe	1	0,7%
	Gesamt	146	100%

Tab. 3: Geschlechterverteilung im Diplom- und Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Die **Altersverteilung** zeigt, dass 65 % der Studierenden des Diplomstudienganges im Hauptstudium zwischen 21 und 23 Jahre alt sind. 22,4 % sind zwischen 24 und 27 Jahre alt. Die drittgrößte Gruppe stellen die über 30-jährigen mit 8,4 % dar.

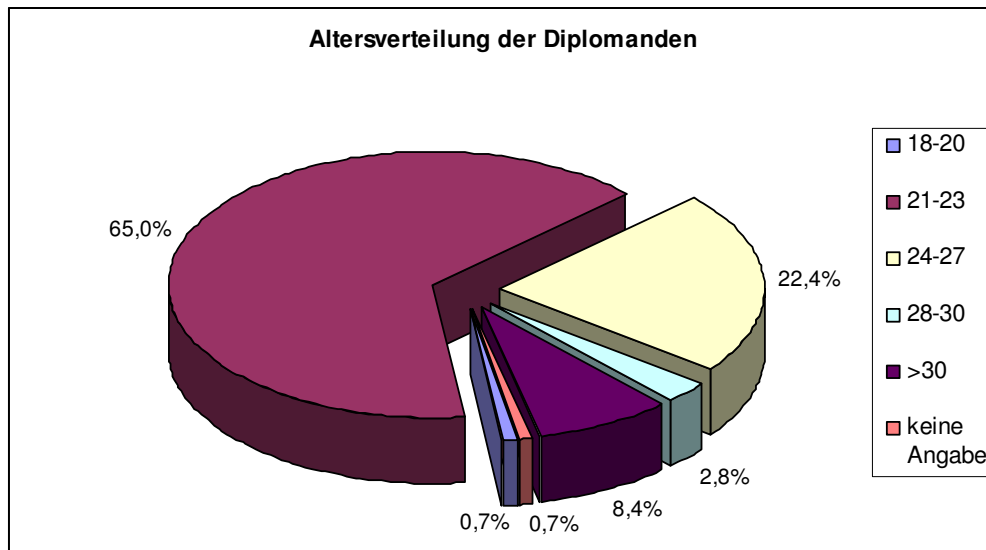


Abb. 4: Altersverteilung der Diplomanden (eigene Darstellung)

Auffällig bei den Bachelors ist, dass ebenfalls die meisten Studierenden (48,6 %) zwischen 21 und 23 Jahre alt sind. Im Gegensatz zu den Diplomanden, die zum Zeitpunkt der Befragung gerade mit dem Hauptstudium begonnen haben, absolvierten die Bachelors erst ihr zweites Semester Grundlagenstudium. Die Ursache für diese Besonderheit kann, allein auf der Studierendenbefragung basierend, nicht näher eruiert werden.

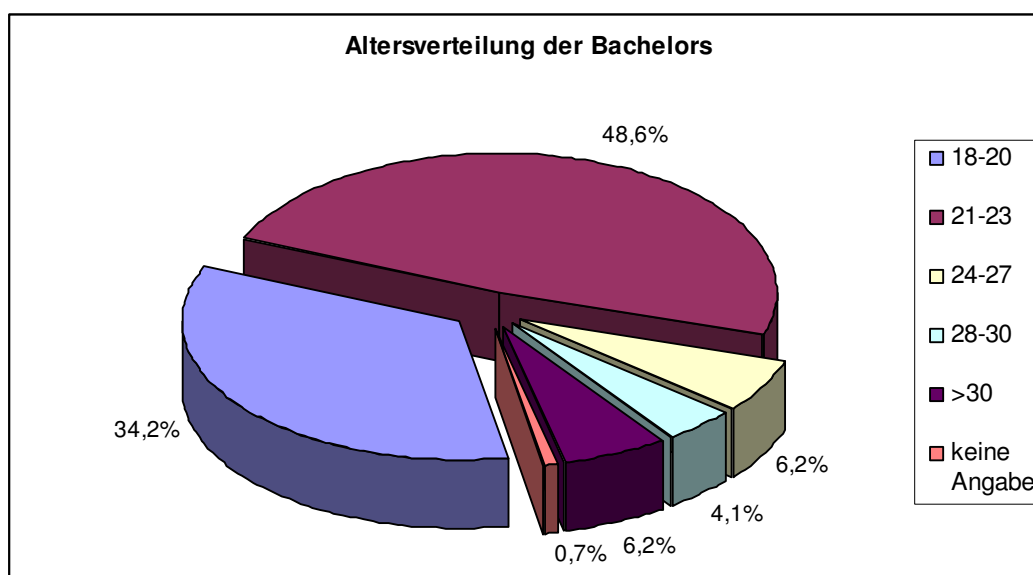


Abb.5: Altersverteilung der Bachelors (eigene Darstellung)

Die zweitgrößte Gruppe innerhalb des Bachelorstudienganges bilden die 18-20-jährigen mit 34,2 %. 27,4 %-Punkte weniger entfallen jeweils auf die 24-27-jährigen und die über 30-jährigen.

5.2 Meinung zum Studiengang

Zu Beginn der Befragung sollten die Bachelors angeben, welche Meinung sie von dem Bachelorstudiengang der Innenverwaltung hatten, als sie sich beworben haben. Gegen Ende des Fragebogens wurden sie danach gefragt, ob sich ihre Meinung diesbezüglich verändert hat. Die Bachelors absolvierten zum Zeitpunkt der Befragung bereits 15 Monaten in dieser Ausbildung.

117 Studierende (80,1 %) gaben an, bei ihrer Bewerbung eine positive Meinung vom Bachelorstudiengang der Innenverwaltung gehabt zu haben. 19 Studierende (13 %) hatten sogar eine sehr positive Meinung. Von diesen insgesamt 136 Personen vertreten noch 46 (31,5 %) die gleiche Meinung, 72 Personen (49,3 %) veränderten ihre Meinung zum Negativen.

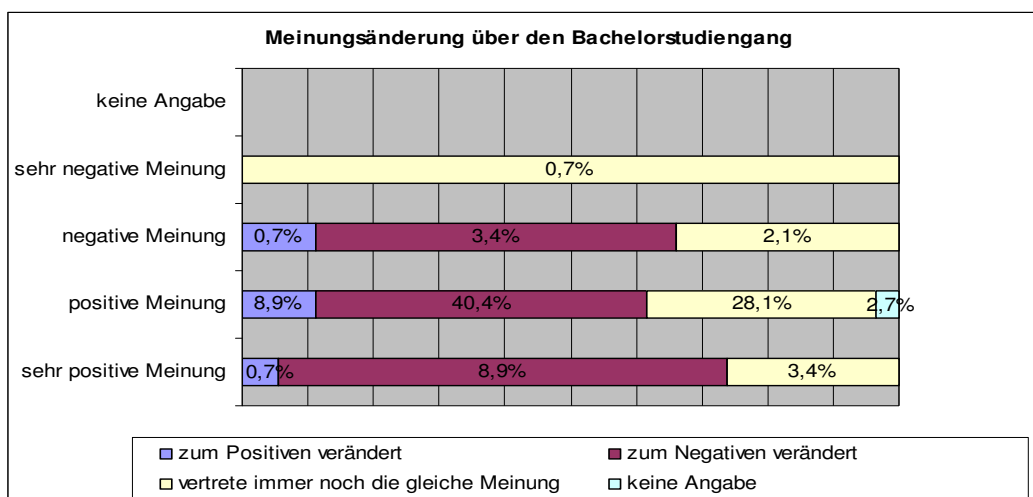


Abb. 6: Meinung über den Bachelorstudiengang vor und während der Ausbildung (eigene Darstellung)

Wie aus Abb. 6 ersichtlich ist, hatten insgesamt 55,5 % zum Zeitpunkt der Befragung eine (sehr) negative Meinung vom Bachelorstudiengang der Innenverwaltung. Dies unterstreicht die Annahme, dass es hier Aspekte geben muss, die einer Nachbesserung bedürfen. Welche dies im Einzelnen sind, soll in der weiteren Untersuchung analysiert werden.

5.3 Informationsbeschaffung Hochschule

Unter dieser Rubrik wurden die Studierenden gefragt, wie sie sich über den Verlauf des Studiums informiert hatten und wie gut sie sich informiert gefühlt haben. Außerdem war die Einführungsveranstaltung Thema dieser Kategorie.

5.3.1 Informationsquellen

Bei der Frage nach den Informationsquellen waren Mehrfachnennungen möglich. Die Zahl der Nennungen stimmt somit nicht mit der Anzahl der Befragten überein. Differenzen zwischen der Auswertung insgesamt und der geschlechtsbezogenen Auswertung ergeben sich dadurch, dass beim Diplom eine Person und beim Bachelor drei Personen ihr Geschlecht nicht angegeben haben.

Bei den Diplomanden wurden insgesamt 259 Nennungen gezählt. Es stellte sich heraus, dass die Hauptinformationsquelle aller Diplomanden mit 18,5 % der Nennungen die Praxisbehörden waren. Am zweithäufigsten wurde die Homepage der HS Ludwigsburg mit 17,1 % genannt. Die dritthäufigste Informationsquelle war mit 15,8 % der Flyer der HS Ludwigsburg. Ebenso viele erkundigten sich bei anderen Studierenden bzw. Absolventen des Studienganges. Auch das Internet außerhalb der Hochschulhomepage wurde mit 12,7 % noch recht häufig zur Informationsbeschaffung genutzt. 10,4 % gaben an, am Studientag teilgenommen zu haben. 9,7 % nannten andere Informationsquellen, wie beispielsweise die

Studienberatung der Agentur für Arbeit oder eine absolvierte Ausbildung bzw. ein Praktikum in der Verwaltung.

Die Bachelors machten insgesamt 290 Nennungen. Die am häufigsten genutzte Informationsquelle war mit 29,3 % aller Nennungen die Homepage der HS Ludwigsburg. Je 16,6 % der Nennungen entfielen auf das Internet außerhalb der HS Ludwigsburg Homepage und die Informationsbeschaffung durch Studierende bzw. Absolventen des Studienganges. Der Flyer wurde 38 Mal (13,1 %) zur Informationsgewinnung herangezogen. Bei den Praxisbehörden erkundigten sich 36 Personen (12,4 %) nach dem Verlauf der Ausbildung. Auf den Studientag entfielen 5,2 % der Nennungen. 20 Studierende (6,9 %) gaben andere Informationsquellen an. Dies waren bei den Bachelors vor allem die Agentur für Arbeit, die Homepage der HS Kehl und Telefonate mit der HS Ludwigsburg.

Aufgrund des starken Frauenanteils ist an dieser Stelle auch eine geschlechtsspezifische Betrachtung der Ergebnisse sinnvoll. Bei den Bachelors ergaben sich zwischen Frauen (219 Nennungen) und Männern (68 Nennungen) keine signifikanten Unterschied in der Rangfolge der Informationsquellen. Diese ist bei beiden Geschlechtern mit der Gesamtauswertung nahezu identisch.³⁹

Gänzlich verschiedene Rangfolgen sind bei den Diplomanden festzustellen. Insgesamt erfolgten 55 Nennungen durch die Männer, 199 Nennungen durch die Frauen. Die Männer gaben als häufigste Informationsquelle die Homepage der HS Ludwigsburg und Studierende bzw. Absolventen des Studienganges an (je elf Nennungen). Neun Nennungen entfielen auf die Praxisbehörden und je sechs Nennungen auf das Internet außerhalb der HS Ludwigsburg Homepage, den Flyer, den Studientag und andere Informationsquellen. Die Frauen erkundigten sich am häufigsten bei den

³⁹ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 8, S. XLI.

Praxisbehörden über den Ablauf der Ausbildung (38 Nennungen). Als zweithäufigste Quelle wurde der Flyer mit 34 Nennungen angegeben. Die Homepage der HS Ludwigsburg erhielt 32 Nennungen. Studierende bzw. Absolventen des Studienganges wurden 30-mal, das Internet außerhalb der HS Ludwigsburg Homepage 26-mal und der Studientag 21-mal genannt. 18 Nennungen entfielen auf andere Informationsquellen.

Es stellt nun sich die Frage, ob die Heranziehung vieler Informationsquellen dazu beiträgt, sich gut informiert zu fühlen. Möglicherweise ist auch nur eine bestimmte Informationsquelle so umfassend, dass es ausreicht, sich allein dieser zu bedienen.

Betrachtet wird zunächst die Frage, wie gut sich die Studierenden informiert gefühlt haben, bevor sie diese Ausbildung begonnen haben. Die Diplomanden gaben überwiegend an, sich gut bis sehr gut informiert gefühlt zu haben (52,5 %). Modus und Median haben den Wert 2, was der Antwortmöglichkeit „gut“ entspricht. Dennoch liegt die Zahl derer, die sich schlecht bis sehr schlecht informiert gefühlt haben gerade einmal 7 %-Punkte unter den (sehr) gut informierten, also bei 45,5 %.

Die meisten Bachelors (65 %) dagegen gaben an, sich vor Beginn der Ausbildung schlecht bis sehr schlecht informiert gefühlt zu haben. Modus und Median liegen bei dem Wert 3. Die Differenz zwischen den (sehr) gut informierten und den (sehr) schlecht informierten Studierenden ist erheblich größer, als bei den Diplomanden. Sie beträgt 31,5 %-Punkte.

Aufgrund dieser Ergebnisse kann nun der Frage nachgegangen werden, ob die Anzahl der Informationsquellen auch das Gefühl, gut informiert zu sein, steigert. Der Korrelationskoeffizient beträgt bei den Diplomanden -0,01 und bei den Bachelors 0,08. Dies zeigt, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Informationsquellen und dem Gefühl gut

informiert zu sein gibt⁴⁰. Insgesamt zogen die Diplomanden im Durchschnitt 1,91 Quellen zur Informationsgewinnung heran, die Bachelors 1,97 Quellen.

Eine weitere Aussage kann dahingehend getroffen werden, dass diejenigen, die sich gut bis sehr gut informiert gefühlt haben am häufigsten zwei Quellen zur Informationsbeschaffung herangezogen haben. Bei den Diplomanden waren dies die Homepage der HS Ludwigsburg und der Flyer. Die gut bis sehr gut informierten Bachelors zogen ebenfalls die Homepage der HS Ludwigsburg zur Informationsgewinnung heran. Außerdem informierten sie sich über das Internet außerhalb der HS Homepage.

5.3.2 Informationsvermittlung durch die Hochschule

Die wichtigsten zwei Phasen der theoretischen Ausbildung waren für die Diplomanden das Grund- und Hauptstudium an der HS Ludwigsburg. Bei den Bachelors sind es nun das Grundlagen- und Vertiefungsstudium. Da beide Studieneinheiten die theoretische Basis der Ausbildung darstellen, sollten die Studierenden über deren Verlauf gut informiert werden.

Die Diplomanden fühlten sich vor allem über das Grundstudium schlecht informiert. Diese Aussage trafen 55,2 % der Studierenden. 18,9 % fühlten sich sogar sehr schlecht informiert. Lediglich 25,2 % fühlten sich (sehr) gut über den Verlauf des Grundstudiums informiert. Auch über das Hauptstudium fühlten sich 42,7 % der Diplomanden schlecht informiert, 25,2 % kreuzten sogar „sehr schlecht“ an. Gut bis sehr gut informiert fühlten sich 31,5 % der Diplomanden.

Bei den Bachelors sind die Ergebnisse drastischer. Keiner der Probanden fühlte sich über das Grundlagenstudium oder über das Vertiefungsstudium

⁴⁰ Der Interpretation wird Folgendes zugrunde gelegt: Ein Korrelationskoeffizient $\leq 0,2$ entspricht einem sehr geringen Zusammenhang, $> 0,2$ und $\leq 0,5$ einem geringen, $> 0,5$ und $\leq 0,7$ einem mittleren, $> 0,7$ und $\leq 0,9$ einem hohen und $> 0,9$ einem sehr hohen Zusammenhang der Variablen.

sehr gut informiert. Lediglich 15,8 % gaben an, sich über das Grundlagenstudium gut informiert zu fühlen. Über das Vertiefungsstudium fühlen sich gerade einmal 2,1 % gut informiert. Die häufigste Nennung entfiel beim Grundlagenstudium auf die Wertung „schlecht“ mit 45,2 %, die zweithäufigste (38,4 %) auf die Wertung „sehr schlecht“. Deutlichste Ausprägung zeigt das Vertiefungsstudium: 23,3 % fühlen sich schlecht informiert und 69,9 % gaben an, sich sehr schlecht über den Verlauf des Vertiefungsstudiums informiert zu fühlen. 4,8 % machten keine Angaben zum Vertiefungsstudium.

Ein weiterer Faktor im Bereich der Informationsbeschaffung ist die Einführungsveranstaltung. Diese sollte den Studierenden das Zurechtfinden an der Hochschule erleichtern und ihnen einen guten Start in das Studium ermöglichen.

Allen Probanden wurden vier Thesen genannt. Auf einer vierstufigen Skala von „stimme voll zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“ sollten die Studierenden ihren persönlichen Eindruck von der Einführungsveranstaltung wiedergeben.

Die erste These lautete: Die Einführungsveranstaltung lief strukturiert ab. Die meisten Studierenden in beiden Studiengängen stimmten dieser These (voll) zu (Diplom: 62,9 %; Bachelor: 56,8 %). Nicht oder überhaupt nicht zustimmen konnten bei den Diplomanden 33,6 % und bei den Bachelors 42,4 %.

Der These „die Einführungsveranstaltung verschaffte mir einen sehr guten Überblick über das Studium“ konnten die wenigsten Studierenden zustimmen. Die Diplomanden antworteten zu 58,7 % mit „stimme nicht zu“ und zu 19,6 % mit „stimme überhaupt nicht zu“. 18,2 % konnten dieser These zustimmen und 2,8 % stimmten voll zu. Bei den Bachelors stimmten 58,7 % nicht und 24 % überhaupt nicht zu. 16,4 % stimmten zu und 0,7 % stimmten voll zu.

Gut informiert wurden die Studierenden über die Verwendung der Passwörter. Sowohl bei den Diplomanden als auch bei den Bachelors wurde der These: „Ich wurde sehr gut über die Verwendung meiner Passwörter informiert“ am häufigsten zugestimmt (Diplom: 39,9 %; Bachelor: 41,8 %). Voll zustimmen konnten sogar 32,1 % der Diplomanden und 22,6 % der Bachelors. Nicht zustimmen konnten 26,6 % der Diplomanden und 25,3 % der Bachelors. Überhaupt keine Zustimmung fand diese These bei 2,1 % Diplomanden und 9,6 % Bachelors.

„Ich wurde sehr gut über die Nutzung des Intranets informiert“. Dem stimmten von den Diplomanden 36,4 % nicht und 16,1 % überhaupt nicht zu. Jedoch fand diese These bei 35,7 % Zustimmung und bei 9,8 % sogar die volle Zustimmung. Die Bachelors antworteten ähnlich. Hier stimmten 39,7 % nicht und 15,8 % überhaupt nicht zu. 34,9 % stimmten zu und 8,9 % konnten voll zustimmen.

Insgesamt zeigt sich, dass es vor allem an einem Überblick über den gesamten Studienverlauf mangelt. Als eine der wichtigsten Informationsquellen für die Studierenden hat sich die Homepage der HS Ludwigsburg herauskristallisiert.

5.4 Informationsbeschaffung Praxis

In diesem Kapitel soll herausgefunden werden, wie die Studierenden über den Verlauf der ersten praktischen Ausbildung von der Behörde informiert wurden. Bei dieser Frage waren wieder Mehrfachnennungen möglich, sodass die Anzahl der Nennungen mit der Anzahl der Befragten nicht übereinstimmt. Außerdem wurde untersucht, wie gut sich die Studierenden von ihrer Praxisbehörde informiert gefühlt haben.

Als häufigste Informationsquelle wurde von beiden Studiengängen der Ausbildungsplan angegeben. Bei den Diplomanden entfielen 116 von insgesamt 351 Nennungen (33 %) auf diesen, bei den Bachelors 108 von 325 Nennungen (33,2 %). Die gleiche Anzahl an Nennungen entfiel bei den Bachelors auf die Informationsquelle „Ausbildungsbeauftragte/r“, die Diplomanden gaben diese Quelle am zweithäufigsten mit 107 Nennungen (30,5 %) an. Eine ebenfalls große Bedeutung hatte das Einführungsgespräch. Dieses wurde mit 101 Diplomanden (28,8 %) und 75 Bachelors (23,1 %) geführt. Eine untergeordnete Rolle spielte die Informationsbeschaffung über andere Auszubildende. Hierauf entfielen bei den Diplomanden 23 Nennungen (6,6 %) und bei den Bachelors 27 Nennungen (8,3 %). Keine Informationen erhielten zwei Diplomanden und vier Bachelors.

Insgesamt stellte sich heraus, dass die meisten Befragten von ihrer ersten Praxisbehörde gut bis sehr gut informiert wurden. Dies gaben 80,5 % der Diplomanden und 76 % der Bachelors an. Am häufigsten wurde von beiden Studiengängen sogar der Skalenwert 1, also „sehr gut“ angegeben. Dieses Ergebnis spiegelt sich auch im Median wieder. Dieser liegt bei den Diplomanden ebenfalls beim Wert 1, bei den Bachelors beim Wert 2. Schlecht bis sehr schlecht informiert fühlten sich im Diplomstudiengang lediglich 18 von 143 Befragten (12,6 %). Keine Angabe machten zehn Personen. Bei den Bachelors fühlten sich insgesamt 24 Personen (16,4 %) schlecht bis sehr schlecht von ihrer ersten Praxisbehörde über den dortigen Ablauf informiert. Von elf Personen wurde diese Frage nicht beantwortet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die gute bis sehr gute Informationsvermittlung durch die Behörden darauf zurückzuführen ist, dass den Studierenden mittels Einführungsgespräch und Ausbildungsplan bereits zu Beginn der Ausbildung ein Gesamtüberblick verschafft wird. Außerdem

erfolgt eine Betreuung der Studierenden über die gesamte Ausbildung hinweg durch spezielle Ausbildungsbeauftragte.

5.5 Praxiseinheiten

Unter Praxiseinheiten werden im Diplomstudiengang das fachpraktische Einführungsjahr und die praktische Ausbildung im Anschluss an das Grundstudium verstanden. Bei den Bachelors handelt es sich um das Einführungspraktikum und ebenfalls die praktische Ausbildung nach dem Grundlagenstudium. Von besonderer Bedeutung ist hier das Auslandspraktikum, das während der zweiten Praxisphase absolviert werden kann. Unter dem Begriff „Ausland“ ist auch ein anderes Bundesland zu verstehen, weshalb alle Daten getrennt nach „Bundesland“ und „Land außerhalb von Deutschland“ ausgewertet werden. Zu beachten ist zudem, dass die Diplomanden bereits ihr Auslandspraktikum absolviert haben, die Bachelors jedoch zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht konkret mit diesem Thema konfrontiert waren. Dies ist auch der Grund dafür, dass die Bachelors auf die Frage, wo sie ihr Auslandspraktikum absolvieren möchten, Mehrfachnennungen abgegeben haben. Es kann also nur das Interesse der Bachelors aufgezeigt werden, ob und wo sie ein Praktikum außerhalb von Baden-Württemberg ableisten möchten.

Mehr als die Hälfte der befragten Diplomanden (53,8 %) gab an, kein Auslandspraktikum absolviert zu haben. Von den Diplomanden, welche ein Auslandspraktikum absolvierten, reisten 48 Personen (32,9 %) in ein Land außerhalb von Deutschland und 14 Personen (9,8 %) in ein anders Bundesland. Innerhalb von Deutschland entschieden sich vier Personen für den Freistaat Bayern. Zwei Personen waren in Nordrhein-Westfalen. Die übrigen Diplomanden absolvierten ihr Praktikum in Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Außerhalb von Deutschland

war das beliebteste Land Österreich. Hier waren 15 von 48 Personen. Dem folgte die USA mit neun Personen und Australien mit sieben Personen. In Belgien, Großbritannien und Italien waren jeweils drei Diplomanden. Je zwei Studierende reisten nach Kanada und Südafrika. Frankreich, Costa Rica, die Schweiz und Spanien wählten je eine Person als Praktikumsort.

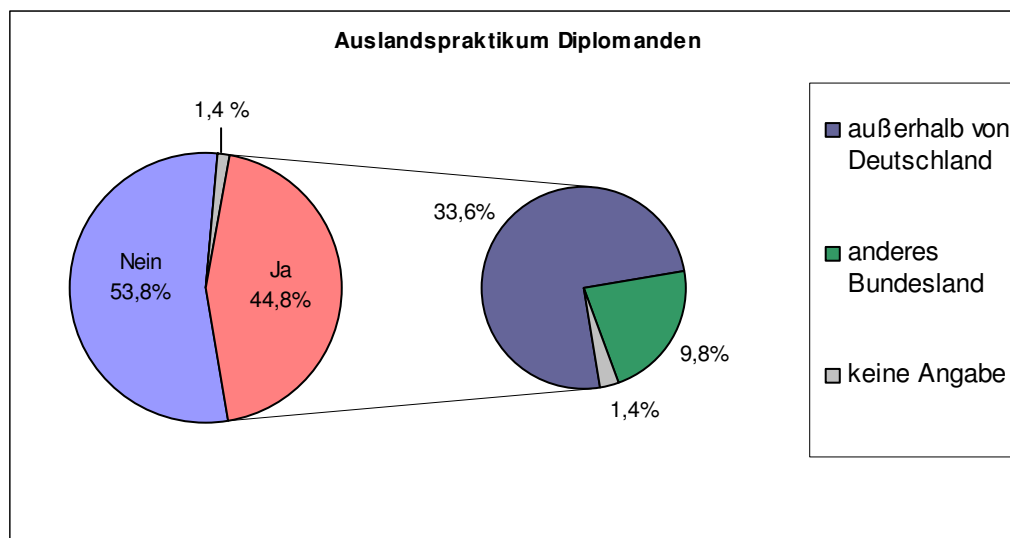


Abb.7: Auslandspraktikum der Diplomanden (eigene Darstellung)

Die Bachelors dagegen zeigen ein sehr großes Interesse an einem Auslandspraktikum. 71,2 % gaben an, ein solches absolvieren zu wollen. Lediglich 28,1 % möchten nicht ins Ausland. Insgesamt wurden 146 Nennungen von denjenigen gemacht, die ein Auslandspraktikum in Erwägung ziehen. 97 Nennungen entfielen auf ein Land außerhalb von Deutschland, 49 Nennungen auf ein anderes Bundesland. Absolute Favoriten sind die USA mit 24 Nennungen und der Freistaat Bayern mit 22 Nennungen. Australien wurde 13-mal und Österreich zwölfmal genannt. Innerhalb Deutschlands wurde Berlin mit sieben Nennungen am zweithäufigsten genannt. Die restlichen Nennungen entfielen auf acht weitere Bundesländer und 18 verschiedene Länder außerhalb Deutschlands. Vier Personen konnten noch kein konkretes Land angeben. So wurde zweimal die EU, einmal Osteuropa und einmal die deutsche Nordsee genannt.

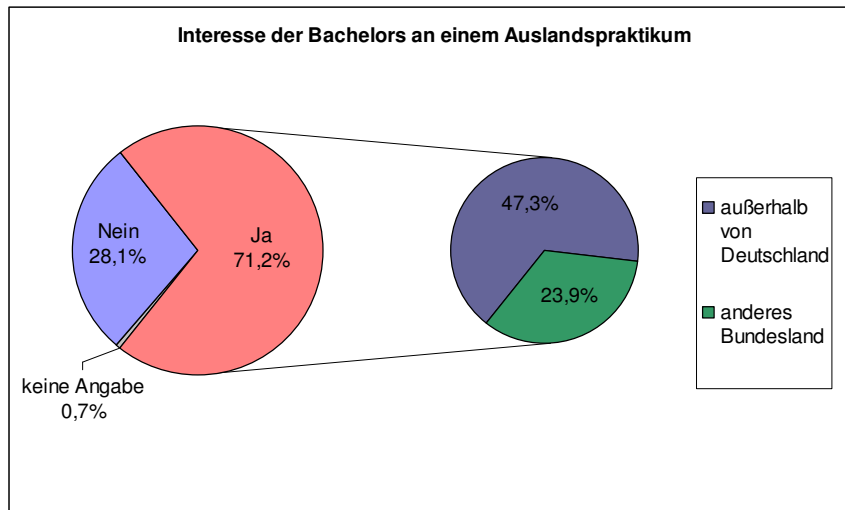


Abb. 8: Interesse der Bachelors an einem Auslandspraktikum (eigene Darstellung)

Die 64 Diplomanden, die ein Praktikum außerhalb von Baden-Württemberg absolviert haben, wurden danach gefragt, ob Probleme bei ihrer Bewerbung auftraten. Es wurde insgesamt 73 Nennungen abgegeben. Davon gaben 46,6 % an, keine Schwierigkeiten gehabt zu haben. 53,4 % und damit über die Hälfte der Angaben entfielen jedoch auf Probleme. Das am häufigsten genannte Problem mit 23 Nennungen (31,5 %) war die Berufsbezeichnung „Diplom-Verwaltungswirt/in“, die bei den Ausbildungsstellen unbekannt war. Dreimal wurde angegeben, dass der Ausbildungsstelle unklar war, welches Wissen den Praktikanten vermittelt werden sollte. Die übrigen 13 Nennungen entfielen auf andere Probleme. Insgesamt wurden sechsmal Probleme aus einem anderen Bundesland gemeldet, 33-mal aus einem Land außerhalb Deutschlands.

Wie sich gezeigt hat, haben die Bachelors ein wesentlich größeres Interesse an einem Auslandspraktikum, als die Diplomanden. Dies ist möglicherweise auch auf die Änderung der APrOVw gD zurückzuführen, nach der das Auslandspraktikum nun absolviert werden „soll“ und nicht mehr „kann“. Allein die unterschiedlichen Ausbildungssysteme innerhalb Deutschlands führten bei den Diplomanden zu zahlreichen Problemen. Hinzu kam, dass die Berufsbezeichnung außerhalb Deutschlands oft unbekannt war.

5.6 Studieninhalte

Bei den Studieninhalten wird in erster Line überprüft, wie das Verhältnis Stoffmenge zu Schwierigkeitsgrad über die einzelnen Phasen verteilt ist. Bei den Bachelors kann in diesem Fall nur der Einführungslehrgang und das Grundlagenstudium betrachtet werden. Bei den Diplomanden ist eine Beurteilung aller Studieneinheiten möglich.

Die Stoffmenge im dzU wurde von 56,6 % der Diplomanden als genau richtig empfunden. Viel oder zu viel Stoff meinten 30,8 %. Wenig oder zu wenig Stoff wurde 5,6 % der Diplomanden im dzU vermittelt. Zehn Personen (7 %) machten keine Angabe zur Stoffmenge. Median und Modus haben den Wert 3.

Der Schwierigkeitsgrad wird von den Diplomanden im dzU als genau richtig empfunden. Dies gaben 65 % der Studierenden an. 14 % empfanden diesen sogar als leicht und 1,4 % als zu leicht. Schwierig war der Stoff für 11,2 % der Diplomanden und zu schwierig für 1,4 %. Wieder zehn Diplomanden (7 %) machten hierzu keine Aussage. Median und Modus liegen auch hier beim Wert 3.

69,3 % der Diplomanden sind der Meinung, dass im Grundstudium viel oder zu viel Stoff vermittelt wurde. Der mittlere Skalenwert mit der Bedeutung „genau richtig“ wurde von 28 % angegeben. 2,8 % der Diplomanden wurde (zu) wenig Stoff vermittelt. Median und Modus haben den Wert 2.

Der Schwierigkeitsgrad im Grundstudium wurde von den meisten Diplomanden (49 %) als genau richtig empfunden. Dennoch geht hier die Tendenz in Richtung „schwierig“. Gerade einmal 6,3 %-Punkte (42,7 %) weniger entfallen auf den Skalenwert 2, der sich als „schwierig“ interpretieren lässt. 3,5 % gaben an, die Lehrinhalte seien zu schwierig gewesen. Als (zu) leicht empfanden nur 4,9 % der Diplomanden den Stoff. Modus und Median haben den Wert 3.

Im PU sei die Stoffmenge genau richtig. Dieser Meinung waren 74,1 % der Befragten. 6,3 % der Diplomanden gaben an, dass im PU viel oder zu viel Stoff vermittelt wurde. Wenig oder zu wenig Stoff meinten 13,3 %. Dieses Ergebnis zeigen auch Median und Modus mit dem Wert 3.

Beim Schwierigkeitsgrad des PUs kreuzten 74,8 % der Diplomanden die mittlere Option der Antwortskala an, die als „genau richtig“ interpretiert werden kann. „Zu schwierig“ wurde nie angekreuzt. 7 % empfanden den Stoff als schwierig. „Leicht“ oder „zu leicht“ gaben 18,2 % an.

53,2 % der Diplomanden sind der Meinung, dass im Hauptstudium (zu) viel Stoff vermittelt werde. Der Skalenwert 3 mit der Bedeutung „genau richtig“ wurde von 36,4 % angegeben. Lediglich 9,1 % empfanden die Stoffvermittlung als (zu) wenig. Median und Modus haben den Wert 2.

Der Schwierigkeitsgrad im Hauptstudium wurde von den meisten Diplomanden (55,3 %) als „genau richtig“ angegeben. Dennoch geht auch hier die Tendenz in Richtung „schwierig“. Dies zeigt sich darin, dass 37,1 % den Stoff als (zu) schwierig einschätzten, dagegen kreuzten nur 5,6 % „leicht“ an. „Zu leicht“ wurde nie angekreuzt. Median und Modus haben den Wert 3.

Zwischen der Stoffmenge und dem Schwierigkeitsgrad im dzU lässt sich nur ein geringer Zusammenhang feststellen. Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,46. Berechnet man den Korrelationskoeffizienten für das Grundstudium, ergibt sich ein Wert von 0,54, für den PU beträgt der Wert 0,57 und für das Hauptstudium 0,69. Diese Werte zeigen, dass zwischen der Menge des Stoffes und dessen Schwierigkeitsgrad ein mittlerer Zusammenhang besteht. Es ist somit eine Tendenz dahingehend zu erkennen, dass bei einer größeren Stoffmenge auch der Schwierigkeitsgrad höher empfunden wird. Umgekehrt wird bei einer geringeren Stoffmenge auch der Inhalt des Stoffes als leichter empfunden.

Die Bachelors beurteilen die Stoffmenge im Einführungslehrgang überwiegend (62,3 %) als „genau richtig“, indem sie den mittleren Skalenwert ankreuzten. 28,7 % waren der Ansicht, es sei viel oder zu viel Stoff gewesen. Für 6,2 % war es wenig oder zu wenig Stoff, der vermittelt wurde. Dementsprechend liegen Modus und Median beim Wert 3.

Der Schwierigkeitsgrad wird im Einführungslehrgang als genau richtig empfunden. Dies gaben 66,4 % der Befragten an. 15,1 % empfanden den Einführungslehrgang als (zu) schwierig. Der Skalenwert 4 mit der Bedeutung „leicht“ wurde von 15,8 % angekreuzt, „zu leicht“ wurde nie angekreuzt. Dieses Ergebnis wird auch durch Modus und Median deutlich, die beide den Wert 3 haben.

Ganz anders wurde die Stoffmenge im Grundlagenstudium beurteilt.

90,4 % gaben an, dass viel oder zu viel Stoff im Grundlagenstudium vermittelt werde. Lediglich 6,8 % hielten die Menge des Stoffes für genau richtig. 1,4 % meinten, es sei wenig Stoff. Keiner der Befragten gab an, zu wenig Stoff vermittelt zu bekommen. Modus und Median liegen hier bei dem Wert 2.

Das Grundlagenstudium wird von 54,8 % als schwierig oder zu schwierig empfunden. 41,8 % gaben an, den Schwierigkeitsgrad als genau richtig zu empfinden. Als „leicht“ wurde der Schwierigkeitsgrad von 2,1 % der Bachelors eingestuft. Auch hier kreuzte keiner der befragten Bachelors „zu leicht“ an. Modus und Median liegen beim Wert 2.

Zwischen der Stoffmenge und dem Schwierigkeitsgrad lässt sich im Einführungslehrgang ein mittlerer Zusammenhang feststellen. Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,55. Dagegen ist nur ein geringer Zusammenhang zwischen der Stoffmenge und dem Schwierigkeitsgrad im Grundlagenstudium festzustellen. Der Korrelationskoeffizient beträgt hier 0,36.

Betrachtet man diese Ergebnisse nochmals zusammenfassend, zeigt sich, dass der dzU und PU als eher leicht, Grund- und Hauptstudium als eher

schwer empfunden werden. Auch bei den Bachelors lässt sich dieser Trend bereits erkennen.

5.7 Prüfungen

Unter der Rubrik Prüfungen soll zum einen geklärt werden, wie die Studierenden die Häufigkeit der Prüfungen in ihrem jeweiligen Studiengang empfinden. Zum anderen soll herausgefunden werden, wie der Schwierigkeitsgrad der Prüfungen empfunden wird. Auch hier konnten von den Bachelors wieder nur Angaben zum Einführungslehrgang und zum ersten Semester Grundlagenstudium erfolgen, bei den Diplomanden konnten dzU, Zwischenprüfung und PU abgefragt werden.

Bezüglich der Häufigkeit der Prüfungen machten alle Diplomanden Angaben. Die Auswertung zeigt ein eindeutiges Ergebnis: 78,4 % der Diplomanden gaben an, dass die Prüfungen in ihrem Studiengang selten oder zu selten stattfanden. 18,9 % der Studierenden meinten, dass es genau richtig sei, einmal im Jahr Prüfungen zu schreiben. 2,8 % gaben an, die Prüfungen fanden häufig oder zu häufig statt. Auch der Modus mit dem Wert 5 und der Median mit dem Wert 4 machen die Haltung der Diplomanden deutlich, dass die Prüfungen (zu) selten stattfanden.

57,5 % der Bachelors empfinden die Häufigkeit der Prüfungen in ihrem Studiengang genau richtig. 25,4 % gaben an, die Prüfungen würden häufig oder zu häufig stattfinden. Prüfungen am Ende eines jeden Semesters zu schreiben empfinden 16,4 % als selten oder zu selten. Median und Modus haben den Wert 3.

Die Schwierigkeit der dzU-Prüfungen wurde von den meisten Diplomanden (58 %) als genau richtig eingestuft. Die Tendenz geht hier eher Richtung „leicht“. Dies war die zweithäufigste Antwort mit 17,5 %. 1,4 % hielten

die Prüfungen sogar für zu leicht. 13,3 % meinten, die dzU-Prüfungen seien schwierig und 2,8 % hielten sie für zu schwierig. Zehn Personen (7 %) machten hierzu keine Angabe. Modus und Median liegen beim Wert 3.

Auch bei den Bachelors zeigt sich, dass die Schwierigkeit der Prüfung am Ende des Einführungslehrgangs überwiegend (56,2 %) als genau richtig empfunden wurde. 21,2 % gaben an, die Prüfung sei leicht oder zu leicht gewesen. 19,8 % empfanden die Prüfung als schwierig oder zu schwierig. Median und Modus entsprechen dem Wert 3.

Die Zwischenprüfung der Diplomanden am Ende des Grundstudiums wurde dagegen von 77,6 % als (zu) schwierig empfunden. 21,7 % hielten den Schwierigkeitsgrad für genau richtig. Die Antwort „leicht“ wurde nie angekreuzt. Eine Person gab an, die Zwischenprüfung als zu leicht empfunden zu haben. Diese Meinung weicht aber deutlich vom Gesamtergebnis ab. Median und Modus haben den Wert 2. Dies unterstreicht nochmals, dass die Zwischenprüfung als schwierig empfunden wurde.

Die Bachelors empfanden die Schwierigkeit der Prüfungen nach dem ersten Semester Grundlagenstudium als genau richtig (52,7 %). Jedoch geht hier die Tendenz zu „schwierig“. Dies antworteten 40,4 % der Bachelors. 5,5 % hielten die Prüfungen für zu schwierig. Zwei Personen (1,4 %) meinten diese seien leicht gewesen. Zu leicht wurde nie angekreuzt. Median und Modus haben den Wert 3.

Die PU-Prüfungen wurde von den meisten Diplomanden (65,7 %) als genau richtig empfunden. 20,3 % gaben an, die Prüfungen seien (zu) schwierig gewesen. (Zu) leicht wurden die Prüfungen im PU von 14 % empfunden. Median und Modus liegen auch hier bei dem Wert 3.

Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Modulprüfungen am Ende eines jeden Semesters besser bewertet werden, als nur ein Prüfungstermin pro

Jahr. Die Prüfungen an der Hochschule werden von den Studierenden als schwieriger empfunden als die Prüfungen in den Praxisphasen.

5.8 Studienverlauf

Durch die Umstellung auf den Bachelor of Arts Public Management hat sich auch der Studienverlauf geändert. Ein Teilbereich des Studienverlaufs ist die Dauer der einzelnen Ausbildungsphasen. Die Studierenden beider Studiengänge wurden nach ihrer Einschätzung gefragt, ob die Dauer der Einheiten in ihrem Studiengang (viel) zu lang oder (viel) zu kurz sind. Sowohl die Bachelors, als auch die Diplomanden gaben jeweils für ihren Studiengang an, die Dauer der einzelnen Phasen sei genau richtig. Die übrigen Skalenwerte wurden nur von wenigen angekreuzt. Erwähnenswert ist bei den Bachelors lediglich, dass die zweithäufigste Antwort beim Einführungspraktikum, Einführungslehrgang, Grundlagenstudium und Vertiefungsstudium „zu kurz“ war.⁴¹ Weitere Bereiche, die unter der Rubrik „Studienverlauf“ abgefragt wurden, war der frühere Berufseinstieg, die Betreuung durch die Hochschule und die Dozenten und der Abschluss Master of Arts.

5.8.1 Früherer Berufseinstieg

Eine weitere Neuerung im Bachelorstudiengang ist die Verkürzung der Ausbildungszeit, welche einen früheren Berufseinstieg zur Folge hat. Beide Studiengänge wurden um eine Einschätzung über diese Entwicklung gebeten. Das Ergebnis zeigt zunächst, dass 110 Diplomanden (77 %) diese Entwicklung für negativ bis sehr negativ halten. Lediglich 32 Diplomanden (22,4 %) sehen dem früheren Berufseinstieg positiv oder sehr positiv entgegen. Die Berechnung des Median ergibt den Wert 3. Der Modus hat den Wert 4. Beide Werte drücken die negative bis sehr negative Haltung

⁴¹ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 13, S. LXX.

der Diplomanden gegenüber der verkürzten Ausbildungszeit aus. Getrennt nach Geschlechtern betrachtet ergibt sich ein ähnliches Ergebnis. 89 (78,8 %) Frauen und 19 (70,3 %) Männer halten diese Entwicklung für (sehr) negativ. Positiv oder sehr positiv äußerten sich nur 24 (21,2 %) Frauen und 8 (29,6 %) Männer.

Ein ganz anderes Ergebnis zeigt der Bachelorstudiengang. Hier beurteilten genau 50 % der Befragten den früheren Berufseinstieg als positiv oder sehr positiv, die anderen 50 % äußerten sich negativ oder sehr negativ über diese Entwicklung. Dennoch liegt der Modus bei dem Wert 2, was der Bedeutung „positiv“ entspricht. Der Median dagegen hat den Wert 3. Betrachtet man auch hier die Ergebnisse nach Geschlechtern getrennt, zeigt sich, dass etwas mehr als die Hälfte der Frauen (50,5 %) den früheren Berufseinstieg als positiv oder sehr positiv beurteilen. 52,7 % der Männer dagegen hält diese Entwicklung für negativ oder sehr negativ.

5.8.2 Betreuung durch die Hochschule und die Dozenten

Die Studierenden wurden gefragt, wie gut sie sich von der HS Ludwigsburg und deren Dozenten betreut fühlen. Bezüglich der Betreuung durch die HS Ludwigsburg gaben sowohl die Diplomanden (91 %), als auch die Bachelors (89,1 %) an, sich schlecht bis sehr schlecht betreut zu fühlen. Einer sehr guten Betreuung durch die Hochschule konnte kein Diplomand und nur ein Bachelor zustimmen. Gut durch die Hochschule betreut fühlten sich 13 Diplomanden (9,1 %) und 14 Bachelors (9,6 %). Median und Modus haben bei den Diplomanden den Wert 3, bei den Bachelors sogar den Wert 4.

Auch die Betreuung durch die Dozenten empfinden die meisten Studierenden als schlecht oder sehr schlecht. Dies äußerten 67 % der Diplomanden und 54,8 % der Bachelors. 31,5 % der Diplomanden waren anderer Meinung und gaben an, sich durch die Dozenten gut betreut zu fühlen. Ein Diplomand fühlte sich sehr gut betreut. Bei den Bachelors empfanden

45,2 % die Betreuung gut oder sehr gut. Median und Modus liegen in beiden Studiengängen bei dem Wert 3.

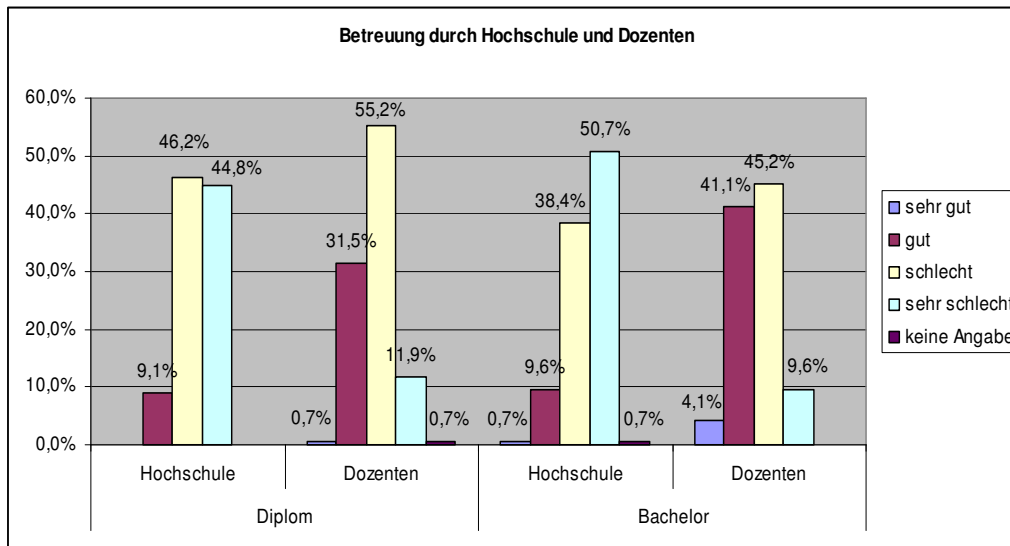


Abb.9: Betreuung und Unterstützung durch die HS Ludwigsburg und deren Dozenten (eigene Darstellung)

5.8.3 Abschluss Master of Arts

Im Anschluss an das Studium noch den Master of Arts machen zu wollen, gaben 39 Diplomanden (27,3 %) und 55 Bachelors (37,7 %) an. Die Mehrheit der Studierenden zieht den Master of Arts allerdings nicht oder zumindest noch nicht in Erwägung. Jedoch haben die Bachelors ein größeres Interesse daran, mit diesem Abschluss auf ihr Studium aufzubauen, als die Diplomanden. Dies ist auch bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung zu erkennen. Hier zeigt sich außerdem, dass vor allem Männer am Master of Arts interessiert sind. Im Diplomstudiengang ziehen 40,7 % Männer und 23,9 % Frauen den Master of Arts in Erwägung, bei den Bachelors sind es 50 % Männer und 33,6 % Frauen.

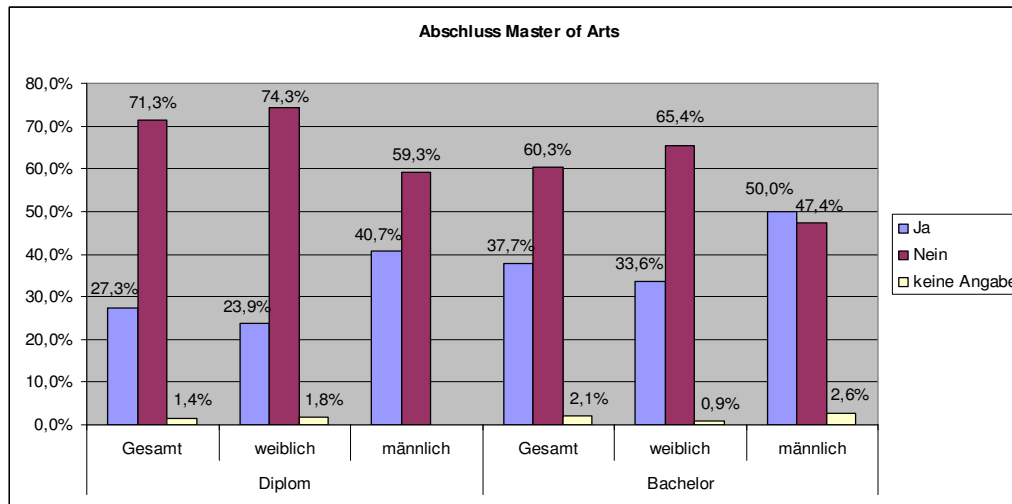


Abb.10: Interesse der Diplomanden und Bachelors am Master of Arts (eigene Darstellung)

6 Probleme des Bachelorstudiengangs und deren Verbesserungsmöglichkeiten

Die Studierendenbefragung hat gezeigt, dass über 80 % der Bachelorstudierenden eine positive Meinung von diesem Studiengang hatten, bevor sie mit der Ausbildung begonnen haben. Nach nur sechs Monaten Einführungspraktikum und neun Monaten Grundlagenstudium an der HS Ludwigsburg haben davon etwa die Hälfte der Studierenden ihre Meinung negativ verändert.

In diesem Kapitel sollen daher die Probleme aufgezeigt werden, die sich aus der Studierendenbefragung und den Experteninterviews ergeben haben. Verbesserungsmöglichkeiten sollen auch unter Einbeziehung der Vorschläge, die seitens der Befragten gemacht wurden, erörtert werden.

Für die Praxisstellen werden exemplarisch die Landratsämter Schwäbisch Hall, Ostalbkreis und Ludwigsburg sowie die Stadtverwaltungen der Großen Kreisstädte Ellwangen/Jagst und Crailsheim herangezogen. Aller-

dings bilden nur die beiden Stadtverwaltungen auch im Einführungspraktikum aus.

6.1 Einführungspraktikum und Einführungslehrgang

Das Einführungspraktikum durchlaufen die Bachelors von September bis Februar. Anschließend sind sie zum Grundlagenstudium an der Fachhochschule. Die Praxisbehörden müssen jetzt ein halbes Jahr ohne Praktikanten überbrücken, was oft problematisch ist. „Die Studenten werden auch nach den sechs Monaten Einführungspraxis noch gebraucht. Die Monate März bis August sind ohne Studenten oft schwierig.“⁴²

Schwierig gestaltet sich durch die Verkürzung auch die sinnvolle Einteilung der Studierenden während des Einführungspraktikums in die einzelnen Fachbereiche. Die Praktikanten sollten einen Überblick über die Organisation und Aufgaben einer Verwaltungsbehörde gewinnen und idealerweise auch Grundlagen für das Studium erhalten.

Um auch dieses kurze Einführungspraktikum optimal zu nutzen, schlägt Herr Prof. Schad⁴³ vor, dass die Verwaltungspraktikanten den Bereich Ordnungsverwaltung abdecken, da „das Verwaltungsrecht nach wie vor eines der Kernfächer des Studiums ist“. Für ebenso wichtig hält er das Hauptamt einer Gemeinde, denn dort würde alles anfangen und man bekäme den besten Querschnittsüberblick.

Aufgrund des kurzen Einführungspraktikums findet auch eine verkürzte theoretische Phase statt. Der vierwöchige Einführungslehrgang beinhaltet aber dennoch 120 bzw. 150 Unterrichtsstunden, was nach Auffassung von Frau Wolfsteiner⁴⁴ „zu viel Stoff in zu kurzer Zeit“ ist. „Wenn man das in

⁴² Interview mit Frau Ziegler am 27.11.2009, Anlage 24, S. XCI.

⁴³ Vgl. Herr Schad, S. CXXXIX.

⁴⁴ Interview mit Frau Wolfsteiner am 03.12.2009, S. CI.

den vier Wochen durchziehen will, dann muss man samstags Unterricht machen oder jeden Tag bis vier Uhr. Aber das halt oft mit gleichen Stundeninhalten, es sind ja nicht viele Unterrichtsfächer.“

6.2 Bachelorarbeit

Dass die Bachelorarbeit in der Praxisphase geschrieben werden muss, sehen neben einigen Diplomanden⁴⁵ auch die befragten Professoren der Hochschule kritisch.

Die Bachelorarbeit in der Praxis ist Folge eines Kompromisses, der durch die Verkürzung der Ausbildung entstanden ist. Es wurde nicht nur der Praxisanteil, sondern auch der Theorieanteil gekürzt. Um dies zu kompensieren, wurde vereinbart, die Bachelorarbeit an das Ende der Praxisphase zu legen. Von den Studierenden wird nun erwartet in der Praxis ein Thema und einen Betreuer zu finden.⁴⁶

Herr Prof. Ziegler bemängelt vor allem den Zeitpunkt der Bachelorarbeit vor dem Vertiefungsstudium. Seiner Meinung nach sollte die Bachelorarbeit nach dem Vertiefungsstudium platziert werden oder, wie die Diplomarbeit auch, an der Hochschule geschrieben werden. Er würde daher die Beratung bei der Themenfindung und der Betreuung der Arbeit wieder an der Hochschule stattfinden lassen.⁴⁷

Dem Vorschlag, die Bachelorarbeit nach dem Vertiefungsstudium zu platzieren, folgen auch alle anderen befragten Professoren der HS Ludwigsburg. Vorteil wäre, dass die Studierenden die Kenntnisse, die sie sich während des Vertiefungsstudiums angeeignet haben, mit in die Bachelorarbeit einbringen könnten und diese noch anwendungs- und praxisorientierter werden, als es die Diplomarbeiten bereits waren.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 15, S. LXXIV.

⁴⁶ Vgl. Herr Rieth, S. CXXX und S. CXXXIII.

⁴⁷ Vgl. Herr Ziegler, S. CXLVIII.

⁴⁸ Vgl. Herr Hopp, S. CLIVf.

6.3 Vorschlag eines neues Studienmodells⁴⁹

(aus dem Interview mit Herrn Prof. Schad⁵⁰)

Um die Probleme Einführungspraktikum und Bachelorarbeit zu lösen, wurde von Herrn Prof. Schad im Interview ein Studienmodell vorgestellt, in dem der gesamte Studienverlauf neu überdacht wird. Herr Prof. Schad hält ein theoretisches „Rüstzeug“ für besonders wichtig, damit die Studierenden in der praktischen Ausbildung bereits einen Bescheid erstellen, eine Besprechung leiten oder im Bereich der Personalplanung eigenständige Vorschläge machen können. Er schlägt daher vor, das Einführungspraktikum auf einen Monat zu beschränken, damit die Studienanfänger in eine Gemeinde „reinschnuppern“ können. Zwei Wochen davon könnte ein Grundkurs stattfinden, in dem die Studierenden eine grobe Einführungsorientierung bekommen. Dort könnte Beamtenrecht, das Rechtsstaatsprinzip oder auch das Verhältnis Bürger und Gemeinde dargestellt werden. Mit Beginn des Wintersemesters am 01.10. sollte dann ein dreisemestriges Grundlagenstudium stattfinden und anschließend zwei Semester Praxis, allerdings ohne Bachelorarbeit. Im sechsten Semester folgt das Vertiefungsstudium und im siebten Semester fände in einer Praxisphase die Bearbeitung der Bachelorthesis statt. Dieses Studium wäre dann hochschulrechtlich ein siebensemestriges und nicht wie bisher ein sechssemestriges.

Verlängerung oder Verkürzung des Einführungspraktikums?

Dass das Einführungspraktikum von sechs Monaten nicht optimal ist, darin sind sich die Hochschule und die Praxisbehörden einig. Allerdings kritisieren die Behörden die Kürze des Praktikums und wünschen sich eine Verlängerung, die Hochschule dagegen würde direkt mit dem Grundlagenstudium beginnen.

⁴⁹ Die Übersicht zu diesem Modell befindet sich in Anlage 36, S. CLXVII.

⁵⁰ Vgl. Herr Schad, S. CXLIIff.

Welche Alternative für die Studierenden sinnvoller ist, soll im Folgenden erörtert werden:

Der Vorteil eines Praktikums vor Beginn des Studiums ist vor allem, dass die Studierenden bereits praktische Erfahrungen sammeln können. Hierzu wäre eine einjährige Einführungsphase, wie es bei den Diplomanden der Fall war, sehr sinnvoll. Die Praktikanten lernen so das gesamte Haushaltsjahr einer Behörde mit den wichtigsten Ereignissen kennen. Außerdem können innerhalb eines Jahres alle Kernbereiche einer Verwaltung durchlaufen werden. Da das Einführungspraktikum die ersten Schritte in der Kommunalverwaltung sind, empfindet Frau Wolfsteiner diese Phase mit sechs Monaten als zu kurz.⁵¹ Frau Hopf von der Stadtverwaltung Crailsheim berichtete, dass „die Praktikanten in der kurzen Zeit [des Einführungspraktikums] kaum etwas für die praktische Arbeit aus den einzelnen Ämtern mitnehmen [können]“.⁵² Die Diplomanden dagegen konnten mindestens drei verschiedene Fachbereiche intensiv kennen lernen. Sie halfen während des Einführungsjahres beispielsweise bei der Erstellung des Haushaltsplanes oder schrieben im Ordnungsamt ihre ersten Bescheide.

Auch der Einführungslehrgang könnte bei einer Verlängerung der Einführungspraxis wieder erweitert werden und Studieninhalte aus dem Grundlagenstudium dorthin ausgelagert werden. Dies hätte den Vorteil, dass die Belastung der Studierenden im Grundstudium mit der enormen Stoffmenge reduziert werden könnte. Über 90 % der Bachelors⁵³ gaben in der Studierendenbefragung an, dass (zu) viel Stoff vermittelt werde. Auch Herr Prof. Schad äußerte sich dahingehend, dass möglicherweise im Grundlagenstudium zu wenig Rücksicht auf die starke Verkürzung der Einführungsphase mit dem Einführungslehrgang genommen wurde.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Frau Wolfsteiner, S. CV.

⁵² Interview mit Frau Hopf am 27.11.2009, Anlage 25, S. XCIV.

⁵³ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 11, S. LX.

⁵⁴ Vgl. Herr Schad, S. CXLI.

Da in obigem Studienmodell die Kürzung der Einführungsphase auf ein einmonatiges Praktikum angedacht ist, sollte auch dieser Aspekt betrachtet werden.

Ein Gedanke des Bologna-Prozesses ist es, kurze berufsbefähigende Studiengänge zu schaffen. Dies sollte auch im Bachelorstudiengang der Innenverwaltung umgesetzt werden. Mit der Ausdehnung des Einführungshalbjahres auf ein ganzes Jahr, würde sich die gesamte Studiendauer wieder erhöhen und damit dem Bologna-Prozesse widersprechen. Sinn ist es, den Studierenden durch einen früheren Berufseinstieg auch eine flexiblere Lebensplanung zu ermöglichen. Um im gesamten europäischen Komplex bestehen zu können, sollte dem internationalen Trend zur kurzen Studiendauer gefolgt werden.

Ein Blick in andere Sparten des gehobenen Dienstes in Baden-Württemberg könnte zudem die Entscheidung erleichtern, ob das Einführungspraktikum wieder auf ein Jahr ausgedehnt oder ganz wegfallen sollte. Zeigt sich, dass andere Studiengänge damit Erfolg haben, ihren Studierenden zunächst eine theoretische Grundlage zu vermitteln, um sie damit in die erste Praxisphase zu entlassen, dürfte sich eine ähnliches Modell in der Innenverwaltung ebenfalls als positiv erweisen. Betrachtet man beispielsweise die Justiz, stellt man fest, dass die Rechtspflegeranwärter zunächst für zwölf Monate an die Rechtspflegerhochschule geschickt werden, bevor sie in das 13-monatige Praktikum entlassen werden. Ebenso lange findet in der Finanzverwaltung das Grundstudium zu Beginn der Ausbildung an der HS Ludwigsburg statt. Im gehobenen Polizeidienst absolvieren die Anwärter ein neunmonatiges theoretisches Vorpraktikum und in der Steuerverwaltung starten die Studierenden mit einem fünfmonatigen Grundstudium an der HS Ludwigsburg.⁵⁵

⁵⁵ Vgl. Verlauf anderer Studiengänge im gehobenen Dienst, Anlage 34, S. CLXIII.

Außerdem könnten die praktischen Ausbildungsphasen deutlich effektiver genutzt werden, wenn die Studierenden bereits über Fachkenntnisse verfügen würden, bevor sie in diese entlassen werden. Zu Beginn der Ausbildung wissen die wenigsten über die Aufgaben, Organisation und Arbeitsweisen einer Verwaltungsbehörde Bescheid. Die ehemaligen Schüler müssen sich in der Behörde und im Berufsleben zurechtfinden. Lange Einarbeitungsphasen nehmen viel Zeit in Anspruch. Ein einmonatiges „Schnupperpraktikum“ würde zur Gewinnung eines Überblicks genügen. Nach dem Grundlagenstudium dagegen könnten die Bachelors mit ihrem Hintergrundwissen voll in den täglichen Geschäftsablauf einbezogen werden. Fachbegriffe sind den Anwärtern bereits geläufig und sie haben gelernt, strukturiert an die Fallbearbeitung heranzugehen.⁵⁶

Nach Abwägung aller Argumente und unter Berücksichtigung, dass für die Studierenden eine optimale Lösung gefunden werden sollte, erweist sich das Modell von Herrn Prof. Schad als sinnvolle Neuerung. Die aktive Einbindung der Auszubildenden in den Geschäftsablauf steigert nicht nur deren Motivation, sondern bringt auch den Behörden deutlich mehr Unterstützung, als es im Einführungspraktikum bisher möglich ist.

Die Praxisphase am Ende des Studiums

Nach dem neuen Studienmodell sind im siebten Semester die ersten drei Monate zur Bearbeitung der Bachelorarbeit vorgesehen, die letzten drei Monate sollen nochmals zur praktischen Ausbildung genutzt werden. In diesen letzten Monaten der Ausbildung könnte sich, in Anlehnung an die Justiz, die Vergabe eines Dienstleistungsauftrages (DLA) als sinnvoll erweisen. Mit der Verleihung dieses DLAs bekommen die Anwärter in der Justiz die Funktion eines Sachbearbeiters „verliehen“. Sie werden einer bestimmten Serviceeinheit zugeteilt, in der sie unterschriftsbevollmächtigt am täglichen Geschäftsablauf teilnehmen und eigenständig die anstehen-

⁵⁶ Vgl. Frau Wolfsteiner, S. CIV.

den Fälle bearbeiten. Damit wäre der Praktikant nicht „nur“ Auszubildender, sondern würde als eigenverantwortlicher Mitarbeiter agieren. Auch die IHK Bremerhaven hat die Erfahrung gemacht: „Alle Kompetenz ist wertlos, wenn sie nicht gepaart ist mit beruflichem Engagement und darauf gründendem Qualitäts- und Verantwortungsbewusstsein der Beschäftigten“.⁵⁷ Anders gesagt, kann die Übertragung von Verantwortung zur Steigerung der Motivation der Auszubildenden beitragen. Gerade nach dem Entwurfsmodell des Studienganges würde sich die letzte Phase der Ausbildung hierfür besonders eignen. Den Anwärtern würde einerseits eine gewisse Verantwortung übertragen werden, andererseits stehen sie noch unter der Obhut der Ausbildung, was ihnen ein gewisses Sicherheitsgefühl vermittelt.

Die Bachelorarbeit nach dem Vertiefungsstudium

Dass die Bachelorarbeit nach dem Vertiefungsstudium geschrieben werden sollte, wurde oben bereits erläutert. Da auch Herr Prof. Ziegler den Bezug zur Hochschule während der Ausarbeitung der Bachelorarbeit für wichtig hält, könnte das Studienmodell noch in diese Richtung angepasst werden. Die Nähe zur Hochschule ist deshalb sinnvoll, weil nicht nur die Bibliothek genutzt, sondern auch der Erstbetreuer schnell und leicht kontaktiert werden kann. Andererseits ist als Zweitprüfer ein Fachbetreuer aus der Praxis vorgesehen. Um Zugang zu thesirelevanten Materialien zu bekommen und damit eine praxisorientierte Bachelorarbeit schreiben zu können, ist der Kontakt zum Fachbetreuer ebenso wichtig.

Beide Komponenten zu vereinbaren, könnte erreicht werden, indem die Thesis aus dem Vertiefungsstudium heraus in die Praxis hinein geschrieben wird.⁵⁸ Nach Abschluss der Prüfungen im Vertiefungsstudium würde

⁵⁷ Stark, Michael, Vorwort in: Engagement und Ausbildungsorganisation, Einstellungen Bremerhavener Auszubildender zu ihrem Beruf und ihrer Ausbildung, Eine Studie im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, Universität Bremen, Juni 2009, S. 5, Online im WWW unter URL:http://www.ibb.uni-bremen.de/fileadmin/user/A_B_Forschungsberichte/IE_Studie_Bhv_240609.pdf [15.02.2010].

⁵⁸ Ein Modell dieses Vorschlags findet sich in Anlage 36, S. CLXV.

die Bearbeitung der Thesis im letzten Monat des Vertiefungsstudiums beginnen und nach zwei Monaten Praxisphase enden.

Vertiefungsstudium			Praxis	
Studium	Prüfungen	Thesis	Thesis	DLA
5 ½ Monate		1 Monat	2 Monate	3 Monate

Abb. 11: Mögliche Ausgestaltung der letzten beiden Phasen des Studiums (eigene Darstellung)

Ähnlich dem Diplomstudiengang, könnten auch bei den Bachelors Wahlpflichtfächer angeboten werden. Diese Wahlpflichtfächer sollten jeweils als Modul ausgestaltet sein und sich inhaltlich aus den Vertiefungsschwerpunkten ableiten.

Das „Wahlpflichtfach“ aus dem der Student seine Bachelorarbeit schreiben möchte, wird am Ende der praktischen Ausbildung gewählt. Dies hätte den Vorteil, dass die Studierenden alle Bereiche der Verwaltung sowohl theoretisch im Grundlagenstudium, als auch praktisch in der Ausbildung durchlaufen haben. In der Praxis kann bereits nach einem Thema gesucht werden, die endgültige Festlegung sollte aber an der Hochschule, also während des Vertiefungsstudiums erfolgen. Im letzten Monat des Vertiefungsstudiums wird das „Wahlpflichtfach“ belegt. Als Lehr- und Lernformen kämen beispielsweise Vorlesungen, Exkursionen, Gruppen- und Projektarbeiten in Betracht. Außerdem könnte während dieser Zeit Rücksprache mit dem Erstbetreuer gehalten werden, was insbesondere in der Anfangsphase der Bachelorarbeit wichtig ist.

Nach diesem Monat beginnt die Praxisphase in einem Bereich, der möglichst vom Thema der Bachelorarbeit tangiert ist; bestenfalls im Sachgebiet des Fachbetreuers. So können auch hier die nötigen Absprachen getroffen und die beste Betreuung gewährleistet werden.

Im Anschluss an die Bachelorarbeit würde sich dann die Wahrnehmung eines DLAs im selben Bereich anbieten. Aber auch ein anderer Bereich oder sogar der Wechsel in eine andere Behörde wäre denkbar.

6.4 Informationsfluss

Die Studierendenbefragung hat gezeigt, dass sich die Studierenden überwiegend schlecht von der Hochschule über den Verlauf der einzelnen Studieneinheiten informiert gefühlt haben. Besonders die Bachelors wissen kaum über das Vertiefungsstudium Bescheid. Auch die Einführungsveranstaltung zu Beginn des Studiums an der HS Ludwigsburg konnte den Studierenden keinen guten Überblick über das Studium verschaffen. Ein ganz anderes Ergebnis zeigt sich bei der Informationsvermittlung durch die Behörden. Hier fühlten sich fast alle Studierenden (sehr) gut informiert. Ein möglicher Grund dafür könnte sein, dass mit den Studierenden zu Beginn ihrer praktischen Ausbildung ein Einführungsgespräch geführt wird und sie einen Ausbildungsplan erhalten. So kann den Praktikanten bereits zu Beginn der Ausbildung ein „Zurechtfinden“ in der Behörde erleichtert werden und ihnen ein Überblick über den gesamten Verlauf der dortigen Ausbildung verschafft werden. Im Landratsamt Schwäbisch Hall bekommen alle Auszubildenden zudem einen Musterordner überreicht, in dem sich alle wichtigen Informationen über die Behörde befinden. Dies sind beispielsweise das Organigramm der Behörde, Informationen über die Zeiterfassung und eine Telefonliste. Außerdem wird von den Praktikanten in Schwäbisch Hall eine Ämterbewertung vorgenommen. So kann sichergestellt werden, dass alle Auszubildenden qualitativ gut versorgt werden.⁵⁹ Daneben entfielen 107 von 351 Nennungen bei den Diplomanden und 108 von 325 Nennungen bei den Bachelors auf den Ausbildungsbeauftragten, der den Studierenden jederzeit für Fragen zur Verfügung stand.

Um den Studierenden auch an der HS Ludwigsburg den Beginn des Studiums zu erleichtern, möchte Herr Prof. Ziegler, ähnlich der Informationsvermittlung durch die Behörden, neben Studentenpatenschaften auch eine

⁵⁹ Vgl. Interview mit Frau Ehrler am 24.11.2009, Anlage 23, S. LXXXV.

zweite Einführungsveranstaltungen anbieten.⁶⁰ An der Umsetzung dieser beiden Punkte wird momentan gearbeitet.

Meine eigenen Erfahrungen, dass die Behördenmitarbeiter außerhalb des Personalamtes oft unzureichend über die Ausbildung Bachelor of Arts Public Management informiert sind, kann auch Frau Weller vom Landratsamt Ludwigsburg bestätigen.⁶¹ Da aber gerade die Mitarbeiter in den einzelnen Fachbereichen eine wichtige Rolle bei der praktischen Ausbildung der Studierenden spielen, sollte auch hier eine Informationsvermittlung stattfinden. Den Mitarbeitern muss klar sein, mit welchen Kenntnissen die Studierenden ausgestattet sind, um darauf aufbauen zu können und sie mit genügend praktischer Arbeit zu versorgen. Diese Informationsvermittlung könnte beispielsweise mit der Ankündigung neuer Praktikanten erfolgen. Da jeder Fachbereich, in dem der gehobene Dienst ausgebildet wird, einen Ausbildungszeitplan erhält, könnte hier als Anhang ein kurzer Überblick über den Studienverlauf des Bachelors sowie einige wichtige Inhalte des Studiums beigefügt werden.⁶² Dies sollte zumindest solange praktiziert werden, bis sich der Bachelor of Arts der Innenverwaltung eingespielt hat und keine gravierenden Änderungen mehr zu erwarten sind.

6.5 Grundlagenstudium

Die Studierendenbefragung hat gezeigt, dass die Stoffmenge und der Schwierigkeitsgrad des ELs und auch des dzUs und PUs als gerade richtig oder sogar etwas zu wenig oder zu leicht empfunden wird. Im Grundlagenstudium wird die Stoffmenge und der Schwierigkeitsgrad von den Studierenden als eher viel und schwierig angegeben. Häufigster Kritikpunkt

⁶⁰ Vgl. Herr Ziegler, S. CL.

⁶¹ Vgl. Frau Weller, S. CXX.

⁶² Ein Beispiel hierzu findet sich in Anlage 35, S. CLXIV.

war bei den Bachelors „zu viel Stoff in zu wenig Zeit“⁶³. Auch in der Praxis ist man der Auffassung, dass die Stoffmenge des vierjährigen Diplomstudienganges dieselbe ist, wie die im jetzt dreieinhalbjährigen Bachelorstudiengang.⁶⁴

Tatsächlich hat sich der Stundenumfang in einzelnen Fächer verlängert, die zusätzlich eingeplanten Übungsstunden (mitarbeitsintensive Lehrveranstaltungen) sind allerdings entfallen.⁶⁵ Möglicherweise würde die Auslagerung einzelner Studieninhalte des Grundlagenstudiums in die AG's, das Überforderungsgefühl der Studierenden minimieren. Zwar sollten die AG's weniger im Vorlesungsstil unterrichtet werden, jedoch könnten Bereiche aus dem Kommunalrecht, Sozialrecht oder Personalmanagement durchaus in Form von Diskussionen, Gruppenarbeit oder Exkursionen den Studierenden vermittelt werden. Damit die Studierenden diese Inhalte entsprechend aufnehmen und lernen, sollten auch in den AG's Prüfungen eingeführt werden; zumindest in Form von bewerteten Präsentationen. Dies würde nicht nur die Motivation steigern, sondern auch das Interesse und die Bereitschaft, an den AG's teilzunehmen.

6.6 Module und Modulprüfungen

Die Idee der Module ist es, Kompetenzen zu vermitteln, die in der Praxis unmittelbar angewandt werden können. Die Studierenden sollen innerhalb eines Moduls beispielsweise gleichzeitig in Personalmanagement und Personal- und Arbeitsrecht geschult werden. Dies ermöglicht ihnen, in der praktischen Arbeit Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalbetreuung unter den rechtlich richtigen Rahmenbedingungen durchführen zu können. Diese konsequente Umsetzung ist im Bachelorstudiengang

⁶³ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 15, S. LXXIV und Anlage 17, S. LXXVI.

⁶⁴ Vgl. Frau Ehrler, S.LXXXVII.

⁶⁵ Vgl. Herr Schad, S. CXLf.

der Innenverwaltung noch nicht gelungen. Es gibt immer noch Teilmodule, die sehr unabhängig von einander gelehrt werden.⁶⁶

Die Module sollten aber nicht nur übergreifend gelehrt, sondern auch ebenso abgeprüft werden. Beispielweise im Modul Personal, das momentan noch in drei Teilmodulen abgeprüft wird, sollte idealerweise eine Prüfung stattfinden, in der ein Fall aus juristischer Sicht, unter Aspekten des öffentlichen Dienstrechts, des Arbeitsrechts und des Personalmanagements von den Studierenden bearbeitet werden muss.⁶⁷

Die Studierendenbefragung⁶⁸ zeigte aber auch, dass sie Modulprüfungen in jedem Fall ein Vorteil gegenüber dem Prüfungssystem im Diplomstudiengang sind. Die Diplomanden kritisierten die einmal im Jahr stattfindenden Prüfungen, die Bachelors dagegen sprachen sich positiv für die Modulprüfungen aus. Jedoch sollte die Anzahl der Prüfungen aus Sicht von Prof. Ziegler verringert werden, da dies nicht nur für die Studierenden ein Problem darstellt, sondern auch die Hochschule vor organisatorische Schwierigkeiten stellt.⁶⁹ Herr Prof. Dr. Hopp kritisiert, dass nicht nur alle Module bestanden werden müssen, sondern auch zu viele Module mit Klausuren abgeprüft werden. Hier sollten alternative Prüfungsformen angewandt werden, wie beispielsweise Präsentationen, Essays oder Projektarbeiten. Dadurch könnten dann auch die sozialen und methodischen Kompetenzen gestärkt werden.⁷⁰

⁶⁶ Vgl. Herr Hopp, S. CLVIf.

⁶⁷ Vgl. Herr Ziegler, S. CLI.

⁶⁸ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 12, S. LXVI.

⁶⁹ Vgl. Herr Ziegler, S. CXLIX.

⁷⁰ Vgl. Herr Hopp, S. CLVIlIf.

6.7 Praktische Ausbildung

Von den Studierenden wird erwartet, dass sie sich die zweite Praxisphase so einteilen, dass sie nicht nur das Auslandspraktikum unterbringen, sondern auch den Bereich, in dem sie ihre Bachelorthesis schreiben, an die beste Stelle legen. Dies erfordert von den Studierenden vor allem, dass sie sich frühzeitig mit der Thematik „Bachelorarbeit“ beschäftigen und wissen in welchem Bereich sie diese schreiben möchten.⁷¹

Herr Prof. Schad⁷² empfiehlt hier den Studierenden, auf jeden Fall die Chance zu nutzen und drei Monate ins Ausland zu gehen. Dieses Auslandspraktikum sollte am Besten an den Anfang der praktischen Ausbildung gelegt werden. Des Weiteren schlägt Herr Prof. Schad vor, den gewählten Vertiefungsschwerpunkt an den Schluss der praktischen Ausbildung zu legen und aus diesem Bereich auch die Bachelorarbeit zu schreiben.

Schwierigkeiten bereitet den Ausbildungsleitern in den Behörden außerdem, einen Ausbildungsbeauftragten für den Vertiefungsbereich „Führung im öffentlichen Sektor“ zu finden. Den Geschäftsbereichsleitern und vor allem auch den Landräten und Bürgermeistern ist es nicht möglich, einem Studierenden drei Monate lang eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen.⁷³

Um den Studierenden dennoch einen Einblick in den Tätigkeitsbereich und die Arbeitsweise einer Führungskraft zu gewährt, könnten verschiedene Führungskräfte jeweils über einen kürzern Zeitraum begleitet werden. Die übrige Zeit könnte beispielsweise in den Stabsstellen verbracht werden.

⁷¹ Vgl. Herr Hopp, S. CLIIIff.

⁷² Vgl. Herr Schad, S. CXXXIXf.

⁷³ Vgl. Frau Wolfsteiner, S. CVI, Frau Weller, S. CXVIIIff.

6.8 Praxisbegleitende Arbeitsgemeinschaft

Ein Problem der AG's ist, dass es in Baden-Württemberg nur 20 Standorte gibt. Die Anreisewege können zum Teil sehr weit sein. Zudem kann es vorkommen, dass manche AG's überbucht sind, weshalb die Teilnehmer zum nächsten AG-Standort geschickt werden.⁷⁴ Hier fallen nicht nur hohe Reisekosten an, sondern auch ein enormer Abrechnungsaufwand. Frau Weller schlägt daher vor, die AG's an den Hochschulen stattfinden zu lassen. Diese würden eine bessere Anlaufstelle darstellen, wie es momentan in den Praxisstellen gegeben ist.⁷⁵

Studierenden des ersten Bachelorstudienganges beklagten, dass manchen Lehrbeauftragten nicht klar sei, was und in welcher Form sie unterrichten sollten.⁷⁶ Auch Frau Wolfsteiner teilte mit, dass in manchen Vertiefungsbereichen wohl der Stoff aus dem Einführungslehrgang vermittelt werde.⁷⁷ Würde man dem Vorschlag von Frau Weller folgen, brächte das die Gewährleistung, dass in jeder Veranstaltung eine optimale Stoffvermittlung stattfindet und allen Studierenden die gleichen Kenntnisse vermittelt werden. Außerdem könnte sich der Kosten- und Bearbeitungsaufwand verringern.

Für die AG-Leiter ist die Organisation der AG gegenüber dem PU dadurch erschwert worden, dass die Studierenden ständig wechseln. Das Thema muss an jedem AG-Tag abgeschlossen sein und darf sich nicht wiederholen. Außerdem läuft das neue AG-Modell nun ein ganzes Jahr und bedeutet viel zusätzliche Arbeit für die AG-Leiter, wie beispielsweise Stundenplanänderungen oder Krankmeldungen.⁷⁸

⁷⁴ Entnommen aus: Interview mit Frau Gottwald.

⁷⁵ Vgl. Frau Weller, S. CXII f.

⁷⁶ Dies ging aus Gesprächen mit den Studierenden hervor, die in der AG in Ludwigsburg besucht wurden. Ein Protokoll über den Verlauf dieses AG-Tages befindet sich in Anlage 33, S. CLX ff..

⁷⁷ Vgl. Frau Wolfsteiner, S. CVII.

⁷⁸ Vgl. Frau Weller, S. CXII.

Aufgrund der wechselnden Studierenden entsteht keine feste Gruppen-gemeinschaft, wie es im dreimonatigen PU der Diplomanden der Fall war. Positiv ist allerdings, dass Studierende aus Kehl und Ludwigsburg in den AG's gemischt sind. So können neue Bekanntschaften geschlossen werden und Erfahrungen der jeweils anderen Hochschule ausgetauscht werden.

7 Chancen des Bachelor of Arts Public Management

„Chancen multiplizieren sich, wenn man sie ergreift.“⁷⁹ Die „Chance“ Bachelor of Arts wurde bereits ergriffen, sie optimal zu nutzen sollte das nächste Ziel sein. Welche Vorteile und Möglichkeiten der Bachelorstudiengang hierfür bereits mit sich bringt, wird in diesem Kapitel dargestellt.

Der Begriff „Chance“ bezeichnet im Folgenden das Potenzial, die Möglichkeiten, Vorteile und Aussichten des Bachelor of Arts Public Management.

7.1 Auslandspraktikum

An Bedeutung hat im Bachelorstudiengang vor allem das Auslandspraktikum gewonnen. Europa und die EU sind in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Sowohl Bundes- als auch Landesrecht werden mehr und mehr vom EU-Recht bestimmt. Gerade deswegen sollte man sich auf der Suche nach Problemlösungen nicht nur in den Nachbargemeinden umschauen, sondern auch im europäischen Ausland oder sogar weltweit. Während eines dreimonatigen Auslandsaufenthaltes lernen die Studieren-

⁷⁹ Sun Tzu, chinesischer General und Militärstrategie, um 500 v. Chr.

den nach Auffassung von Herrn Prof. Rieth nicht nur, in einem fremden Land zurecht zu kommen, sondern bilden auch ihre Persönlichkeit weiter. „Selbst, wenn der da nichts mit Verwaltung machen würde, bringt ihm das von der Persönlichkeit her so viel, dass es auch für seine spätere Tätigkeit in der Verwaltung ein Gewinn ist. [...] Internationale Erfahrungen braucht man auch in der öffentlichen Verwaltung.“⁸⁰

Um dies weiter zu fördern, wird daran gearbeitet, eine Praxisstation in China zu errichten. Dieses dreimonatige Praktikum soll so gestaltet werden, dass für die Studierenden zunächst ein Crashkurs in chinesischer Kultur und Sprache angeboten wird. Im zweiten Monat werden Fachprojekte zusammen mit chinesischen Studenten der Praterhochschule in Wuhan durchgeführt und im dritten Monat hospitieren die Studierenden in verschiedenen Behörden oder in Joint Venture Unternehmen.⁸¹

Außerdem könnte sich Herr Prof. Schad⁸² vorstellen, dass das Innenministerium irgendwann einmal in der APrOVw gD ein Auslandssemester zulässt. International kompatible Fächer wie Management, Betriebswirtschaftslehre oder Soziologie könnten durchaus auch im Ausland erlernt werden. Ein kleiner Schritt in diese Richtung wurde bereits unternommen. In der APrOVw gD Bac. wurde bezüglich des Auslandspraktikums die „Kann-Vorschrift“ in eine „Soll-Vorschrift“ geändert.

Für ein großes Interesse der Studierenden an einer internationalen Ausrichtung des Studiums könnte auch sprechen, dass die internationale Vergleichbarkeit und Anerkennung des Abschlusses von vielen Studierenden als positive Entwicklung angegeben wurde.⁸³

⁸⁰ Herr Rieth, S. CXXXVf.

⁸¹ Vgl. Herr Schad, S. CXLVf.

⁸² Vgl. Herr Schad, S. CXLIII f.

⁸³ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 14, S. LXXIII und Anlage 16, S. LXXV.

7.2 Fachprojekte

Im Bachelorstudiengang soll besonders Wert auf die Vermittlung sozialer Kompetenzen gelegt werden. Diese Entwicklung wird auch von den Praxisstellen als sehr wichtig und positiv empfunden.⁸⁴ Insbesondere die Teamfähigkeit kann durch die, im Bachelorstudiengang eingeführten Fachprojekte gefördert werden. Beispielsweise wurde die Photovoltaikanlage von Studierenden auf das Dach der Hochschule konzipiert. Die Gruppe dieses Fachprojektes musste neben der Finanzierung auch bei der Erstellung der Anlage mitwirken.⁸⁵ Die Studierenden zeigten großes Interesse an allen Fachprojekten und hatten am Ende ein Erfolgserlebnis.⁸⁶

7.3 Studium und Praxis

Eine weitere Chance ist das Fachwissen, mit dem die Studierenden in die praktische Ausbildung entlassen werden. Mit dem Wissen, das während des Grundlagenstudiums erworben wurde, ist es den Praktikanten möglich, in der Praxis vollumfänglich mitzuarbeiten. Hier wird deutlich, dass die Bachelors ein halbes Jahr länger an der Hochschule sind, als es die Diplomanden im Grundstudium waren. Die Qualität der Studierenden ist dadurch sogar ein wenig gestiegen. Die Studierenden gehen bereits viel strukturierter an die Fallbearbeitung heran.⁸⁷

Auch die Spezialisierung im Vertiefungsstudium wird zum Teil positiv von der Praxis aufgenommen. Frau Wolfsteiner ist der Meinung, dass diese Spezialisierung die Personalauswahl erleichtern könnte. Wer sich in einem

⁸⁴ Vgl. Frau Hopf, S. XCV.

⁸⁵ Vgl. Herr Ziegler, S.CL.

⁸⁶ Vgl. Herr Schad, S. CXLIV.

⁸⁷ Vgl. Frau Wolfsteiner, S. CIV.

Bereich bewirbt, in dem er sein Vertiefungsstudium absolviert hat, von dem wird ein deutlicher Wissensvorsprung und eine kürzere Einarbeitungsphase erwartet.⁸⁸

7.4 Master of Arts

Die Wichtigkeit des zweistufigen Studiensystems kommt auch in der Innenverwaltung zum Ausdruck. Zum einen gibt es den Master of Arts - European Public Administration, der als viersemestriges Vollzeitstudium angeboten wird. Daneben startet im September 2010 der Master of Arts – Public Administration als fünfsemestriger berufsbegleitender Studiengang. Dieser setzt allerdings einige Jahre praktische Arbeit voraus und befindet sich derzeit noch in der Planungsphase.⁸⁹

Bedenken haben die Studierenden vor allem, dass zu hohe Kosten für das Studium anfallen und der Berufseinstieg verzögert wird. Als Vorteile wurden der Einstieg in den höheren Dienst, die Vertiefung des Wissens und bessere Berufs- und Karrierechancen genannt.⁹⁰ Eine weitere Chance würde sich für die Studierenden auch mit der Umsetzung des neuen Studienmodells ergeben. Da es sich dann um einen siebensemestrigen Studiengang handelt, würde auch ein dreisemestriger Master ausreichen, egal ob dieser im Vollzeitstudium oder berufsbegleitend absolviert wird.⁹¹

Damit könnte den Bedenken der Studierenden entgegengewirkt werden. Der Bachelor würde nach wie vor dreieinhalb Jahre dauern, der Master dagegen wäre kürzer. Dies spart nicht nur Kosten, sondern hätte auch einen früheren Berufseinstieg, als bisher zur Folge.

⁸⁸ Vgl. Frau Wolfsteiner, S. CVIII f.

⁸⁹ Vgl. Herr Ziegler, S. CXLVII.

⁹⁰ Vgl. Auswertung der Studierendenbefragung, Anlage 19, S. LXXVII und Anlage 21, S. LXX.

⁹¹ Vgl. Herr Schad, S. CXLIII.

8 Schlussbetrachtung

Die Umstellung vom Diplom-Verwaltungswirt auf den Bachelor of Arts Public Management brachte einige Neuerungen mit sich. Neben den zahlreichen neuen Begrifflichkeiten wurden auch die Dauer und die Zusammensetzung der einzelnen Praxis- und Studienphasen geändert und vor allem die Studieninhalte gegenüber dem Grundstudium erweitert.

Dass eine Reform in diesem Ausmaß nicht reibungslos verläuft ist ebenso klar, wie die Tatsache, dass noch Entwicklungsbedarf besteht. Gerade die Informationsvermittlung stellt die Basis für eine gute und erfolgreiche Ausbildung dar. Hier hat sich gezeigt, dass die Studierenden von der Hochschule und die Mitarbeiter von ihren Behörden unzureichend über die Ausbildung informiert werden. Auch die Organisation der Arbeitsgemeinschaften stellt die AG-Leiter noch vor einige Schwierigkeiten.

Positiv ist dagegen die Entwicklung des Auslandspraktikums, die Durchführung von Modulprüfungen und die Einführung der Fachprojekte. Außerdem haben die Interviews mit den Hochschulbediensteten gezeigt, dass aktiv daran gearbeitet wird, die Probleme des Bachelorstudienganges der Innenverwaltung aufzugreifen und zu verbessern. Beispiele hierfür sind die Organisation einer zweiten Einführungsveranstaltung, die Einrichtung von Studentenpatenschaften und die Entwicklung eines neuen Studienmodells.

Dennoch darf bei der Betrachtung der Ergebnisse nicht vergessen werden, dass sich alle Jahrgänge des Bachelor of Arts Public Management zum jetzigen Zeitpunkt noch im Studium befinden und es daher keine Absolventen dieses Studienganges in Baden-Württemberg gibt. Um tatsächlich feststellen zu können, wie sich die Qualität der Ausbildung, auch im Vergleich zum Diplom entwickelt, müssten weitere Untersuchungen durchgeführt werden, sobald die bereits angedachten Änderungen vorge-

nommen wurden und der Studiengang in einer einheitlichen Form bestehen bleibt.

Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden, dass der Bachelorstudiengang der Innenverwaltung eine moderne Ausbildung darstellt, die dem Trend der Zeit voll und ganz Rechnung trägt. Die anstehenden Änderungen werden sicherlich zu einem positiven Verlauf des Studienganges beitragen, damit auch in Zukunft dem Arbeitsmarkt sehr gut ausgebildete Absolventen zur Verfügung stehen.

So kann in Zukunft bei einer richtigen und zielorientierten Umsetzung der im Bologna-Prozess vorgesehenen Maßnahmen von „Stop Bologna!“ kaum noch die Rede sein.

Literaturverzeichnis

Behnisch, Uta-Maria: Das EUROPASS Rahmenkonzept (InWEnt 2006),
in: Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Bologna-Reader II, Neue
Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-
Prozesses an deutschen Hochschulen, Service-Stelle Bologna, Bei-
träge zur Hochschulpolitik 5/2007, 1. Aufl., Bonn 2007, S. 227-230

Clasen, Andreas: Geprüfte Unzufriedenheit, Studenten protestieren ge-
gen Bologna-Prozess, Die Probleme an den Hochschulen sind oft
hausgemacht, in: Hohenloher Tagblatt vom 09.12.2009

Gaetgens, Christiane: Vorwort in: Bologna-Zentrum der Hochschulrek-
torenkonferenz (Hrsg.): Mobilität im Studium, Eine Untersuchung zu
Mobilität und Mobilitätshindernissen in gestuften Studiengängen in-
nerhalb Deutschlands, Statistik zur Hochschulpolitik 2/2008, Bonn
2008, [http://www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/
Mobilitaet_im_Studium_2008.pdf](http://www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/Mobilitaet_im_Studium_2008.pdf), 02.01.2010

Goller, Jost: Bachelor/Master und Laufbahnausbildung – Geht das?, in:
Heinrich, Peter (Hrsg.): 15. Glienicker Gespräch 2004, Der Bologna-
Prozess – Chance und/oder Risiko für die Fachhochschulen für den
öffentlichen Dienst, Redebeiträge und Glienicker Thesen, Beiträge
der Hochschule Nr. 24, Berlin 2004, S. 31-36

Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): ECTS in: Bologna-Reader, Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Service-Stelle Bologna, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, Bonn 2004, S. 125- 130,
http://www.hrk.de/bologna/de/Bologna_Reader_gesamt.pdf,
16.02.2010

Kromrey, Helmut: Empirische Sozialforschung, Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, 11. Aufl., Stuttgart 2006

Maier, Walter: Modularisierung und Leistungspunktesystem, in: Heinrich, Peter (Hrsg.): 15. Glienicker Gespräch 2004, Der Bologna-Prozess – Chance und/oder Risiko für die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst, Redebeiträge und Glienicker Thesen, Beiträge der Hochschule Nr. 24, Berlin 2004, S. 37-48

Stark, Michael: Vorwort in: Heinemann/Lars, Maurer/Andrea, Rauer/Felix: Engagement und Ausbildungsorganisation, Einstellung Bremerhavener Auszubildender zu ihrem Beruf und ihrer Ausbildung, Eine Studie im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, Universität Bremen, Juni 2009, http://www.ibb.uni-bremen.de/fileadmin/user/A_B_Forschungsberichte/IE_Studie_Bhv_240609.pdf, 15.02:2010

Walter, Thomas: Der Bologna-Prozess, Ein Wendepunkt europäischer Hochschulpolitik?, Wiesbaden 2006, S. 145

Warwitz, Theresia: Die Einführung von Bachelor und Master – gesagt, getan?, Symbolik und Wirklichkeit der Bologna-Deklaration, Saarbrücken 2008

Wosnitza, Marold/Jäger, Reinhold (Hrsg.): Daten erfassen, auswerten und präsentieren – aber wie?, Eine elementare Einführung in sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden, Statistik, computergestützte Datenanalyse und Ergebnispräsentation, 4. Aufl., Landau 2006

Erklärung nach § 36 Abs. 3 APrOVwgD

„Ich versichere, dass ich diese Diplomarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Crailsheim, den 03. März 2010

Mona Hofele

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Bilder vom Bildungstreik 2009.....	XIII
Anlage 2: Zeitungs- und Internetartikel	XIV
Anlage 3: Fragebogen Diplomanden	XXIV
Anlage 4: Fragebogen Bachelors	XXX
Anlage 5: Auswertung der persönlichen Angaben	XXXVI
Anlage 6: Meinung zum Studiengang	XXXVIII
Anlage 7: Zulassungsverfahren	XL
Anlage 8: Informationsbeschaffung Hochschule	XLI
Anlage 9: Informationsbeschaffung Praxis.....	XLVIII
Anlage 10: Praxiseinheiten	LI
Anlage 11: Studieninhalte	LVIII
Anlage 12: Prüfungen	LXVI
Anlage 13: Studienverlauf.....	LXIX
Anlage 14: Diplomanden über Vorteile/Chancen des Bachelorstudienganges	LXXIII
Anlage 15: Diplomanden über Nachteile/Probleme des Bachelorstudienganges	LXXIV
Anlage 16: Bachelors über Vorteile/Chancen des Bachelorstudienganges.....	LXXV
Anlage 17: Bachelors über Nachteile/Probleme des Bachelorstudienganges	LXXVI
Anlage 18: Diplomanden über Vorteile/Chancen des Master of Arts.....	LXXVII
Anlage 19: Diplomanden über Nachteile/Probleme des Master of Arts.....	LXXVIII
Anlage 20: Bachelors über Vorteile/Chancen des Master of Arts	LXXIX
Anlage 21: Bachelors über Nachteile/Probleme des Master of Arts.....	LXXX
Anlage 22: Interviewleitfaden für die Personalämter.....	LXXXI
Anlage 23: Interview mit Frau Ehrler.....	LXXXIV

Anlage 24: Interview mit Frau Ziegler	LXXXIX
Anlage 25: Interview mit Frau Hopf.....	XCIII
Anlage 26: Interview mit Frau Wolfsteiner	XCVI
Anlage 27: Interview mit Frau Weller	CX
Anlage 28: Interviewleitfaden für die Hochschulprofessoren	CXXI
Anlage 29: Interview mit Herrn Prof. Rieth.....	CXXIII
Anlage 30: Interview mit Herrn Prof. Schad	CXXXVII
Anlage 31: Interview mit Herrn Prof. Ziegler	CXLVII
Anlage 32: Interview mit Herrn Prof. Dr. Hopp.....	CLII
Anlage 33: Protokoll über die Teilnahme am AG-Tag.....	CLX
Anlage 34: Verlauf anderer Studiengänge im gehobenen Dienst	CLXIII
Anlage 35: Übersicht Bachelor of Arts Public Management	
- Studieninhalte und Studienablauf	CLXIV
Anlage 36: Überblick über den Studienverlauf.....	CLXV

Anlage 1: Bilder vom Bildungsstreik 2009

Abb. 3-1: Dieser Hörsaal ist besetzt!



Quelle: http://www.bildungsstreik.net/wp-content/uploads/2009/11/hoersaal_besetzt.jpg, 21.12.2009

Abb. 1-2: Stop Bologna!

Motiv 09:



Quelle: http://www.bildungsstreik.net/wp-content/uploads/2009/11/Bildungsstreik-Aufkleber-Winter_Vorschau.jpg, Motiv 09, 21.12.2009

Anlage 2: Zeitungs- und Internetartikel

Auszug aus dem Bericht: Bildungsstreik/Mehr als 100.000 Schüler und Studenten auf den Straßen

Von Christoph Titz, Birger Menke, Torben Waleczek und Jochen Leffers

[...] "Ich bin mehr als vier Module"

In Hamburg versammelten sich rund 10.000 jugendliche Demonstranten; in Berlin zogen rund 15.000 vom Roten Rathaus aus weitgehend friedlich durch die Hauptstadt. An der Ecke Torstraße und Brunnenstraße entrollten zwei Demonstranten von einem Hausdach aus ein großflächiges Transparent, auf dem auch sie "Krawall und Remmidemmi" forderten und schwenkten rote Fahnen. Die Demonstranten quittierten das mit Jubel und zogen weiter. Auf Transparenten stand zu lesen: "Ich bin mehr als vier Module" oder "Reiche Eltern für Alle". [...]

Quelle: Spiegel-Online, erschienen am 17.06.2009

URL: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,630965,00.html>,
21.12.2009

Auszug aus dem Bericht: Klage über Missstände im Bildungswesen/"Geld für Banken, kein Geld für Bildung"

Von Stephan Lüke

Deutschlands Studenten und Schüler wollen nicht länger schweigen. Sie beklagen marode Hörsäle, Studiengebühren, Turbo- und Zentralabitur und Kopfnoten. Von Montag (15.06.09) an wollen sie bundesweit eine Woche lang streiken.

Missstand überfüllte Hörsäle

Auch das bevölkerungsreichste Bundesland schwimmt auf der Protestwelle mit. "Wir wollen auf die Missstände im Bildungswesen hinweisen", sagt der Hochschul- und bildungspolitische Referent des Allgemeinen Studentenausschusses der Bochumer Uni, Martin Schmidt. Er spürt, dass dieser erste gemeinsame Streik Schüler und Studenten gleichermaßen motiviert. Seit Jahren wisse man in Deutschland, dass es schlecht um das Bildungswesen stehe. Doch stets werde die junge Generation mit dem Hinweis aufs fehlende Geld vertröstet. Schmidt: "Und dann sind plötzlich Milliarden für Banken vorhanden." Das stößt bei den Studenten und Schülern krumm auf: "Mit solchen Beträgen kann man das Bildungssystem komplett renovieren", sagt der Bochumer Studentenvertreter. [...]

Bachelor in der Kritik

Der Bachelor steht in der Kritik

Die Forderungen der nordrhein-westfälischen Studenten decken sich in vielen Bereichen mit denen ihrer Kommilitonen anderer Bundesländer. Die Bachelor-Masterausbildung wird abgelehnt, weil der Bachelor keinen wirklichen universitären Abschluss darstelle. Außerdem bedauert Martin Schmidt: "Der Bachelor führt zu einer reinen Verschulung, wissenschaftli-

ches Denken und Arbeiten ist nicht mehr gefragt." Ohnehin ziele vieles im Studium auf Auswendiglernen. Eigenständigkeit werde nicht gefördert. [...]

Quelle: WDR.de, Wissen, Studenten und Schüler streiken, erschienen am 15.06.2009, 13.10 Uhr

URL: http://www.wdr.de/themen/wissen/bildung/bachelor_master/090613.jhtml [21.12.2009]

Bericht: Geprüfte Unzufriedenheit/Studenten protestieren gegen Bologna-Prozess – Die Probleme an den Hochschulen sind oft hausgemacht

Von Andreas Clasen

Ein neuer Studiengang muss in Deutschland wie ein Auto durch einen TÜV. Eine Analyse des Zulassungssystems zeigt, wer Verantwortung für viele Probleme trägt, deretwegen die Studenten protestieren.

Student Karl K. hetzt von Prüfung zu Prüfung. Zum Nachdenken hat er kaum noch Zeit. So mit Stoff überfrachtet ist sein Fach. Und als er mal die Hochschule wechseln will, werden ihm seine bisherigen Leistungen nicht anerkannt. Solche Probleme wie der ausgedachte Karl hat nicht jeder Student in Deutschland. Aber so viele, dass zigtausende Studierende auf den Straßen demonstrieren.

Die Probleme im Zuge des Bologna-Prozesses sind bekannt. Die Verantwortung für sie übernehmen will aber keiner der einflussreichsten Akteure im deutschen Hochschulsystem - weder die Bundesländer, noch die Hochschulen noch die Akkreditierungsagenturen. Dabei waren und sind sie maßgeblich beteiligt an dem System, das die Qualität der neuen Studiengänge und deren Studierbarkeit sichern soll - das so genannte Akkreditierungssystem - eine Art TÜV für Studiengänge und Qualitätsmanagementsysteme an den Hochschulen.

Die Einführung dieses Systems zur Qualitätssicherung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge beschlossen die Länder in der Kultusministerkonferenz (KMK) schon 1998. Noch im selben Jahr gründeten sie den Akkreditierungsrat (AR). Er fasst die gemeinsamen Vorgaben der Länder in Kriterien zusammen, die die Hochschulen beachten und die neuen Studiengänge erfüllen müssen. Tun sie das nicht, erhalten sie das "TÜV-Siegel" nicht und die Studiengänge werden nicht zugelassen. Den praktischen TÜV, die Überprüfung der Kriterien, übernehmen Akkreditierungs-

agenturen, die der AR auswählt und zeitlich befristet mit diesem Job beauftragt.

Doch trotz dieses TÜVs werden seit Wochen Hörsäle besetzt. Können das System und seine Hauptakteure die Qualität also nicht zuverlässig sichern?

Der Thüringer Rechnungshof kommt nach einer Überprüfung der bis dato akkreditierten Studiengänge in dem Bundesland in seinem Jahresbericht 2008 zu genau diesem Schluss: "Die ...[. . . Bewertungungsverfahren für alle Studiengänge (Akkreditierung) verursachen nicht nur erheblichen Aufwand und Ausgaben. . . .], sondern führen darüber hinaus weder zu vergleichbaren noch zu zuverlässigen Ergebnissen der Qualitätssicherung." Die Gutachter würden die Länder- und AR-Vorgaben ganz unterschiedlich interpretieren.

Diese Vorwürfe kann Doris Herrmann, Geschäftsführerin der Agentur Aquas e.V., nicht nachvollziehen. "Da scheinen mir die Zahlen politisch motiviert zu sein." Man solle bedenken, dass viele Studiengänge sehr gut funktionieren, sagt sie, und schiebt den schwarzen Peter weiter. Einige Hochschulen hätten teilweise die Vorgaben der Länder missverstanden. Die Agenturen hätten diese Fehlinterpretation nicht immer erkennen können, weil es die neuen Studiengänge nur auf dem Papier gab. "Die Gutachter haben nur die Plausibilität eines Studiengangkonzeptes überprüft und gesagt, so wie das Konzept dargestellt ist, scheint es uns studierbar." Diese Fehler würde man aber bei der Reakkreditierung abstellen. "Wir legen jetzt einen viel stärkeren Fokus auf die Studierbarkeit."

Der AR-Vorsitzende Professor Reinhold Grimm teilt ebenso wenig die Einschätzung des Rechnungshofes, obgleich er Verbesserungsbedarf sieht. Mittelfristig will er, dass die Akkreditierung von einzelnen Studiengängen zur Ausnahme wird. Stattdessen sollen nur noch von den Hochschulen entwickelte Qualitätssicherungssysteme einen TÜV durchlaufen. Verein-

facht gesagt, nicht mehr das Auto sondern die Autowerkstatt soll bei dieser "Systemakkreditierung" geprüft werden.

Um auch kurzfristig für Verbesserungen zu sorgen, fordert Grimm, die KMK solle einige ihrer Detailvorgaben für die Studiengänge streichen und korrigieren. Der AR selber müsse in Zukunft bei den Agenturen mehr darauf achten, dass sie nicht zu viele Zusatzanforderungen an die Hochschulen stellen, und nicht so viele überregulierte Studiengänge zulassen. Auch der AR will deshalb die Kriterien, an die sich die Agenturen bei der Prüfung halten müssen, "rigoros kürzen, damit sie nur noch diese wenigen Punkte - vor allem die Studierbarkeit - kontrollieren und keine Details steuern".

Außerdem fordert Grimm ein Umdenken bei den Professoren. Sie hätten erstens manchmal Module mit zu vielen Prüfungen konstruiert, und Module, die mehr der Leidenschaft des Professors frönen würden, als dem Ziel des Studiengangs. "Da haben die Studierenden von A bis Z recht, wenn sie Sturm laufen."

Anja Gadow, Vorstandsmitglied der Organisation Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (FZS), saß selbst als Studentvertreterin schon im AR. Sie sieht für viele Probleme die Hauptverantwortung bei den Hochschulen. In keiner KMK- oder AR-Vorgabe stehe zum Beispiel, dass man jede Lehrveranstaltung eines Moduls mit einer Prüfung abschließen müsste oder dass ein Modul der Hochschule X von der Hochschule Y nur anerkannt werden dürfte, wenn Titel, Inhalt und Umfang identisch sind.

Nikolaus Zahnen, Referent für Lehrfragen an der Universität Konstanz und Ansprechpartner für die neue Studienstruktur, gibt Fehler auf der Hochschuleseite zu. Einige Studiengänge seien zum Beispiel mit Stoff überfrachtet. "Es hat bereits Anpassungen gegeben. Optimal ist es aus studentischer Sicht aber in einigen Fächern noch nicht." Die Zahl der Prüfungen sei zwar konstant geblieben, aber der Stress für die Studenten habe sich erhöht, weil jetzt alle Noten in die Endnote einfließen. Was die Probleme

bei der Anerkennung von Studienleistungen anbelange, habe sich im Vergleich zur Diplomzeit weder etwas verbessert noch verschlechtert. "Das liegt weiter in den Händen der Lehrenden."

Die Agenturen würden nicht mehr Vorgaben machen, als die Länder und der AR vorschreiben. Das Verfahren beschere dem Personal aber jede Menge Arbeit, und sei deshalb verständlicherweise manchen lästig, weil sie die Zeit lieber für Lehre und Forschung verwenden würden. "Grundsätzlich überwiegt aber die Zufriedenheit mit dem Verfahren." Wenn es jedoch alle paar Jahre wiederholt werden müsste, und so aufwendig bleibe, könnte der Widerstand dagegen wachsen. Hier müsste es Reformen geben.

Fazit: In puncto Prüfungslast, Mobilität, Verschulung und Stoffüberfrachtung spricht also viel dafür, dass die Hauptverantwortung für die Probleme in den Hochschulen liegt. Aber auch die Länder, der AR und die Agenturen haben dem Kriterium der Studierbarkeit zu wenig Beachtung geschenkt.

Quelle: Hohenloher Tagblatt vom 09.12.2009, S. 3

URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/art4306,287616>

[03.02.2010]

Auszug aus: Der Bologna-Prozess

Der 1999 gestartete Bologna-Prozess hat zu einer erfolgreichen Modernisierung der deutschen Hochschulen beigetragen. Im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe hatte sich Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn die Aufgabe gestellt, bis zum Jahr 2010 einen europäischen Hochschulraum zu schaffen. In Deutschland haben wir die Chance genutzt, durch die größte Hochschulreform seit Jahrzehnten die Qualität von Studienangeboten zu verbessern, mehr Beschäftigungsfähigkeit zu vermitteln und die Studiendauer zu verkürzen [...].

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Wissenschaft, Hochschule, Der Bologna-Prozess

URL: <http://www.bmbf.de/de/3336.php> [26.10.2009]

Auszug aus: Die Geschichte des Bachelor – Entstehung und Entwicklung

Das Wort „Bachelor“ lässt sich etymologisch auf das Wort „Bakkalaureus“ zurückführen, was so viel wie „Junggeselle“ bedeutet. Nach Gründung der ersten Hochschulen in Europa wurde der Begriff schnell zum Titel für Hochschulabsolventen – die damals noch ausschließlich männlich waren. Die erste Universität, die diesen Titel verliehen hat, war im 13. Jahrhundert die Sorbonne in Paris. Die Hochschulen auf dem heutigen Deutschen Staatsgebiet schlossen sich dem nach ihrer Gründung an. Im 19. Jahrhundert wurde der Bakkalaureus in Deutschland allerdings abgeschafft.

Quelle: Bachelor, Studieren in Deutschland, Bachelorstudium, Allgemeine Themen zum Studium, Was ist ein Bachelor?

URL: <http://www.bachelor-studium.net/was-ist-ein-bachelor.html>

[22.12.2009]

Was bedeutet der Begriff Bachelor?

Der Ausdruck „Bachelor“ kommt aus dem Englischen (Übersetzung: Junggeselle) und steht in den angelsächsischen Ländern für den ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluss an einer Hochschule. Bachelor leitet sich her vom französischen "baccalauréat" oder dem deutschen Begriff Bakkalaureus. Diese wiederum stammen aus dem Lateinischen "baculus" und "laureus" (Stab und Lorbeer). Bei den Römern durften die Erfolgreichen Stab und Lorbeer tragen. Aus "baccalauréat" entsprang der "bachelier" (derjenige der das baccalauréat geschafft hat) und daraus der "bachelor".

Quelle: HTW Chur, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Die häufigsten Fragen zu den Themen Bachelor und Master und ihre Antworten

URL: http://www.fh-htwchur.ch/uploads/media/faqs_bologna.pdf
[22.12.2009]

Anlage 3: Fragebogen Diplomanden

Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang

Markieren Sie so: x

Korrektur: n x

Es muss eindeutig erkennbar sein, welche Antwort(en) Sie geben möchten.

Liebe Diplomanden,

mit dieser Befragung soll herausgefunden werden, welche Aspekte an Ihrem Diplomstudiengang besonders gut waren und mit welchen Aspekten Sie eher unzufrieden waren. Außerdem sollen Ihre Erfahrungen und Einschätzungen über den neuen Bachelorstudiengang analysiert werden.

Die Befragung ist anonym, d.h. die Daten können nur statistisch und nicht personenbezogen ausgewertet werden. Alle Angaben unterliegen selbstverständlich dem Datenschutz.

Bitte verwenden Sie einen schwarzen oder blauen Kugelschreiber bzw. Filzstift. Schreiben Sie bitte in Druckbuchstaben (Anonymität!), groß und gut leserlich!

Es wäre nett, wenn Sie diesen Fragebogen ausfüllen und bis Freitag, 27.11.2009 bei Ihrem AG Sprecher abgeben würden.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Mithilfe.

Mona Hofele
E/07

1. Meinung zum Studiengang

Wie wichtig war es Ihnen bei Ihrer Bewerbung, diesen Studiengang noch mit dem Diplom abschließen zu können?

Sehr wichtig Unwichtig

2. Zulassungsverfahren

Im Rahmen Ihrer Bewerbung wurden Sie zu einem Zulassungsgespräch eingeladen. Wie empfanden Sie die Tatsache, dass ein Gespräch stattgefunden hat?

Sehr gut Sehr schlecht

3. Informationsbeschaffung Hochschule

3.1. Woher bekamen Sie die Informationen über den Ablauf des Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen (HVF) Ludwigsburg, vor und während des Bewerbungsverfahrens? (Mehrfachnennungen sind möglich)

- Homepage der HVF Ludwigsburg
- Internet (außerhalb der Homepage der HVF Ludwigsburg) [Fortsetzung nächste Seite]

3. Informationsbeschaffung Hochschule [Fortsetzung]

- ☒ Flyer der HVF Ludwigsburg
 - ☒ Studientag
 - ☒ Die Behörde(n), bei der/denen ich mich um eine Praxisstelle beworben habe, haben mir den Ablauf erklärt
 - ☒ Studentinnen und Studenten, die dieses Studium absolvieren/absolviert haben, haben mir den Ablauf erklärt
 - ☒ Andere Informationsquelle (Bitte kurze Beschreibung):
-

3.2. Wie gut fühlten Sie sich informiert, bevor Sie Ihre Bewerbung an das Regierungspräsidium Stuttgart gerichtet haben?

Sehr gut ☒ ☒ ☒ ☒ Sehr schlecht

3.3. Wie gut fühlten Sie sich von der Hochschule über den Verlauf des Grundstudiums informiert?

Sehr gut ☒ ☒ ☒ ☒ Sehr schlecht

3.4. Wie gut fühlten Sie sich von der Hochschule über den Verlauf des Hauptstudiums informiert?

Sehr gut ☒ ☒ ☒ ☒ Sehr schlecht

3.5. Wie beurteilen Sie die Einführungsveranstaltung am ersten Tag Ihres Studiums?

3.5.1. Die Einführungsveranstaltung lief strukturiert ab
Stimme voll zu ☒ ☒ ☒ ☒ Stimme überhaupt nicht zu

3.5.2. Die Einführungsveranstaltung verschaffte mir einen sehr guten Überblick über das gesamte Studium
Stimme voll zu ☒ ☒ ☒ ☒ Stimme überhaupt nicht zu

3.5.3. Ich wurde sehr gut über die Verwendung meiner Passwörter (Zugang zu Webmail, zur Online-Bibliothek etc.) informiert
Stimme voll zu ☒ ☒ ☒ ☒ Stimme überhaupt nicht zu

3.5.4. Ich wurde sehr gut über die Nutzungsmöglichkeiten des Intranets der HVF Ludwigsburg informiert
Stimme voll zu ☒ ☒ ☒ ☒ Stimme überhaupt nicht zu

4. Informationsbeschaffung Praxis

4.1. Wie gut fühlten Sie sich informiert, bevor Sie Ihre Bewerbung(en) an die Behörde(n) gerichtet haben?

Sehr gut ☒ ☒ ☒ ☒ Sehr schlecht

4.2. Wie wurden Sie von Ihrer ersten Praxisbehörde über den dortigen Verlauf der Ausbildung informiert? (Mehrfachnennungen sind möglich)

- ☒ Ich bekam keine Informationen
- ☒ Ich bekam einen Ausbildungsplan, mit der Zuteilung in die einzelnen Bereiche der Behörde
- ☒ Zu Beginn der Ausbildung wurde ein Einführungsgespräch geführt
- ☒ Ich konnte mich bei Fragen jederzeit an meine(n) Ausbildungsbeauftragte(n) wenden [Fortsetzung nächste Seite]

4. Informationsbeschaffung Praxis [Fortsetzung]

- Ich erkundigte mich bei den anderen Auszubildenden in meiner Behörde
 - Ich wurde wie folgt informiert (bitte kurze Beschreibung):
-

4.3. Wie gut fühlten Sie sich von Ihrer ersten Praxisstelle über den dortigen Verlauf der Ausbildung informiert?

Sehr gut Sehr schlecht

5. Praxiseinheiten

5.1. Während Ihres ersten Praxisabschnittes fand ein dienstzeitbegleitender Unterricht (dzU) statt. Für wie hilfreich, bezogen auf Ihre Arbeit in der ersten Praxisstelle, empfanden Sie diesen Lehrgang?

Sehr hilfreich Nicht hilfreich

5.2. Für wie hilfreich bezogen auf Ihr späteres Studium empfanden Sie den dzU?

Sehr hilfreich Nicht hilfreich

5.3. Haben Sie während Ihrer zweiten Praxisphase ein Praktikum in einem anderen Bundesland oder außerhalb von Deutschland absolviert? Ja Nein

Falls Sie Frage Nr. 5.3 mit „Ja“ beantwortet haben, beantworten Sie bitte auch die Fragen Nr. 5.3.1 und Nr. 5.3.2, ansonsten fahren Sie bitte bei Frage Nr. 5.4 fort.

5.3.1. Bitte nennen Sie das Land bzw. das Bundesland in dem Sie Ihr Praktikum absolviert haben: _____

5.3.2. Sie haben ein Praktikum in einem anderen Bundesland bzw. außerhalb von Deutschland absolviert. Gab es damals Probleme bei Ihrer Bewerbung und wenn ja, welche?

- Nein, ich hatte keinerlei Probleme mit meiner Bewerbung
 - Der Behörde, bei der ich mich beworben habe, war zunächst unklar, was ein(e) Diplom-Verwaltungswirt(in) ist
 - Ich habe mich in einem anderen Bundesland beworben. Da der Studiengang dort anders abläuft, war zunächst unklar, welches Wissen mir vermittelt werden sollte
 - Andere Probleme (bitte kurze Beschreibung):
-

5.4. Ziehen Sie in Erwägung, später einmal in einem anderen Bundesland zu arbeiten?

Ja Nein

5.5. Ziehen Sie in Erwägung, später einmal außerhalb von Deutschland zu arbeiten?

Ja Nein

6. Studieninhalte

6.1. Wie empfinden Sie die Stoffmenge, die Ihnen während Ihres Studiums vermittelt wird und wie empfinden Sie den Schwierigkeitsgrad des Stoffes?

6.1.1. Während des dzUs

Zu viel Stoff Zu wenig Stoff
 Zu schwierig Zu leicht

7. Prüfungen [Fortsetzung]

7.2.2. Zwischenprüfungen der HVF?

Zu schwierig Zu leicht

7.2.3. Prüfungen des PUs?

Zu schwierig Zu leicht**8. Studienverlauf**

8.1. Wie beurteilen Sie die Dauer der ersten Praxisphase?

Viel zu kurz Viel zu lang

8.2. Wie beurteilen Sie die Dauer der zweiten Praxisphase?

Viel zu kurz Viel zu lang

8.3. Wie beurteilen Sie die Dauer des Grundstudiums an der HVF Ludwigsburg?

Viel zu kurz Viel zu lang

8.4. Wie beurteilen Sie die Dauer des Hauptstudiums an der HVF Ludwigsburg?

Viel zu kurz Viel zu lang

8.5. Wie empfanden Sie die Dauer des dzUs?

Viel zu kurz Viel zu lang

8.6. Wie fühlen Sie sich von Ihrer Hochschule bezüglich Ihres Studiums betreut und unterstützt?

Sehr gut Sehr schlecht

8.7. Wie fühlen Sie sich von Ihren Dozenten bezüglich Ihres Studiums betreut und unterstützt?

Sehr gut Sehr schlecht

8.8. Welche Vorteile/Chancen sehen Sie in dem neuen Bachelorstudiengang?

(Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)

8.9. Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem neuen Bachelorstudiengang?

(Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)

8.10. Überlegen Sie sich, im Anschluss an Ihren jetzigen Studiengang noch den Abschluss Master of Arts zu machen? Ja Nein

Falls Sie Frage 8.10 mit „Ja“ beantwortet haben, beantworten Sie bitte auch die Fragen Nr. 8.10.1 und 8.10.2.

8.10.1. Welche Vorteile/Chancen sehen Sie in dem Master of Arts?
(Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)

8.10.2. Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem Master of Arts?
(Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)

9. Persönliche Angaben

9.1. Wie alt sind Sie? 18 - 20 21 - 23 24 - 27
 28 - 30 >30

9.2. Ihr Geschlecht? weiblich männlich

VIELEN DANK, DASS SIE SICH ZEIT GENOMMEN HABEN!!!

Anlage 4: Fragebogen Bachelors

Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang

Markieren Sie so: x

Korrektur: n x

Es muss eindeutig erkennbar sein, welche Antwort(en) Sie geben möchten.

Liebe Bachelors,

mit dieser Befragung soll herausgefunden werden, welche Aspekte an Ihrem neuen Studiengang noch verbessert werden könnten und welche Aspekte Sie bereits als hilfreich und gut empfinden.

Sie haben bisher Ihr 6-monatiges Praktikum und ein Semester Grundlagenstudium absolviert. Bitte beantworten Sie auch die Fragen über das Vertiefungsstudium und die zweite Praxisphase, soweit Ihnen hier bereits Informationen vorliegen oder Sie eine Einschätzung vornehmen können.

Die Befragung ist anonym, d.h. die Daten können nur statistisch und nicht personenbezogen ausgewertet werden. Alle Angaben unterliegen selbstverständlich dem Datenschutz.

Bitte verwenden Sie einen schwarzen oder blauen Kugelschreiber bzw. Filzstift. Schreiben Sie bitte in Druckbuchstaben (Anonymität!), groß und gut leserlich!

Es wäre nett, wenn Sie diesen Fragebogen ausfüllen und bis Freitag, 27.11.2009 bei Ihrem AG Sprecher abgeben würden.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Mithilfe.

Mona Hofele
E/07

1. Meinung zum Studiengang

1.1. Wie war Ihre Meinung zum Bachelorstudiengang der Innenverwaltung, als Sie sich beworben haben?

Sehr positive Meinung Sehr negative Meinung

1.2. Wie wichtig war es Ihnen bei Ihrer Bewerbung, diesen Studiengang mit dem Bachelor of Arts abschließen zu können?

Sehr wichtig Unwichtig

2. Zulassungsverfahren

Sie mussten einen Einstellungstest absolvieren, um eine Zulassung zu erhalten. Wie empfanden Sie die Tatsache, dass ein Test stattgefunden hat?

Sehr gut Sehr schlecht

3. Informationsbeschaffung Hochschule

3.1. Woher bekamen Sie die Informationen über den Ablauf des Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen (HVF) Ludwigsburg, vor und während des Bewerbungsverfahrens? (Mehrfachnennungen sind möglich)

- Homepage der HVF Ludwigsburg
- Internet (außerhalb der Homepage der HVF Ludwigsburg)
- Flyer der HVF Ludwigsburg
- Studientag
- Die Behörde(n), bei der/denen ich mich um eine Praxisstelle beworben habe, hat/haben mir den Ablauf erklärt
- Studentinnen und Studenten, die dieses Studium absolvieren/absolviert haben, haben mir den Ablauf erklärt
- Andere Informationsquelle (Bitte kurze Beschreibung):

3.2. Wie gut fühlten Sie sich informiert, bevor Sie Ihre Bewerbung an die HVF Ludwigsburg gerichtet haben?

Sehr gut Sehr schlecht

3.3. Wie gut fühlen Sie sich von der Hochschule über den Verlauf des Grundlagenstudiums informiert?

Sehr gut Sehr schlecht

3.4. Wie gut fühlen Sie sich von der Hochschule über den Verlauf des Vertiefungsstudiums informiert?

Sehr gut Sehr schlecht

3.5. Wie beurteilen Sie die Einführungsveranstaltung am ersten Tag Ihres Studiums?

3.5.1. Die Einführungsveranstaltung lief strukturiert ab

Stimme voll zu Stimme überhaupt nicht zu

3.5.2. Die Einführungsveranstaltung verschaffte mir einen sehr guten Überblick über das gesamte Studium

Stimme voll zu Stimme überhaupt nicht zu

3.5.3. Ich wurde sehr gut über die Verwendung meiner Passwörter (Zugang zu Webmail, zur Online-Bibliothek etc.) informiert

Stimme voll zu Stimme überhaupt nicht zu

3.5.4. Ich wurde sehr gut über die Nutzungsmöglichkeiten des Intranets der HVF Ludwigsburg informiert

Stimme voll zu Stimme überhaupt nicht zu

4. Informationsbeschaffung Praxis

4.1. Wie gut fühlten Sie sich informiert, bevor Sie Ihre Bewerbung(en) an die Behörde(n) gerichtet haben?

Sehr gut Sehr schlecht

6. Studieninhalte [Fortsetzung]

6.1.2. Während des Grundlagenstudiums?

Zu viel Stoff Zu wenig Stoff
 Zu schwierig Zu leicht

6.2. Wie beurteilen Sie die Veranstaltungen (z. B. Proseminare, Fachprojekte, Übungen, Kolloquien), die während des Studiums angeboten werden?

6.2.1. Umfang der Veranstaltungen

- Es sollten mehr Veranstaltungen angeboten werden
- Veranstaltungen werden genau im richtigen Maße angeboten
- Es sollten weniger Veranstaltungen angeboten werden
- Es sollten keine Veranstaltungen angeboten werden

6.2.2. Wünschen Sie sich...

- mehr Pflichtveranstaltungen?
- keine Veränderungen?
- mehr Veranstaltungen auf freiwilliger Basis?

6.2.3. Nutzen der Veranstaltungen für Ihr Studium

Sehr hilfreich Nicht hilfreich

6.2.4. Nutzen der Veranstaltungen für Ihre Praxisarbeit

Sehr hilfreich Nicht hilfreich

6.3. Durch die Umstellung auf den Bachelor wurde die Studienzeit verkürzt. Dies hat einen früheren Einstieg in den Beruf zur Folge. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Sehr positiv Sehr negativ

7. Prüfungen

7.1. Bei den Diplomanden finden einmal im Jahr Prüfungen statt. Bei Ihrem Studiengang nach jedem Semester. Wie empfinden Sie die Häufigkeit der Prüfungen bezogen auf Ihren Studiengang?

Zu häufig Zu selten

7.2. Wie empfinden Sie den Schwierigkeitsgrad der Prüfungen?

7.2.1. Prüfungen des Einführungslehrgangs?

Zu schwierig Zu leicht

7.2.2. Prüfungen nach dem ersten Semester?

Zu schwierig Zu leicht

8. Studienverlauf

8.1. Wie beurteilen Sie die Dauer der ersten Praxisphase?

Viel zu kurz Viel zu lang

8.2. Wie beurteilen Sie die Dauer der zweiten Praxisphase?

Viel zu kurz Viel zu lang

8. Studienverlauf [Fortsetzung]

- 8.3. Wie beurteilen Sie die Dauer des Einführungslehrgangs?
 Viel zu kurz Viel zu lang
- 8.4. Wie beurteilen Sie die Dauer des Grundlagenstudiums an der HVF Ludwigsburg?
 Viel zu kurz Viel zu lang
- 8.5. Wie beurteilen Sie die Dauer des Vertiefungsstudiums an der HVF Ludwigsburg?
 Viel zu kurz Viel zu lang
- 8.6. Wie fühlen Sie sich von Ihrer Hochschule bezüglich Ihres Studiums betreut und unterstützt?
 Sehr gut Sehr schlecht
- 8.7. Wie fühlen Sie sich von Ihren Dozenten bezüglich Ihres Studiums betreut und unterstützt?
 Sehr gut Sehr schlecht
- 8.8. Bezogen auf Frage 1.1: Sie haben nun über ein Jahr in diesem Studiengang studiert. Hat sich an Ihrer ursprünglichen Meinung über den Bachelorstudiengang der Innenverwaltung etwas geändert?
- Ja, meine Meinung hat sich zum Positiven verändert
 - Ja, meine Meinung hat sich zum Negativen verändert
 - Nein, ich vertrete immer noch die gleiche Meinung
- 8.9. Welche Vorteile/Chancen sehen Sie in dem neuen Bachelorstudiengang?
 (Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)
-
-
-
- 8.10. Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem neuen Bachelorstudiengang?
 (Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)
-
-
-
- 8.11. Überlegen Sie sich, im Anschluss an Ihren jetzigen Studiengang noch den Abschluss Master of Arts zu machen? Ja Nein
- Falls Sie Frage 8.11. mit „Ja“ beantwortet haben, beantworten Sie bitte auch die Fragen Nr. 8.11.1 und 8.11.2.

- 8.11.1. Welche Vorteile/Chancen sehen Sie in dem Master of Arts?
 (Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)

8. Studienverlauf [Fortsetzung]

8.11.2. Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem Master of Arts?
(Bitte nennen Sie max. 3 Aspekte)

9. Persönliche Angaben

- 9.1. Wie alt sind Sie? 18 - 20 21 - 23 24 – 27
 28 - 30 >30
- 9.2. Ihr Geschlecht? weiblich männlich

VIELEN DANK, DASS SIE SICH ZEIT GENOMMEN HABEN!!!

Anlage 5: Auswertung der persönlichen Angaben

Hinweis: Bei der Auswertung der relativen Zahlen kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, da auf eine Dezimale nach dem Komma gerundet wurde.

Zusammensetzung der Grundgesamtheit und des Rücklaufs der Umfrage

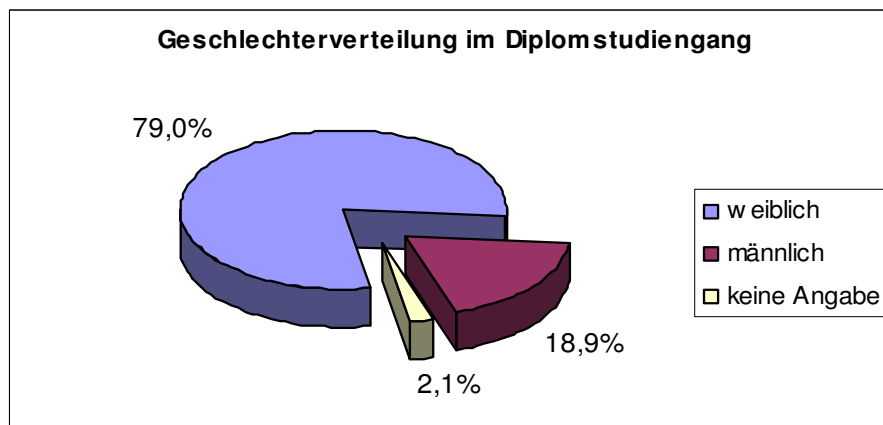
Tab. 5-1: Zusammensetzung der Grundgesamtheit und des Rücklaufs

Studiengang	Grundgesamtheit	Anteil an der Grundgesamtheit (N=378)	Rücklauf	Anteil am Gesamtrücklauf (N=289)	Rücklaufquote
Diplom	184	48,7 %	143	49,5 %	77,7 %
Bachelor	194	51,3 %	146	50,5 %	75,3 %
Gesamt	378	100 %	289	100 %	76,5 %

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

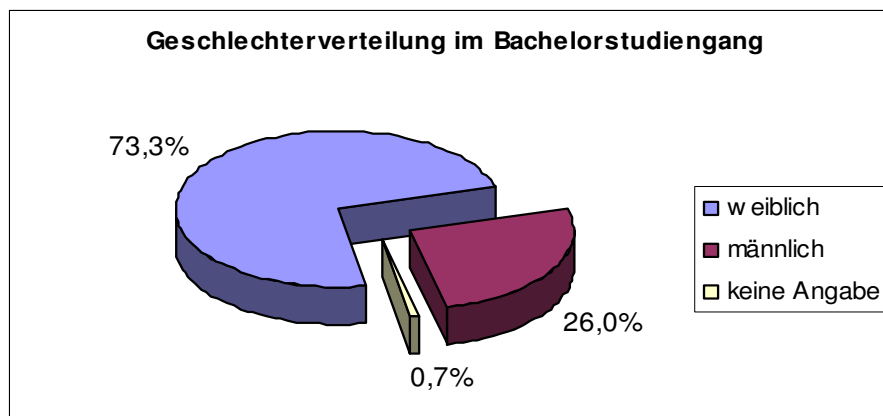
Anteil der Frauen und Männer im Diplom- und Bachelorstudiengang

Abb. 5-1: Geschlechterverteilung im Diplomstudiengang



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 5-2: Geschlechterverteilung im Bachelorstudiengang



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Altersverteilung in den Studiengängen

Tab. 5-2: Alter der Studierenden

Altersverteilung in den Studiengänge		
	Diplom	Bachelor
18-20	1 (0,7%)	50 34,2%
21-23	93 (65,0%)	71 48,6%
24-27	32 (22,4%)	9 6,2%
28-30	4 (2,8%)	6 4,1%
>30	12 (8,4%)	9 6,2%
keine Angabe	1 (0,7%)	1 0,7%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang
(eigene Darstellung)

Anlage 6: Meinung zum Studiengang

Meinung der Bachelors zum Bachelorstudiengang vor Beginn der Ausbildung und nach 15 Monaten Ausbildung

Tab. 6-1: Meinung der Bachelors von ihrem Studiengang

Nach 15 Mon. Vor Beginn d.Ausb.	zum Positiven verändert	zum Negativen verändert	vertrete immer noch die gleiche Meinung	keine Angabe	Gesamt	Median	Modus	Spannweite	arithmetisches Mittel	Varianz	Standardabweichung
sehr positiv	1 (0,7%)	13 (8,9%)	5 (3,4%)	0 (0%)	19 (13,0%)	2	2	2	2,21	0,27	0,52
positiv	13 (8,9%)	59 (40,4%)	41 (28,1%)	4 (2,7%)	117 (80,1%)	2	2	2	2,25	0,42	0,65
negative	1 (0,7%)	5 (3,4%)	3 (2,1%)	0 (0%)	9 (6,2%)	2	2	2	2,22	0,40	0,63
sehr negativ	0 (0%)	0 (0%)	1 (0,7%)	0 (0%)	1 (0,7%)	3	3	0	3,00	0	0
keine Angabe	0 (0%)	0 (0%)	0 (0%)	0 (0%)	0 (0%)						
Gesamt	15 (10,3%)	77 (52,7%)	50 (34,3%)	4 (2,7%)	146 (100%)						

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

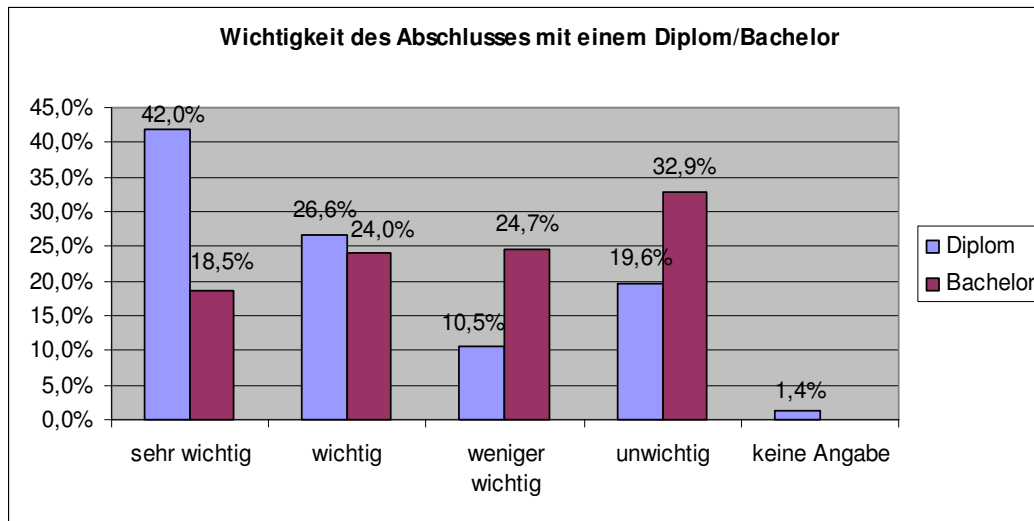
Wie wichtig war es Ihnen bei Ihrer Bewerbung, diesen Studiengang mit dem Diplom/Bachelor of Arts abschließen zu können?

Tab. 6-2: Wichtigkeit des Abschlusses mit einem Diplom bzw. Bachelor

	Diplom	Bachelor
sehr wichtig	60 (42,0%)	27 (18,5%)
wichtig	38 (26,6%)	35 (24,0%)
weniger wichtig	15 (10,5%)	36 (24,7%)
unwichtig	28 (19,6%)	48 (32,9%)
keine Angabe	2 (1,4%)	0 (0,0%)
Median	2	3
Modus	1	4
Spannweite	3	3
arithmetisches Mittel	2,08	2,72
Varianz	1,32	1,23
Standardabweichung	1,15	1,11

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 6-1: Wichtigkeit des Abschlusses mit einem Diplom bzw. Bachelor



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 7: Zulassungsverfahren

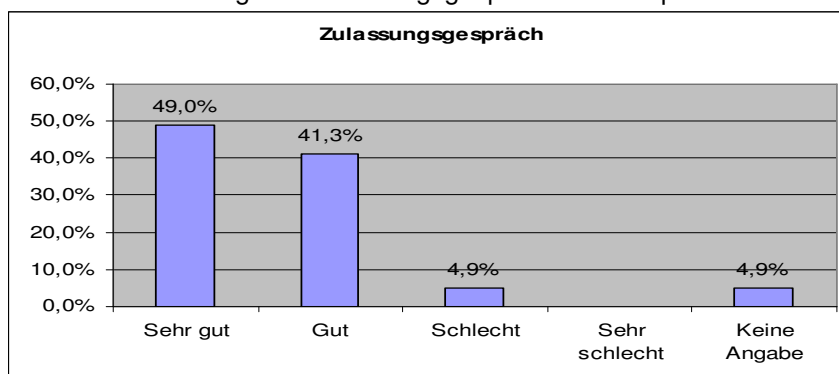
Wie empfanden Sie die Tatsache, dass ein Gespräch/Test stattgefunden hat?

Tab. 7-1: Beurteilung des Zulassungsgesprächs bzw. Einstellungstests

	Zulassungsgespräch (Diplom)	Einstellungstest (Bachelor)
sehr gut	70 (49,0%)	40 (27,4%)
gut	59 (41,3%)	80 (54,8%)
schlecht	7 (4,9%)	23 (15,8%)
sehr schlecht	0 (0,0%)	1 (0,7%)
keine Angabe	7 (4,9%)	2 (1,4%)
Modus	1	2
Median	1	2
Spannweite	2	3
arithmetisches Mittel	1,54	1,90
Varianz	0,35	0,45
Standardabweichung	0,59	0,67

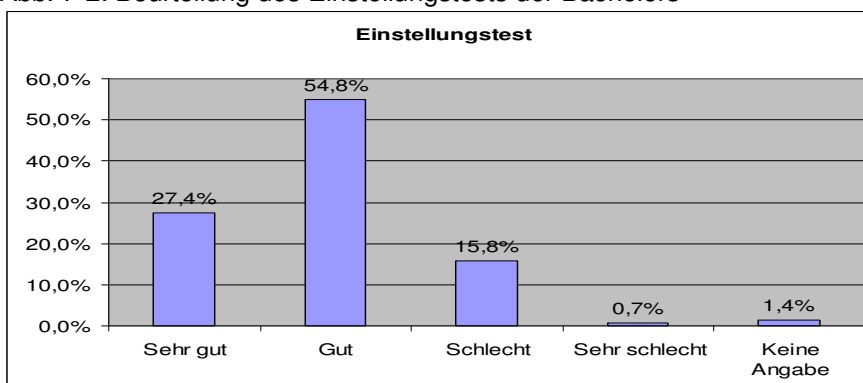
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 7-1: Beurteilung des Zulassungsgesprächs der Diplomanden



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 7-2: Beurteilung des Einstellungstests der Bachelors



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 8: Informationsbeschaffung Hochschule

Woher bekamen Sie die Informationen über den Ablauf des Studienganges vor und während des Bewerbungsverfahrens?

Tab. 8-1: Informationsquellen der Diplomanden und Bachelors

Rangfolge	Diplom			Bachelor		
	Gesamt 100,0% (259 N. ¹)	weiblich 100,0% (199 N.)	männlich 100,0% (55 NN)	Gesamt 100,0% (290 N.)	weiblich 100,0% (219 N.)	männlich 100,0% (68 N.)
1	Praxisbehörden 18,5% (48 N.)	Praxisbehörden 19,1% (38 N.)	Homepage d. HVF u. Studierende/Absolventen d. Studienganges je 20,0% (je 11 N.)	Homepage d. HVF 29,3% (85 N.)	Homepage d. HVF 30,6% (67 N.)	Homepage d. HVF 25,0% (17 N.)
2	Homepage der HVF 17,0% (44 N.)	Flyer 17,1% (34 N.)	Praxisbehörden 16,4% (9 N.)	Internet außerhalb d. HVF Homepage, Studierende/Absolventen d. Studienganges je 16,6% (je 48 N.)	Internet außerhalb d. HVF Homepage, Studierende/Absolventen d. Studienganges je 15,1% (je 33 N.)	Internet außerhalb d. HVF Homepage, Studierende/Absolventen d. Studienganges je 22,1% (je 15 N.)
3	Flyer, Studierende/Absolventen d. Studienganges je 15,8% (je 41 N.)	Homepage der HVF 16,1% (32 N.)	Internet außerhalb d. HVF Homepage, Flyer, Studientag, andere Infoquelle je 10,9% (je 6 N.)	Flyer 13,1% (38 N.)	Flyer 13,7% (30 N.)	Praxisbehörden 14,7% (10 N.)
4	Internet außerhalb der HVF Homepage 12,7% (33 N.)	Studierende/Absolventen d. Studienganges 15,1% (30 N.)		Praxisbehörden 12,4% (36 N.)	Praxisbehörden 11,4% (25 N.)	Flyer 10,3% (7 N.)
5	Studientag 10,4% (27 N.)	Internet außerhalb der HVF Homepage 13,1% (26 N.)		andere Infoquelle 6,9% (20 N.)	andere Infoquelle 7,3% (16 N.)	andere Infoquelle 5,9% (4 N.)
6	andere Infoquelle 9,7% (25 N.)	Studientag 10,6% (21 N.)		Studientag 5,2% (15 N.)	Studientag 6,8% (15 N.)	Studientag 0,0% (0 N.)
7		andere Infoquelle 9,0% (18 N.)				
keine Angabe	3 Personen	2	1	0 Personen	0	0

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

¹ N. = Nennungen

Hinweis: Bei der geschlechtsspezifischen Auswertung stimmt hier und im Folgenden die Gesamtangabe nicht mit den Angaben der Frauen und Männer überein, da drei Personen im Diplom- und eine Person im Bachelorstudiengang keine Geschlechtsangabe gemacht haben.

Andere Informationsquellen:

Tab. 8-2: Andere Informationsquellen der Diplomanden

Diplomanden		
	Anzahl der Nennung	Anteil an den Gesamtnennungen (N=27)
Studienberatung der Agentur für Arbeit	5	18,5%
Vorherige Ausbildung (m.D./Vfa)	5	18,5%
Anzeige Gemeindeblatt/Zeitung	4	14,8%
Verwandte/Bekannte	3	11,1%
Berufsförderungsdienst der Bundeswehr	3	11,1%
Praktikum vor Bewerbung	2	7,4%
Studienführer mit allen Studiengängen in BW	1	3,7%
Infotag der IHK	1	3,7%
Ausbildungsmesse Ludwigsburg	1	3,7%
Eigenes BMA	1	3,7%
E-Mail Verteiler der Hochschule	1	3,7%
Gesamtnennungen	27	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 8-3: Andere Informationsquellen der Bachelors

Bachelors		
	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=21)
Agentur für Arbeit	4	19,0%
Homepage FH Kehl	3	14,3%
Telefonat mit der HVF	3	14,3%
Verwandte/Bekannte	2	9,5%
Infoveranstaltung der Schule	2	9,5%
Anzeige Gemeindeblatt/Zeitung	2	9,5%
Betriebsferienprogramm in Esslingen	1	4,8%
Flyer der FH Kehl	1	4,8%
Ausbildungsbörse	1	4,8%
Plakat in der Schule	1	4,8%
Keine Infos	1	4,8%
Gesamtnennungen	21	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

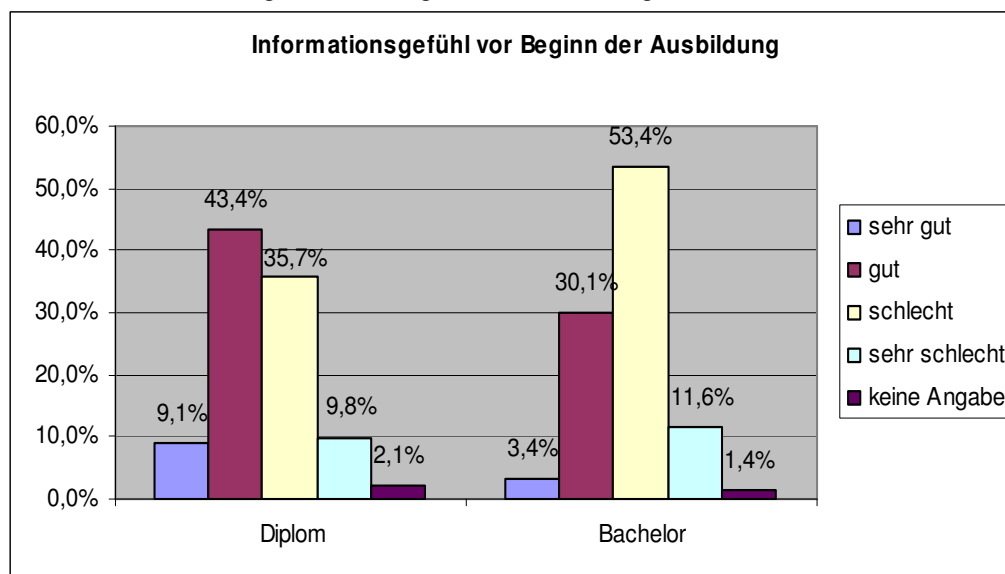
Wie gut fühlten Sie sich über den Ablauf des Studiums informiert?

Tab. 8-4: Informationsgefühl vor Beginn der Ausbildung

	Diplom			Bachelor		
	Gesamt 143	weiblich 113	männlich 27	Gesamt 147	weiblich 107	männlich 38
sehr gut	13 (9,1%)	10 (8,8%)	3 (11,1%)	5 (3,4%)	4 (3,7%)	1 (2,6%)
gut	62 (43,4%)	49 (43,4%)	12 (44,4%)	44 (30,1%)	29 (27,1%)	15 (39,5%)
schlecht	51 (35,7%)	40 (35,4%)	10 (37,0%)	78 (53,4%)	40 (56,1%)	17 (44,7%)
sehr schlecht	14 (9,8%)	13 (11,5%)	1 (3,7%)	17 (11,6%)	13 (12,1%)	4 (10,5%)
keine Angabe	3 (2,1%)	1 (0,9%)	1 (3,7%)	2 (1,4%)	1 (0,9%)	1 (2,6%)
Median	2	2	2	3	3	3
Modus	2	2	2	3	3	3
Spannweite	3	3	3	3	3	3
Arithmetisches Mittel	2,47	2,5	2,35	2,74	2,77	2,65
Varianz	0,63	0,66	0,53	0,50	0,50	0,50
Standardabweichung	0,79	0,81	0,73	0,71	0,71	0,71

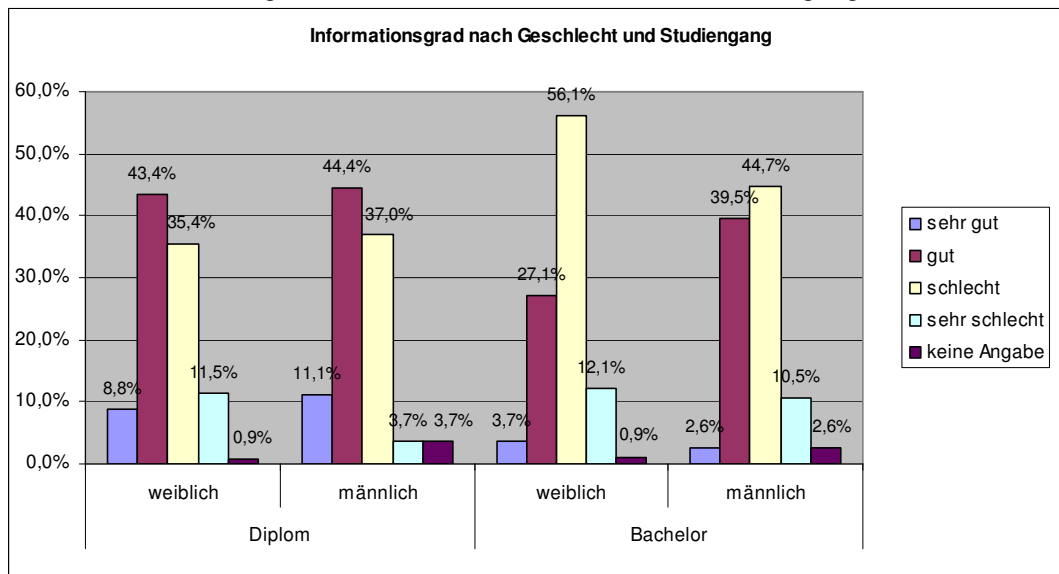
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 8-1: Informationsgefühl vor Beginn der Ausbildung



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 8-2: Informationsgefühl der Männer und Frauen in den Studiengängen



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 8-5: Informationsquellen der gut bis sehr gut informierten Studierenden

Infoquelle	Diplom		Bachelor	
	Infograd: sehr gut 100,0% (25 N.)	Infograd: gut 100,0% (110 N.)	Infograd: sehr gut 100,0% (8 N.)	Infograd: gut 100,0% (85 N.)
Homepage der HVF	20,0% (5 N.)	19,1% (21 N.)	62,5% (5 N.)	35,3% (30 N.)
Internet außerhalb der HVF Homepage	16,0% (4 N.)	11,8% (13 N.)	0,0% (0 N.)	16,5% (14 N.)
Flyer der HVF	12,0% (3 N.)	19,1% (21 N.)	37,5% (3 N.)	8,2% (7 N.)
Studientag	12,0% (3 N.)	6,4% (7 N.)	0,0% (0 N.)	4,7% (4 N.)
Praxisbehörden	8,0% (2 N.)	17,3% (19 N.)	0,0% (0 N.)	10,6% (9 N.)
Studierende/ Absolventen des Studienganges	12,0 % (3 N.)	16,4% (18 N.)	0,0% (0 N.)	14,1% (12 N.)
andere Infoquelle	20,0 % (5 N.)	10,0 % (11 N.)	0,0% (0 N.)	10,6% (9 N.)
Rang 1	Homepage HVF/andere Infoquelle	Flyer/ Homepage HVF	Homepage HVF	Homepage HVF
Rang 2	Internet au- ßerhalb der HVF Home- page	Praxis- behörde	Flyer	Internet au- ßerhalb der HVF Home- page

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

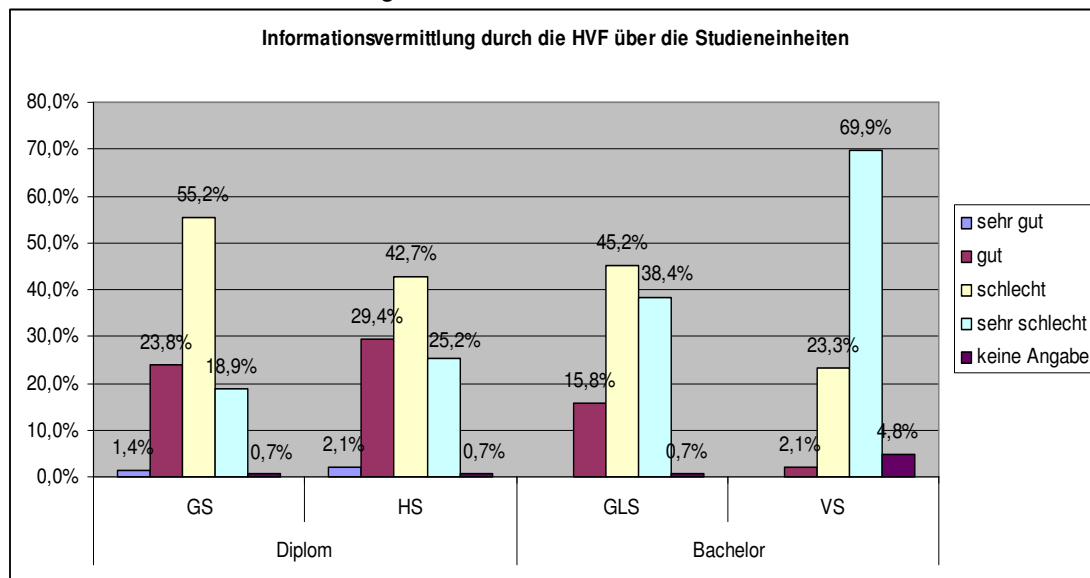
Wie gut fühlten Sie sich von der HVF Ludwigsburg über den Verlauf des Studiums informiert?

Tab. 8-6: Informationsvermittlung durch die HVF

	Diplom		Bachelor	
	GS	HS	GLS	VS
sehr gut	2 (1,4%)	3 (2,1%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)
gut	34 (23,8%)	42 (29,4%)	23 (15,8%)	3 (2,1%)
schlecht	74 (55,2%)	61 (42,7%)	66 (45,2%)	34 (23,3%)
sehr schlecht	27 (18,9%)	36 (25,2%)	56 (38,4%)	102 (69,9%)
keine Angabe	1 (0,7%)	1 (0,7%)	1 (0,7%)	7 (4,8%)
Median	3	3	3	4
Modus	3	3	3	4
Spannweite	3	3	2	2
arithmetisches Mittel	2,92	2,92	3,23	3,71
Varianz	0,48	0,63	0,49	0,25
Standardabweichung	0,69	0,79	0,7	0,5

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 8-3. Informationsvermittlung durch die Hochschule



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

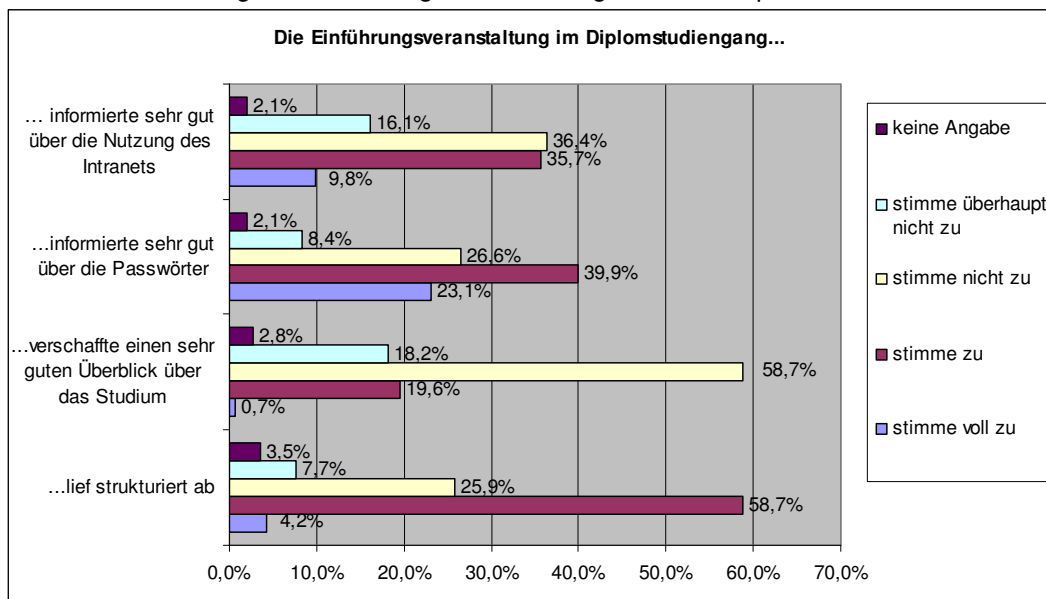
Wie beurteilen Sie die Einführungsveranstaltung zu Beginn des Studiums?

Tab. 8-7: Beurteilung der Einführungsveranstaltung durch die Diplomanden

	Strukturierter Ablauf	Überblick Studium	Passwörter	Nutzung Intranet
stimme voll zu	6 (4,2%)	1 (0,7%)	33 (23,1%)	14 (9,8%)
stimme zu	84 (58,7%)	28 (19,6%)	57 (39,9%)	51 (35,7%)
stimme nicht zu	37 (25,9%)	84 (58,7%)	38 (26,6%)	38 (36,4%)
stimme überhaupt nicht zu	11 (7,7%)	26 (18,2%)	12 (8,4%)	12 (16,1%)
keine Angabe	5 (3,5%)	4 (2,8%)	3 (2,1%)	3 (2,1%)
Median	2	3	2	3
Modus	2	3	2	3
Spannweite	3	3	3	3
arithmetisches Mittel	2,38	2,97	2,21	2,60
Varianz	0,48	0,42	0,81	0,77
Standardabweichung	0,69	0,65	0,90	0,88

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 8-4: Beurteilung der Einführungsveranstaltung durch die Diplomanden



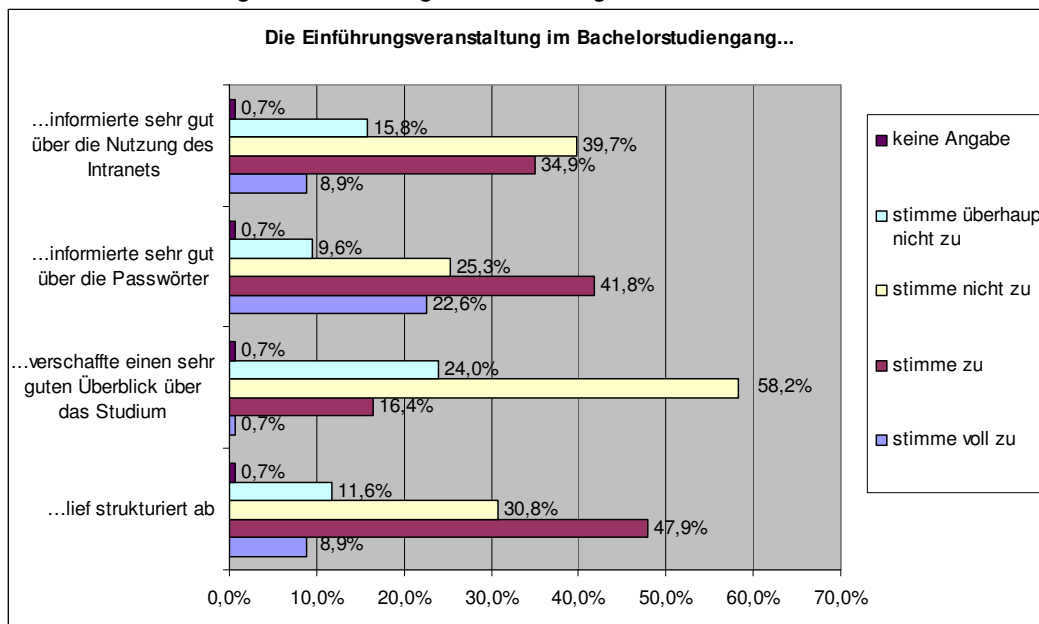
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 8-8: Beurteilung der Einführungsveranstaltung durch die Bachelors

	Strukturierter Ablauf	Überblick Studium	Passwörter	Nutzung Intranet
stimme voll zu	13 (8,9%)	1 (0,7%)	33 (22,6%)	13 (8,9%)
stimme zu	70 (47,9%)	24 (16,4%)	61 (41,8%)	51 (34,9%)
stimme nicht zu	45 (30,8%)	85 (58,2%)	37 (25,3%)	58 (39,7%)
stimme überhaupt nicht zu	17 (11,6%)	35 (24,0%)	14 (9,6%)	23 (15,8%)
keine Angabe	1 (0,7%)	1 (0,7%)	1 (0,7%)	1 (0,7%)
Median	2	3	2	3
Modus	2	3	2	3
Spannweite	3	3	3	3
arithmetisches Mittel	2,46	3,06	2,22	2,63
Varianz	0,66	0,43	0,82	0,73
Standardabweichung	0,81	0,66	0,91	0,85

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 8-5: Beurteilung der Einführungsveranstaltung durch die Bachelors



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 9: Informationsbeschaffung Praxis

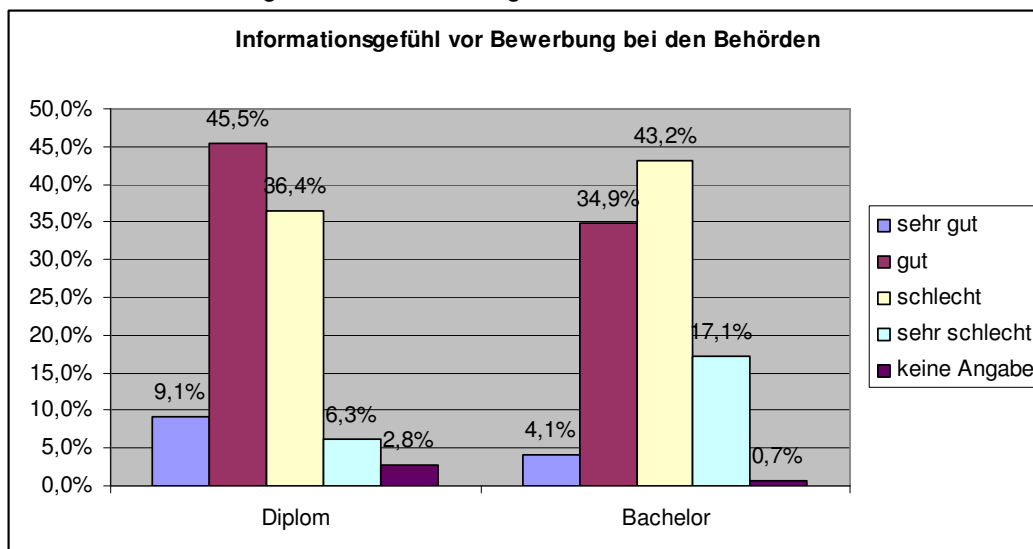
Wie gut fühlten Sie sich informiert, bevor Sie sich bei den Behörden beworben haben?

Tab. 9-1: Informationsgefühl vor Bewerbung bei den Behörden

	Diplom	Bachelor
sehr gut	13 (9,1%)	6 (4,1%)
gut	65 (45,5%)	51 (34,9%)
schlecht	52 (36,4%)	63 (43,2%)
sehr schlecht	9 (6,3%)	25 (17,1%)
keine Angabe	4 (2,8%)	1 (0,7%)
Median	2	3
Modus	2	3
Spannweite	3	3
arithmetisches Mittel	2,41	2,92
Varianz	0,56	0,67
Standardabweichung	0,75	0,82

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 9-1: Informationsgefühl vor Bewerbung bei den Behörden



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

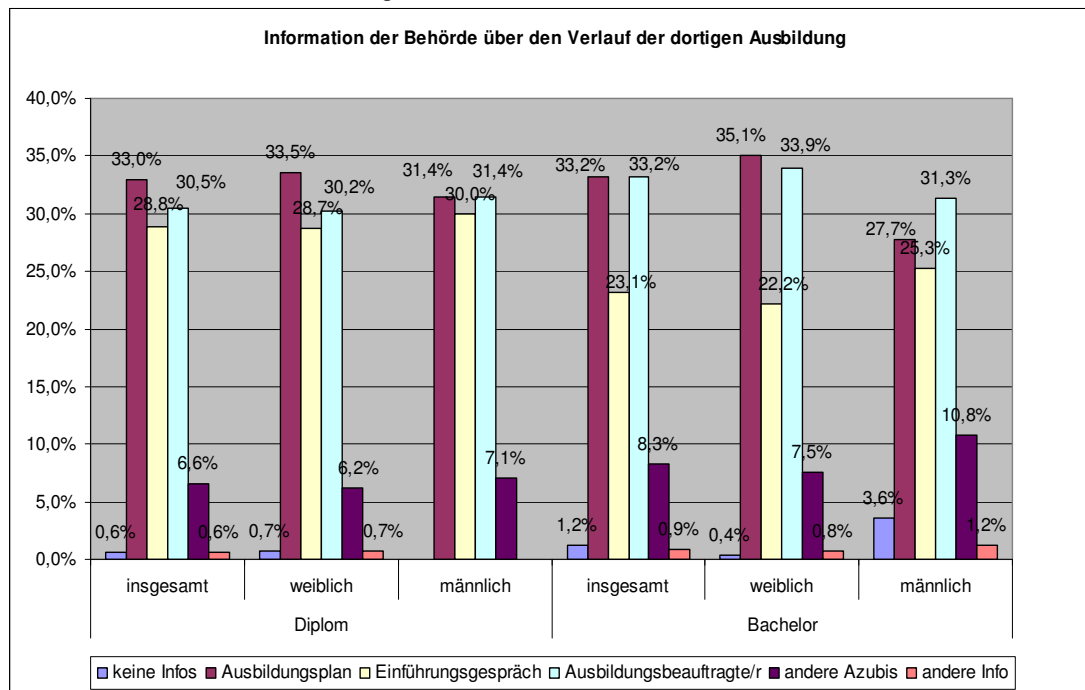
Wie wurden Sie von Ihrer ersten Praxisbehörde über den dortigen Verlauf der Ausbildung informiert?

Tab. 9-2: Informationsvermittlung durch die Behörde

	Diplom			Bachelor		
	insgesamt (351 N.)	weiblich (275 N.)	männlich (70 N.)	insgesamt (325 N.)	weiblich (239 N.)	männlich (83 N.)
keine Informationen	2 (0,6%)	2 (0,7%)	0 (0,0%)	4 (1,2%)	1 (0,4%)	3 (3,6%)
Ausbildungsplan	116 (33,0%)	92 (33,5%)	22 (31,4%)	108 (33,2%)	84 (35,1%)	23 (27,7%)
Einführungsgespräch	101 (28,8%)	79 (28,7%)	21 (30,0%)	75 (23,1%)	53 (22,2%)	21 (25,3%)
Ausbildungsbeauftragte/r	107 (30,5%)	83 (30,2%)	22 (31,4%)	108 (33,2%)	81 (33,9%)	26 (31,3%)
andere Azubis	23 (6,6%)	17 (6,2%)	5 (7,1%)	27 (8,3%)	18 (7,5%)	9 (10,8%)
andere Informationen	2 (0,6%)	2 (0,7%)	0 (0,0%)	3 (0,9%)	2 (0,8%)	1 (1,2%)

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 9-2: Informationsvermittlung durch die Behörde



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Andere Informationen:

Tab. 9-3: Andere Informationsvermittlung durch die Behörden

Bachelor	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=3)
Einführungsseminar 1 Woche Überblick	1	33,3%
Telefonat (Abordnung)	1	33,3%
3 Tage Einführungsveranstaltung (alle Azubis)	1	33,3%
Gesamtnennungen	3	100,0 %

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 9-4: Andere Informationsvermittlung durch die Behörden

Diplom	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=3)
Student hat vom Studium erzählt	1	33,3%
Zwei Wochen Einführungsveranstaltung	1	33,3%
Direkter Einstieg ins Studium vor 8 Jahren	1	33,3%
Gesamtnennungen	3	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

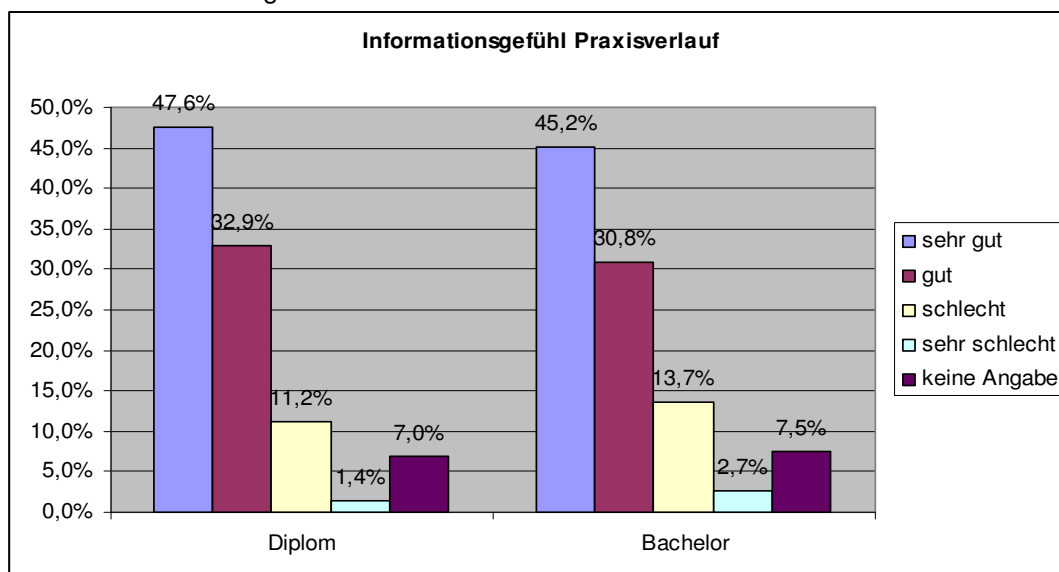
Wie gut fühlten Sie sich von Ihrer ersten Praxisbehörde über den dortigen Ablauf der Ausbildung informiert?

Tab. 9-5: Informationsgefühl über den Praxisverlauf

	Diplom	Bachelor
sehr gut	68 (47,6%)	66 (45,2%)
gut	47 (32,9%)	45 (30,8%)
schlecht	16 (11,2%)	20 (13,7%)
sehr schlecht	2 (1,4%)	4 (2,7%)
keine Angabe	10 (7,0%)	11 (7,5%)
Median	1	2
Modus	1	1
Spannweite	3	3
arithmetisches Mittel	1,64	1,72
Varianz	0,56	0,68
Standardabweichung	0,75	0,82

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 9-3: Informationsgefühl über den Praxisverlauf



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 10: Praxiseinheiten

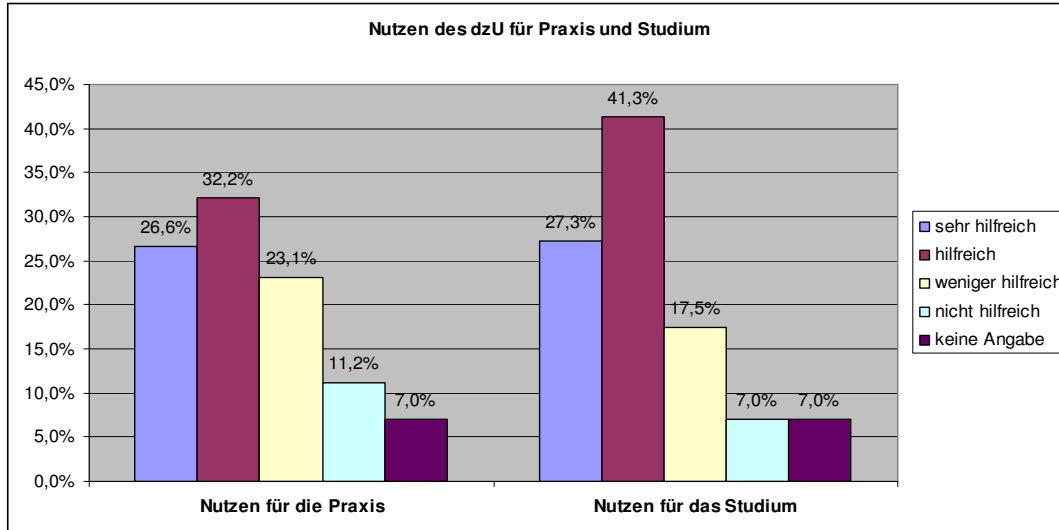
Für wie hilfreich bezogen auf Ihre erste Praxisstelle und das spätere Studium empfanden Sie den dienstzeitbegleitenden Unterricht?

Tab. 10-1: Nutzen des dzU für Praxis und Studium

	Nutzen dzU für die Praxis	Nutzen dzU für das Studium
sehr hilfreich	38 (26,6%)	39 (27,3%)
hilfreich	46 (32,2%)	59 (41,3%)
weniger hilfreich	33 (23,1%)	25 (17,5%)
nicht hilfreich	16 (11,2%)	10 (7,0%)
keine Angabe	10 (7,0%)	10 (7,0%)
Median	2	2
Modus	2	2
Spannweite	3	3
arithmetisches Mittel	2,20	2,05
Varianz	0,97	0,78
Standardabweichung	0,98	0,88

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 10-1: Nutzen des dzU für Praxis und Studium



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

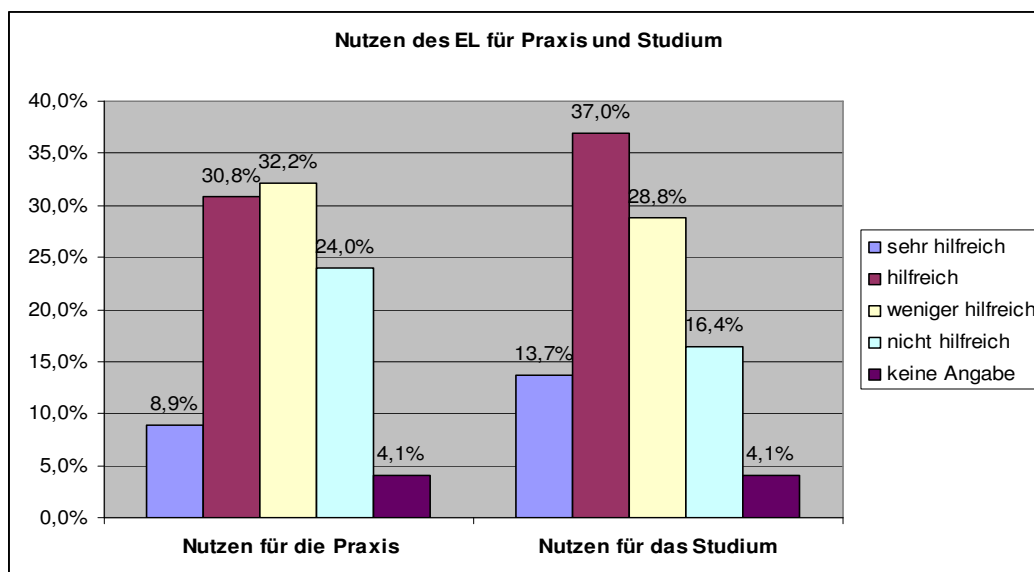
Für wie hilfreich bezogen auf Ihre erste Praxisstelle und das spätere Studium empfanden Sie den Einführungslehrgang?

Tab. 10-2: Nutzen des EL für Praxis und Studium

	Nutzen EL für die Praxis	Nutzen EL für das Studium
sehr hilfreich	13 (8,9%)	20 (13,7%)
hilfreich	45 (30,8%)	54 (37,0%)
weniger hilfreich	47 (32,2%)	42 (28,8%)
nicht hilfreich	35 (24,0%)	24 (16,4%)
keine Angabe	6 (4,1%)	6 (4,1%)
Median	3	2
Modus	3	2
Spannweite	3	3
arithmetisches Mittel	2,74	2,5
Varianz	0,88	0,88
Standardabweichung	0,94	0,94

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 10-2: Nutzen des EL für Praxis und Studium



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Haben Sie ein Auslandspraktikum absolviert?

Tab. 10-3: Auslandspraktikum Diplomanden

Ja	Nein	keine Angabe	Gesamt
64 (44,8%)	77 (53,8%)	2 (1,4%)	143 (100,0%)

Quelle: Studierendenbefragung (eigene Darstellung)

In welchem Land/Bundesland haben Sie das Auslandspraktikum absolviert?

Tab. 10-4: Praktikumsorte der Diplomanden

außerhalb von Deutschland	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=48)
Österreich	15	31,3%
USA	9	18,8%
Australien	7	14,6%
Belgien	3	6,3%
GB	3	6,3%
Italien	3	6,3%
Kanada	2	4,2%
Südafrika	2	4,2%
Frankreich	1	2,1%
Schweiz	1	2,1%
Spanien	1	2,1%
Costa Rica	1	2,1%
Gesamtnennungen	48	100,0%
anderes Bundesland	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=14)
Bayern	4	28,6%
Nordrhein-Westfalen	2	14,3%
Berlin	1	7,1%
Hamburg	1	7,1%
Mecklenburg-Vorpommern	1	7,1%
Niedersachsen	1	7,1%
Rheinland-Pfalz	1	7,1%
Sachsen-Anhalt	1	7,1%
Schleswig-Holstein	1	7,1%
Thüringen	1	7,1%
Gesamtnennungen	14	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Interessieren Sie sich für ein Praktikum in einem anderen Bundesland oder außerhalb von Deutschland während Ihrer zweiten Praxisphase?

Tab. 10-5: Auslandspraktikum Bachelors

Ja	Nein	keine Angabe	Gesamt
104 (71,2%)	41 (28,1%)	1 (0,7%)	146 (100,0%)

Quelle: Studierendenbefragung (eigene Darstellung)

Tab. 10-6: Wunschorde der Bachelors für ein Auslandspraktikum

außerhalb Deutschland	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamt- nennungen (N=97)
USA	24	24,7%
Australien	13	13,4%
Österreich	12	12,4%
GB	10	10,3%
Frankreich	6	6,2%
Belgien	4	4,1%
Irland	3	3,1%
Neuseeland	3	3,1%
Kanada	3	3,1%
Schweiz	3	3,1%
Finnland	2	2,1%
Spanien	2	2,1%
EU	2	2,1%
Norwegen	1	1,0%
Japan	1	1,0%
Brasilien	1	1,0%
Hawaii	1	1,0%
Paraguay	1	1,0%
Schweden	1	1,0%
Italien	1	1,0%
Polen	1	1,0%
Tschechien	1	1,0%
Osteuropa	1	1,0%
Gesamtnennungen	97	100,0%
anderes Bundesland	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamt- nennungen (N=49)
Bayern	22	44,9%
Berlin	7	14,3%
Hessen	4	8,2%
Niedersachsen	3	6,1%
Sachsen	3	6,1%
Rheinland-Pfalz	3	6,1%
Brandenburg	2	4,1%
NRW	2	4,1%
Hamburg	1	2,0%
Saarland	1	2,0%
Nordsee (D)	1	2,0%
Gesamtnennungen	49	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Gab es Probleme als Sie sich in einem anderen Bundesland bzw. außerhalb von Deutschland beworben haben und wenn ja, welche?

Tab. 10-7: Problem „Unbekannte Berufsbezeichnung“

Titel Dipl.-Verwaltungswirt(in) unbekannt		
Land/Bundesland	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=23)
Österreich	7	30,4%
USA	4	17,4%
GB	2	8,7%
Kanada	2	8,7%
Südafrika	1	4,3%
Frankreich	1	4,3%
NRW	1	4,3%
Australien	1	4,3%
Mecklenburg-Vorpommern	1	4,3%
Schweiz	1	4,3%
Costa Rica	1	4,3%
Italien	1	4,3%
Gesamtnennungen	23	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 10-8: Problem „Unklar, welches Wissen vermittelt werden soll“

Unklar, welches Wissen vermittelt werden soll		
Land/Bundesland	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=3)
Mecklenburg-Vorpommern	1	33,3%
Italien	1	33,3%
Österreich	1	33,3%
Gesamtnennungen	3	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 10-9: Andere Probleme der Diplomanden bei Bewerbung/Praktikum im Ausland

Andere Probleme			
Problem	Land/Bundesland	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=13)
Zeitplan der HVF → Bewerbung zu frühzeitig	Südafrika	1	7,7%
Unterlagen der HVF wurden nicht richtig gelesen	Schleswig-Holstein	1	7,7%
Tätigkeiten entsprachen nicht dem Studium	GB	1	7,7%
Arbeitsvertrag war Pflicht → Übersetzung der Unterlagen	USA	1	7,7%
Urlaubsanspruch und Arbeitszeit war nicht bekannt	Thüringen	1	7,7%
Keine Rückmeldung von den Behörden, bei denen man sich beworben hatte. Auch nicht von der Praktikumsstelle	Österreich	3	23,1%
Praktikanten waren in der Behörde unüblich	Kanada	1	7,7%
Behörde bestand auf die Vorlage von Versicherungsunterlagen (Haftpflichtversicherung etc.)	Italien	1	7,7%
Anwärter werden von einer zentralen Stelle zu ihrem Praktikumsplatz zugewiesen → schwierig Stelle zu finden	Hamburg	1	7,7%
Schwer eine Stelle zu finden	Australien	1	7,7%
Sprachverständnis	USA	1	7,7%
Gesamtnennungen		13	100,0%

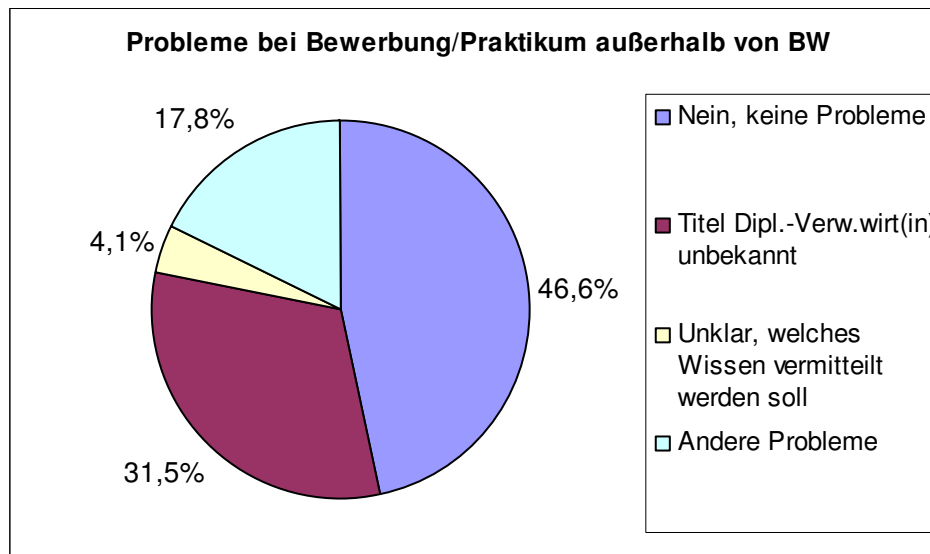
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 10-10: Probleme der Diplomanden außerhalb von Baden-Württemberg

Problem	Anzahl der Nennungen	Anteil an den Gesamtnennungen (N=73)
Nein, keine Probleme	34	46,6%
Unbekannte Berufsbezeichnung	23	31,5%
Titel Dipl.-Verw.wirt(in) unbekannt	3	4,1%
Andere Probleme	13	17,8%
Gesamtnennung	73	100,0%

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 10-3: Probleme der Diplomanden außerhalb von Baden-Württemberg



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

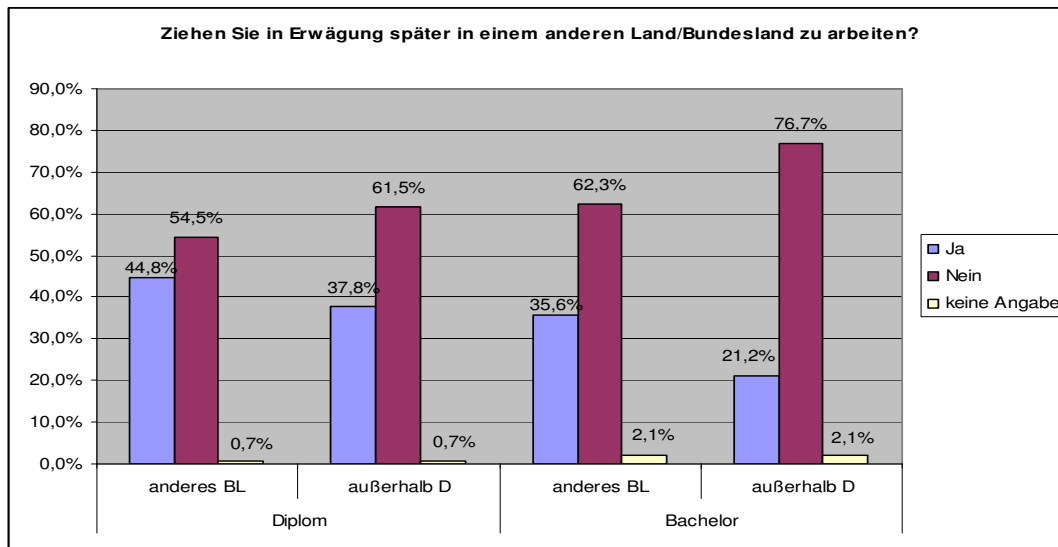
Ziehen Sie in Erwägung später einmal in einem anderen Bundesland/Land zu arbeiten?

Tab. 10-11: Arbeit in einem anderen Bundesland/Land

	Diplom		Bachelor	
	Arbeit anderes BL	Arbeit außerhalb D	Arbeit anderes BL	Arbeit außerhalb D
Ja	64 (44,8%)	54 (37,8%)	52 (35,6%)	31 (21,2%)
Nein	78 (54,5%)	88 (61,5%)	91 (62,3%)	112 (76,7%)
keine Angabe	1 (0,7%)	1 (0,7%)	3 (2,1%)	3 (2,1%)

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 10-4: Arbeit in einem anderen Bundesland/Land



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 11: Studieninhalte

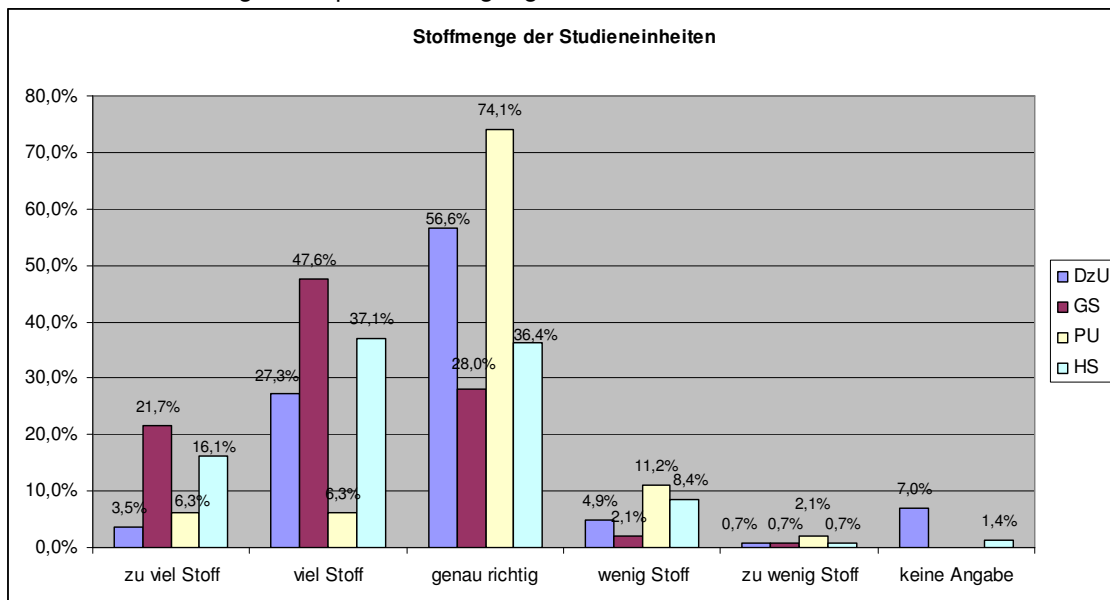
Wie empfinden Sie die Stoffmenge, die Ihnen während des Studiums vermittelt wird und wie empfinden Sie den Schwierigkeitsgrad des Stoffes?

Tab. 11-1: Stoffmenge im Diplomstudiengang

	Stoffmenge			
	DzU	GS	PU	HS
zu viel Stoff	5 (3,5%)	31 (21,7%)	9 (6,3%)	23 (16,1%)
viel Stoff	39 (27,3%)	68 (47,6%)	9 (6,3%)	53 (37,1%)
genau richtig	81 (56,6%)	40 (28,0%)	106 (74,1%)	52 (36,4%)
wenig Stoff	7 (4,9%)	3 (2,1%)	16 (11,2%)	12 (8,4%)
zu wenig Stoff	1 (0,7%)	1 (0,7%)	3 (2,1%)	1 (0,7%)
keine Angabe	10 (7,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	2 (1,4%)
Median	3	2	3	2
Modus	3	2	3	2
Spannweite	4	4	4	4
arithmetisches Mittel	2,70	2,13	2,97	2,40
Varianz	0,44	0,63	0,51	0,78
Standardabweichung	0,66	0,79	0,71	0,88

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-1: Stoffmenge im Diplomstudiengang



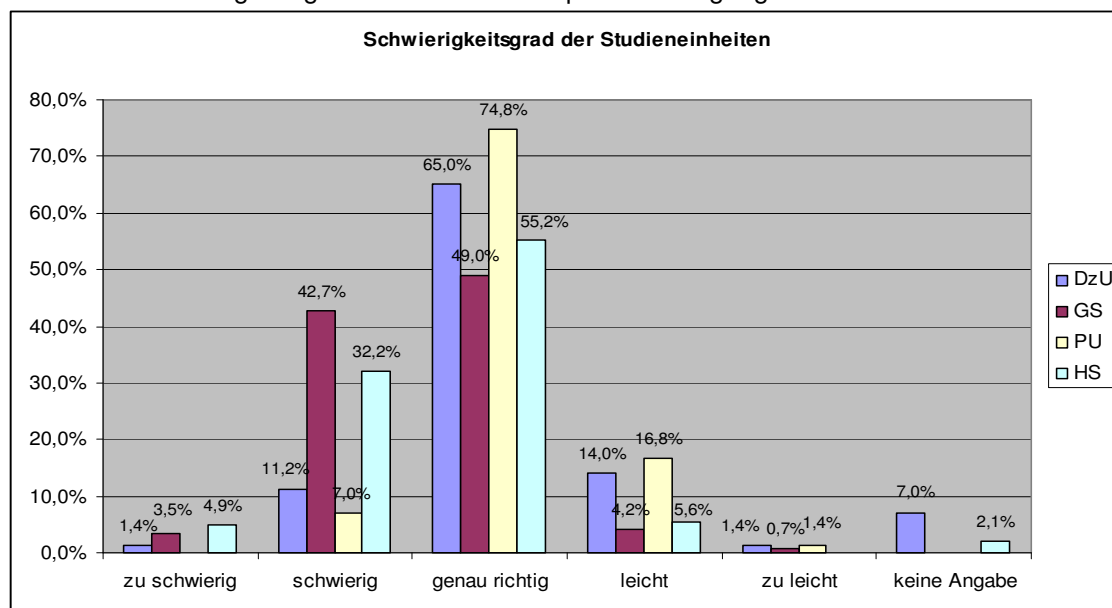
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 11-2: Schwierigkeitsgrad des Stoffes im Diplomstudiengang

	Schwierigkeitsgrad			
	DzU	GS	PU	HS
zu schwierig	2 (1,4%)	5 (3,5%)	0 (0,0%)	7 (4,9%)
schwierig	16 (11,2%)	61 (42,7%)	10 (7,0%)	46 (32,2%)
genau richtig	93 (65,0%)	70 (49,0%)	107 (74,8%)	79 (55,2%)
leicht	20 (14,0%)	6 (4,2%)	24 (16,8%)	8 (5,6%)
zu leicht	2 (1,4%)	1 (0,7%)	2 (1,4%)	0 (0,0%)
keine Angabe	10 (7,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	3 (2,1%)
Median	3	3	3	3
Modus	3	3	3	3
Spannweite	4	4	3	3
arithmetisches Mittel	3,03	2,56	3,13	2,63
Varianz	0,39	0,44	0,28	0,45
Standardabweichung	0,62	0,66	0,53	0,67

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-2: Schwierigkeitsgrad des Stoffes im Diplomstudiengang



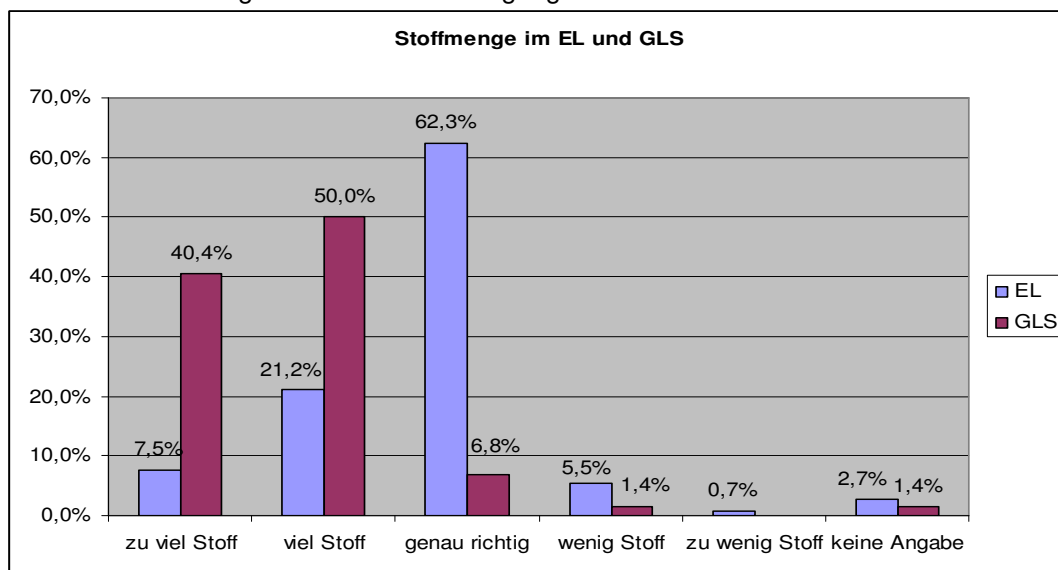
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 11-3: Stoffmenge im Bachelorstudiengang

Stoffmenge		
	EL	GLS
zu viel Stoff	11 (7,5%)	59 (40,4%)
viel Stoff	31 (21,2%)	73 (50,0%)
genau richtig	91 (62,3%)	10 (6,8%)
wenig Stoff	8 (5,5%)	2 (1,4%)
zu wenig Stoff	1 (0,7%)	0 (0,0%)
keine Angabe	4 (2,7%)	2 (1,4%)
Median	3	2
Modus	3	2
Spannweite	4	3
arithmetisches Mittel	2,70	1,69
Varianz	0,52	0,44
Standardabweichung	0,72	0,66

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-3: Stoffmenge im Bachelorstudiengang



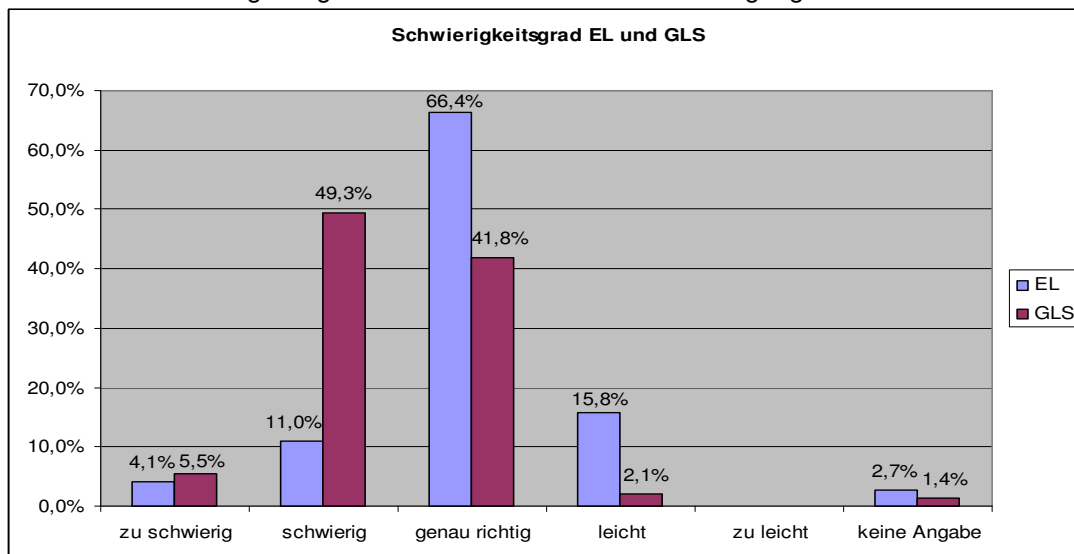
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 11-4: Schwierigkeitsgrad des Stoffes im Bachelorstudiengang

Schwierigkeitsgrad		
	EL	GLS
zu schwierig	6 (4,1%)	8 (5,5%)
schwierig	16 (11,0%)	72 (49,3%)
genau richtig	97 (66,4%)	61 (41,8%)
leicht	23 (15,8%)	3 (2,1%)
zu leicht	0 (0,0%)	0 (0,0%)
keine Angabe	4 (2,7%)	2 (1,4%)
Median	3	2
Modus	3	2
Spannweite	3	3
arithmetisches Mittel	2,96	2,41
Varianz	0,44	0,39
Standardabweichung	0,66	0,62

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-4: Schwierigkeitsgrad des Stoffes im Bachelorstudiengang



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

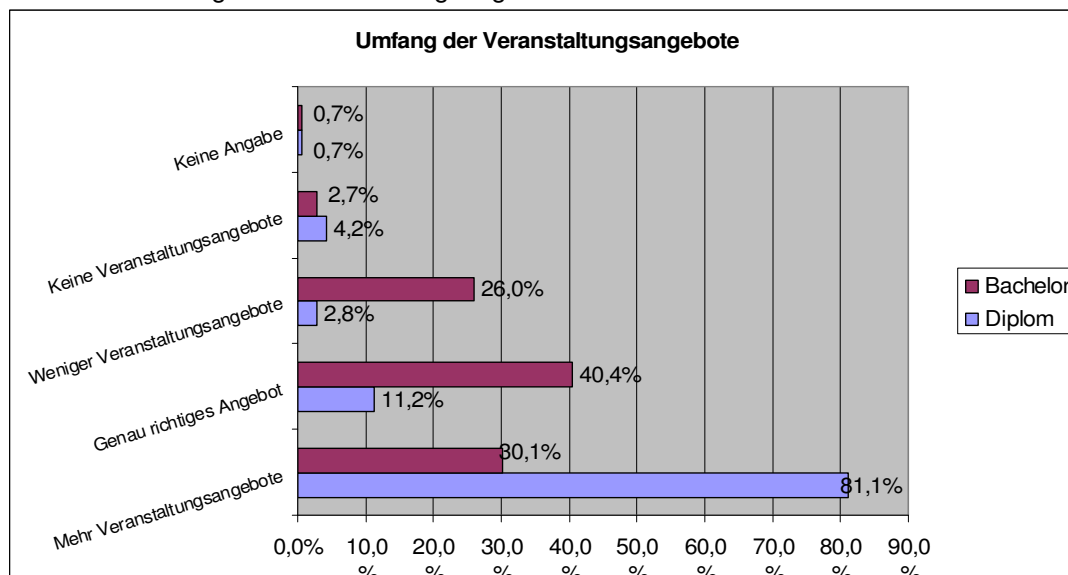
Wie beurteilen Sie die Veranstaltung (z.B. Proseminar, Übungen, Kolloquien), die zusätzlich zum Studium angeboten werden?

Tab. 11-5: Umfang des Veranstaltungsangebotes

	Umfang der Veranstaltungsangebote	
	Diplom	Bachelor
Mehr Veranstaltungsangebote	116 (81,1%)	44 (30,1%)
Genau richtiges Angebot	16 (11,2%)	59 (40,4%)
Weniger Veranstaltungsangebote	4 (2,8%)	38 (26,0%)
Keine Veranstaltungsangebote	6 (4,2%)	4 (2,7%)
Keine Angabe	1 (0,7%)	1 (0,7%)

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-5: Umfang des Veranstaltungsangebotes



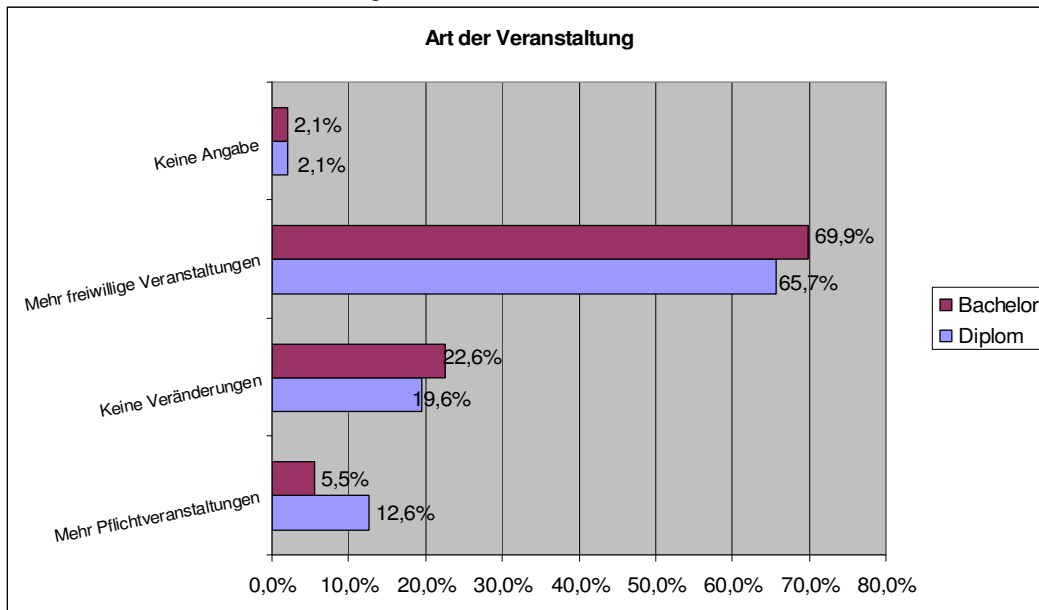
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 11-6: Art der Veranstaltungen

	Art der Veranstaltung	
	Diplom	Bachelor
Mehr Pflichtveranstaltungen	18 (12,6%)	8 (5,5%)
Keine Veränderungen	28 (19,6%)	33 (22,6%)
Mehr freiwillige Veranstaltungen	94 (65,7%)	102 (69,9%)
Keine Angabe	3 (2,1%)	3 (2,1%)

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-6: Art der Veranstaltungen



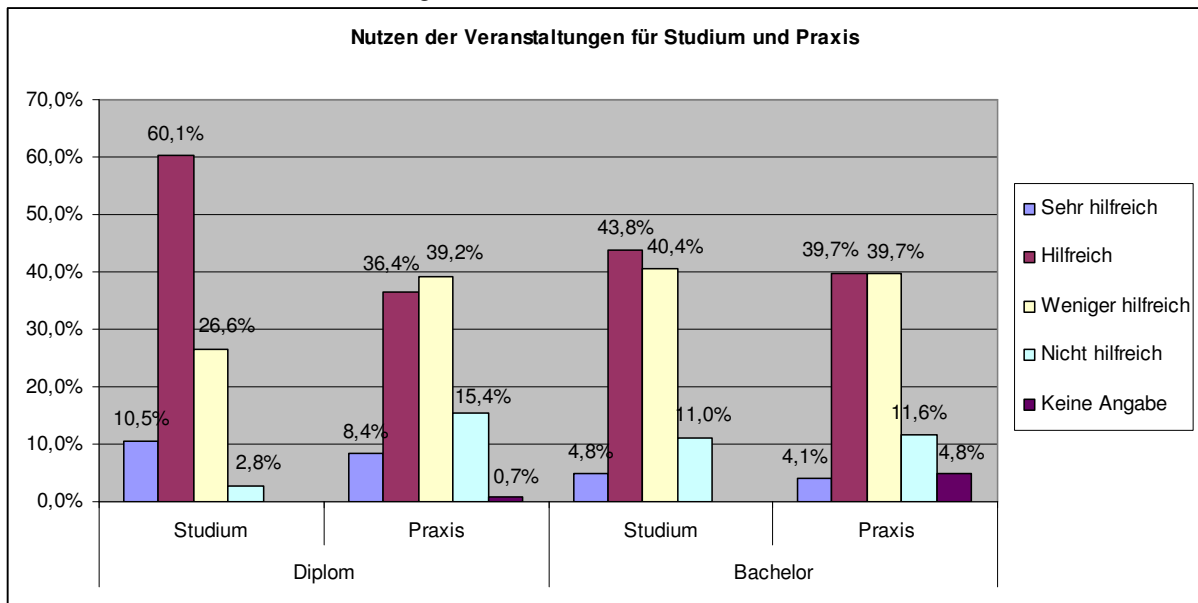
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 11-7: Nutzen der Veranstaltungen für Studium und Praxis

	Diplom		Bachelor	
	Studium	Praxis	Studium	Praxis
Sehr hilfreich	15 (10,5%)	12 (8,4%)	7 (4,8%)	6 (4,1%)
Hilfreich	86 (60,1%)	52 (36,4%)	64 (43,8%)	58 (39,7%)
Weniger hilfreich	38 (26,6%)	56 (39,2%)	59 (40,4%)	58 (39,7%)
Nicht hilfreich	4 (2,8%)	22 (15,4%)	16 (11,0%)	17 (11,6%)
Keine Angabe	0 (0,0%)	1 (0,7%)	0 (0,0%)	7 (4,8%)
Median	2	3	3	3
Modus	2	3	2	2
Spannweite	3	3	3	3
arithmetisches Mittel	2,22	2,62	2,58	2,62
Varianz	0,44	0,71	0,56	0,57
Standardabweichung	0,66	0,84	0,75	0,75

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-7: Nutzen der Veranstaltungen für Studium und Praxis



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

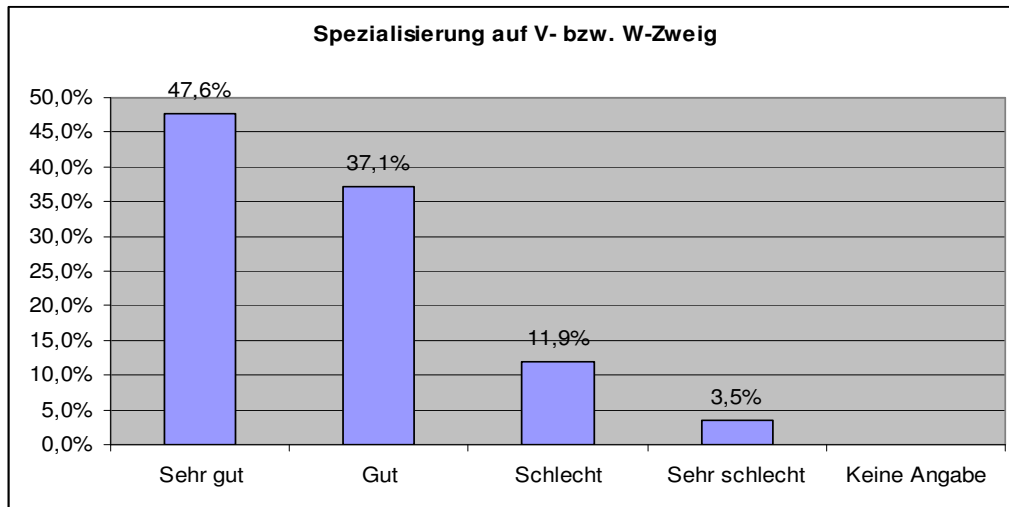
Wie beurteilen Sie die, bei Ihnen noch möglich gewesene Spezialisierung auf einen Verwaltung- oder Wirtschaftszweig?

Tab. 11-8: Beurteilung des V- und W-Zweigs

V- und W-Zweig	
Sehr gut	68 (47,6%)
Gut	53 (37,1%)
Schlecht	17 (11,9%)
Sehr schlecht	5 (3,5%)
Keine Angabe	0 (0,0%)
Median	2
Modus	1
Spannweite	3
arithmetisches Mittel	1,71
Varianz	0,65
Standardabweichung	0,81

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 11-8: Beurteilung V- und W-Zweig



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 12: Prüfungen

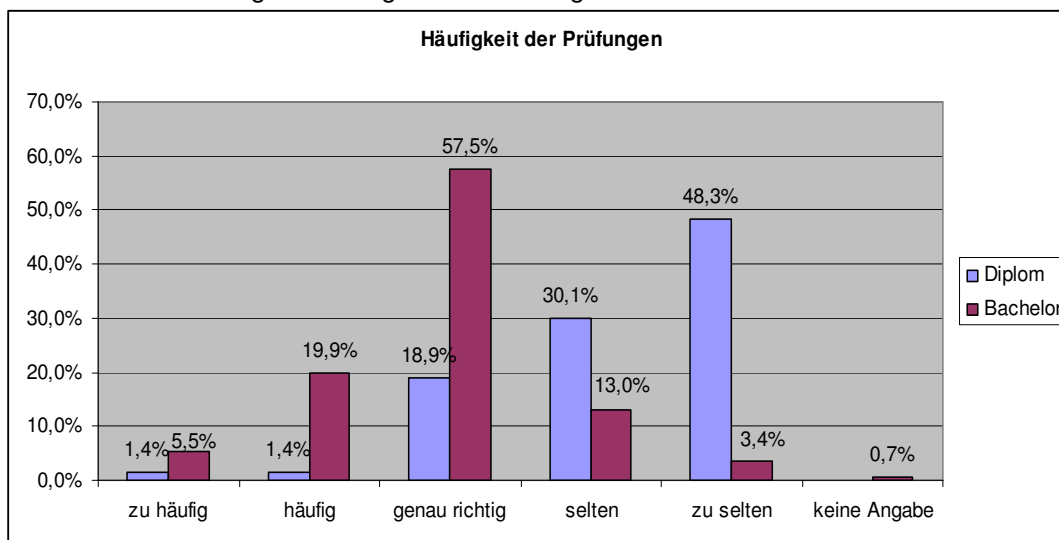
Wie beurteilen Sie die Häufigkeit der Prüfungen in Ihrem Studiengang?

Tab. 12-1: Beurteilung der Häufigkeit der Prüfungen

	Diplom	Bachelor
zu häufig	2 (1,4%)	8 (5,5%)
häufig	2 (1,4%)	29 (19,9%)
genau richtig	27 (18,9%)	84 (57,5%)
selten	43 (30,1%)	19 (13,0%)
zu selten	69 (48,3%)	5 (3,4%)
keine Angabe	0 (0,0%)	1 (0,7%)
Median	4	3
Modus	5	3
Spannweite	4	4
arithmetisches Mittel	4,22	2,87
Varianz	0,80	0,73
Standardabweichung	0,89	0,85

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 12-1: Beurteilung der Häufigkeit der Prüfungen



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

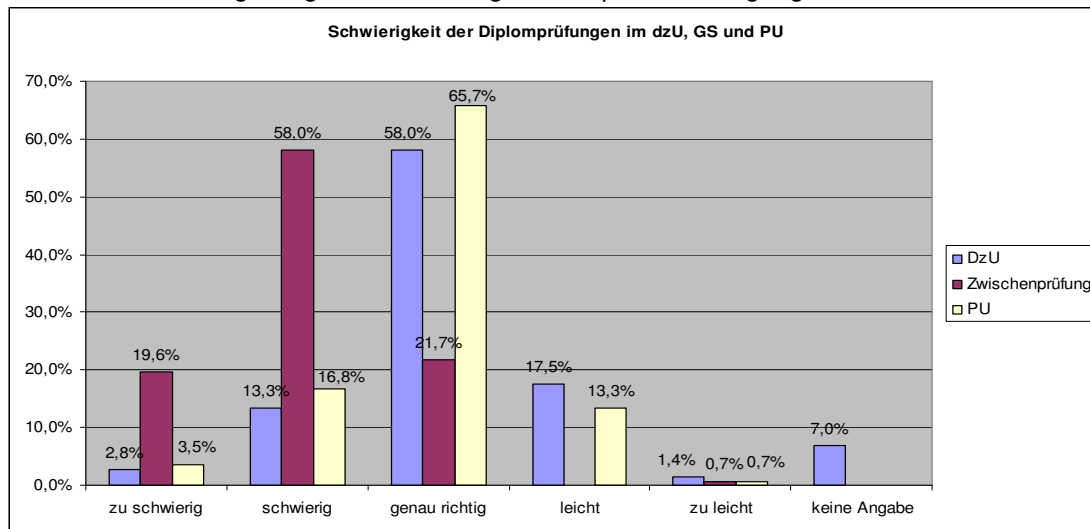
Wie beurteilen Sie den Schwierigkeitsgrad der Prüfungen?

Tab. 12-2: Schwierigkeitsgrad der Prüfungen im Diplomstudiengang

	DzU	Zwischenprüfung	PU
zu schwierig	4 (2,8%)	28 (19,6%)	5 (3,5%)
schwierig	19 (13,3%)	83 (58,0%)	24 (16,8%)
genau richtig	83 (58,0%)	31 (21,7%)	94 (65,7%)
leicht	25 (17,5%)	0 (0,0%)	19 (13,3%)
zu leicht	2 (1,4%)	1 (0,7%)	1 (0,7%)
keine Angabe	10 (7,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)
Median	3	2	3
Modus	3	2	3
Spannweite	4	4	4
arithmetisches Mittel	3,02	2,04	2,91
Varianz	0,51	0,47	0,46
Standardabweichung	0,71	0,69	0,68

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 12-2: Schwierigkeitsgrad der Prüfungen im Diplomstudiengang



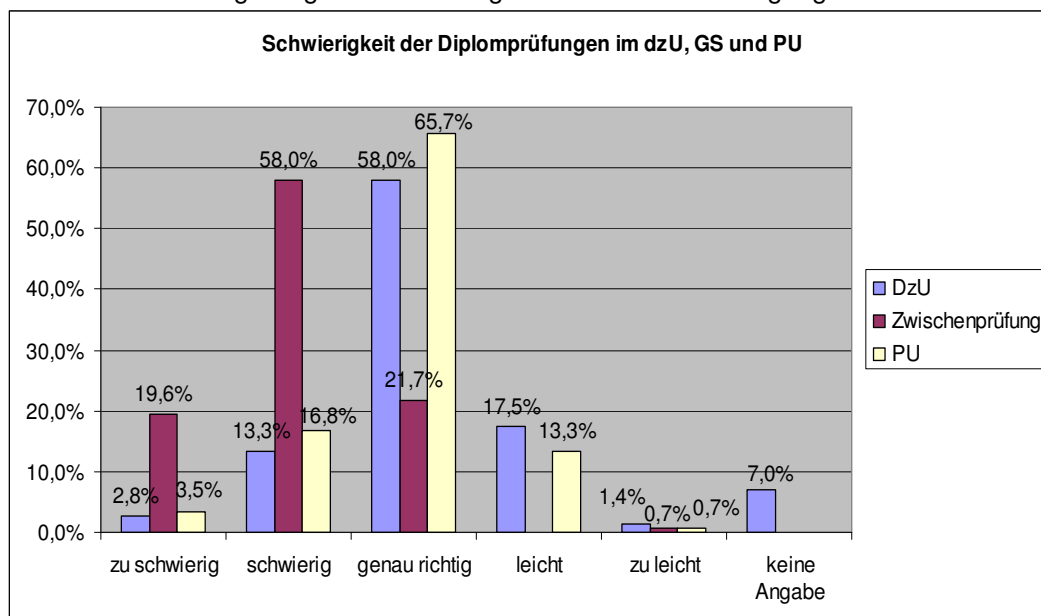
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 12-3: Schwierigkeit der Prüfungen im Bachelorstudiengang

	EL	1. Semester GLS
zu schwierig	11 (7,5%)	8 (5,5%)
schwierig	18 (12,3%)	59 (40,4%)
genau richtig	82 (56,2%)	77 (52,7%)
leicht	24 (16,4%)	2 (1,4%)
zu leicht	7 (4,8%)	0 (0,0%)
keine Angabe	4 (2,7%)	0 (0,0%)
Median	3	3
Modus	3	3
Spannweite	4	3
arithmetisches Mittel	2,99	2,5
Varianz	0,80	0,39
Standardabweichung	0,89	0,62

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 12-3: Schwierigkeitsgrad der Prüfungen im Bachelorstudiengang



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 13: Studienverlauf

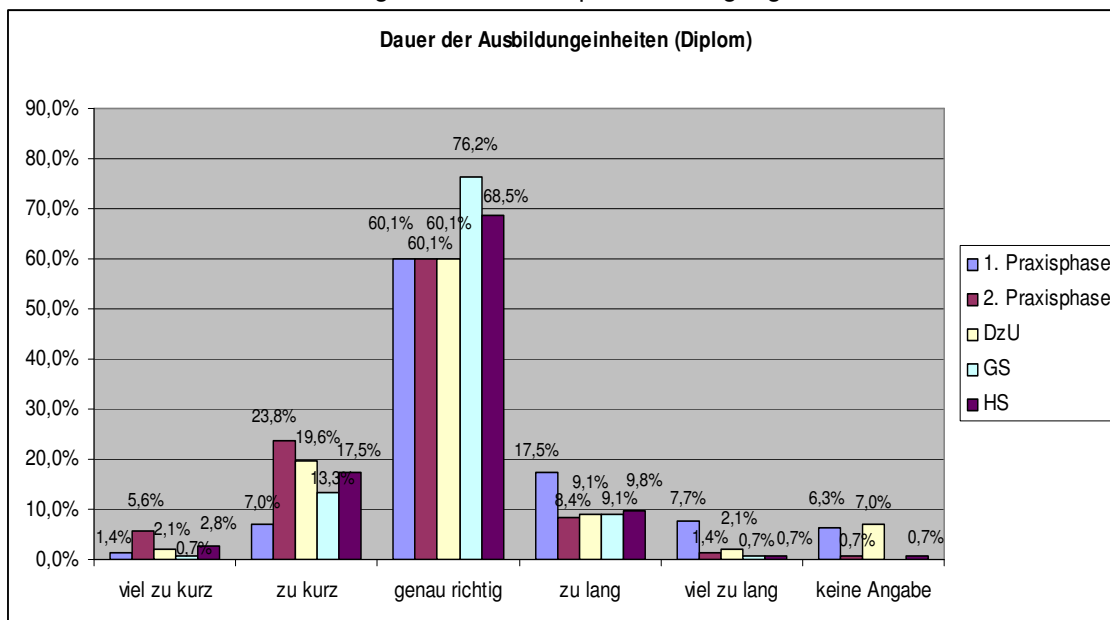
Wie beurteilen Sie die Dauer der einzelnen Ausbildungsphasen?

Tab. 13-1: Dauer der Ausbildungseinheiten im Diplomstudiengang

	1. Praxisphase	2. Praxisphase	DzU	GS	HS
viel zu kurz	2 (1,4%)	8 (5,6%)	3 (2,1%)	1 (0,7%)	4 (2,8%)
zu kurz	10 (7,0%)	34 (23,8%)	28 (19,6%)	19 (13,3%)	25 (17,5%)
genau richtig	86 (60,1%)	86 (60,1%)	86 (60,1%)	109 (76,2%)	98 (68,5%)
zu lang	25 (17,5%)	12 (8,4%)	13 (9,1%)	13 (9,1%)	14 (9,8%)
viel zu lang	11 (7,7%)	2 (1,4%)	3 (2,1%)	1 (0,7%)	1 (0,7%)
keine Angabe	9 (6,3%)	1 (0,7%)	10 (7,0%)	0 (0,0%)	1 (0,7%)
Median	3	3	3	3	3
Modus	3	3	3	3	3
Spannweite	4	4	4	4	4
arithmetisches Mittel	3,25	2,76	2,89	2,96	2,88
Varianz	0,59	0,55	0,48	0,28	0,40
Standardabweichung	0,77	0,74	0,69	0,53	0,63

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 13-1: Dauer der Ausbildungseinheiten im Diplomstudiengang



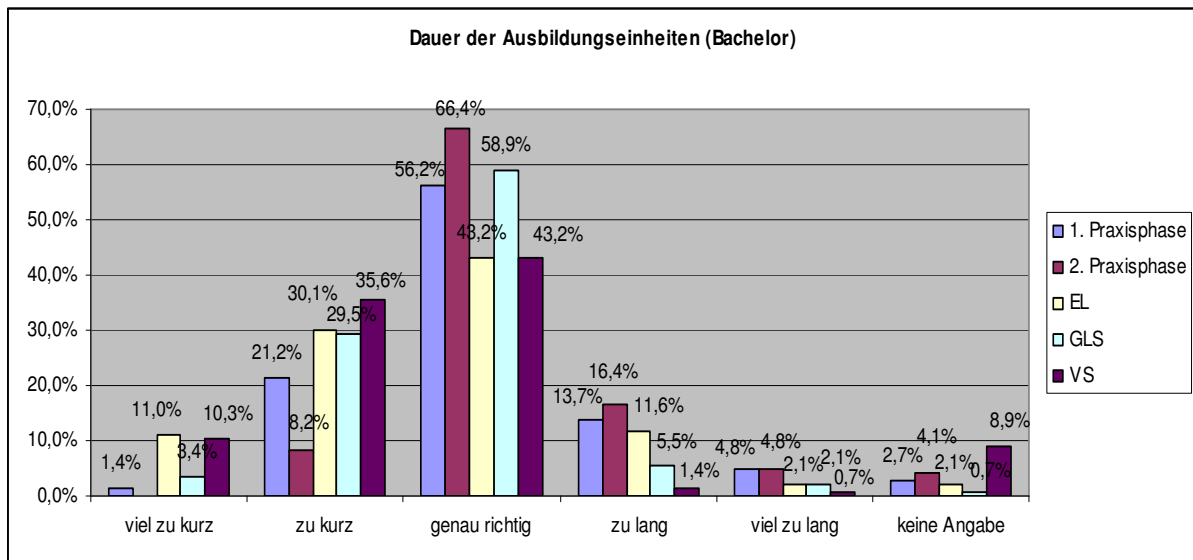
Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Tab. 13-2: Dauer der Ausbildungseinheiten im Bachelorstudiengang

	1. Praxisphase	2. Praxisphase	EL	GLS	VS
viel zu kurz	2 (1,4%)	0 (0,0%)	16 (11,0%)	5 (3,4%)	15 (10,3%)
zu kurz	31 (21,2%)	12 (8,2%)	44 (30,1%)	43 (29,5%)	52 (35,6%)
genau richtig	82 (56,2%)	97 (66,4%)	63 (43,2%)	86 (58,9%)	63 (43,2%)
zu lang	20 (13,7%)	24 (16,4%)	17 (11,6%)	8 (5,5%)	2 (1,4%)
viel zu lang	7 (4,8%)	7 (4,8%)	3 (2,1%)	3 (2,1%)	1 (0,7%)
keine Angabe	4 (2,7%)	6 (4,1%)	3 (2,1%)	1 (0,7%)	13 (8,9%)
Median	3	3	3	3	2
Modus	3	3	3	3	3
Spannweite	4	3	4	4	4
arithmetisches Mittel	2,99	3,19	2,63	2,73	2,41
Varianz	0,61	0,42	0,82	0,50	0,54
Standardabweichung	0,78	0,65	0,91	0,71	0,73

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 13-2: Dauer der Ausbildungseinheiten im Bachelorstudiengang



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

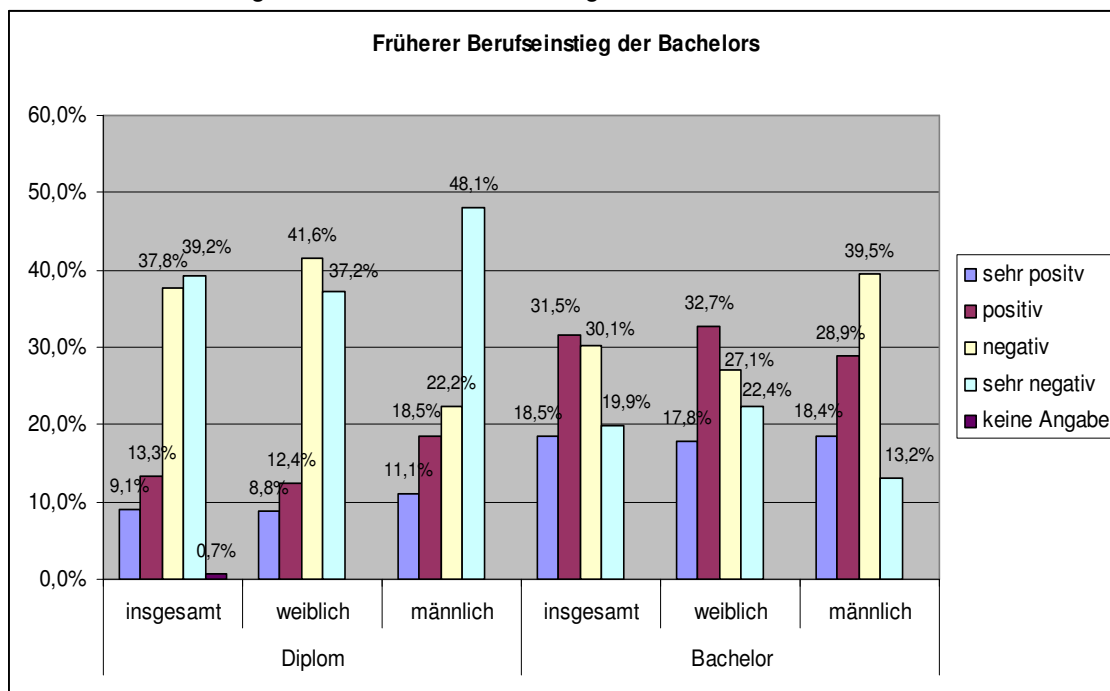
Durch die Umstellung auf den Bachelor wurde die Studienzzeit verkürzt. Dies hat einen früheren Berufseinstieg zur Folge. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Tab. 13-3: Beurteilung des früheren Berufseinstiegs

	Diplom			Bachelor		
	Gesamt	weiblich	männlich	Gesamt	weiblich	männlich
sehr positiv	13 (9,1%)	10 (8,8%)	3 (11,1%)	27 (18,5%)	19 (17,8%)	7 (18,4%)
positiv	19 (13,3%)	14 (12,4%)	5 (18,5%)	46 (31,5%)	35 (32,7%)	11 (28,9%)
negativ	54 (37,8%)	47 (41,6%)	6 (22,2%)	44 (30,1%)	29 (27,1%)	15 (39,5%)
sehr negativ	56 (39,2%)	42 (37,2%)	13 (48,1%)	29 (19,9%)	24 (22,4%)	5 (13,2%)
keine Angabe	1 (0,7%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)
Median	3	3	3	3	2	3
Modus	4	3	4	2	2	3
Spannweite	3	3	3	3	3	3
arithmetisches Mittel	3,08	3,07	3,07	2,52	2,54	2,47
Varianz	0,89	0,84	1,11	1,01	1,05	0,88
Standardabweichung	0,94	0,92	1,05	1,00	1,02	0,94

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Abb. 13-3: Beurteilung des früheren Berufseinstiegs



Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Wie fühlen Sie sich von der Hochschule und den Dozenten bezüglich ihres Studiums betreut und unterstützt?

Tab. 13-4: Betreuung und Unterstützung durch die HVF und deren Dozenten

	Diplom		Bachelor	
	Hochschule	Dozenten	Hochschule	Dozenten
sehr gut	0 (0,0%)	1 (0,7%)	1 (0,7%)	6 (4,1%)
gut	13 (9,1%)	45 (31,5%)	14 (9,6%)	60 (41,1%)
schlecht	66 (46,2%)	79 (55,2%)	56 (38,4%)	66 (45,2%)
sehr schlecht	64 (44,8%)	17 (11,9%)	74 (50,7%)	14 (9,6%)
keine Angabe	0 (0,0%)	1 (0,7%)	1 (0,7%)	0 (0,0%)
Median	3	3	4	3
Modus	3	3	4	3
Spannweite	2	3	3	3
arithmetisches Mittel	3,36	2,79	3,40	2,60
Varianz	0,41	0,42	0,47	0,51
Standardabweichung	0,64	0,65	0,69	0,71

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Überlegen Sie sich, im Anschluss an Ihren jetzigen Studiengang noch den Abschluss Master of Arts zu machen?

Tab. 13-5: Abschluss Master of Arts

	Diplom			Bachelor		
	Gesamt	weiblich	männlich	Gesamt	weiblich	männlich
Ja	39 (27,3%)	27 (23,9%)	11 (40,7%)	55 (37,7%)	36 (33,6%)	19 (50,0%)
Nein	102 (71,3%)	84 (74,3%)	16 (59,3%)	88 (60,3%)	70 (65,4%)	18 (47,4%)
keine Angabe	2 (1,4%)	2 (1,8%)	0 (0,0%)	3 (2,1%)	1 (0,9%)	1 (2,6%)

Quelle: Studierendenbefragung zum neuen Bachelorstudiengang (eigene Darstellung)

Anlage 14: Diplomanden über Vorteile/Chancen des Bachelorstudienganges

Frage an die Diplomanden: Welche Vorteile/Chancen sehen Sie in dem Bachelorstudiengang?

	Nennungen	in %
Häufigere Prüfungen/besseres Prüfungssystem	28	27,5%
Internationale Vergleichbarkeit/Anerkennung	15	14,7%
Kürzerer Studiengang/Zweitstudium gut möglich	13	12,7%
Spezialisierung	11	10,8%
Schnellerer Berufseinstieg	4	3,9%
Bachelorarbeit in der Praxis	3	2,9%
Sprachen als Pflichtfach	2	2,0%
Längere Zeit an der HVF	2	2,0%
Einheitlicher Studiengang (Kein V/W-Zweig)	2	2,0%
Einführungsjahr verkürzt	2	2,0%
Weniger Stoff	1	1,0%
Weniger Frontalunterricht	1	1,0%
Überarbeitung der Vorlesungsinhalte	1	1,0%
Proseminar und andere Seminare zählen in die Note hinein	1	1,0%
Möglichkeit des Masters	1	1,0%
Modulwahl	1	1,0%
Modernisierung	1	1,0%
Mehr Praxis	1	1,0%
Mehr Präsentationsaufgaben	1	1,0%
Leichteres Studium	1	1,0%
Leichteres Bewerben im Ausland in der 2. Praxisphase	1	1,0%
Längeres GLS bereitet besser auf die Praxis vor	1	1,0%
Keine Diplomarbeit	1	1,0%
Finanziell: Weniger Kosten durch kürzere Studiendauer und niedrigere Einstufung bei der Einstellung	1	1,0%
Einheitliche Ausbildung in der BRD	1	1,0%
Bessere Noten	1	1,0%
Bessere Durchsetzung des NSM	1	1,0%
Bessere Chancen in der freien Wirtschaft	1	1,0%
Bessere Chancen auf ungewöhnliche Arbeitsweisen (Bsp.: Projektmanagement)	1	1,0%
Angleichung an andere Studiengänge	1	1,0%
Gesamtnennungen	102	100%

Anlage 15: Diplomanden über Nachteile/Probleme des Bachelorstudienganges

Frage an die Diplomanden: Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem neuen Bachelorstudiengang?

	N.	in %
Geringerer Praxiseinsatz/Geringere Praxiserfahrung	28	15,7%
Geringere Qualifikation/Abschluss nicht vollwertig anerkannt ohne Master	20	11,2%
Studium zu kurz/Zu früher Einstieg in den Beruf	15	8,4%
Zu viel Stoff in zu kurzer Zeit	13	7,3%
Keine Infos/Bachelor ist mir unbekannt	12	6,7%
Studium insgesamt noch unklar/Keiner weiß was Bachelor ist/Verwaltungsbehörden schlecht über Umstellung informiert	7	3,9%
Spezialisierung/Keine Generalisten	7	3,9%
Qualitätsverlust/Schlechter ausgebildet	7	3,9%
Zu kurzes Einführungspraktikum/Keine Integration in die Kommune möglich/Weniger Einblick in einzelne Verwaltungsbereiche	6	3,4%
Mangel in der Umsetzung/Noch nicht ausgereift	6	3,4%
Zu wenig Wissensvermittlung in der kurzen Zeit	5	2,8%
Internationalisierung sinnlos bei diesem Studium	4	2,2%
Bachelorarbeit in der Praxis	4	2,2%
Diplomanden werden bevorzugt eingestellt	3	1,7%
Keine Spezialisierung auf V/W-Zweig	3	1,7%
Selbststudium zu intensiv und uneffektiv	3	1,7%
Einstellungstest	3	1,7%
Schlechte Anbindung an den Master/Keine Garantie auf Masterplatz	3	1,7%
Verschulung	3	1,7%
Studiensystem komplizierter als bei Diplom, insbes. 2. Praxisphase	2	1,1%
Einführungslehrgang zu kurz	2	1,1%
AG-Standorte verteilt/Weite Fahrt	2	1,1%
Umstellung auf AG/Kein Blockunterricht wie PU	2	1,1%
Bachelors werden zu zeitnah mit den letzten Diplomanden fertig	2	1,1%
Frühe Festlegung auf einen bestimmten Bereich	2	1,1%
Schwerpunkt zu sehr auf Wirtschaftsfächern	1	0,6%
Zu viele Prüfungen in zu kurzer Zeit	1	0,6%
Zu wenig Frontalunterricht	1	0,6%
Umstellung auf Bachelor nur wegen Sparmaßnahmen	1	0,6%
Zu fordernd	1	0,6%
Sprachen sollten tatsächlich höheren Stellenwert bekommen zu kurz kommen	1	0,6%
Praxisbeginn zu schnell nach der Klausur	1	0,6%
Ständiger Ortswechsel	1	0,6%
Weniger Flexibilität	1	0,6%
Wissen nur oberflächlich	1	0,6%
Keine 2. Korrektur bei den Prüfungen	1	0,6%
Keine Prüfungseinsicht	1	0,6%
Bachelor wird überall schlecht gemacht	1	0,6%
Höhere Abbrecherquote	1	0,6%
Gesamtnennungen	178	100%

Anlage 16: Bachelors über Vorteile/Chancen des Bachelorstudien- ganges

Frage an die Bachelors: Welche Vorteile/Chancen sehen Sie in dem neuen Bachelorstudengang?

	N.	in %
Früherer Einstieg in den Beruf/Kürzere Studiendauer	40	35,4%
Europaweit bzw. international anerkannter Abschluss	25	22,1%
Häufigere Prüfungen, da nach jedem Semester/Gutes Prüfungssystem	20	17,7%
Hohe Praxisnähe	12	10,6%
Master möglich	4	3,5%
Längeres GLS	2	1,8%
Vielseitig einsetzbar	2	1,8%
Wissen in jedem Bereich	2	1,8%
Fordert die Studierenden	1	0,9%
Führt wie Diplom auch zum Regierungsinspektor	1	0,9%
Gute Berufschancen	1	0,9%
Kürzung des Einführungsjahres	1	0,9%
Mehr Selbständigkeit	1	0,9%
Studienablauf	1	0,9%
Gesamtnennungen	113	100%

Anlage 17: Bachelors über Nachteile/Probleme des Bachelorstudien- ganges

Frage an die Bachelors: Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem neuen Bachelorstudiengang?

	Nennungen	in %
Zu viel Stoff in zu wenig Zeit/Überforderung/Demotivation/Kaum Zeit für Verständnis	72	37,5%
Zu wenig Zeit für Übungen	15	7,8%
Umstellung chaotisch/Da noch neu wenig Erfahrungswerte/Schlecht organisiert/Unstrukturiert	14	7,3%
Hoher Anteil an Selbstlernstoff/Schwer/Zeitaufwendig	14	7,3%
Schlechte Akzeptanz des Bachelorabschlusses bei Bewerbung	13	6,8%
Zu kurzer Studiengang	11	5,7%
Viele Prüfungen in kurzer Zeit	9	4,7%
Proseminar und Fachprojekt in einem Semester auseinander ziehen	6	3,1%
Einführungspraktikum zu kurz/EL zu lang sollte besserer Einstieg gegeben sein	4	2,1%
Unausgereifte Verkürzung	3	1,6%
Zu wenig Unterrichtseinheiten/Zu wenig Vermittlung von theoretischem Inhalt/Sollte mehr in die Tiefe gehen	3	1,6%
Alles wird einheitlich, keine Hervorhebung in der "Wirtschaft"	2	1,0%
Wenig Infos/Infos zu spät	2	1,0%
Zu viele Veranstaltungen zusätzlich zum Stundenplan	2	1,0%
Internationalisierung macht bei diesem Studiengang keinen Sinn	2	1,0%
Wenig Freizeit	2	1,0%
Zu wenig Praxis	2	1,0%
Stress	2	1,0%
Internationalisierung nur um Druck nachzugeben, zulasten der Bildung	1	0,5%
Zu wenig Abwechslung von Theorie und Praxis	1	0,5%
Zu viele Nebenkosten (Skripte etc.)	1	0,5%
Fächer über mehrere Semester verteilt sollten nach jedem Semester abgeschlossen sein	1	0,5%
Abschluss unbekannt bei vielen Arbeitgebern	1	0,5%
Zu kurzer Zeitraum zwischen Bewerbungsinfoveranstaltung im Nov. Und Bewerbungsschluss für Praxisstellen am 31.01.	1	0,5%
Keine Stelle über A13	1	0,5%
Zwang zum Auslandspraktikum oder anders Bundesland	1	0,5%
GLS zu lang im Vergleich zum VS	1	0,5%
Man wird mit vielem allein gelassen	1	0,5%
Es wird zu viel erwartet	1	0,5%
Keine konkrete Anlaufstelle für Fragen	1	0,5%
Dozenten kennen sich nicht aus	1	0,5%
Geringe Fachkenntnisse und geringere Qualifikation	1	0,5%
Gesamtnennungen	192	100%

Anlage 18: Diplomanden über Vorteile/Chancen des Master of Arts

Frage an die Diplomanden: Welche Chancen/Vorteile sehen Sie in dem Master of Arts?

	Nennungen	%
Weitere Vertiefung/Spezialisierung	15	25,9%
Höherer Dienst	11	19,0%
Weiterqualifizierung	9	15,5%
Vielfältigere berufliche Möglichkeiten	4	6,9%
Schnellerer Aufstieg	4	6,9%
Mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Beruf	3	5,2%
Besseres Gehalt	3	5,2%
Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt	2	3,4%
Europabezug für späteren beruflichen Wertegang	1	1,7%
Sprachkenntnisse ausbauen	1	1,7%
Mehr Einfluss	1	1,7%
Neue Perspektiven	1	1,7%
Längere Studienzeit	1	1,7%
Wechsel in die Privatwirtschaft	1	1,7%
Zeitüberbrückung falls keine Stelle gefunden wird	1	1,7%
Gesamtnennungen	58	100%

Anlage 19: Diplomanden über Nachteile/Probleme des Master of Arts

Frage an die Diplomanden: Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem Master of Arts

	Nennungen	in %
Zu langes Studium/Späterer Berufseinstieg	8	18,2%
Keine Anerkennung	7	15,9%
Stellenlage schlecht	6	13,6%
Kosten/Studiengebühren	5	11,4%
Vergabe der Plätze nach Noten	2	4,5%
Zu wenig Plätze/Masterangebote	2	4,5%
Nur theoretische Qualifikation für den höheren Dienst	2	4,5%
Unbekannter Abschluss	2	4,5%
Keine bessere Bezahlung	2	4,5%
Mehrsprachigkeit des Studiums überflüssig, da für dt. Verwaltung	1	2,3%
Keine Laufbahnbefähigung	1	2,3%
Es wird oft zu viel Praxiserfahrung benötigt	1	2,3%
Inhalte zu wenig anspruchsvoll	1	2,3%
Höhere Stellen werden nicht mehr mit Diplomanden besetzt	1	2,3%
Zu schwierig/anspruchsvoll	1	2,3%
Zu theoretisch	1	2,3%
Diplom ist gegenüber Bachelor mit Master schlechter angesehen	1	2,3%
Gesamtnennungen	44	100%

Anlage 20: Bachelors über Vorteile/Chancen des Master of Arts

Frage an die Bachelors: Welche Vorteile/Chancen sehen Sie in dem Master of Arts?

	Nennungen	in %
Bessere Berufschancen/Einstiegschancen	13	15,5%
Schneller Aufstieg/Karriere	12	14,3%
Einstieg in den höheren Dienst	11	13,1%
Vertiefung/Spezialisierung	11	13,1%
Höhere Qualifikation	10	11,9%
Mehr Gehalt	10	11,9%
Kenntnisse über Europa/Orientierung im Europarecht	4	4,8%
Internationale Tätigkeit	3	3,6%
Mehr Möglichkeiten für das Arbeitsleben	3	3,6%
Kurze Studiendauer	2	2,4%
Noch interessanteres Berufsfeld	1	1,2%
Um Diplomabschluss nahe zu kommen	1	1,2%
Berufsbegleitend	1	1,2%
Mehr Verantwortung	1	1,2%
Ähnliche Qualifikation wie Uni-Absolventen	1	1,2%
Gesamtnennungen	84	100%

Anlage 21: Bachelors über Nachteile/Probleme des Master of Arts

Frage an die Bachelors: Welche Nachteile/Probleme sehen Sie in dem Master of Arts?

	Nennungen	in %
Unbezahltes Studium/Hohe Kosten	9	19,6%
Sehr viel Stoff/Hoher Lernaufwand/Hohe Anforderungen an Studenten	8	17,4%
Späterer Einstieg in den Beruf	5	10,9%
Schlechte Stellenlage	3	6,5%
Angebot der Masterstudiengänge zu gering	3	6,5%
Für die meisten Stellen überqualifiziert/Kaum einsetzbar	3	6,5%
Fehlende Themenvielfalt	3	6,5%
Anerkennung/Nutzen unklar/Fehlende Informationen	3	6,5%
Längere Studienzeit	2	4,3%
Noch länger an dieser Schule	1	2,2%
Zwei Jahre Berufserfahrung ist Voraussetzung beim neuen Master	1	2,2%
Doppelbelastung während des Studiums	1	2,2%
Zu hohe Hürden zur Zulassung	1	2,2%
Fehlende Anerkennung für andere Masterstudiengänge in Deutschland und Europa	1	2,2%
Noch nicht ausgereift	1	2,2%
Zu kurze Zeit	1	2,2%
Gesamtnennungen	46	100%

Anlage 22: Interviewleitfaden für die Personalämter

1. Bewerbungsverfahren

(Falls Zahlen parat, ansonsten: Wo können diese Zahlen eingesehen werden?)

- 1.1. Seit September 2007 ist der Bachelorstudiengang in der Innenverwaltung eingeführt. Wie viele Bewerbungen hatten Sie in den Jahren 2007, 2008 und 2009 für das Einführungspraktikum (6 Monate)?
- 1.2. Wie viele Ihrer Bewerber(innen) haben in den Jahren 2007, 2008 und 2009 eine Zulassung bekommen?
- 1.3. Wie viele Verwaltungspraktikantinnen und -praktikanten haben Sie in den Jahren 2007, 2008 und 2009 eingestellt?
- 1.4. Es kam 2007 in manchen Gemeinden vor, dass kein gehobener Dienst ausgebildet wurde, weil zu wenig Zulassungen vergeben wurden. Es blieben also nicht für alle Gemeinden Bewerber(innen) übrig. Wie war das in den letzten drei Jahren bei Ihnen? Hätten Sie mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt?

2. Informationsbeschaffung

- 2.1. Von welcher/welchen Stelle(n) bekamen Sie die Informationen über die Umstellung auf den Bachelorstudiengang (RP, HVF)?
- 2.2. Wie wurden Sie informiert (selbst informiert, Infoveranstaltungen, Internet...)?
- 2.3. Fühlten Sie sich gut informiert oder hätten Sie sich mehr/detaillierte Informationen gewünscht?

- 2.4. Der Bachelorstudiengang ist noch relativ neu. Müssen Sie die Bachelors umfassender informieren, als es bei den Diplomanden seither der Fall war?
- 2.5. Wie informieren Sie Ihre Verwaltungspraktikantinnen – und praktikanten über den Ablauf des Einführungspraktikums?

3. Praxiseinheiten

- 3.1. Das Einführungsjahr dauert jetzt nur noch sechs Monate. Haben Sie an dem Ablauf der Ausbildung in Ihrer Behörde etwas verändert (andere Zuweisung in die einzelnen Fachbereiche, als es beim Diplom der Fall war)?
- 3.2. Nach welchen Kriterien teilen Sie die Bachelors ein?
- 3.3. Halten Sie die sechs Monate Einführungspraxis für sinnvoll (sollte diese Phase länger, kürzer sein oder gar nicht stattfinden)?

4. Studieninhalte (auch Einführungslehrgang und AG)

- 4.1. Wie beurteilen Sie die Dauer des Einführungslehrgangs (sollte er länger, kürzer sein oder gar nicht stattfinden)?
- 4.2. Die Diplomanden waren zunächst ein ganzes Jahr in der Behörde und absolvierten dann zwei Semester Grundstudium an der HVF, bevor sie wieder in die Praxis kamen. Die Bachelors dagegen absolvieren nur ein halbes Jahr in der Behörde und sind dann für drei Semester zum Grundlagenstudium an der HVF. Stellen Sie Unterschiede zwischen den Diplomanden und den Bachelors bezogen auf Wissen (fachliche Kenntnisse), Erfahrung (Auftreten in der Behörde, Umgang mit den Mitarbeitern, Vorgesetzten, Bürgern...) und praktische Arbeit (Herangehensweise, Verwertbarkeit...) fest?

- 4.3. Wie zufrieden sind Sie mit der Vermittlung der drei Aspekte (Wissen, Erfahrung, Praxisorientierung) durch die HVF? Welcher Bereich sollte den Studentinnen und Studenten evtl. verstärkt an der HVF vermittelt werden?

5. Studienverlauf

- 5.1. Wie beurteilen Sie den gesamten Verlauf des Bachelorstudienganges, auch im Vergleich zum Diplomstudiengang?
- 5.2. Viele Behörden sehen dem Bachelor immer noch sehr skeptisch entgegen. Wie ist das in Ihrer Behörde (auch Reaktionen der MA)? Und welche Probleme oder Nachteile sehen Sie in dem Bachelorstudiengang generell und speziell für Ihre Behörde?
- 5.3. Welche Vorteile/Chancen sehen Sie durch den neuen Studiengang generell und speziell für Ihre Behörde?
- 5.4. Welche Erwartungen haben Sie an die Bachelors? Insbesondere, wenn Sie diese ab 2011 einstellen werden.

Anlage 23: Interview mit Frau Ehrler

Geführt am 24.11.2009 im Landratsamt Schwäbisch Hall.

I: Hatten Sie bereits Praktikanten im Einführungsjahr?

Frau Ehrler: Das Landratsamt Schwäbisch Hall bildet im Einführungspraktikum nicht aus.

I: Ok, dann überspringen wir den Punkt „Bewerbungsverfahren“ und machen bei der „Informationsbeschaffung“ weiter. Woher bekamen Sie die Informationen über die Umstellung auf den Bachelorstudiengang?

Frau Ehrler: Die Informationen kamen überwiegend von der Hochschule. Ich bin beim Einführungslehrgang 2008 eingestiegen. Es waren auch Informationsveranstaltungen dort und die Informationen kamen per Email.

I: Wie gut fühlten Sie sich informiert, als Sie dann dieses Amt übernommen haben?

Frau Ehrler: Oftmals kamen die Informationen (zu) spät. Es war ziemlich kurzfristig, da man dies auch in der Praxis umsetzen können muss. Das läuft ein bisschen praxisfremd. Man hätte sich mehr und detaillierte Infos gewünscht.

I: Welche Erfahrungen haben Sie mit den Bachelors im zweiten Praxisjahr gemacht?

Frau Ehrler: Ich hatte jetzt zwei Auszubildende in der Praxis. Problematisch war am Anfang der Praxisbericht und wie man sich einen Praxisbetreuer sucht. Ursprünglich war Notengebung vorgesehen und jetzt reicht der Vermerk bestanden/nicht bestanden. In der letzten Sitzung hat man dann die Fragen zum Praxisbericht und zum Praxisbetreuer beantwortet

bekommen. Es wird mittlerweile relativ einfach gehandhabt. In der Kooperation mit der Fachhochschule Ludwigsburg und Kehl. Der Ausbildungsbeauftragte vor Ort bespricht das dann mit dem Auszubildenden. Ich hatte oder habe den Eindruck, dass die Studenten auch noch nicht so genau wissen, wie und was sie machen müssen. Ich hatte jetzt eine Auszubildende vom 15.7.2009 bis 31.10.2009, dann jemand vom 19.10.2009 bis 31.01.2010 im Leistungsbereich, Jugendamt, und jemand vom 01.02.2010 bis 30.04.2010 im Amt für Finanzwesen. Ich habe bereits 15 Bewerbungen für 2010. Es ist nicht einfach diese [Leute] einzuteilen. Die Studenten wussten auch nicht, wie sie sich bewerben sollen. Man hatte den Eindruck die bewerben sich überall und dann haben viele wieder abgesagt.

I: Wie informieren Sie Ihre Anwärter im 2. Praxisjahr?

Frau Ehrler: Die werden eingeladen und kommen dann zu mir und bekommen einen Musterordner, damit sie sich zu recht finden. Inhalt ist ein Organigramm, Öffnungszeiten, Kantine, Zeiterfassung, Wegweiser durch das Landratsamt, einzelne Stichwörter zum Nachschlagen, Ämterübersicht, Aufgabenkatalog über das Amt in dem er/sie ist als Überblick und zur Kontrolle, ob alle Bereiche erfasst wurden, Telefonliste, Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit, Beurteilungsbogen, Ämterbewertung, damit ich weiß, ob der Azubi qualitativ gut versorgt wird, ob er mit einbezogen wird etc. und Personalratsunterlagen. Außerdem haben alle Azubis Zugang zum Intranet.

I: Haben die Studierenden nach drei Semester Grundlagenstudium mehr Wissen und Erfahrung, als die Diplomanden früher?

Frau Ehrler: Die Studenten, welche wir bisher in der Praxis hatten, konnten sehr gut mitarbeiten. Aber das liegt auch an der jeweiligen Eigeninitiative.

I: Wie beurteilen Sie das Einführungspraktikum und den Einführungslehrgang?

Frau Ehrler: Grundsätzlich finde ich die sechs Monate sind zu kurzweilig. Der Stoffplan für den Einführungslehrgang wurde intern umgestellt. Der VA war nicht eingeplant. Die Lehrbeauftragten sind da aber auch gut informiert. Die Azubis haben immer die gleichen Ansprechpartner in den Ämtern. Der Einführungslehrgang vermittelt nur Grundlagen. Überwiegend sind die Praktikanten aber in Städte und Gemeinden. Im Landratsamt ist das nochmals eine andere Praxis, da das Landratsamt Rechtsaufsichtsbehörde, untere Verwaltungsbehörde, ist.

I: Wie beurteilen Sie den gesamten Verlauf des Bachelorstudienganges?

Frau Ehrler: Ich denke, die Leute müssen flexibler und auch selbständiger sein. Da in 3,5 Jahren der gleiche Stoff vermittelt wird. Im Landratsamt Schwäbisch Hall ist der AG-Standort für Leistungsverwaltung. Ein Tag umfasst sechs Stunden und beginnt um 10.00 Uhr. Es soll i.d.R. keine Stoffvermittlung stattfinden, Praxisthemen, Diskussion, Fallbearbeitung etc. Ich habe acht Lehrbeauftragte aus den Bereichen Wirtschaftliche Jugendhilfe, ARGE, Sozialhilfe, SGB XII und SGB II Leistungen und Unterhaltsrecht. Zur AG-Leiterbesprechung habe ich alle Lehrbeauftragte mit zu Frau Prof. Vondung an die Hochschule genommen. Es stellte sich heraus, dass Organisation und fachliche Vermittlung nicht auf einander abgestimmt waren. Wir mussten dann auch die Vorstellungen der HS etwas relativieren.

I: Wie viele Plätze bieten Sie hier für die AGs an?

Frau Ehrler: Der frühere dzU-Raum verfügt über 40 Plätze. Im Moment habe ich maximal 22 Teilnehmer, teilweise auch nur acht. Das läuft über das Stellenantragssystem von Prof. Rieth und Frau Gottwald. Darin sind die Teilnehmer ersichtlich. Die Studenten tragen sich selbst ein. Es er-

schwert die Arbeit etwas, da ständig andere Studenten angemeldet sind. Wir haben jetzt aber einen Rhythmus gefunden, dass alle sieben bis acht Termine ein Wechsel der Studenten stattfindet. Das hängt von den Praxisstellen ab. Dass auch der Kulturbereich über die Leistungsverwaltung abgedeckt werden muss, habe ich zu spät erfahren. Da werde ich dann auch nächstes Jahr eine Lehrbeauftragte mit reinbringen. Jetzt sind pro Termin zwei bis drei dabei, die in Städten im Kulturbereich sind. Es finden keine Klausuren statt, es besteht aber Anwesenheitspflicht an 15 von 21 Terminen. Das erschwert die Arbeit für die Lehrbeauftragten. Da es kein Unterricht sein soll, finden Exkursionen statt, z. B. bei der Beratungsstelle oder im Jugendhilfeausschuss.

*I: Welche Probleme oder Nachteile sehen sie in dem Bachelorstudien-
gang?*

Frau Ehrler: Ich habe das Gefühl, dass ein anderes Anspruchsdenken da ist und wenig Praxis. Viele denken, sie sind gleich Führungskraft. Aber man muss an der Basis anfangen. Erfahrungen müssen unten gesammelt werden. Die Bachelors müssen wissen was sie später machen wollen. Die Bachelors müssen sich ihre Ämter eigenständig raussuchen.

Dann sind z.B. 16 Stunden Sozialhilfe im Grundlagenstudium vorgesehen. In dieser kurzen Zeit können die Studenten aber nicht lernen, wie z.B. Bescheide erstellt werden. Das ist meines Erachtens zu wenig. Man kann mit diesen neuen Mitarbeitern später am Anfang in der Praxis wenig anfangen. Die Zeit ist zu kurz. Die Bachelors haben für die gleiche Stofffülle weniger Zeit!

I: Welche Vorteile sehen Sie in dem Bachelorstudiengang?

Frau Ehrler: Dass die Bachelors flexibler sind und mehr über den Teller-
rand hinausschauen. Sie müssen die Praxiszeit selbständig planen und sie haben die Möglichkeit viele unterschiedliche Bereiche anzuschauen.

I: Welche Erwartungen haben Sie an den Bachelorstudiengang?

Frau Ehrler: Ich erhoffe mir noch Nachbesserung von der Ausbildung. Es läuft noch nicht alles Rund; vor allem im Bereich der Arbeitsgemeinschaften!

I: Vielen Dank, dass Sie sich für das Gespräch Zeit genommen haben.

Anlage 24: Interview mit Frau Ziegler

Geführt am 27.11.2009 in der Stadtverwaltung Ellwangen/Jagst.

I: Wie viele Bewerbungen hatten Sie in den Jahren 2007 bis 2009?

Frau Ziegler: 2007 waren es 35 Bewerbungen, 2008 22 Bewerbungen und 2009 27 Bewerbungen.

I: Wie viele Ihrer Bewerber wurden zugelassen?

Frau Ziegler: Das ist uns nicht bekannt.

I: Wie viele Praktikantinnen und –praktikanten haben Sie in den Jahren 2007 bis 2009 eingestellt?

Frau Ziegler: 2007 waren es zwei, 2008 niemand und 2009 wieder zwei. Oft wurden die Vorstellungsgespräche bereits vor Vergabe der Zulassungen geführt.

I: Von welchen Stellen wurden Sie über die Umstellung auf den Bachelor informiert?

Frau Ziegler: Vom Landratsamt, von der Hochschule und vom Regierungspräsidium.

I: Wie wurden Sie von diesen Stellen informiert?

Frau Ziegler: Es gab eine Infoveranstaltung im Landratsamt in Aalen und an der Hochschule in Ludwigsburg.

I: Wie gut fühlten Sie sich informiert?

Frau Ziegler: Ich fühlte mich gut informiert.

I: Müssen Sie die Bachelors umfangreicher informieren, als es bei den Diplomanden der Fall war?

Frau Ziegler: Nein, die Bachelors sind ebenfalls gut informiert, wenn sie bei uns beginnen.

I: Wie informieren Sie Ihre Praktikantinnen und Praktikanten über den Ablauf der Ausbildung in Ihrer Behörde?

Frau Ziegler: Es gibt eine gemeinsame Infoveranstaltung für alle Azubis. Die Bachelors bekommen mitgeteilt, wann der Einführungslehrgang stattfindet. Die restlichen Infos bekommen sie über die Dienststellen und die Ausbildungsbeauftragten.

I: Welche Ausbildungsschwerpunkte setzen Sie in Ihrer Behörde?

Frau Ziegler: Die Bachelors werden in den Bereichen Ordnungswesen, Finanzwesen, Baurecht und in der Geschäftsstelle des Gemeinderates eingesetzt. Je nach Kapazität werden die Bachelors in drei dieser vier genannten Bereiche eingesetzt.

I: Wie beurteilen Sie die sechs Monate Einführungspraxis?

Frau Ziegler: Die Einarbeitungszeit ist sehr kurz. In dem halben Jahr, in dem dann niemand da ist, könnten wir oft sehr gut Azubis gebrauchen.

I: Wie beurteilen Sie die Dauer des Einführungslehrganges?

Frau Ziegler: Die vier Wochen sind zu kurz.

I: Welche Erfahrungen haben Sie mit den Bachelors gemacht, die in der zweiten Praxisphase bei Ihnen waren bzw. sind?

Frau Ziegler: Es bleibt sehr wenig Zeit, um den Bachelors ausführliche Infos über die Abläufe zu verschaffen. Das Fachwissen ist gut, aber bei der praktischen Arbeit muss mehr erklärt werden.

I: Wie zufrieden sind Sie mit der Vermittlung von Fachwissen und Praxisorientierung durch die HVF?

Frau Ziegler: Wir sind mit der Vermittlung zufrieden.

I: Wie beurteilen Sie den gesamten Verlauf des Bachelorstudienganges im Vergleich zum Diplomstudiengang?

Frau Ziegler: Die sechs Monate Praxis zu Beginn sind zu knapp bemessen.

I: Welche Probleme oder Nachteile sehen Sie in dem Bachelorstudiengang?

Frau Ziegler: Die Studenten werden auch nach den sechs Monaten Einführungspraxis noch gebraucht. Die Monate März bis August sind ohne die Studenten oft schwierig. Man hat auch das Gefühl, dass an der Hochschule noch nicht klar ist, wie der Studiengang genau ablaufen soll.

I: Welche Vorteile bzw. Chancen sehen sie in dem neuen Bachelorstudiengang?

Frau Ziegler: Positiv ist die verkürzte Ausbildungszeit, die zu einem schnelleren Einsatz im Berufsleben führt.

I: Welche Erwartungen haben Sie an die Bachelors?

Frau Ziegler: Wir haben die gleichen Erwartungen, wie an die Diplomverwaltungswirte.

I: Vielen Dank, dass Sie sich für das Interview Zeit genommen haben.

Anlage 25: Interview mit Frau Hopf

Geführt am 27.11.2009 in der Stadtverwaltung Crailsheim.

I: Wie viele Bewerbungen hatten Sie im Jahr 2007, 2008 und 2009?

Frau Hopf: 2007 waren es 19 Bewerbungen, 2008 waren es zehn Bewerbungen und 2009 acht Bewerbungen.

I: Wie viele Ihrer Bewerber haben eine Zulassung bekommen?

Frau Hopf: 2007 gab es eine Zulassung und einen Wartelistenplatz. Vorstellungsgespräche wurden geführt, aber es konnte niemand eingestellt werden, da die eine Bewerberin, die die Zulassung bekommen hatte, sich dann für eine andere Stellen entschieden hatte. 2008 wurde keine Zulassungsliste mehr herausgegeben. Zwei Zulassungen und eine Absage wurden an unsere Bewerber vergeben. Wir haben also zwei eingestellt, aber einer hat diese Ausbildung wieder aufgehört. 2009 wurden wieder zwei Zulassungen vergeben und eine Absage. Wir haben einen Bewerber eingestellt. Für das kommende Jahr wurden von ca. zehn Bewerbern fünf zum Gespräch eingeladen.

I: Von welchen Stellen bekamen Sie die Informationen über die Umstellung auf den Bachelorstudiengang und wie wurden sie informiert?

Frau Hopf: Vom Städtetag, von denen kam auch die neue APrO. Diese wurde dann auch im Gesetzblatt veröffentlicht. Die Informationen kamen aber zu spät und es waren zu wenig Infos. Weitere Infos kamen von der VwA und von der HVF. Von der HVF aber erst, nachdem die Umstellung bereits ein Jahr lief. Ansonsten habe ich mich selbst informiert.

I: Wie gut fühlten Sie sich informiert?

Frau Hopf: Ich fühlte mich schlecht informiert und es ist immer noch nicht klar, wie die Ausbildung konkret ablaufen soll. Ungewiss ist auch noch der Ablauf der zweiten Praxisphase. Gerade was die Bachelorarbeit betrifft und den Praxisbetreuer. Auch der Praxisbericht war zunächst unklar.

I: Mussten Sie die Bachelors umfassender informieren, als es bei den Diplomanden der Fall war?

Frau Hopf: Nein, diese sind genauso gut informiert wie früher.

I: Wie informieren Sie Ihre Praktikantinnen und Praktikanten, wenn diese bei Ihnen das Einführungspraktikum beginnen?

Frau Hopf: Genauso, wie es beim Diplom abgelaufen ist. Es wird ein Einführungsgespräch geführt. Außerdem haben wir Ausbildungsbeauftragte, an die sich die Azubis jederzeit wenden können.

I: Welche Ausbildungsschwerpunkte setzen Sie in Ihrer Behörde für die sechs Monate Einführungspraktikum?

Frau Hopf: Die Praktikanten werden nur noch in zwei Bereichen eingesetzt. Je nach Bedarf und Möglichkeiten entweder in den Bereichen Finanzen und Personal oder in den Bereichen Bau und Ordnung.

I: Wie beurteilen Sie die sechs Monate Einführungspraxis?

Frau Hopf: Diese sind zu kurz. Die Praktikanten können in dieser kurzen Zeit kaum etwas für die praktische Arbeit aus den einzelnen Ämtern mitnehmen.

I: Wie beurteilen Sie die vier Wochen Einführungslehrgang?

Frau Hopf: Diese bringen nicht viel. In dieser kurzen Zeit kann kaum etwas vermittelt werden.

I: Wie beurteilen Sie den gesamten Verlauf des Bachelorstudienganges?

Frau Hopf: Ich denke es ist schon gut, dass die Ausbildung kürzer ist. Das ist der Trend. Aber es müsste noch nachgebessert werden. Der Stoff muss angepasst werden.

I: Welche Probleme oder Nachteile sehen Sie in dem Bachelorstudiengang?

Frau Hopf: Dass der Praxisbezug zu kurz kommt.

I: Welche Vorteile sehen Sie in dem neuen Bachelorstudiengang?

Frau Hopf: Dass er kürzer ist und dass nicht nur fachliche Kompetenzen vermittelt werden, sondern auch soziale Kompetenzen. Teamfähigkeit ist sehr wichtig.

I: Welche Erwartungen haben Sie an die Bachelors?

Frau Hopf: Die gleichen, wie an die Diplomanden. Dass wir gut ausgebildete Leute bekommen.

I: Vielen Dank für das Gespräch und dass Sie sich Zeit genommen haben.

Anlage 26: Interview mit Frau Wolfsteiner

Geführt am 03.12.2009 im Landratsamt Ostalbkreis in Aalen.

I: Frau Wolfsteiner, Sie haben mir bereits vorab mitgeteilt, dass Sie kein Einführungspraktikum für die Bachelors anbieten. Hatten Sie schon Bachelors aus der zweiten Praxisphase?

Frau Wolfsteiner: Die ersten Studierenden kamen gleich am 15. Juli 2009. Die meisten haben am 15. Oktober 2009 in den nächsten Vertiefungsbereich gewechselt. Inzwischen ist bereits der zweite Block da. Wir hatten Studierende in allen Vertiefungsbereichen. Das heißt Leistungsverwaltung, in Kommunalpolitik, Führen in der öffentlichen Verwaltung, in der Ordnungsverwaltung, das einzige was nicht besetzt war, war Finanzen. Inzwischen, im zweiten Abschnitt, sind auch im Finanzbereich Praktikanten im 4. und 5. Studiensemester.

I: Woher bekamen Sie die Informationen über die Umstellung auf den Bachelorstudiengang und wie gut fühlten Sie sich informiert?

Frau Wolfsteiner: Dadurch, dass wir schon immer PU- und dZU-Standort waren und meine Vorgängerin im Ausschuss, der sich mit der Reform befasst hat, integriert war, war bei uns der Infofluss natürlich immer sehr gut. Aus der Fürsorgepflicht für unsere kreisangehörigen Gemeinden resultiert dann auch, dass wir immer wieder eine Auszubilderschulung oder eine Ausbildertagung machen. Das habe ich von meiner Vorgängerin so übernommen, damit auch da der Informationsfluss läuft. Man hat immer das Gefühl, dass die Hochschule zwar einlädt, aber die Gemeinden sich nicht angesprochen fühlen, wenn sie aktuell keinen Auszubildenden haben. Für die Zukunft interessiert es nicht, bzw. lässt das Tagesgeschäft keine Zeit. Und wenn dann doch eine Bewerbung reinflattert, dann kann ja immer noch beim Landratsamt Rat gesucht werden.

I: Wann war diese Veranstaltung bei Ihnen im Haus?

Frau Wolfsteiner: Die war eigentlich sehr zeitnah. Am 18.07.2007 bereits.

I: Wer hat diese Veranstaltung geleitet?

Frau Wolfsteiner: Die wurde von mir geleitet.

I: Wer wurde zu dieser Veranstaltung eingeladen?

Frau Wolfsteiner: Alle Gemeinden aus dem Ostalbkreis. Ich habe auch mit Rückmeldungen gearbeitet. Aber es sind dann meistens die Gemeinden, die keine Auszubildenden haben, die nicht kommen. Ich habe auch dadurch, dass ich im DzU oft Schüler oder Studenten gehabt habe, die nicht aus dem Kreis kamen, auch die Gemeinden eingeladen. Da gab es z. B. eine Einladung nach Nattheim oder Giengen, außerdem Gerstetten und Dischingen, weil die Hochschule deren Auszubildende dem Einführungslehrgang in Aalen zugewiesen hatte. Zusätzlich fand eine riesige Veranstaltung in Ludwigsburg statt, die über die Neue Ausbildung informiert hat. Das haben aber die wenigsten wahrgenommen. Als ich darauf hingewiesen habe, als die bei mir angerufen haben, dann wusste keiner etwas davon. Einladungen gingen aber an alle Ausbildungsstellen. Die Einladung ist direkt an die Kommungen versandt worden.

Im Übrigen informiere ich immer zusätzlich per e-mail alle kreisangehörigen Gemeinden noch mal. Also von dem her müsste eigentlich der Informationsfluss gegeben sein. Aber wie gesagt, das Interesse ist immer da gering, wenn aktuell kein Auszubildender da ist. Vor allem was auch dieses Praxissemester betrifft. Da werden schon einige unserer Gemeinden von den Studenten übergangen. Weil die meisten ja dann im Einführungspraktikum oder früher im Einführungsjahr bei kleinen Gemeinden waren und dann die großen Gemeinden oder den Landkreis aussuchen oder eine Große Kreisstadt.

I: War das Interesse an Ihrer Veranstaltung groß?

Frau Wolfsteiner: Teilgenommen haben Ausbildungsleiter aus 17 Gemeinden, so dass man schon von einem großen Interesse sprechen kann. Zumal alle Gemeinden teilnahmen, die auch ausbilden. Selbst der Bürgermeister aus Göggingen war da. Der hat nie einen Auszubildenden, ist aber bei uns Lehrbeauftragter. Jetzt auch in den AGs. Bei uns läuft die AG Finanzen und öffentliche Betriebe. Man muss schon sagen, es waren die da, die auch immer ausgebildet haben. Aalen, Langenau, Lauchheim, Neresheim, Königsbronn, Essingen, Waldstetten, Unterschneitheim, Abtsgmünd, Jagstzell, Hüttlingen.

I: Welche Informationen haben Sie da vermittelt?

Frau Wolfsteiner: Da ging es um Neuerungen gegenüber der geltenden Ausbildungs- und Prüfungsordnung, also die Änderungen im Zulassungsverfahren. Dann das Einführungspraktikum beim Bürgermeisteramt, die Kürzung auf ein halbes Jahr. Wie der Einführungslehrgang abläuft, Beurteilung von Einführungslehrgang und Einführungspraktikum und natürlich Fragen, Anregungen und Erfahrungsaustausch der Ausbilder. Insofern hatten sie den ja noch nicht. Deshalb war die Diskussion schon etwas theoretisch. Zum 01.09.2007 ist die APrO in Kraft getreten. In regelmäßigen Besprechungen in der Hochschule wurde die Reform gut besprochen. Vor der Reform war ich PU- oder als DzU-Leiterin dort und jetzt als Einführungslehrgangs- oder AG-Leiterin. Und natürlich auch als Ansprechpartner für Ausbildungsstellen im 4. und 5. Studiensemester.

I: Denken Sie daran, zu einem späteren Zeitpunkt nochmals eine Informationsveranstaltung zu machen?

Frau Wolfsteiner: Ich denk mal, dass das auf jeden Fall notwendig ist. Wenn ich jetzt mal sehe, was allein im gehobenen Dienst alles aufschlägt und grad beim Einführungslehrgang waren es dieses Jahr 27 und vielleicht die Hälfte waren von außerhalb des Ostalbkreises. Ich werd auf jeden Fall nochmals für die Gemeinden eine Veranstaltung machen. Nachdem jetzt der zweite bzw. der dritte Jahrgang angefangen hat.

I: Haben Sie sich von der Hochschule gut informiert gefühlt?

Frau Wolfsteiner: Also ich persönlich habe mich gut informiert gefühlt von der Hochschule. Ich hatte als persönliche Ansprechpartnerin immer die Frau Gottwald. Die ja wirklich federführend, also mit Herrn Prof. Hopp und mit Herrn Prof. Rieth das ganze Verfahren aufgestellt hat an der Hochschule. In Gesprächen mit Studierenden bekomme ich oft mit, dass diese sehr sporadisch informiert werden.

I: Ja, der Bachelorstudiengang ist noch relativ neu. Wie macht sich das in der Praxis bemerkbar? Müssen Sie die Bachelors umfassender informieren, als es bei den Diplomanden seither der Fall war?

Frau Wolfsteiner: Ja, ich denke mal das liegt an dem, dass die erst Mal nur das halbe Jahr auf dem Rathaus sind. Da fällt ja schon mal sehr viel Informationszeit weg. Früher konnte man die Diplomer fragen, wie war denn das und wie funktioniert das. Dann hatten sie die ersten Bachelorjahrgänge, die haben keinen Vergleich im Rathaus gehabt. Die konnten ja niemanden über den Bachelorstudiengang befragen. In der Funktion als EL-Leiterin gehe ich folgendermaßen vor: Ich arrangiere bereits im Juli vor Beginn des Einführungspraktikums ein Vortreffen für die zukünftigen Auszubildenden. Da geht es speziell um die Wohnungssuche an den Studien-

orten. Auch das Verhältnis von Kehlern zu Ludwigsburgern ist fast ausgeglichen im Einführungslehrgang. Also es gehen mindestens so viele oder fast so viele nach Kehl, wie nach Ludwigsburg anschließend zum Studium. Einfach aufgrund dessen, dass auch die Zulassungszahlen hochgeschraubt haben. Sehr viele Auszubildenden, hab ich manchmal das Gefühl, kommen schon aus dem östlichen Württemberg oder aus Ost-Württemberg und dann passen die nicht mehr alle nach Ludwigsburg. Nachdem die Hochschulen ja eh schon sehr westlastig sind. Sind ja beide im Westen von Baden-Württemberg, muss man einfach so sehen.

I: Wie informieren Sie die Verwaltungspraktikanten über den Ablauf des Praktikums hier im Haus?

Frau Wolfsteiner: Übers Praktikum hier informiere ich die Studenten eigentlich folgendermaßen: Bereits beim Einführungslehrgang informiere ich darüber, dass es für Studenten im 4. und 5. Studiensemester bei uns Praktikumsplätze gibt. Oft resultiert eine Bewerbung aus Mund-zu-Mund-Propaganda. Vorteilhaft für uns oder auch vielleicht nicht von Vorteil ist, dass wir im Stellenantragssystem als Verwaltung oben drin stehen. Also wenn man das Muster oder das Beispiel aufruft, dann kommt gleich das Landratsamt Ostalbkreis mit mir als Ansprechpartnerin. Über dieses Stellenantragssystem der Hochschule werden die Studenten, glaube ich, auch relativ gut informiert. Und manche bewerben sich ganz gezielt auf einen Vertiefungsbereich und manche bewerben sich für das ganze Jahr bei uns. Aber die meisten bewerben sich gezielt. Wenn sie gerne Leistungsverwaltung machen möchten und die Priorität liegt auf Soziales oder Jugend und Familie und wenn dann bei mir alles voll ist, so wie es dieses Jahr auch bereits wieder ist, dann gebe ich halt nur den Tipp, sich bei der abo zu bewerben. Weil der erste Arbeitsmarkt nach dem Studium für diejenigen, die jetzt nicht bei Finanzen und Ordnungsverwaltung sind, in der Leistungsverwaltung auf jeden Fall diese Arbeitsagenturen. Da sucht man auch immer. Da ist auch die größte Fluktuation. Weil der Aufstieg einfach

nicht so gegeben ist. Das koordiniere ich auch. Wenn dann der erste Praxistag gekommen ist, lade ich alle Neulinge ein, und gebe allgemeine Informationen übers Haus. Viel Aufklärungsbedarf, hab ich jetzt gemerkt, haben sie beim Praktikumsbericht. Da haben die ja wirklich nur dieses Merkblatt in die Hand gedrückt gekriegt, ohne viel Ausführungen oder Kommentierungen. Mit meinen Ausbildungsbeauftragten im Haus habe ich auch schon die zweite Informationsveranstaltung gehabt. Letztes Jahr im Dezember habe ich die ersten Informationen zum Praxisbericht bekommen, zur Beurteilung. Da ist mal so ein ungefährer Beurteilungsbogen durch die Gegend geschlichen. Den haben wir dann aber modifiziert, weil er überhaupt nicht mit der APrO übereingestimmt hat. Und jetzt, dieses Jahr im September, als dann die ersten Beurteilungen anstanden, habe ich mit meinen Ausbildungsbeauftragten nochmals so ein Treffen gemacht. Ich denke da haben wir den Rathäusern oder den anderen Betrieben in der öffentlichen Wirtschaft etwas voraus. Man kriegt zwar von der Hochschule so ein Paket zugeschickt, was das Praxisjahr bedeutet und was die alles machen müssen, aber ich denke mal, wenn da jemand nicht mit der Hochschule ständig Kontakt hat, dann wird das ziemlich oberflächlich gehandhabt, schätze ich mal. Und die Praxisberichte bei uns, die sehen jetzt fast von vornherein alle gleich aus. Die befassen sich zunächst einmal mit dem Landratsamt Ostalbkreis, mit den Dezernaten, der Aufbauorganisation der Geschäftsbereich insgesamt in der Gesamtorganisation und dann kommt die persönliche oder tatsächliche Tätigkeit.

I: Wie beurteilen Sie die sechs Monate Einführungspraktikum?

Frau Wolfsteiner: Im Frühjahr 2009 habe ich alle Ausbildungsgemeinden im Ostalbkreis angeschrieben, ob sie für dieses Jahr schon Stellen für das Einführungspraktikum anbieten. Und da haben sich doch einige von der Ausbildung verabschiedet. Ich krieg weniger Rückmeldungen. Weil viele sagen, für das halbe Jahr, das ist mehr Arbeit für uns und lohnt sich für uns nicht. Man muss das ja auch mal ganz klar feststellen. Von sechs Mo-

naten Einführungspraktikum bleiben vielleicht noch vier Monate übrig, die bei beiden Ausbildungsstelle verbracht werden. Zum Einen gehen ja vier Wochen Einführungslehrgang weg. Und dann eine Woche später, kommt dann erst die Klausur. Man hat immer eine zweiteilig Klausur und die bekommen quasi am letzten Einführungslehrgangstag das Thema mitgeteilt und dann können sie sich noch eine Woche neben der Praxis vorbereiten. Und dann fehlt der Urlaub, das sind dann auch noch mal 13 Tage und dann noch zwei AZV-Tage. Weil nach der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung ist es so, dass pro Jahr der AZV-Tag anfällt und dann sagen die Gemeinden, früher war es so, dass das eine Jahr einfach ein Jahr war und dann nur ein AZV-Tag, aber inzwischen sind es zwei. Wenn dann noch eine Exkursion stattfindet, die sie ja vom Einführungslehrgang aus machen können. Oder jetzt gerade eben hab ich eine Mail vom Herrn Dolle da, von der Hochschule, dass sie jetzt doch einen Einführungslehrgangstag machen an der Hochschule. Letztes Jahr hieß es eigentlich, das ist doppelt gemoppelt, weil der erste Studientag, am 1. März die gleichen Themen behandelt. Aber jetzt hat sich anscheinend der ASTA doch wieder durchgerungen, um auch noch ein bisschen was anderes wie nur Studium zu haben. Vielleicht machen sie das wieder mit einer kleinen Party oder mit einem Fußballturnier oder einem Volleyballturnier. Früher war das ja im DzU immer der Fall. Das ist bloß in den letzten Jahren ein bisschen eingeschlafen. Denn wenn der eine Studienjahrgang in die Praxis geht und der andere kommt, dann dauert es ja immer eine Weile bis der neue ASTA sich zusammen findet. Dadurch, dass das Studium ja jetzt andert-halb Jahre geht, ist ja relativ lang der gleiche ASTA vorhanden und die können sich dann doch zusammen tun und so ein Fest organisieren. Also wie gesagt, es wird einer stattfinden.

I: Wie beurteilen Sie die Dauer des Einführungslehrganges?

Frau Wolfsteiner: Also der Einführungslehrgang ist ja quasi um 2/3 gekürzt worden. Der Einführungslehrgang ging drei Monate und geht jetzt

noch vier Wochen. Die Stundenzahl ist ganz schön heftig. Es sind ja diese 120 Stunden und die 30 Stunden Buchführung, die freiwillig angeboten werden. Also wenn man das in den vier Wochen durchziehen will, dann muss man samstags Unterricht machen oder jeden Tag bis vier Uhr. Aber das halt oft mit gleichen Stundeninhalten, es sind ja nicht viele Unterrichtsfächer. Ein paar Fächer wie Polizeirecht u.a. sind unter den Tisch gefallen. Der VA soll nicht mehr unterrichtet werden, aber was ist Verwaltungsrecht ohne VA? Da haben sich dann die zuständigen Lehrbeauftragten durchgesetzt, dass sie den doch von den Grundzügen her unterrichten. Das wollte eigentlich die Hochschule für sich in Anspruch nehmen. Auch aus der wissenschaftlichen Perspektive. Aber bei uns wurde er von Anfang an mit reingenommen. Auch Kommunales Wirtschaftsrecht, wird bei uns noch nach dem alten Recht gelehrt. Und an der Hochschule ja nur nach dem neuen Recht. Aber der Einführungslehrgang soll ja fürs Einführungspraktikum dienen und welche Gemeinde macht neues Haushalts- und Kassenrecht? Also haben wir gesagt, wir machen KWR. So ist es eigentlich allgemein, in alle Einführungslehrgängen wird noch nach dem alten Recht gelehrt, also Kameralistik. Und das ist auch gut so, weil sonst wüssten die von keinem Einzelplan, wenn man dann in der Kämmerei landet. Studierende, die vorher eine Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellte/n oder mittlerer Dienst gemacht haben, für die ist der Stundenplan sicherlich kein Problem aber für die totalen Neueinsteiger sind es bestimmt böhmische Dörfer und dafür, denk ich mal, zu viel Stoff in zu kurzer Zeit. An den Noten merkt man es auch. Dieses Jahr, im Fach Kommunales Abgabenrecht, ich weiß nicht an was es lag, beide Klausuren haben 2,5 oder so im Durchschnitt gehabt. Da waren wir halt echt andere Noten gewöhnt. Zum Einführungspraktikum selber, diese sechs Monate sind jetzt nicht unbedingt von Vorteil für die Gemeinden. Ich weiß auch nicht, ob man da den Überblick bekommt. Ich denke in einem Jahr lernt man die Gemeinde weit aus besser kennen, auch die Bereiche. Man lernt halt auch länger in einem bestimmten Bereich oder man kann mehrere Bereiche kennen lernen. Grundlage hierfür ist die Beschreibung von dem Einführungsprakti-

kum. Am Anfang drei Bereiche in der kurzen Zeit durchlaufen werden, dann hat man gesagt, dass zwei Bereiche ausführlich besser sind. Man muss auch wirklich sagen, dass die Neulinge nicht wissen, was auf dem Rathaus passiert. Man kennt das Einwohnermeldeamt und dann kennt man vielleicht noch das Amtsblatt. Aber ich glaube die meisten wissen noch nicht einmal, dass es einen Haushaltsplan gibt.

I: Die Diplomanden waren zunächst ein ganzes Jahr in der Behörde und absolvierten dann zwei Semester Grundstudium an der HVF, bevor sie wieder in die Praxis kamen. Die Bachelors dagegen absolvieren nur ein halbes Jahr in der Behörde und sind dann für drei Semester zum Grundlagenstudium an der HVF. Stellen Sie Unterschiede zwischen den Diplomanden und den Bachelors bezogen auf Wissen (fachliche Kenntnisse), Erfahrung (Auftreten in der Behörde, Umgang mit den Mitarbeitern, Vorgesetzten, Bürgern...) und praktische Arbeit (Herangehensweise, Verwertbarkeit...) fest?

Frau Wolfsteiner: Ich habe gestern ein längeres Gespräch gehabt mit der Ausbildungsbeauftragten bei Integration und Versorgung und die sagt, dass die Qualität der Studenten dieselbe ist, mindestens dieselbe oder sogar noch ein bisschen besser. Die gehen schon richtig strukturiert an die Fallbearbeitung ran. Ich habe jetzt noch überhaupt nicht gehört, dass die Bachelorstudenten schlechtere Praktikanten wären als die anderen. Ich denke drei Semester Fachinput ist mehr wie nur zwei Semester. Ich weiß nicht, ob sich die Professoren von einem Jahr auf das andere so ändern, was die Lehre jetzt angeht. Aber man sieht es ja am Modulhandbuch, es ist ja Wahnsinn, was an Input kommt. In den drei Semestern wird auf jeden Fall mehr rüber gebracht, aber das fehlt ja dann nachher. Da kommt ja dann nicht mehr dieses breite Studium, sondern man ist ja dann nur noch in dem Vertiefungsstudium oder dem Vertiefungsbereich. Da kommt dann natürlich auch mehr rüber. Ich habe nur Bedenken, wenn dann nachher in dem Vertiefungsbereich keine Stellen sind. Aber ich den-

ke da bringen die anderthalb Jahre Studium über alles hinweg genauso viel, wie wenn man zwei Jahre studiert. Ich glaube die Qualität leidet nicht. Ich muss auch sagen, seit die drei Monate Vertiefungsbereich vorgeschrieben sind, können die Studenten nicht schon wieder nach zwei Monate irgendwo anders hingehen. Das war ja früher beim Diplom schon Mal der Fall und in zwei Monate bekommt man keinen Einblick. Nirgends. Einen Monat braucht man schon mal, um im Amt zurecht zu kommen. Dann hat man noch einen Monat um wirklich mitarbeiten zu können.

I: Wie zufrieden sind Sie mit der Wissensvermittlung und dem Praxisbezug der Bachelorausbildung?

Frau Wolfsteiner: Die Wissensvermittlung ist sehr gut. Der Praxisbezug ist natürlich minimiert. Das erste halbe Jahr sind ja die ersten Schritte in der Kommunalverwaltung. Das ist sicherlich zu kurz. Das ist ein negativer Aspekt. Man muss aber im Gegensatz dazu die Ausbildung in anderen Bundesländern sehen. Das ist ja auch nur in Baden-Württemberg so. Und da haben wir ja immer noch das halbe Jahr Vorsprung. Inzwischen ist es ja schon so, dass die Überlastung der Studenten überhand nimmt. Das verfolgt man ja auch in der Zeitung. Bei meinen Studenten hab ich das Gefühl nicht. Ich hoffe, dass die das alles so gut wegstecken, wie es bei mir immer rüber kommt. Die Praxisberichte sind bei mir zeitnah da, die müssen alle ihre Klausuren bestanden haben, sonst wären sie nicht hier. Wie gut oder wie schlecht weiß ich natürlich nicht.

I: Wie beurteilen Sie den gesamten Verlauf des Bachelorstudienganges im Vergleich zum Diplomstudiengang?

Frau Wolfsteiner: Das Studium beginnt jetzt immer am 1. März und dauert zunächst 3 Semester, was aber wahrscheinlich auch Sinn macht, um gut für die folgenden 2 Praxissemester vorbereitet zu sein. Für uns hat sich fast nichts geändert. Bis auf die Überschneidungen aufgrund der 14-

monatigen Praxislänge. Das Praxissemester hört theoretisch am 14. August auf. Ich habe jetzt das Problem, dass ich ab 15. Juli fast keine Stellen anbieten kann. Dadurch sind bei mir auch drei Monate quasi unbesetzt. Die meisten Anfragen beziehen sich bei mir im Moment auf die Zeit ab Januar. Anscheinend sind die alle sehr gut versorgt im ersten Semester. Das sehe ich als einzigen Nachteil, dass ich ab 15. Juli keine Stellen anbieten kann, weil einfach noch welche aus dem vorherigen Studienjahrgang bei mir stecken. Es gab auch schon Überlegungen, dass wir das Einführungspraktikum anbieten aber wir sind hier so fachspezifisch, dass wir gar nicht wüssten, in welchen zwei Bereichen wir die Auszubildenden reinschnuppern lassen könnten. Es sollen ja dann auch Tätigkeiten vom gehobenen Dienst sein und nicht Tätigkeiten von Verwaltungsfachangestellten. Außerdem sind unsere Verwaltungssekretariaten aufgrund anderer Ausbildungsgänge schon jetzt sehr überlastet. Es kam ja der neue Vertiefungsbereich Führen im öffentlichen Sektor dazu. Da habe ich mich schwer getan Ausbildungsbeauftragte zu finden. Es heißt ja auch im Modulhandbuch, man soll den Studenten das „über-die-Schulter-kucken“ ermöglichen. Es gibt schon den ein oder anderen Geschäftsbereichsleiter der sagt, ich nehme mir da schon mal jemand. Aber keine drei Monate. Das finde ich die schwierigste Stelle. Dann ist, glaube ich, auch noch ein Missverständnis vorgelegen zwischen Kommunalpolitik und Kommunalaufsicht. Bei mir sind letztes Jahr ganz viele Studenten mit der Bewerbung angekommen, dass Sie zur Kommunalaufsicht möchten, mit diesem wollten Sie den Vertiefungsbereich Kommunalpolitik abdecken. Aber der Aufgabenbereich beschäftigt sich eigentlich nur mit Haushaltspläne, Wahlen, Zuschussanträge usw. Der Ausbildungsbeauftragte selbst ist sich nicht sicher, ob er den Studierenden gerecht wird. Steht aber im Modulhandbuch drin. Das ist in meinen Augen nicht ganz richtig. Ich habe dann noch die Geschäftsstelle Kreistag, wo man das machen kann.

I: Welche Vor- und Nachteile sehen Sie im Bachelorstudiengang?

Frau Wolfsteiner: Ich habe zwar vorhin gesagt, es ist nicht schlecht wenn die diese 1 ½ Jahre breit gefächert studieren, nachteilig ist aber die frühe Spezialisierung auf den Vertiefungsbereich. Zu den AGs möchte ich noch etwas sagen. Ich habe schon mitbekommen, dass z. B. in bestimmten Vertiefungsbereichen genau das gleiche unterrichtet wird, wie das was man schon im Einführungslehrgang gehört hat. Z.B. was Organisation und Personal angeht. Ich finde da sollten einfach die früheren Themen vom praxisbegleitenden Unterricht einfließen. Schwierig ist, dass die Studenten immer unterschiedlich wechseln. Man muss die Themen immer an einem AG-Tag abschließen, denn das nächste Mal sitzen wieder ganz anderen Leute da. Man muss es einfach flexibel handhaben, weil nicht alle Praxisstellen zum 14. Oktober enden können, sondern am Ende des Monats. Dies wäre mir auch lieber. Dann könnte ich eine Einführungsveranstaltung machen und müsste nicht drei Tag hintereinander. Ich habe schon ein bisschen versucht das zu steuern. Themen in der AG Finanzen und Öffentliche Betriebe sind Vergaberecht, Eigenbetriebe, öffentliche Betriebe, Haushaltsplanung. Die Lehrbeauftragten waren schon beim PU Lehrbeauftragte. Die Themen in der AG sind nicht vorgegeben. Jeder Lehrbeauftragte kann sein Hobby ausleben. Und es funktioniert natürlich super. Da kann man die Studenten natürlich mehr mitreißen, als wenn man irgendwas lehren muss, was jetzt halt im Lehrplan steht. Die Bachelorisierung entstand ja daraus, dass der Studiengang international anerkannt werden soll. Dadurch, dass wir aber ein interner Studiengang sind, ein bezahlter Studiengang sind, denn wir bilden ja für unsere Verwaltungen aus, ist halt die Frage ob es da überhaupt Sinn macht, das zu einem Bachelor zu machen. Es wird Geld gespart, also das Land spart Geld, weil der Zuschuss für das Einführungspraktikum ist ja halbiert worden oder fast halbiert worden. Das spart sicherlich Geld. Ansonsten ist nachteilig, dass der Grundgedanke vom Bachelor ja ein anderer ist und ob der in der Innenverwaltung etwas bringt, das weiß ich nicht. Da gibt es ja schon Probleme, wenn

man in ein anderes Bundesland geht und wenn jeder nach einem anderen Gesetz arbeitet. Gut die Anwendung von einem Gesetz wird immer gleich sein. Was bringt uns der Auslandsaufenthalt, der da so propagiert wird. Man soll auf jeden Fall ins Ausland gehen. Wobei ja Ausland schon Nürnberg ist. Das frage ich mich noch. Wobei ein Student der jetzt gerade bei uns ist, behauptet, dass der Bachelor weniger wert sei, wie das Diplom. Aber warum soll das so sein? Es sollte ja gerade andersherum sein. Ich habe mal eine Gegenüberstellung gemacht zwischen Praxis und Theorie und der Praxisanteil ist vom Verhältnis her gestiegen. Durch die 14 Monate. Und die müssen nicht mehr drei Monate den PU besuchen. Das ist ein wesentlicher Zeitraum. Die Bachelorarbeit machen die jetzt zwar in der Praxisphase, aber die haben früher schon in der Praxis sehr viel für die Diplomarbeit gemacht. Jetzt haben wir den Bachelor, aber eigentlich wir er für unsere Verwaltung ausgebildet und auch für die in Baden-Württemberg. Da muss dann erst einmal das Beamtenrecht geändert werden. Weil, solange man die Versorgungsansprüche nicht in ein anderes Bundesland mitnehmen kann, wie soll das im Ausland funktionieren. Dann wird man keine Beamten mehr ausbilden, dann werden es Angestellte.

I: Welche Erwartungen haben Sie an die Bachelors? Insbesondere, wenn Sie diese ab 2011 einstellen werden.

Frau Wolfsteiner: Also, ich habe mit einem Ausbildungsbeauftragten schon gesprochen. Die Erwartungen werden sicherlich nicht höher sein, wie bei unseren Diplomern. Wir hoffen, dass die genauso gut sind wie die Diplomer. Oder wenn die natürlich diesen Vertiefungsbereich haben, da wird schon ein bisschen was an Erwartungen dran gesetzt. Die sind dann im letzten Semester in dem Vertiefungsbereich und wenn sie sich dann speziell auf so eine Stelle bewerben, wo sie im Vertiefungsbereich studiert haben, dass die dann natürlich schon einen Vorsprung haben sollten oder besseres, tieferes Wissen. Gerade, wenn sie jetzt im Bereich Finanzen sind und das neue Haushalts- und Kassenrecht das Thema sein wird,

dass derjenige dann sofort einsatzbereit ist und nicht noch lange eine Einarbeitungsphase braucht. Ich denke, das wird die Personalauswahl vielleicht erleichtern. Das muss man auch unserem Landrat zugutehalten, ich mach das nicht neben meinem Job her, sondern ich mach das in meiner Arbeitszeit. Aber ich denke, die Praktikanten aus dem 4. und 5. Studiensemester schaffen ja auch richtig bei uns mit. Und das hat der Herr Prof. Altpeter ja auch immer gesagt, „die können Ihnen auch Ferienvertretung machen“. Was auch vorteilhaft an dem kurzen Einführungspraktikum ist, dass Gemeinden, die vorher nicht ausgebildet haben, jetzt kurzfristig noch Praktikanten nehmen. Einfach, weil es so kurz ist und die das ihrem Gemeinderat eher klar machen können.

I: Dann bedanke ich mich ganz herzlich für das Gespräch und die vielen Informationen.

Anlage 27: Interview mit Frau Weller

Geführt am 26.01.2010 im Landratsamt Ludwigsburg.

I: Die anderen Landratsämter, die ich befragt habe, führen kein Einführungspraktikum durch. Wie ist das bei Ihnen?

Frau Weller: Wir auch nicht.

I: Dann können wir die ersten beiden Fragen gleich überspringen.

Frau Weller: Wobei es Landratsämter gibt, die das Einführungspraktikum anbieten. Das ist der Rems-Murr-Kreis und ich meine Heilbronn bietet auch Ausbildungsplätze im gehobenen Dienst an. Aber nicht alle Landratsämter, das weiß ich. Wir bieten es nicht an.

I: Ok, dann zur Informationsbeschaffung. Mich interessiert hier, wie Sie Ihre Informationen über die Umstellung auf den Bachelor of Arts bekommen haben?

Frau Weller: Ich habe einen sehr guten Draht zur Hochschule und insofern bin ich da schon von Seiten der Hochschule sehr gut informiert gewesen, aber das war eher informeller Art. Offizielle Informationen sind später gekommen. Die frühzeitige informelle Information durch die Hochschule hat es mir aber erspart, eigene Recherchen zu betreiben.

I: Und die offiziellen Informationen, wo bekamen Sie die her?

Frau Weller: Auch von der Hochschule, vom Regierungspräsidium und auch vom Landkreistag. Allerdings war das ganze Verfahren zur Einführung dieses neuen Studienganges meines Erachtens ein „Holder-die-Polder-Geschäft“. Zu Ausbildungsbeginn am 1. September lag die APrO noch nicht vor. Sie wurde Spitz auf Knopf erlassen und zum 1. September

in Kraft gesetzt. Im Gesetzblatt war sie dann erst am 26.09.2007. Die Studierenden haben dann schon ordnungsgemäß studieren können und auch das Einführungspraktikum absolvieren können, aber die APrO lag halt zum 1. September noch nicht vor.

I: Wie wurden Sie dann informiert? Kamen die Informationen per Email oder waren Sie auf der Veranstaltung der Hochschule?

Frau Weller: Beides. Auf der Veranstaltung der Hochschule war ich natürlich auch. Da sind auch Ausbildungsleiter von Städten und Gemeinden gewesen. Das war eine größere Veranstaltung. Die Standorte, die dann den Einführungslehrgang übernommen haben, also das waren überwiegend dzU-Standorte, wir sind dann extra nochmals zu einem Informationsnachmittag an der Hochschule gewesen. Im Einführungspraktikum müssen ja die Studierenden den Einführungslehrgang besuchen. Also ähnlich, wie der dzU, aber halt bloß ein Drittel so lang.

I: Wie gut haben Sie sich informiert gefühlt? Waren die Informationen ausreichend oder hätten Sie sich mehr oder detaillierte Informationen gewünscht?

Frau Weller: Also ich habe mich gut informiert gefühlt.

I: Vielleicht auch durch den direkten Kontakt zur Hochschule?

Frau Weller: Ja. Auch wenn ich Fragen hatte, ich hab halt angerufen. Ich habe auch zu einigen Professoren Kontakt und konnte auch von daher immer wieder einige Fragen anbringen oder Dinge in den Raum stellen, die mir aufgefallen sind. Damals war das AG-Modell noch nicht mit Leben gefüllt. Prof. Altpeter gegenüber habe ich dann schon mal meine Zweifel geäußert und ihn gefragt, wie sich die Hochschule denn das so vorstellt. Wobei das der Hochschule natürlich auch übergestülpt worden ist. Die

AG's waren auch nicht der heißeste Wunsch der Hochschule. Das kommt aus der Juristenausbildung. Die haben so ein AG-Modell und irgendein kluger Mensch an einem grünen Tisch hat gesagt, also die Juristen, die haben so ein tolles AG-Modell, das machen wir im gehobenen Dienst auch.

I: Was sind dann Ihre größten Probleme mit dem AG-Modell? Die wechselnden Teilnehmer?

Frau Weller: Im Moment läuft ja noch der erste Durchgang, da hat natürlich alles neu gemacht werden müssen. Da mussten die Themen noch abgesprochen werden. Das ist auch das, was unsere Studierenden am meisten betroffen hat. Es hat viel doppelt stattgefunden. Die Themenab-sprache zwischen Hochschule und Lehrbeauftragte, die war einfach nicht optimal. Und dann muss die AG halt rund ums Jahr organisiert werden. Alle zwei Wochen. Der PU ging drei Monate. Da hat man im Herbst den Stundenplan organisiert, hat den verschickt und dann ging das drei Monate mit Krankmeldungen, mit Stundenverschiebereien und so, aber im März war dann Schluss. Und das geht jetzt halt rund ums Jahr. Wobei ich glaube, wenn man den ersten Durchgang mal durch hat, dann auch die Feinheiten noch ein bisschen nivelliert hat, dann spielt sich das auch ein, so ist es nicht.

I: Würden Sie dann eher wieder einen PU bevorzugen?

Frau Weller: Ja, also von Seiten der Hochschule kommt die Argumentation, wenn die Studierenden im Praxissemester sind, dann haben die ja gar keine Gemeinsamkeiten mehr. Die treffen sich nirgends mehr, die laufen quasi alle „frei rum“ und da müsste man irgendwas haben, wo die Studierenden immer mal wieder gebündelt werden. Und da denke ich aber, dass die Hochschule selber ein besserer Anlaufpunkt wäre. Im Moment ist es so, dass die Studierenden 85, sagen wir 90 Stunden AG-Zeit nachweisen

müssen. In der Woche kann man ca. 30 Stunden unterrichten. Das sind etwa drei Wochen Unterricht, wenn man das am Stück machen würde. Und wenn man sich da von Seiten der Hochschule darauf einlassen könnte, dass man in jedem oder in drei ausgewählte Vertiefungsschwerpunkten jeweils eine Woche Unterricht macht, so was könnte ich mir vorstellen. Also ich würde das besser finden. Auch aus Sicht der Studierenden gesehen. Denn die müssen ja Reisen ohne Ende. Was das Geld kostet.

I: Ja, in der AG heute waren auch viele Studierende aus Kehl da.

Frau Weller: Die sind jetzt natürlich nicht alle aus Kehl gekommen, die sind in ihrer Praxisstelle. Aber aus Neu-Ulm war einer, gut der ist alle zwei Wochen hier her angereist. Und die Lust der Studierenden zu einer AG zu kommen, die gar nicht mit einer Prüfung endet, hält sich schon sehr in Grenzen. Als anfangs fadenscheinige Begründungen gekommen sind, warum die Studierenden nicht an der AG teilnehmen können, dem bin ich dann schon hinterher gewesen. Da habe ich dann schon Wert darauf gelegt. Das kann nicht sein, dass man dann durch die APrO eine Verpflichtung einführt und von unserer Seite aus wird das sehr lasch gehandhabt. Also das mache ich nicht. Da müssen Begründungen kommen. Immerhin bekommen die Anwärter Geld für Ihr Studium und das nicht wenig, und müssen keine Studiengebühren bezahlen. Da kann man auch erwarten, dass sie an den geforderten Veranstaltungen teilnehmen. Krankmeldungen müssen jetzt künftig an die Ausbildungsstelle gemeldet werden und die melden dann die Studierenden bei mir krank. Aber wenn ich das anschau, diese Reiserei, das muss ja alles bezahlt werden und der Abrechnungsaufwand. Na gut, jetzt organisieren wir es dieses Jahr und nächstes Jahr muss es auch noch durchgezogen werden, denn so schnell wird es nicht geändert. Aber, wenn man nicht jetzt schon beginnt, da einmal die Hand zu heben und zu sagen, horcht mal, findet ihr das so angemessen, dann ändert sich ja gar nichts.

I: Wie haben Sie Ihre kreisangehörigen Gemeinden informiert? Oder sind die selbst informiert worden?

Frau Weller: Die sind auch selber informiert worden. Ich glaube das Regierungspräsidium und der Gemeindetag haben informiert. Die Spitzenverbände sind bei der Erstellung der neuen APrO auch mit dabei gewesen und haben uns dann wieder informiert. Ich habe aber meine Informationen, die ich von Seiten der Hochschule erhalten habe aber auch an die Gemeinden weiter gegeben. Zum Teil 1:1, zum Teil auch ausgewertet und mit eigenen Kommentaren versehen oder auch mit Hinweisen und Tipps, was die Gemeinden machen sollen. Von Seiten der Gemeinden ist dann der Wunsch entstanden, man sollte doch mal wieder eine Ausbilderversammlung machen. Aber das war damals zeitlich überhaupt gar nicht möglich.

I: Werden Sie so eine Versammlung einmal machen?

Frau Weller: Mittlerweile habe ich das schon gemacht. Im Herbst letzten Jahres habe ich eine Ausbilderversammlung organisiert. Aber natürlich nicht nur wegen dem gehobenen Dienst, sondern einfach, damit die Ausbilder der Gemeinden mal die Möglichkeit haben sich auszutauschen. Ich habe Themen gesammelt und dann eine Tagesordnung erstellt. Da hat natürlich der gehobene Dienst viel Raum eingenommen, aber das hat sich mittlerweile auch eingespielt, das Einführungspraktikum. Vor Einführung der neuen APrO ging ein Wehklagen durch die Gemeinden „Jetzt haben wir die Studierenden nur noch ein halbes Jahr und da haben die auch noch Urlaubsanspruch und eine Studienfahrt wollen sie womöglich auch noch machen und dann auch noch fünf Wochen im Einführungslehrgang, das bringt uns ja nichts mehr, das bringt uns ja nur noch Arbeit, also da müssen wir uns überlegen, ob wir überhaupt noch ausbilden“. Und siehe da, so viel wie zurzeit ausgebildet wird, das gab es ja schon lange nicht mehr. Mit den Praktikanten, die ihr Einführungspraktikum in den Gemein-

den des Landkreises Ludwigsburg absolvieren, könnten wir zwei Einführungslehrgänge belegen. Das wären an die 40 Leute. Also das hat sich nicht bewahrheitet, dass die Gemeinden nicht ausbilden würden.

I: Müssen Sie die Bachelors umfassender informieren, wenn diese bei Ihnen das Praktikum beginnen, im Vergleich zu den Diplomanden früher? Oder sind die Bachelors genauso gut informiert?

Frau Weller: Das ist genau gleich. Es sind halt etwas andere Informationen als im Diplomstudium. Nicht einmal gänzlich andere Informationen. Das ist nicht anders, wie bei den Diplomanden. Als die zum ersten Mal in den dzU gekommen sind, da haben die über die Ausbildung und vom Studium auch noch nicht so viel gewusst und so ist es bei den Bachelorstudenten jetzt auch. Das wird sich auch im Laufe der Zeit noch rumsprechen, dass man Credits braucht und dass die Credits aber noch keine Beurteilungspunkte sind, sondern dass die noch extra kommen. Dass es Module gibt, das gab es ja bei den Diplomanden auch noch nicht. Überhaupt die Begrifflichkeiten sind ganz andere. Ich denke auch das Studium hat sich geändert. Da habe ich aber wenig Einblick, wie es mit den Inhalten aussieht, eigentlich dürfte sich da nicht so viel verändert haben, denn das Berufsbild ist ja trotzdem noch das Gleiche. Aber das kann ich schlecht beurteilen.

I: Wie informieren Sie Ihre Praktikanten über den Ablauf des Praktikums?

Frau Weller: Im Praxissemester?

I: Ja, genau.

Frau Weller: Die kommen ja zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Im Moment läuft gerade das Verfahren über die Praktikumsplätze im kommenden Ausbildungsjahr. Also ab Juli 2010 bis September 2011. Und wenn

die dann eine Zulassung haben, dann hören die von mir lange nichts mehr. Die kriegen von mir etwa vier bis sechs Wochen vor Beginn des Praxiszeitraums ein Schreiben, wo ich einfach die sachlichen Dinge vermittele, wer „wann wo hinkommen soll“, so was. Wenn die Anwärter dann da sind, erhalten sie von mir die hier notwendigen Unterlagen. Verpflichtung auf das Datengeheimnis z.B. Dann eine Empfangsbescheinigung über die Unterlagen, die sie bekommen haben. Einfach die ganzen Formalien, die da abgewickelt werden müssen. Dann wird unser Arbeitszeitmodell erklärt. Inhaltliche Sachen, die passieren nur im Fachbereich. Und da dürfte der Unterschied nicht groß sein. Ich würde mal behaupten, die Praxiszeit hier, die ist nicht anders wie im Diplomstudium. Unser Aufgabengebiet hat sich ja nicht verändert. Also die werden genauso miteinbezogen, wie die Diplomanden auch.

I: Jetzt haben aber die Bachelors doch schon drei Semester Grundlagenstudium hinter sich, wenn sie in die Praxis kommen. Kann man da nicht anders darauf aufbauen? Haben Sie da schon Rückmeldungen aus den einzelnen Fachbereichen bekommen?

Frau Weller: Nein. Wir haben die ersten Praktikanten jetzt erst hinter uns. Da müsste ich die Fachbereiche ansprechen. Mein eigener Geschäftsteil hat jetzt auch erst eine Bachelorstudentin gehabt, aber da konnte ich keinen Unterschied feststellen. Das liegt aber wahrscheinlich auch an unserem Aufgabengebiet. Ich glaube, öffentliches Dienstrecht und Tarifecht wird im Grundlagenstudium nicht vermittelt. Erst vor kurzem haben wir für die Praxisstellen, die wir im nächsten Ausbildungsjahr anbieten Vorstellungsgespräche geführt. Wir hatten sehr viele Bewerbungen für den Personalbereich gehabt und haben uns deshalb entschlossen die Leute einfach kurz anzuschauen. Selbst wenn man die Bewerber nur kurz sieht und mit ihnen spricht, hat man eine bessere Vorstellung. Letzte Woche hatten wir also diese Vorstellungsgespräche und haben uns jetzt auch für zwei Bewerber entschieden. Eine der Bewerberinnen sagte uns beim Ge-

spräch, dass sie das einzige, was sie von Personalrecht weiß, in der zwei-stündigen Veranstaltung im Einführungslehrgang gehört hat. Also zumin-dest Bewerber für den Personalbereich wissen da nicht mehr, als die Dip-lomanden.

I: Zu den Praxiseinheiten, auch wenn das Einführungspraktikum bei Ihnen nicht stattfindet, wie beurteilen Sie diese sechs Monate?

Frau Weller: Ich finde es zu kurz. Ich müsste jetzt mal die Gemeinden fragen, wie die das mittlerweile empfinden. Aber als das Bachelorstudium so eingerichtet wurde, da war meine Meinung, entweder ganz oder gar nicht. Ich glaube auch die Studierenden haben nicht so viel davon, wie wenn sie jetzt das ganze Jahr lang in einer Gemeinde wären. Und ich denke auch, man müsste so ein Einführungspraktikum beschränken auf kleine Gemeinden. In einer kleinen Gemeinde lernt man viel mehr, als bei großen Behörden. Man wird mehr mit einbezogen in die tägliche Arbeit.

I: Wie ist das, wenn die Praktikanten in der zweiten Praxisphase zu Ihnen kommen? Bewerben die sich da ganz gezielt auf irgendwelche Bereiche oder teilen Sie die ein?

Frau Weller: Die bewerben sich schon ganz gezielt. Wir haben etwa zwi-schen 40 und 50 Bewerbungen pro Praxisjahr und ich denke, wenn wir alle die wir hier unterbringen können nehmen, können wir etwa 30 zulas-sen. Die bewerben sich für bestimmte Praxiszeiträume und geben Alternati-ven an, wann es noch gehen könnte. Es werden auch Alternativen ange-geben, falls es im gewünschten Bereich nicht klappt. Ich habe für diese Bewerbungen einen Bewerbungsvordruck. Mir ist das auch lieb, dass ich so viele Alternativen habe, aber das ist nicht einfach zu handhaben. Ich lasse dann immer in einer ersten Charge welche zu und dann bewegt sich schon einiges. Denn dann stellt sich erst heraus, wer schon woanders was

hat und welcher Bereich noch fehlt. Letzten Endes werden im Laufe eines Jahres etwa 20 bis 25 Praktikanten bei uns im Haus sein.

I: Gibt es Aspekte, wie zum Beispiel Praxisorientierung, Wissen etc. von denen Sie sich wünschen würden, dass sie von der Hochschule noch intensiver vermittelt werden?

Frau Weller: Das kann ich nicht beurteilen. Ich könnte es nur bei den Studierenden beurteilen, die bei uns, d.h. in meinem eigenen Geschäftsteil waren, aber das ist auch persönlichkeitsbedingt. Also, da konnte ich jetzt keinen Unterschied feststellen.

Hier habe ich jetzt so einen Bewerbungsvordruck. Das ist eine Übersicht, auf der die Bewerber sehen, welche Bereiche es gibt, in denen sie sich bewerben können. Das ändert sich auch ständig. Im Bereich Kommunalpolitik, Führen im öffentlichen Sektor ist jetzt noch die Kommunalaufsicht dazugekommen, die sich bereit erklärt hat, in diesem Vertiefungsschwerpunkt auszubilden. Allerdings liegt bei uns der Schwerpunkt generell auf dem Bereich Kommunalpolitik. Wenn man im Vertiefungsschwerpunkt Führen im öffentlichen Sektor speziell „Führung“ machen möchte, sollte man eine Führungspersönlichkeit begleiten, also eigentlich persönlicher Referent einer Führungspersönlichkeit werden. Und das kann man keiner Führungsperson aufoktroyieren. Da ist es fast am besten, wenn die Studierenden mit jemandem Kontakt aufnehmen. Es muss unbedingt eine persönliche Bindung bestehen. Anders geht das gar nicht. Anfangs, als dieser Vertiefungsschwerpunkt eingeführt wurde, hatte Prof. Ziegler sich vorgestellt, dass ja unser Landrat dann auch mal einen Studenten nehmen könnte, der ihm über die Schulter schaut. Das geht gar nicht.

I: Und das dann halt auch für drei Monate.

Frau Weller: Ja, das geht gar nicht. Höchstens, er würde jemanden kennen – woher auch immer – und dem ermöglichen, mit ihm mitzulaufen. Mal über einen gewissen Zeitraum. Sicher auch keine drei Monate. Aber das ist dann einfach persönlichkeitsabhängig. Da kann man das nicht so handhaben wie in anderen Fachbereichen, wie zum Beispiel im Naturschutz. Für diesen Bereich haben sich einfach wenig Studierende beworben. Das war von der Planung her möglich, dass dort zwei oder drei Studierende eingesetzt werden können. Diesem Fachbereich habe ich nur die Namen der Bewerber mitgeteilt, mit der Bitte mir mitzuteilen, ob sie einverstanden sind, diese Studierenden auszubilden. Die wissen also noch in keinster Weise, wer da kommen wird. Finde ich jetzt auch nicht so wichtig in diesem Bereich. Wobei wir hier in unserem eigenen Geschäfteteil, das sagte ich ja schon, keine Studierenden mehr nehmen, ohne dass wir nicht ein kurzes persönliches Gespräch geführt haben. Wobei Personalverwaltung auch wirklich ein heikles Aufgabengebiet ist. Natürlich, wenn jetzt unsere Fachbereiche kämen, und sagen würden, das wollen wir auch, ginge das natürlich, aber dann dauert das ganze Zulassungsverfahren halt länger.

I: Ich habe in der AG gesehen, dass Sie Beurteilungsbögen austeilen ließen. Ich habe von den Studierenden auch gehört, dass sie das bis jetzt nur bei Ihnen ausfüllen durften. In den anderen AG's gab es das wohl nicht. Wie kam es dazu, dass Sie das eingeführt haben?

Frau Weller: Das war einfach mein Interesse, weil ich wissen wollte, wie kommt die AG an. Wie empfinden die Studierenden die Themen, die Organisation, was meinen sie überhaupt zur AG. Aber die Aussage der Studierenden stimmt nicht ganz. Ich weiß, dass Heilbronn regelmäßig Feedbackbögen ausgibt und zwar jedes Mal. Das habe ich mir jetzt auch überlegt, weil man dann auch gleich eine Rückmeldung über den Referenten hätte. Und Kehl hat wohl einen Beurteilungsbogen auf der Homepage. Also die Kehler machen das wohl ein bisschen regelmäßiger.

I: Welche Vor- bzw. Nachteile sehen Sie im Bachelorstudiengang?

Frau Weller: Da bin ich nicht nahe genug dran. Ich denke, dass sich das auch rausstellen wird, wenn die ersten Studierenden dann eingestellt werden, ob die anders mit Dingen umgehen. Ich habe den Eindruck, die Studierenden müssen sich jetzt viel mehr spezialisieren, zu einem früheren Zeitpunkt, als es vorher der Fall war. Wenn ich da an meine eigene Studienzeit denke, wir haben uns gar nicht spezialisiert und das war auch der Grund, warum ich dieses Studium gewählt habe. Weil das eine ganz breitgefächerte Ausbildung war. Man ist umfassend ausgebildet ins Arbeitsleben gestartet. Und jetzt habe ich das Gefühl man ist schon spezialisiert, bevor man überhaupt anfängt zu arbeiten. Natürlich, man erwirbt den Abschluss dann fürs Ganze. Aber die frühzeitige Spezialisierung, das würde mir persönlich jetzt schwerfallen.

I: Wissen Sie, wie die Reaktionen auf den Bachelor hier im Haus sind?

Frau Weller: Die Leute wissen wenig damit anzufangen. Das liegt aber auch daran, dass die Kolleginnen und Kollegen über die neue Ausbildung wenig informiert sind. Es kommen vereinzelt Reaktionen: „das ist ja alles neu“, „da kennt man sich ja nicht mehr aus“, „wer weiß was da vermittelt wird“, es gab auch schon Reaktionen „die machen unsere gute Ausbildung vollends kaputt“.

I: Welche Erwartungen haben Sie an die Bachelors?

Frau Weller: Im Grunde sind es die gleichen Erwartungen, die wir auch an die Diplomanden hatten: Sich offen, mit Begeisterung und Engagement den neuen Aufgaben stellen.

I: Dann bedanke ich mich ganz herzlich für das Interview und dass Sie sich Zeit genommen haben.

Anlage 28: Interviewleitfaden für die Hochschulprofessoren

1. Bewerbungsverfahren/Einstellungstest

- 1.1. 2007 war das Jahr der Umstellung vom Diplom zum Bachelor an der HVF. Welcher NC war damals vorgegeben und wie viele Bewerbungen haben Sie erhalten?
- 1.2. Bei welchem Schnitt lag der NC in den Jahren 2008 und 2009 und wie viele Bewerbungen bekamen Sie jeweils?
- 1.3. Mit der Umstellung auf den Bachelor wurden auch die Zulassungsgespräche durch das Regierungspräsidium abgeschafft. Nun gibt es Einstellungstests, die an den Fachhochschulen durchgeführt werden. Weshalb dieser Wandel von den persönlichen Gesprächen zum unpersönlichen Test?
- 1.4. Welche Themenbereiche werden im Einstellungstest geprüft?
- 1.5. Wie viele Bewerber bekamen in den Jahren 2007 - 2009 eine Zulassung aufgrund des Einstellungstestes?
- 1.6. Wonach richtet sich die Anzahl der Zulassungen?
- 1.7. Warum wurde die Zulassungszahl von 500 auf 530 gesteigert?

2. Informationsbeschaffung

- 2.1. Welche Möglichkeiten bieten Sie den interessierten Bewerbern, sich Informationen über das Bewerbungsverfahren und das Studium zu beschaffen?
- 2.2. Wie informieren Sie die Studentinnen und Studenten während des Studiums über den Ablauf der einzelnen Semester (Proseminare, Fachprojekte, Prüfungen, Auslandspraktikum etc.)?

3. Studieninhalte und –verlauf

- 3.1. Welchen Leistungsstand brachten die Diplomanten mit, als sie nach ihrem Einführungsjahr hier an die Hochschule kamen? Hatte sie eine gute Grundlage an Fachwissen, auf das aufgebaut werden konnte?
- 3.2. Wie ist das bei den Bachelors? Diese sind sechs Monate in der Praxis, bevor sie an die Hochschule kommen. Kann ein Unterschied im Bereich Wissen und Erfahrung festgestellt werden?
- 3.3. Die Bachelorstudenten und die Praxisstellen sind der Auffassung, dass die Stoffmenge aus dem vierjährigen Diplomstudiengang in den dreieinhalbjährigen Bachelor übernommen wurde. Erfolgte hier tatsächlich keine Anpassung der Stoffmenge bzw. –inhalte?
- 3.4. Ziel des Bologna-Prozesses ist es, ein einheitliches europäisches Hochschulwesen zu schaffen. Nun ist der Studiengang Innenverwaltung auch sehr auf das baden-württembergische Landesrecht gestützt. Inwieweit ist eine Internationalisierung hier überhaupt möglich?
- 3.5. Gibt es Bereiche, bezogen auf den gesamten Studienverlauf der Innenverwaltung, in denen Änderungen vorgenommen werden sollen? Wenn ja, welche?
- 3.6. Welche positiven/negativen Aspekte bringt der neue Studiengang mit sich?

Anlage 29: Interview mit Herrn Prof. Rieth

Geführt am 08.12.2009 an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg.

I: Warum wurde das Zulassungsverfahren von den Regierungspräsidien auf die Fachhochschulen übertragen?

Herr Rieth: Ich war natürlich nicht in den Gesprächsrunden dabei, aber die Begründung war sicherlich zum einen, dass man Kosten sparen wollte. Man hat das ja dann auch dadurch getan, dass man uns weniger Personal zugefügt hat, als bei den RPs freigesetzt wurde. Es ist natürlich niemand entlassen worden, aber die Leute sind dann mit anderen Aufgaben betraut worden. Da ist deutlich Personal eingespart worden. Kehl und Ludwigsburg haben zusammen zwei Stellen bekommen. Also vier insgesamt. Und bei jedem Regierungspräsidium sind auf jeden Fall zwei Stellen frei geworden. Also bei vier Regierungspräsidien acht Stellen. Da ist auf jeden Fall die Hälfte eingespart worden. Das Zweite ist, dass wir natürlich ein Interesse daran hatten dieses Verfahren auch zu übernehmen. Jede Hochschule lässt ihre Studenten selber zu. Bei uns hat das die Verwaltungsbehörde gemacht. Insofern war das ein Schritt in die Normalität des Hochschulaseins, wenn wir die Zulassung selbst übernehmen. Es war sicherlich, denke ich, auch ein Stück weit der Gedanke damit verbunden, das Verfahren effizienter und direkter zu machen und damit auch qualitativ besser. Es gab damals natürlich bei den Regierungspräsidien heftigen Widerstand gegen die Verlagerung, weil die Regierungspräsidien natürlich damit Kompetenzen verloren haben und der Meinung waren, dass sie es bisher immer sehr gut gemacht haben. Ich denke, es war irgendwo ein Entwicklungsprozess, der alle Elemente ein bisschen verarbeitet hat.

I: 2008 war das Jahr der Umstellung vom Diplom zum Bachelor an der HVF Ludwigsburg. Welcher Numerus clausus war damals vorgegeben und hat sich dieser NC in den folgenden Jahren geändert? Wenn ja, warum und wie hat sich der NC entwickelt?

Herr Rieth: Also im alten Zulassungsverfahren gab es auch schon eine Grenznote, bis zu der man zum Vorstellungsgespräch eingeladen wurde, das es damals gab und unter der man nicht eingeladen wurde. Diese Note ist früher, abhängig von der Bewerberzahl, geschwankt. Sie lag meines Wissens zuletzt bei den RPs bei 2,4. Das neue Verfahren sieht ja vor, dass wir mindestens die doppelte Zahl der Bewerber testen, die nachher auch eingestellt werden kann. Andererseits wollte man vom Ministerium und auch im Interesse der Kommunalen Spitzenverbände regeln, dass die Qualität der Ausbildung hoch bleibt. D.h. man wollte das jetzt nicht uns überlassen, wie viele Leute wir insgesamt in das Zulassungsverfahren mit einbeziehen, sondern man hat gesagt, jemand der eine bestimmte Note nicht erreicht, beim Abitur oder bei der Fachhochschulreife, der darf, egal wie, nicht mitmachen. Und diese Grenznote wurde bei 2,90 festgesetzt. Das ist die absolute Untergrenze, die jemand haben kann, damit er noch zu dem Test eingeladen wird, damit er überhaupt anfangen kann, sich im Bewerbungsverfahren zu bewähren. Und ab 2,91 ist es halt aus. Diese 2,9 galt schon im ersten Jahr unserer Zuständigkeit und die gilt heute noch. Das hat sich nicht verändert.

I: Woher kam der Anstieg der Bewerber auf über 3.000 von früher etwa 2.500?

Herr Rieth: Wenn man noch zu Zeiten des Regierungspräsidiums die Historie betrachtet, stellt man fest, dass es immer wieder zu doch erkennbaren Schwankungen der Bewerberzahl kommt. Das hat mit der Arbeitsmarktlage zu tun. Das hat mit der Wirtschaftssituation zu tun. Das hat viel-

leicht auch mit demographischen Entwicklungen zu tun. Wenn man so rumfragt, bewerben sich viele, wo die Eltern oder der Onkel oder der Freund, Freundin oder sonst irgendjemand schon in der Verwaltung, wenigstens auf dem Rathaus gearbeitet hat, sei es als Angestellter, wenn nicht auch Beamter war. Und dann bewirbt man sich da auch. Das kenn ich, da hat mir einer erzählt das ist gut, das möchte ich auch machen. Da gibt es dann auch so demographische Schwünge, wo auch aus Bewerberkreisen, manche Jahrgänge mehr rauskommen und andere weniger. Genau kann ich es nicht sagen, ich denke aber es hat auch mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu tun. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird sicherlich das Interesse an einem sicheren Beamtenjob eher steigen, als in wirtschaftlich starken Zeiten. Es gibt auch da keine Untersuchung, Fakt ist aber, dass die Zahlen schwanken. Die Schwankungen sind eklatant. Wir hatten schon mal 2,7 dann sind wir auf 2,4 abgefallen, dann hatten wir 2,6, jetzt haben wir 3. Gut wir haben Finanzkrise, vielleicht ist es das. Vielleicht ist es aber auch die Zahl derjenigen, die jetzt in der Schule soweit sind, um sich für so ein Studium zu bewerben. Man müsste das mal dagegenhalten, den Absolventenzahlen der Schulen. Wenn bei den Schulen eine Welle rausgeht, kommt auch eine Welle bei uns an.

I: Mit der Umstellung auf den Bachelor wurden auch die Zulassungsgespräche durch das Regierungspräsidium abgeschafft. Nun gibt es Einstellungstests, die an den Fachhochschulen durchgeführt werden. Weshalb dieser Wandel von den persönlichen Gesprächen zum unpersönlichen Test? Reine Kostengründe?

Herr Rieth: Das sicher nicht. Ich denke das hat damit zu tun, dass generell über solche Studierfähigkeitstests an der Hochschule nachgedacht wird oder wurde. Auch andere Hochschulen haben solche Testverfahren. Andere wiederum begnügen sich mit der Abiturnote. Man muss natürlich sehen, dass bei uns, bei den Fachhochschulen, eben nicht nur das Abitur

Voraussetzung ist, sondern auch die Fachhochschulreife. Die auf unterschiedlichsten Wegen erreicht werden kann. Also auch über das Berufskolleg, über den zweiten und dritten Bildungsweg. Insofern besteht zumindest die Möglichkeit, dass natürlich jemand, der übers Berufskolleg mit 1,8 kommt, vielleicht nicht eine vergleichbare Note hat mit dem, der das ganz normale allgemein bildende Abitur abgeleistet hat. Man ist davon ausgegangen, dass es da Unterschiede gibt und da hat man sich eben entschieden so einen einheitlichen Studierfähigkeitstest, der verschiedene Fähigkeiten und Bewegungen abfragt und austestet durchzuführen. Und dieser Test ist ja für alle gleich. Das schafft dann mit der Note eine Vergleichbarkeit. Die Noten sind sozusagen nur noch die Hälfte, die andere Hälfte ist der Test. Man hat jetzt nicht das Vorstellungsgespräch durch einen abstrakten und unpersönlichen Test ersetzt, sondern man hat es getrennt. Man muss ja folgendes sehen, in den 70er, 80er Jahren, da lief das Zulassungsverfahren ja auch bei den RPs völlig anders ab. Da ging das genauso lange. Da gab es auch einen Rechtschreibtest, da gab es einen Mathetest. Im Prinzip sind wir wieder da angelangt, wo wir vor 20 Jahren schon mal waren. Man hat dann das Verfahren vereinfacht. Es gab dort einen Test, ebenso ausführlich wie jetzt auch mit Rechtschreibung, Mathe und Intelligenz. Also im Prinzip der gleiche Test. Es kommt mir zumindest sehr ähnlich vor. Es waren jedenfalls ähnliche Aufgaben und nach diesem Test wurde dann entschieden, ob man sich noch persönlich vor einer Jury vorstellen durfte. Da saßen dann aber sieben Leute. Also ein Verfahren das aus meiner Sicht sehr ähnlich ist, zu dem was wir heute haben. Zwischen drin hat man gesagt, das muss man vereinfachen. Ich muss das nicht mehr sieben Leute durchführen lassen. Arbeit ist teuer. Man hat wahrscheinlich auch gesagt, so ein aufwendiger Test, wozu denn das, die haben doch alle Abi, nehmen wir doch die Note. Man kam dann zu einem Verfahren, wo man gesagt hat, man nimmt nur noch drei Leute. Einer von der Hochschule, einer vom RP und einer aus den kommunalen Verwaltungen und diese Leute führen dann ein Gespräch. Vorauswahl nach Note, dann Gespräch. Und jetzt sind wir fast wieder dort, wo wir wa-

ren. Bisschen andere Form, d.h. wir haben wieder diesen Test, mit ganz ähnlichen Teilen. Man hat eben dann die Sachen getrennt, dieses persönliche Gespräch zur mittleren Sozialkompetenz, nur nicht mehr zentralisiert. Die alten Gespräche waren zentralisiert, d.h. alle mussten zum Regierungspräsidium, alle mussten diesem Siebener-Gremium gegenübertreten. Das waren sicher nicht immer die gleichen Leute, aber es waren sehr häufig die gleichen Leute. Da hat halt der Hauptamtsleiter von X zehn Termine gehabt und der Hauptamtsleiter von Y auch zehn Termine usw. Jetzt stellt man sich individuell bei jeder Gemeinde persönlich vor. Hat gewisse Qualitätsunterschiede, würde ich sagen. Vor allem, wenn manche Gemeinden sagen, bevor ich gar keinen nehme, nehme ich den. Insofern funktioniert die Auswahl nicht. Ein Stück weit, wenn man von der Besonderheit absieht, dass das persönliche Vorstellungsgespräch eben nicht mehr zentralisiert sondern dezentralisiert abläuft, gibt es einen Unterschied. Diese Leute im Zulassungsgespräch haben gesagt, den kann ich nicht nehmen. Jetzt der Bürgermeister draußen auf dem Dorf sagt sich, bevor ich gar keinen nehme Von daher denke ich, wenn man den Zeitraum von zwanzig Jahren nimmt, sind wir doch wieder in der Nähe dessen gelandet, was wir damals hatten. In der Zwischenzeit eine „Zulassungslight-Phase“, wo man gesagt hat, Schulnote reicht, da müssen wir halt im Gespräch ein bisschen kucken, ob die sozialverträglich sind. Ich persönlich habe das Auswahlverfahren immer ein wenig missbilligt, weil ich mit gutem Gewissen das nicht machen konnte. Hintergrund: Sie konnten 10-20 % ausschließen. Also den kann ich echt nicht nehmen. Sie hatten vielleicht 20-30 % bei denen man sagen konnte, auf alle Fälle. Und dann hatte man halt diese 50-60 %, wo man gesagt hat, ja soll ich denn jetzt würfeln, welchen ich von denen nehmen soll. Bei denen hing es dann davon ab, wer da grad dasaß. Der eine hat gesagt, ja nehmen wir sie noch und der andere hat gesagt „Nein“. Mit dieser 50-60 % Masse, von denen ich gesagt habe, so viele kann ich nehmen, so viele kann ich nicht nehmen, da hatte ich einfach Gerechtigkeitsprobleme. Es ist auch nicht möglich da eine Rangliste aufgrund, wie hat der jetzt den Zeitungsartikel wiedergege-

ben, wie hat der in der Rollendiskussion sich gegeben, zu erstellen. Die Rollendiskussion hing ja auch vom Thema ab. Habe ich da über Hundesteuer diskutieren lassen, über Kampfhundesteuer, dann hatte da vielleicht einer einen Hund und hat sich da schon ausgekannt. Oder wenn der Vater auf dem Rathaus arbeitet und der Bewerber war vielleicht schon öfters auf einer Gemeinderatssitzung. Der andere hat noch nie ein Rathaus von innen gesehen. Hat nachher mit der Frage, wie studiert der, nichts zu tun. Das war schwierig. Da finde ich jetzt dieses Testverfahren ein Stück weit objektiver. Entweder man hat die Punkte oder man hat sie nicht. Ich denke mal die Persönlichkeitsauswahl müsste das eigentlich leisten können, dass man die 10-20 % absolut ungeeigneten herausfiltert.

I: Die ersten Bachelors haben den Test noch schriftlich gemacht, während der zweite Jahrgang den Test bereits am PC abgelegt hat. Wie kam diese Entwicklung in so kurzer Zeit?

Herr Rieth: Das läuft in mehreren Stufen, hat aber mit der Verwaltungsvereinfachung zu tun. Der erste Test war schriftlich, d.h. man musste die Bögen austeilen, man musste darauf achten, dass die richtige Identifikationsnummer des Kandidaten eingetragen war und man musste die per Hand korrigieren und man musste die Korrekturergebnisse auswerten. Dafür gab es keine Software. Die Auswertformeln waren ja so berechnet, dass die Ergebnisse für den Studienerfolg repräsentativ sein sollten. Da gab es Vorversuche bei Studierenden, wo man gekuckt hat, wie schneiden die im Test ab, wie haben die die Zwischenprüfung geschrieben. Man versuchte da Relationen herzustellen. Das hat mit mathematischen Formeln zu tun, mit denen dann so und so viel Richtige im Rechtschreibtest und so und so viel im Mathetest umgerechnet werden in Punkte. Man musste das korrigieren und die Ergebnisse einzeln eingeben. Mit allen Fehlerquellen, vor allem mit einem irrsinnigen Aufwand an Personal. Deshalb haben wir gesagt, das können wir nicht noch einmal machen. Im

zweiten Jahr haben wir dann gesagt, wir machen das alles maschinenlesbar. Für die Rechtschreibung geht das nicht, die mussten wir weiter von Hand korrigieren. Wir haben uns sogar testweise hier die erforderliche Software installieren lassen. Die Kehler hatten die Software schon. Wir haben hier, anders als in Kehl, die diese stichprobenweise überprüfen, flächendeckend überprüft, ob die maschinell eingelesenen Ergebnisse richtig sind. Es hat sich herausgestellt, dass wir zum Teil bis 18 % Fehlerquote hatten. Damit waren wir genötigt, jede maschinelle Einlesung auch manuell zu überprüfen. Wir waren zwar immer noch schneller, als mit dem vollmanuellen Verfahren, aber das war nach wie vor noch sehr personalaufwendig. Darüber hinaus hätten wir diese Software noch kaufen müssen. Die war nicht billig. Die hätte fast 10.000 Euro gekostet. Aufgrund des nach wie vor hohen Aufwandes und weil der Rechtschreibtest noch nachkorrigiert werden mussten, haben wir uns dann entschieden, den Test komplett am PC programmieren zu lassen. Wir haben hier einen ehemaligen Studenten, der auch die Anmeldesysteme hier programmiert hat, mit dem haben wir das besprochen. Und dann haben wir den Test am PC entwickelt, also einschließlich des Rechtschreibtests. Wir haben das dann getestet. Ein paar Holperer gab es am Anfang, der Webserver ist ein bisschen überfordert gewesen. Aber mittlerweile läuft das perfekt und reibungslos. Der Aufwand ist erst dadurch, dass wir das am PC machen so weit reduziert und routiniert worden, dass das ein Selbstläufer ist. Jetzt das 4. Jahr läuft komplett als Routine durch. Vorher war noch Hektik. Diese Teambildung im Zulassungsverfahren, das schafft auch Flexibilität. Das Ausfallen einer Kraft stört uns nicht mehr. Was wir jetzt noch machen müssen ist, wir müssen an diesem Onlinetest noch arbeiten. Wir würden gerne mehr Testvarianten haben. Weil es sich teilweise herumspricht, die Bewerber stehen unter einander in Verbindung. Also der, der sich bewirbt, kennt einen der das schon mal gemacht hat. Wir würden auch gerne das Onlinetestverfahren so ausbauen, dass man mit ein paar Mausklicks auch die Testvarianten austauschen kann. Im Moment muss man da noch ein bisschen Programmieren, wenn man die austauschen will. Wir würden

auch gerne das Auswerten und Analysieren per Mausklick machen. Ich könnte mir das auch vorstellen, dass man das, was wir entwickelt haben, auch vermarkten kann. Wir haben es auch schon verschiedenen vorgeführt. Aber in der Hochschulwelt ist es so, da erfindet lieber jeder selber das Rad nochmals neu, als dass man was von jemand anderem nimmt.

I: Welche Themenbereiche fragen Sie in den Einstellungstests ab?

Herr Rieth: Es gibt einen Rechtschreibtest. Der ist, glaube ich, auch sehr wichtig, weil dort Leute, die definitiv kein Deutsch können, also schriftlich jedenfalls nicht, herausfallen. Es gibt einen Mathematiktest, einen Konzentrationsfähigkeitstest und es gibt einen mehrteiligen Intelligenzbasisfaktorentest. Das hat auch etwas mit Merkfähigkeit zu tun, mit Logik.

I: Wie beurteilen Sie die Neuerung, dass die Bachelorarbeit während der Praxis gefertigt wird? Welche Vor- und Nachteile sehen Sie?

Herr Rieth: Ich bin damit nicht glücklich. Und zwar aus folgendem Grund: Diese Bachelorthesis in der Praxis ist Folge des Kompromisses, der damals bei der Diskussion über die Ausbildungsreform entstanden ist. Es ging um den Praxisanteil, Theorieanteil, es ging um das Einführungsjahr, das auf ein halbes Jahr reduziert wurde, das aber nicht zu Lasten der Praxis gehen soll. Deshalb hat man das Praxisjahr auf 14 Monate aufgebrochen, damit ist natürlich die Studienzeit auch reduziert worden. Das hat man dadurch kompensieren wollen, dass man gesagt hat, dann schreibt man halt die Bachelorthesis in der Praxis. Was mich nicht stört, dass die in der Praxis geschrieben wird. Das ist an andern Hochschulen, vor allem an dualen Hochschulen oder dualen Studiengängen auch so. Insofern ist das vielleicht sogar besser als bisher. Was mich allerdings stört ist der Zeitpunkt, also am Ende des Praxisjahres, unmittelbar vor Beginn des Studi-

ums. Ich hielte es für glücklicher, wenn man einen Modus fände, ohne dass man jetzt die Verhältnisse Praxiszeit zu Theorie verändert, dass man sagt, man nimmt vielleicht vorneweg die Zeit, also ich nehme aus dem Praxisjahr wieder die zwei Monate heraus. Ich nehme vorne aus dem Einführungshalbjahr vier Monate weg. Hab dann sechs Monate und häng die hinten dran. Und sage dann, nach dem Vertiefungsstudium ist es dann nicht fertig, sondern nach dem Vertiefungsstudium geht der zu irgendeiner Praxisstelle und schreibt dort seine Bachelorthesis. Dann würde immer noch Raum bleiben für ein kurzes Einführungspraktikum vor dem Studienbeginn, wenn man im Oktober anfängt, im Wintersemester. Da könnte man ja noch Juli, August, September bis zu drei Monate Praktikum machen. Um mal reinzuschnuppern in die Verwaltung. Das müsste man vielleicht noch nicht einmal bezahlen, als Vorpraktikum. Als Voraussetzung für den Studienbeginn. Man hätte dann, bei gleichbleibendem Praxis- und Theorieanteil die Gelegenheit die Bachelorthesis nach hinten zu schieben. Hielte ich für das bessere Verfahren. Zum einen weil die Studenten fertig ausgebildet, im vollem Umfang ihrer Praxiserfahrung, im vollen Umfang ihres Studienwissens, ihre Thesis schreiben können. Die könnten das natürlich schon in ihrer Praxisstelle tun. Würden dort zu Anwärterbedingungen finanziell arbeiten oder ihre Thesis schreiben. Könnten sich in diesem halben Jahr mit einem praktischen Projekt auseinandersetzen. In der Zeit würde die Praxisstelle einen guten Eindruck bekommen. Die könnte sagen, den nehme ich nachher und der Student selber kann sagen, das hat mir gefallen, was ich dort gemacht habe, da bewerbe ich mich dann auch, da möchte ich dann auch hin. Ich denke die Vorteile einer solchen Lösung liegen auf der Hand. Man hätte vorneweg noch ein Einführungspraktikum, wo man einfach mal kucken kann, gefällt es mir auf dem Rathaus oder gefällt es mir nicht. Und ich hätte, ohne dass Mehrkosten entstehen für die Ausbildung, die Bachelorthesis. Ich würde zwei Monate aus der Praxisphase herauslösen, in denen der Student ohnehin freigestellt ist. Da bringt er der Praxis sehr wenig und im anderen Monat schreibt er auch schon dran, da ist er auch schon nur begrenzt einsatzfähig. Diese Zeit setze ich

nach hinten, dort ist sie genauso wertvoll wie dazwischen und ich würde dann noch vier Monate des Einführungspraktikums am Anfang herauslösen und nach hinten schaffen. Da muss ich jetzt natürlich abwägen, wo hat die Praxis mehr von diesem Studenten, wo hat der Student mehr von der Praxis. Wenn er da gleich nach der Schule vorneweg hingehet oder wenn er noch konkret an seiner Thesis dort arbeitet. Wenn man die positiven Erfahrungen vieler Kommunen anschaut, mit Mastern von der Steinbeis-Hochschule, die berufsbegleitend arbeiten, dann denke ich, ist die Effizienz höher. Der einzige Nachteil könnte sein, dass einer der jetzt studiert und ein halbes Jahr in der Praxis ist, sagt, es gefällt mir doch nicht, ich breche ab. Allerdings stelle ich fest, dass wenn einer abbricht, dann macht er es am Ende dieses halben Jahres. Warum? Der bekommt Geld für dieses halbe Jahr. Also sagt er sich, das nehme ich noch mit bis zum Schluss. Was passiert, wenn der dann ende Februar aufhört? Dann muss er halt noch ein paar Monate überbrücken, dann fängt nämlich das Sommersemester an. Den würde ich wahrscheinlich eher abschrecken, wenn ich sage, drei Monate ohne Geld Praktikum machen und dann fängt das Studium vielleicht im Herbst an. Wäre vielleicht auch interessanter für den Abiturienten, der einfach sehr viel schneller nach dem Abi studieren könnte. Man muss einfach auch sehen, wenn sich heute einer bei mir bewirbt, oder wenn heute einer in die 12. Klasse geht und sagte, interessiert mich, wie geht denn das so? Dann sage ich, jetzt bist du in der 12. Klasse, dann bewirb dich bei uns. Dann machst du nächstes Jahr Abitur und dann fängst du mit dem halben Jahr Praktikum an und dann über über nächstes Jahr fängst du mit dem Studium an. Das ist für die Leute so eine Zeitschiene. Ich denke da ist es einfacher zu sagen, ok jetzt hast du Abi gemacht, dann gehst zweieinhalb oder zwei Monate in ein unbezahltes Praktikum und dann fängst im Oktober an mit dem Studieren. Das Bewerbungsverfahren bleibt dann natürlich. Der bewirbt sich 13. erstes Halbjahr, beginnt dann nach dem Abi mit seinem Praktikum und fängt dann im Oktober an mit dem Studium. D.h. zwischen Zulassungsverfahren und Studienbeginn liegt ein Jahr. Und ich habe das Problem gelöst, der schreibt

seine Thesis am Schluss. Ich denke das tut der Thesis gut. Die Qualität steigt merklich. Der kann sich voll darauf konzentrieren. Die Praxis hat mehr davon, „weil wenn der jetzt ein halbes Jahr bei uns ist, da haben wir ein Problem, das wir schon immer mal lösen wollten, dann soll der das machen“. Da kann er auch seine Thesis drüber schreiben. Es kostet nicht mehr. Ich bin der Meinung, dass man in diese Richtung gehen sollte, zumal die Organisation dieser Bachelorthesis jetzt zeigt, dass der Student vor einer organisatorischen Herausforderung steht. Der muss draußen in der Praxis zum einen sich überlegen, wo schreibe ich die Thesis. Der muss die Praxisstelle aussuchen, bei der er sie schreibt, weil sie am Ende liegen muss. Wirft für ihn die Frage auf, tu ich dort die Praxisstelle hin, bei der ich schreiben will oder tue ich dort die Praxisstelle hin, mit der ich nichts am Hut habe. Wenn er sagt, da tue ich die hin, bei der ich schreiben will, dann müsste der sich vorher schon mit der befasst haben. Denn wenn der da jetzt hinkommt, zu Beginn seiner drei Monate, da muss er ja schon vorher ein Thema abgegeben haben. Er müsste da vorher hingehen und sagen, ich möchte da als letztes zu euch kommen oder er müsste sagen, ich gehe da fünf Monate hin, was ja geht und sagt, die ersten zwei Monate schau ich mich um und dann entscheide ich mich für ein Thema dann schreibe ich drei Monate. Das ist vielleicht schwierig. Der muss sich dann Erst- und Zweitbetreuer suchen und das Thema dann anmelden. Ich habe dann auch die Leute, die sagen, ich habe das Projekt Krautheim, die Leute, die da ihre Thesis schreiben, sind jetzt gerade alle dort, die sind danach wo anders. Einen Monat haben sie sowieso frei, vielleicht auch zwei. Einen Monat nehmen sie Urlaub. Will heißen, die Stelle kann man vergessen. Heißt aber auch, die Stelle sagt, was will ich mit so einem. Wir erwarten halt von unseren Studenten, die jetzt gerade in der Praxis sind, dass die da ein Thema und einen Betreuer finden. Wenn man jetzt alles zusammenfassend betrachtet, spricht eigentlich alles für mein Modell. Vorneweg Juli, August, September ein unentgeltliches Pflichtvorpraktikum. Der Beginn Oktober würde dann auch mit dem Studienbeginn unserer anderen Studiengänge übereinstimmen. Würde ein bisschen weniger Orga-

nisationsstress bei uns im Hause machen. Würde den Studienbeginn näher an das Schulende rücken. Wäre für das Marketing nicht schlecht. Würde vielleicht die Abbrecherquote nicht erhöhen, sondern eher senken. Weil jemand halt unentgeltlich drei Monate durchhalten muss. Ich spare Geld und könnte kostenneutral einfach die Zeiten hinten dranhängen und hätte dort dann den Qualitätssprung für die Bachelorthesis. Ich hätte sozusagen gleichzeitig so eine „Kennenlernphase“ zum Probearbeiten. Zumindest optional, wo die Praxisstelle sagt, klasse Typ oder klasse junge Dame. Und die Studentin oder der Student sagt, da gefällt es mir. Das könnte ich mir vorstellen.

I: Wie beurteilen Sie die Internationalisierung des Studiengangs der Innenverwaltung? Macht diese überhaupt Sinn? In welchen Bereichen sehen Sie Vorteile, wo Nachteile?

Herr Rieth: Gut, die Amtssprache ist auch in der Innenverwaltung auf jeden Fall deutsch. Mittlerweile wird der Löwenanteil des nationalen und auch des Landesrechtes durch EU-Recht vorgegeben. Für vieles was hier zu Lande geschieht, macht Brüssel die Spielregeln. Wenn Brüssel ein ganz kompliziertes Zusammenwirken von Europäern aller Ebenen ist, dann schadet das nicht, wenn ich ein bisschen über den Tellerrand hinaus schaue. Darüber hinaus habe ich hier, auch in meiner Tätigkeit im Auslandsamt, festgestellt, dass in Italien oder in Belgien oder auch in Bulgarien, selbst in China die Probleme gar nicht so unterschiedlich sind. Im Sinne eines Best Practice, vielleicht sogar im Benchmarking, glaube ich, dass man gewinnen kann, wenn man nicht nur schaut, wie macht es die Nachbargemeinde, sondern wenn man schaut, wie lösen eigentlich die Italiener das Problem. Man erweitert seinen Horizont. Lernt vielleicht so ein bisschen Dinge kennen, auf die man sonst nicht gekommen wäre. Man wird vielleicht auch geistig ein bisschen lockerer. Wenn ich mich ins Ausland begeben und mal schaue, was die da so machen, dass ich vielleicht

auch weniger Vorurteile habe, vielleicht offener werden. Vielleicht auch meine ausländischen Nachbarn ein bisschen mehr schätzen lerne. Schon allein, dass ein Studierender drei Monate in Glasgow, in Miami Beach, in Los Angeles und meinetwegen auch in Antwerpen klar kommen muss, Wohnung suchen muss, auf einem fremden Amt arbeiten muss, andere Kultur, andere Menschen, anderes Essen, fremde Sprache. Selbst, wenn der da nichts mit Verwaltung machen würde, bringt ihm das von der Persönlichkeit her so viel, dass es auch für seine spätere Tätigkeit in der Verwaltung ein Gewinn ist. Davon bin ich fest überzeugt. Deshalb denke ich, ist die Internationalisierung oder internationale Erfahrung etwas ungeheuer Wichtiges. Wenn man sieht wie viele Millionen die EU für Programme wie ERASMUS und Ähnliches ausgibt, dann teilt zumindest die EU diese Ansicht. Ich denke auch, dass Europa verwaltungsmäßig kleiner geworden ist, als man denkt. Was zur Folge hat, dass wir sehr viel mehr als bisher darüber nachdenken müssen. Denkt man an die Schweinegrippe, an Polizeiarbeit, Terrorismusbekämpfung, an Umweltschutz. Die Wirtschaft ist globalisiert. Wenn ich heute über Daimler rede, dann habe ich einen Konzern, für den sind Regierungen von Ländern lästige kleine Mücken, die um ihn rumschwirren. Der steht sozusagen auf der Welt. Er steht oben drüber. Auf dieses Niveau müssen sich sicherlich auch die Staaten begeben können. Das setzt halt internationale Zusammenarbeit voraus. Das setzt aber natürlich auch ein Verständnis voraus, was verstehen die Franzosen unter Verwaltung, was verstehen die Italiener unter Verwaltung. Es gibt Dinge die man bisher nur von uns kannte, die findet man plötzlich auch im Urlaubsort. Man merkt da, die EU wirkt. Ich denke, dass es heute unerlässlich ist, sowohl für die persönliche Entwicklung Auslandserfahrung zu sammeln, als auch für die Arbeit, die man macht, für die fachliche Bildung. Wie die Chinesen. Die sagen immer, schickt uns doch einen Professor, der bei uns Vorlesung hält. Wir sagen immer: Was interessiert euch Bundesdeutsches Umweltrecht oder baden-württembergisches Straßenverkehrsrecht? Sagen die, ist egal irgendwas. Die sagen sich, auch wenn das nicht mein Recht ist, das ich da höre, ich

lerne etwas daraus. Selbst wenn ich sage, das würde ich nie so machen, habe ich etwas gelernt. Ich denke internationale Beziehungen, internationaler Austausch, internationale Erfahrungen braucht man auch in der öffentlichen Verwaltung.

I: Welche positiven oder negativen Aspekte sehen Sie in dem Bachelorstudiengang?

Herr Rieth: Positiv finde ich das Generalistenstudium. Das war auch der Grund warum ich das selbst mal studiert habe. Ich finde es toll, dass es durch dieses Studium und auch durch die Praxisphasen seit Jahrzehnten gelingt, Absolventen auszubilden, die geeignet sind im Bereich der öffentlichen Verwaltung, aber auch darüber hinaus in der Privatwirtschaft, problem- und lösungsorientiert zu arbeiten. Nicht mit Scheuklappen. Das zeichnet den Generalisten aus. Was ich ein bisschen schlecht finde ist, dass der Anteil derer, die selber diese Ausbildung gemacht haben, unter dem Anteil der lehrenden Professoren rückläufig ist. Was ein bisschen zur Verwissenschaftlichung der Ausbildung führt. Das ist natürlich nicht schlecht, weil man dann auf dem Feld sehr qualifizierte Dozenten hat. Das bringt auch mit sich, dass jemand der BWL, Soziologie oder Jura an einer Uni studiert hat, selber natürlich nicht der Generalist ist, sondern er ist ein Spezialist. Wenn ich jetzt das Vertiefungsstudium habe, da übereigne ich die Studenten ein Stück weit für ein halbes Jahr am Schluss den Spezialisten. Da über schaue ich noch nicht, ob das am Schluss positiv für die Ausbildung ist.

I: Dann bedanke ich mich ganz herzlich für das informative Gespräch.

Anlage 30: Interview mit Herrn Prof. Schad

Geführt am 08.12.2009 an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg.

I: Welchen Leistungsstand brachten die Diplomanden mit, als sie nach ihrem Einführungsjahr, das auch drei Monate dzU beinhaltete, hier an die Hochschule kamen? Hatten sie eine gute Grundlage an Fachwissen, auf das aufgebaut werden konnte?

Herr Schad: Zunächst einmal muss ich sagen, dass ich natürlich nicht nur für den Studiengang Innenverwaltung zuständig bin, sondern auch noch für andere Studiengänge, Rentenversicherung und Allgemeine Finanzverwaltung und im Europäischen Masterstudiengang, der der Fakultät zugeordnet ist, sodass ich nicht spezialisiert für die Innenverwaltung bin, allerdings unterrichte ich in der Innenverwaltung selber auch Grundlagen des Verwaltungsrechts. Im Diplom, im Hauptstudium, früher aber auch im Diplom-Grundstudium, sodass ich mir wenigstens etwa einen Überblick verschafft habe, über das, was die Studierenden der Innenverwaltung können. In drei Monaten dzU kann man natürlich einiges lernen und bringen die Studenten natürlich einiges mit. Bei der letzten Reform 1995 haben wir die Umstellung vom sog. Blockmodell ins Intervallmodell vorgenommen. Blockmodell hieß damals zwei Jahre zuerst Praxis und anschließend zwei Jahre Theorie, das hat man dann umgelöst oder aufgelöst, hat die Reihenfolge verschoben. Und bei dieser Änderung damals hat man bewusst bestimmte Stoffinhalte vom Studium ausgelagert in den dzU. Bestimmte Dinge, wie beispielsweise Staatsrecht, die Staatsprinzipien und Verwaltungsrecht, die Begriffsmerkmale des Verwaltungsaktes und gewisse Zuständigkeitsregelungen konnten schon vorausgesetzt werden, wenn die Studenten hier an die Hochschule kamen. Man muss allerdings einschränken, dass die Qualität der einzelnen dzU-Standorte doch sehr unterschiedlich war. Da waren natürlich auch immer wieder Klagen, aber das lag nicht in der Hand der Hochschule. Wir haben zwar die dzU-Lehrer im-

mer wieder in einzelnen Fachdisziplinen eingeladen, aber wir haben das einfach nicht richtig geschafft, ein gleichmäßiges Niveau im dzU zu gewährleisten. Zumal die Hochschule im dzU nur Anregungen geben konnte, aber wir konnten das nicht verbindlich durchsetzen und vor allem konnten wir den dzU auch nicht kontrollieren, da die dzU-Lehrer nicht unsere Lehrbeauftragten waren. Das war also eine vollständige Trennung. Die Praxis war autonom, in der Organisation des Praxishalbjahres einschließlich des dzUs.

I: Wie ist das bei den Bachelors? Diese sind sechs Monate in der Praxis, bevor sie an die Hochschule kommen und haben lediglich vier Wochen Einführungslehrgang absolviert. Stellen Sie einen Unterschied im Bereich Wissen und Erfahrung gegenüber den Diplomanden fest?

Herr Schad: Ich habe festgestellt, dass die Bachelors zwar vom Fachwissen weniger mitbringen, das kann nicht anders sein, aber vom Interesse her und der Aufgeschlossenheit von den Fragestellungen, ja allgemein einen etwas lebendigeren Eindruck gemacht haben, als die Studierenden im Diplom. Und zwar, das war einfach mein Eindruck, dass so ein halbes Jahr am Anfang, in dem man nicht so gefordert ist, sondern, verwaltungsferne Tätigkeiten, im extremen kopieren und Kaffee kochen, dass da doch ein Teil der Zeit verschenkt war, den man hätte besser nutzen können. Deswegen war weder das ganze Einführungsjahr, noch auch jetzt das Einführungshalbjahr ein Wunsch der Hochschule. Das war immer ein Wunsch der Praxis, wir von der Hochschule haben eigentlich mehrheitlich die Auffassung vertreten, die Studierenden sollen zunächst ein gutes „Rüstzeug“ bekommen und wenn sie in die Praxis kommen, dann sollen sie schon in der Lage sein, zumindest einen ordentlichen Bescheid zu machen, mit den entsprechenden Vorkenntnissen und sollen vielleicht auch in der Lage sein, mal eine Besprechung zu leiten oder im Bereich Personalplanung eigenständige Vorschläge zu machen und Ähnliches. Das kann man natürlich nicht, wenn man von der Schule direkt in die Praxis einsteigt.

I: In welche Fachbereiche sollten die Bachelors während Ihres Einführungspraktikums eingeteilt werden, um eine sinnvolle Wissensbasis für das Grundlagenstudium zu erhalten?

Herr Schad: Ich würde mir wünschen, natürlich auch als jemand der Verwaltungsrecht unterrichtet, dass ein Ordnungsamt in der Gemeinde auf jeden Fall besucht wird. Das Verwaltungsrecht ist nach wie vor eines der Kernfächer des Studiums. Die Verwaltung ist einfach an das Rechtsstaatsprinzip gebunden und auch, wenn das Recht nur die Leitplanken eines richtigen Verwaltungshandelns darstellt, so muss doch ganz klar sein, innerhalb welcher Leitplanken ich mich gerade wie zu bewegen habe. Wobei natürlich die Leitplanken vom Inhalt her mit Managementüberlegungen, mit Ermessenserwägungen, mit vernünftigen Ablaufstrukturen verbunden sein müssen. Und dann ist natürlich klar, wo alles anfängt, ist ein Hauptamt auf der Gemeinde und da bekommt man eigentlich den besten Querschnittsüberblick. Also das wären für mich die beiden Kernbereiche, die man in der Gemeindeverwaltung auf jeden Fall kennen gelernt haben soll. Das bringt einem dann aus meiner Sicht vom Verständnis her am meisten.

I: Wie sollten die Bachelorstudentinnen und –studenten sich idealerweise ihr zweites Praxisjahr einteilen? Welche Behörden oder Ämter empfehlen Sie?

Herr Schad: Ich selbst würde mir eigentlich von jedem Absolventen wünschen, dass er mal drei Monate im Ausland gewesen ist – egal wo. Indem man den Blick auf eine fremde Verwaltung lenkt, kann man auch das Tun in den eigenen Verwaltungen einfach kritischer reflektieren. Vor allem sieht man, dass die Welt nicht nur am deutschen Wesen genesen muss, sozusagen. Die Erfahrung kann sein, dass in anderen Ländern eine größere Offenheit in der Verwaltung da ist. Es kann auch sein, dass man sieht, dass die deutsche Verwaltung doch nicht so bürokratisch ist, wie sie

eigentlich vom Ruf her sein müsste, sondern dass in vielen anderen Ländern, auch in angelsächsischen Ländern, teilweise die Verwaltungen sehr viel bürokratischer sind. Ich denke es gibt auf der einen Seite einen offenen Blick, dann aber auch ein Selbstbewusstsein, dass man sagt, so schlecht sind wir doch eigentlich gar nicht. Dieses Auslandspraktikum, das würde ich am ehesten an den Anfang legen, weil es nach der derzeitigen Lage der Bachelorarbeit, die am Schluss liegt, einfach doch immer mehr ins Eingemachte der deutschen Verwaltung geht. Ich würde ansonsten noch von der Lage her empfehlen, möglichst den Vertiefungsschwerpunkt, den man gewählt hat, an den Schluss zu legen und aus diesem auch die Bachelorarbeit zu schreiben. Ansonsten kann sich die Reihenfolge nach der individuellen Zweckmäßigkeit oder Verfügbarkeit der Praxisstellen richten.

I: Sowohl die Praxisbehörden, als auch die Bachelorstudentinnen und -studenten sind der Meinung, dass der Stoff des Diplomstudienganges übernommen wurde und nicht an die verkürzte Studiendauer angepasst wurde. Ist das tatsächlich so?

Herr Schad: Es ist so, dass sich der Stundenumfang, vor allem in einzelnen Fächern schon verlängert hat. Wir haben insgesamt z.B. eine Verschiebung der Stunden aus dem Staats- und Verwaltungsrecht in Richtung Managementaufgaben. Da meine ich, dass wir im Augenblick an einem Punkt angelangt sind, den wir vom Stundenumfang her auf jeden Fall nicht unterschreiten sollten. Was jetzt beim Bachelor eher schlecht ist, dass es keine zusätzlichen eingeplanten Übungsstunden mehr gibt, die im Diplom natürlich im Rahmen mitarbeitensintensiver Veranstaltungen wahrgenommen werden konnten. Im Bachelor wurde alles viel detailgenauer geregelt. Das wurde uns von den Akkreditierungsagenturen auch so vermittelt, dass wenig oder so gut wie kein Spielraum hinsichtlich des zu vermittelnden Stoffinhaltes sein muss und zwar im Hinblick auf die internationale Vergleichbarkeit. Bei der man allerdings sagen muss, die spielt keine

Rolle bei unserem Studiengang. Das gilt auch für die anderen kleineren Studiengänge, wie Rentenversicherung, Allgemeine Finanzverwaltung. Nach den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen darf nicht im Ausland studieren werden. Jetzt kann man sich natürlich fragen, warum hat man denn überhaupt den Bachelor gemacht. Aber man hat im Grunde genommen den Bachelor gemacht, weil man sich vom Abschluss her natürlich nicht abkoppeln wollte – vom allgemeinen Hochschulsystem. Wobei man sagen muss, die Theoriestunden, also die Stunden, die an der Hochschule verbracht werden, die haben sich nicht verkürzt gegenüber dem Diplom. Wir hatten bisher im Diplom vier Hochschulsemester, wir haben jetzt im Bachelor auch noch vier Hochschulsemester. Nur die Bachelorarbeit ist in die Praxis verlagert worden, weil aus politischen Gründen der Praxisanteil erhöht werden sollte. Man hat aber gesehen, dass man die Bachelorarbeit sonst nirgends unterbringen kann, also hat man sie an eine, an sich sehr ungünstige Stelle, nämlich ins Praxisjahr ausgelagert und hat damit versucht einen Kompromiss hinzubekommen. Ansonsten die Stoffmenge wurde nicht ausgeweitet an der Hochschule, aber es wurde vielleicht zu wenig Rücksicht darauf genommen, dass eben beim Bachelor doch die Einführungsphase im dzU stark verkürzt wurde und da merkt man schon gewisse Defizite im Grundlagenstudium im Bachelor. Wenn man drei Monate Zeit hat um etwas zu vermitteln, kann man einfach mehr vermitteln, als wenn man nur noch einen Monat zur Verfügung hat. Vielleicht hätte man da noch etwas mutiger kürzen müssen. Aber es war ein heftiger Verteilungskampf zwischen den Stunden. Grade auch zwischen den einzelnen Fachgebieten. Nur äußerst ungern ist ein Fachgebiet bereit, irgendetwas abzugeben an andere. Einfach, weil natürlich jeder Dozent sein Fach für das Wichtigste hält.

I: Gibt es Bereiche, bezogen auf den gesamten Studienverlauf der Innenverwaltung, in denen Änderungen vorgenommen werden sollen? Wenn ja, welche?

Herr Schad: Also ich würde mir eine mutige Änderung vorstellen können. Und zwar hätte ich gerne ein siebensemestriges Studium insgesamt, denn zurzeit haben sie ja ohnehin dreieinhalb Jahre. Das sind ja quasi sieben Semester. Ich würde mir folgendes Modell vorstellen oder wünschen: Ein Monat Einführungspraxis am Anfang, Beginn 1.9. mit einem Monat Praxis. Dort könnte man zwei Wochen lang etwas „reinschnuppern“ in die einzelnen Behörden, z.B. auf einer Gemeinde. Man könnte einen zweiwöchigen Grundkurs machen, in dem man die Beamtenrechte darstellt oder überhaupt das Verhältnis Gemeinde Bürger oder auch ein paar Stunden über das Rechtsstaatsprinzip oder Staatsprinzipien, dass man so eine ganz grobe Einführungsorientierung geben könnte. Vielleicht eine etwas ausführlichere Hospitation in einzelnen Ämtern. Dann aber bereits am 1.10. im Wintersemester mit dem Grundlagenstudium beginnen, drei Semester Grundlagenstudium hintereinander, dann zwei Semester Praxis und zwar ohne Bachelorarbeit und dann das Vertiefungsstudium im Wintersemester, im siebten Semester. Das wäre dann insgesamt ein siebensemestriges Studium, nicht nur ein sechssemestriges, wie es jetzt zur Zeit ist, denn das Einführungshalbjahr zählt ja quasi hochschulrechtlich nicht. Im letzten Semester denn ausschließlich die Bearbeitung der Bachelorarbeit, also keine Praxis neben her. Bis jetzt müssen die Studierenden im letzten Monat freigestellt werden, aber die zwei vorhergehenden, das ist leider aus unserer Sicht nicht optimal geregelt. Das hängt eigentlich vom guten Willen der Behörde ab, ob die einen freistellen. Das haben wir immer als problematisch angesehen, konnten aber gegen den Widerstand der Praxis keine bessere Regelung durchsetzen. Und dann könnte man natürlich nach der Durchführung der Bachelorarbeit und der mündlichen Prüfung, die Studenten weitere drei Monate in die Praxis entlassen. Dies hätte den Vorteil, wenn die Studenten eine Stelle wählen, die sie sich als spätere

Tätigkeit schon vorstellen könnten, dass die Behörde den jeweiligen Studierenden auch etwas näher kennen lernen kann und sich leichter für diesen entscheidet. Man könnte natürlich auch gerade dieses Abschlusspraktikum auf der Grundlage dieser Praxisstationen machen. Denn da hat man dann ein Jahr Zeit und könnte innerhalb dieses Jahres sagen, gut die Station in der ich da mal war, das könnte ich mir später einmal als meine berufliche Praxis vorstellen, da würde ich gerne hingehen, mich dort anmelden und dann in der Zeit die Bachelorarbeit schreiben. Wobei man hier natürlich den Vorteil hätte, dass man während der Bearbeitungszeit der Bachelorarbeit auch hier an der Hochschule sein könnte und dann natürlich auch hier in die Bibliothek gehen kann. Das ist im Augenblick ein großer Nachteil, wenn man die Arbeit in der Praxis schreibt, dass man halt die Bibliothek nicht vor der Haustüre hat. Wie gesagt, so ein Modell, das würde genauso lange dauern, wären aber sieben Semester Hochschulstudium. Das hieße auch später, wenn die Studierenden dann einen Master draufsetzen wollen, würde ein dreisemestriger Master ausreichen. Dann bräuchten sie keinen viersemestrigen, egal ob sie den als Vollzeitstudium machen oder als berufsbegleitendes Studium. Denn aus meiner Sicht bringt einfach dieses Halbjahr am Anfang nicht das, was eine Praxis in der Mitte bringt beziehungsweise was eine Praxis am Ende bringt. Dieses neue Modell, nachdem hier die Semester wieder durcheinander kommen, führt natürlich dazu, dass wir vorübergehend wieder Doppel- und Dreifachbelegungen hätten. Das müsste man dann natürlich entsprechend abfedern.

I: Sie haben bereits die internationale Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse angesprochen. Bitte erläutern Sie nochmals kurz, welche Bedeutung die Internationalisierung für diesen Studiengang hat und wie sich dies in Zukunft entwickeln könnte.

Herr Schad: Die hat, muss ich jetzt mal hart sage, im Augenblick leider gar keine Bedeutung. Ich könnte mir aber vorstellen, wenn irgendwann

einmal das Innenministerium noch mutiger wird, dass die APrO auch ein Auslandssemester zulässt. Das müsste dann so gestaltet sein, dass man wirklich im Ausland auch eine vergleichbare Theorie bekommt. Bei den Rechtsfächern könnte man sich natürlich weniger vorstellen, dass man die im Ausland macht. Da braucht man halt das deutsche Recht. Aber ich denke mal, gerade Management, Psychologie, Soziologie, auch BWL und VWL, das ist eigentlich alles international. Das könnte man aus meiner Sicht durchaus in ein Auslandssemester auslagern. Aber da meine ich, dass zumindest in den nächsten fünf Jahren nicht damit zu rechnen ist. Das war auch eine Entwicklung. Vor 15 Jahren war es noch gar nicht möglich, dass jemand überhaupt ins Ausland durfte. Es damals aber gelungen diese drei Monate als „Kann-Bestimmung“ durchzusetzen. Mittlerweile ist es ja sogar so, dass es eine „Soll-Vorschrift“ geworden ist. Entweder ins Ausland oder in eine Privatwirtschaft. Deswegen halte ich es durchaus für möglich, dass irgendwann einmal die Möglichkeit eröffnet wird. Wobei man sich natürlich auch anstelle von einem Praxishalbjahr vorstellen könnte, ein Auslandssemester zu akzeptieren. Jedenfalls in den Bereichen, die man dort sinnvollerweise studieren kann. Also gerade die Themen die ich vorhin genannt hatte, weniger natürlich die Rechtsfächer.

I: Welche positiven Aspekte sehen Sie in dem neuen Studiengang?

Herr Schad: Also positiv sehe ich hauptsächlich die Möglichkeit ein Fachprojekt durchzuführen. Denn da können die Studierenden ein gewisses Erfolgserlebnis sehen. Ich habe das auch in meinem Fachprojekt mit der Photovoltaikanlage gesehen, wenn so was am Schluss einfach da ist, dann kann man sagen ok, daran habe ich mitgewirkt und da habe ich in der und der Form mitgearbeitet. Das finde ich eigentlich das Positivste am neuen Studiengang. Positiv finde ich auch noch die Stärkung der Themata interkulturelle Kommunikation und soziale Kompetenzen. Wobei das hatte man durchaus auch schon etwas, also bei den sozialen Kompetenzen, im Diplom. Ich finde auch positiv, die Verpflichtung einen Sprachkurs zu ma-

chen oder die interkulturelle Kommunikation. Das ist ja alternativ. Positiv, da gibt es noch keine Erfahrungen, aber das ist jetzt halt von der Planung auf dem Papier so, dass im Vertiefungsstudium natürlich eine Spezialisierung unter trotzdem Aufrechterhaltung des Generalistenmodells möglich ist. Dass man exemplarisch sozusagen in einem Bereich jetzt Ordnungsverwaltung, jetzt in meinem Bereich Planung, Umwelt, Wohnen z. B. oder Bauen sich da in etwas größere Themen, in komplexere Themen einarbeitet. Die Studierenden selbst mehr gefordert sind, auch eigene Papiere zu produzieren, Referate zu halten, einfach sich zu präsentieren, weil das spielt einfach auch eine große Rolle in der Verwaltung, dass man in der Lage ist, kurze Präsentationen zu machen, die Dinge auf den Punkt zu bringen, eine Sitzung auch zu leiten, gerade auch Moderations- und Mediationstechniken. Das ist sehr positiv.

I: Welche negativen Aspekte oder Probleme sehen Sie in dem neuen Studiengang?

Herr Schad: Negativ sehe ich, dass eben alles geprüft werden muss. Wir haben einen Anstieg an Prüfungen. Das ist natürlich für die Studierenden belastend, aber auch für die Dozenten, die damit eine höhere Korrekturverpflichtung haben. Und sehr negativ sehe ich vor allem die Lage der Bachelorarbeit vor dem Vertiefungsstudium, die gehört absolut hinter das Vertiefungsstudium. Zum Auslandspraktikum wollte ich noch sagen, dass wir das erste Bundesland waren, das das in der APrO durchsetzen konnte. Abgesehen davon, dass wir auch die Ersten waren, die vor etwa 14 Jahren die Diplomarbeit eingeführt haben. Und jetzt auch bei dem Bachelor sind wir wahrscheinlich von den internen Verwaltungshochschulen die Ersten, die sich dann auch positiv zum Bachelor gestellt haben. Auch, wenn wir gesehen haben, dass im Augenblick die Internationalisierung oder die Vergleichbarkeit zunächst nichts bringt. Aber wenn wir nicht jetzt einsteigen, kann es halt sein, dass wir vom gesamten Hochschulbereich abgehängt werden. Wir denken im Augenblick auch über eine Praxisstati-

on in China nach. Ich war mit Herrn Rieth jetzt zehn Tage in China, und da haben wir mit den Chinesen darüber verhandelt, wie eine Praxisstation aussehen könnte. Klar, dass man chinesisch nicht so schnell lernen kann. Das müsste dann etwas anders ablaufen, als die anderen Praxisstationen im Praxisjahr. Da könnten wir uns so ein dreimonatiges Praktikum vorstellen. Der erste Monat wäre eine Einführung in die chinesische Kultur, die chinesische Verwaltung, mit einem kleinen Crashkurs in Chinesisch. Dass man die Grundelemente innerhalb eines Monats mal vermittelt bekommt. Für den zweiten Monat sind kleinere gemeinsame Fachprojekte an der Partnerhochschule in Wuhan vorgesehen – von chinesischen und deutschen Studenten zusammen – unter Anleitung von chinesischen und deutschen Dozenten. Dann einen Monat Hospitation auf verschiedenen Behörden oder z.B. in Joint Venture Unternehmen. Es gibt viele deutsche oder europäische Firmen, die in China Joint Ventures machen. Da hätte man auch noch den Wirtschaftsbezug. Und, soweit das möglich ist, auch in einzelnen chinesischen Verwaltungen oder Betrieben. Da müsste dann halt immer ein Dolmetscher zur Verfügung stehen. Ich könnte mir vorstellen, dass sich eine Gruppe von 15 bis 20 Studenten dafür interessieren könnten. Ich könnte mir auch vorstellen, dass die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Vor allem auch dann, wenn jemand vorhätte in ein staatliches oder staatlich gelenktes oder kommunales Wirtschaftsunternehmen, in ein Energieunternehmen beispielsweise, zu wechseln. Und was jetzt nicht möglich ist, ist vielleicht in fünf oder zehn Jahren möglich. Aber man sollte die Chancen einfach ergreifen, die sich da ergeben.

I: Vielen Dank für das informative Gespräch und dass Sie sich Zeit dafür genommen haben.

Anlage 31: Interview mit Herrn Prof. Ziegler

Geführt am 09.12.2009 an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg.

I: Ziel des Bologna-Prozesses ist es, ein einheitliches europäisches Hochschulwesen zu schaffen. Nun ist der Studiengang Innenverwaltung auch sehr auf das baden-württembergische Landesrecht gestützt. Inwieweit ist eine Internationalisierung hier überhaupt möglich?

Herr Ziegler: Die Internationalisierung des Studienganges war nie das zentrale Thema bei der Reform der Studiengänge. Es ist klar, dass die Studierenden später in der Verwaltung in Deutschland arbeiten, deshalb war es nicht erforderlich, dass man sich jetzt dem europäischen Hochschulwesen angleicht. Und es wird auch kaum Fälle geben, in denen ein Student den Studienort wechselt; in Ludwigsburg das Studium beginnt und es dann im Ausland beendet. Das ist in den internen Studiengängen nicht vorgesehen. Deshalb spielt dieses Ziel des Bologna-Prozesses, offen gesagt, für unsere Hochschule keine Rolle.

I: Ein weiteres Ziel des Bologna-Prozesses ist das zweistufige Studiensystem. Also zuerst den Bachelorabschluss und anschließend den Abschluss Master of Arts. Wie wichtig ist es für die Bachelors der Innenverwaltung im Anschluss an den Bachelor of Arts noch den Master of Arts zu machen?

Herr Ziegler: Die Möglichkeit, nach dem Bachelorabschluss einen Masterabschluss zu machen, halte ich für besonders wichtig. Es ist ein zweistufiges Studiensystem und das muss auch in den Studiengängen der Innenverwaltung gelten. Deshalb wird derzeit ein berufsbegleitender Masterstudiengang geschaffen, der die Möglichkeit bietet, nach Abschluss des Bachelorstudienganges und einer gewissen Zeit in der Praxis auch den Master zu machen.

I: Bei den Diplomanden wurden insgesamt 500 Zulassungen vergeben, bei den Bachelors sind es nun 530 Zulassungen pro Ausbildungsjahr. Weshalb diese Erhöhung der Zulassungen?

Herr Ziegler: Das Ansteigen der Zulassungszahl hat mit dem Bachelorstudiengang bzw. mit dem alten Diplomstudiengang nichts zu tun. Es sind die Erfordernisse der Praxis, die zeigen, dass 500 Zulassungen insgesamt zu wenig sind, weil unsere Absolventen sehr stark nachgefragt sind. Es war in der Vergangenheit so, dass zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfungen im Diplomstudiengang bereits über 80 % der Absolventen eine Arbeitsstelle hatten. Später im Jahr, bzw. zu Beginn des Folgejahres, waren dann für die ausgeschriebenen Stellen keine Absolventen mehr auf dem Markt. Deshalb hat man sich entschlossen, die Zulassungszahlen moderat von 500 auf 530 zu erhöhen. Wie gesagt, hat mit Diplom- und Bachelorstudiengang nichts zu tun.

I: Wie beurteilen Sie die Neuerung, dass die Bachelorarbeit während der Praxis gefertigt wird? Welche Vor- und Nachteile sehen Sie?

Herr Ziegler: Da sehe ich eigentlich nur Nachteile. Wir haben bisher sehr erfolgreich die Diplomarbeiten hier an der Hochschule betreuen können und feststellen können, dass die Studierenden auch hervorragende Arbeiten abliefern. Ich möchte nun nicht sagen, dass das zukünftig nicht so der Fall sein wird, aber es bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Schon bei der Auswahl des Themas der Bachelorarbeit, die Studierenden in der Praxis zu betreuen und die weitere Betreuung während der Arbeit in der Praxis, dürfte sich auch als nicht einfach erweisen. Deshalb meine ich, dass hier eine Änderung erfolgen sollte. Es muss zukünftig gewährleistet sein, dass die Beratung bei der Themenfindung und meines Erachtens auch bei der Betreuung der Arbeit hier an der Hochschule stattfindet.

I: Gibt es Bereiche, bezogen auf den gesamten Studienverlauf der Innenverwaltung, in denen Änderungen vorgenommen werden sollen? Wenn ja, welche?

Herr Ziegler: Also, wenn man jetzt eine Änderung der Studiengänge plant, wäre das sicher ein zentraler Punkt, dass man die Bachelorarbeit von der bisherigen Lage in der Praxis, vor dem Vertiefungsstudium nach dem Vertiefungsstudium platziert. Beziehungsweise die Arbeit wieder, wie die Diplomarbeit, hier an der Hochschule schreiben lässt. Wenn das möglich wäre vom zeitlichen Ablauf.

I: Gibt es sonst noch Änderungen die angestrebt werden?

Herr Ziegler: Aus meiner Sicht müsste man die Zahl der Module überlegen. Man müsste auch überlegen, die Zahl der Prüfungen zu verringern. Die Zahl der Prüfungen sind für die Studierenden ein ziemliches Problem. Das ist aber auch organisatorisch sehr schwierig, die Prüfungen zu bewältigen. Also, da ist es wirklich die Frage, ob man nicht die Zahl der Prüfungen reduziert. Ansonsten muss man sagen, dass im Gegensatz zu den Universitäten bei uns nur moderate Änderungen zwischen dem Diplom- und Bachelorstudiengang vorgenommen wurden. Also, wir waren immer schon ein praxisorientiertes Studium und das ist natürlich auch im Bachelorstudiengang der Fall.

I: Frau Prof. Schneider hat von den Bachelors ausarbeiten lassen, welche Änderungswünsche Sie bezüglich ihres Studienganges hätten. Sie wollte diese Ergebnisse an Sie weiter geben. Welche Vorschläge wurden gemacht und welche dieser Vorschläge (z.B.: Studentenpatenschaften) werden Sie umsetzen?

Herr Ziegler: Die Studentenpatenschaften möchte ich auf jeden Fall umsetzen. Ich habe Arbeiten von den Studierenden, die mit Frau Schneider

zusammen entwickelt wurden, über eine Einführung der neuen Bachelors. Da haben wir heute einen Termin auf 7. Januar vereinbart, wo wir versuchen, ein Programm zu erstellen, für die Studierenden. Dass der Beginn des Studiums besser gelingt. Dass die Studierenden besser eingeführt werden in das Studium.

I: Könnte ich da einen Einblick bekommen, welche Punkte Gegenstand des Programms sein werden?

Herr Ziegler: Also es sind ein paar Punkte jetzt genannt worden, die umgesetzt werden sollen. Die Besprechung hat noch nicht stattgefunden. Ein Punkt ist aber auf jeden Fall, dass es zwei Einführungstage geben wird, anstatt eines Einführungstages, wie bisher.

I: Welche positiven Aspekte sehen Sie in dem neuen Studiengang?

Herr Ziegler: Zu den positiven Aspekten des Bachelorstudienganges zählt insbesondere das Fachprojekt. Das gab es ja im Diplomstudiengang noch nicht. Wir haben gesehen, dass sehr kreative Fachprojekte angeboten werden, die von den Studierenden hervorragend angenommen werden. Insbesondere lässt sich das beispielsweise an der Photovoltaikanlage festmachen, die in einem Fachprojekt auf das Dach des Hauses konzipiert, finanziert und dann erstellt wurde. Auch ich habe mit meinen Fachprojekten sehr positive Erfahrungen gemacht. Die Studierenden haben sich beispielsweise sehr für die Hochschulzeitung „Dialog“ interessiert.

I: Welche negativen Aspekte oder Probleme sehen Sie in dem neuen Studiengang?

Herr Ziegler: Aus Sicht der Studierenden ist es wohl die Vielfalt der Prüfungen, denen sie ausgesetzt sind. Das ist auch ein organisatorisches Problem aus meiner Sicht. Was wünschenswert wäre, dass die Module

vielleicht noch mehr übergreifend gelehrt und geprüft werden. Beispielsweise das Modul Personal wird derzeit in drei Teilprüfungen abgeprüft. Vorstellbar wäre durchaus, einen Fall zu bilden, der sowohl unter juristischen, als auch Aspekten des öffentlichen Dienstrechts, wie das Arbeitsrecht, als auch unter Gesichtspunkten des Personalmanagements zu bearbeiten ist. Also diesen übergreifenden Aspekt der Module, der könnte meines Erachtens noch stärker betont werden.

I: Dann bedanke ich mich ganz herzlich für die vielen Informationen und dass Sie sich Zeit für das Interview genommen haben.

Anlage 32: Interview mit Herrn Prof. Dr. Hopp

Geführt am 09.12.2009 an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

I: Während des Grundlagenstudiums schreiben die Bachelors nach jedem Semester ihre Modulprüfungen. Wie laufen die Prüfungen im Vertiefungsstudium ab?

Herr Hopp: Das Studium gliedert sich in drei Semester Grundlagenstudium und zwei Praxissemester, das vierte und fünfte Semester. Im Praxissemester wird bereits die Bachelorarbeit in einem der Praxisschwerpunkte oder Vertiefungsgebiete geschrieben. Die sind in etwa deckungsgleich, Vertiefungsgebiete und Praxisschwerpunkte. Im Diplom mussten die Studenten zwischen V- und W-Zweig wählen. Jetzt können sie zwischen, sieben oder acht Vertiefungsgebieten wählen, die sie dann im sechsten Semester sozusagen ausschließlich belegen. Im Modulhandbuch sind alle Vertiefungsgebiete aufgelistet. Ein Beispiel ist: Organisation, Personal, Informationsmanagement. Ein solches Vertiefungsgebiet hat sechs Module, fünf Module sind spezifisch auf das Vertiefungsgebiet zugeschnitten, ein Modul ist ein übergreifendes Modul, das in allen anderen Vertiefungsgebieten identisch ist. Da geht es um Public Management, Ethik, Korruption und Gender Mainstreaming. Und dann gibt es z.B. im Vertiefungsgebiet Organisation, Personal, Information fünf spezifische Module. Das ist einmal Organisation und Organisationsgestaltung, eines ist Verwaltungsinformatik und E-Government, dann heißt ein Modul Praxisprobleme des Personalmanagements, ein Modul ist Personal- und Arbeitsrecht und ein Modul befasst sich mit Öffentlichkeitsarbeit. Die Studenten, die dieses Vertiefungsstudium wählen, können statt Öffentlichkeitsarbeit auch das Modul Ausbildereignungsprüfung auswählen. Das ist das, was Sie im Diplom auch schon machen konnten, wenn Sie es gewollt haben. Die anderen Vertiefungsgebiete setzen sich entsprechend zusammen. Mit einem übergreifenden Modul, das bei allen identisch ist und dann fünf spezifi-

schen Modulen. Es gibt in der Ordnungsverwaltung ein Vertiefungsgebiet mit dem Schwerpunkt Umwelt, eines mit dem Schwerpunkt Ausländerwesen. In der Leistungsverwaltung kann man die Schwerpunkte Sozialverwaltung oder Kulturmanagement wählen. Weitere Vertiefungsgebiete sind Wirtschaft und Finanzen und Führen im öffentlichen Sektor. Die Prüfungen sind so gestaltet, dass jedes Modul natürlich dort abgeprüft wird. In dem Prüfungskonzept ist es vorgesehen, dass zwei Module dieser sechs Module per Klausur abgeprüft werden, zwei Module sollen abgeprüft werden, dadurch, dass man eine Präsentation und/oder Hausarbeit erstellt, zwei werden in Form einer mündlichen Prüfung absolviert. Die Kehler haben angeregt, dass man davon abweichen darf und bis zu drei Module per Klausur abprüfen darf. Es dürfen dann aber nicht mehr als drei Module mit einer Klausur belegt werden. Die anderen drei müssen dann mit anderen Prüfungsformen abgelegt werden und gewährleistet werden.

I: Wie ist der Ablauf der Bachelorarbeit nun im Einzelnen geregelt?

Herr Hopp: Die Bachelorarbeit wird in den letzten drei Monaten der vierzehn Monate dauernden Praxiszeit geschrieben, von Juni bis September. Die Bachelorarbeit wird also geschrieben, das ist glaube ich jetzt festgelegt worden, von 15. Juni bis 14. September. Genau drei Monate. Die Studierenden schreiben ihre Bachelorarbeit in einem Praxisschwerpunkt oder Vertiefungsschwerpunkt, den sie frei wählen können. Sie müssen einen Betreuer wählen, an der Hochschule und einen Praxisbetreuer. Beide müssen in der Lage sein, das Thema, das möglicherweise in den Bereich Organisation, Personal, Informationsmanagement hineingehört, dann auch zu betreuen. Taktisch am besten wäre es, wenn die Studierenden ihre Praxis so organisieren, dass der Praxisschwerpunkt, in dem sie ihre Arbeit schreiben, auch tatsächlich dann die letzten drei Monate absolviert wird. Das ist aber nicht zwingend. Das liegt jetzt an dem Geschick der Studierenden, ob sie das hinkriegen oder nicht. Dazu muss man ziemlich früh wissen, in welchem Bereich man die Arbeit schreibt. Aber wenn man

sich da schon mal Gedanken macht, dann kann man das so organisieren. Und es wäre auch super, wenn der Betreuer dann da vor Ort wäre. Man muss auch nicht unbedingt in dem Vertiefungsgebiet, das man gewählt hat, die Bachelorarbeit schreiben. Man hat also alle Wahlmöglichkeiten. Ich kann meine Bachelorarbeit z.B. im Bereich Führen im öffentlichen Sektor schreiben und mein Vertiefungsstudium im sechsten Semester im Bereich Leistungsverwaltung machen. Und die Bachelorarbeit dauert drei Monate und mindestens einen Monat sind die Studierenden für die Bachelorarbeit freigestellt. Und sie reden mit einem Praxisbetreuer, der sie aus der Praxis betreut und halten auch Kontakt zu dem Hochschulprofessor, der die Bachelorarbeit als Erstgutachter bewertet.

I: Wann müssen sich die Bachelors für ihre Vertiefungsschwerpunkte entscheiden?

Herr Hopp: Die Entscheidung über das Vertiefungsgebiet wird im dritten Semester getroffen, wenn sie an der Hochschule sind. Da wird das ausgeschrieben und dann müssen sie sich entscheiden.

I: Welche Vor- und Nachteile sehen Sie darin, dass die Bachelorarbeit während der Praxis gefertigt wird?

Herr Hopp: Der Vorteil der ganzen Sache ist, dass die Bachelorarbeiten noch anwendungs- und praxisorientierter werden, als es die Diplomarbeiten schon gewesen sind. Da hing es davon ab, wie weit die Professoren die Studierenden gezwungen haben, anwendungs- und praxisorientiert zu arbeiten. Oder die Studenten haben von sich selbst heraus darauf gedrängt, dass sie in der Praxis ein Thema finden, das sie in der Diplomarbeit verarbeiten. Jetzt im Bachelor ist es quasi unabdingbar, dass man ein praxisorientiertes Thema schreibt und sich sehr an der Praxis orientiert, das ist der große Vorteil der ganzen Sache. Der Nachteil ist, dass die Bachelorarbeit vor dem Vertiefungsstudium geschrieben wird. Aus Hoch-

schulsicht wäre es natürlich viel besser, wenn das, was man sich im Vertiefungsstudium aneignet und an Kenntnissen gewinnt, auch noch in die Bachelorarbeit hineinbringen könnte.

I: Das ist ja so bereits angedacht. Herr Schad hat mir von diesem Modell erzählt.

Herr Hopp: Ja, es ist jetzt angedacht. Man sieht noch ein siebtes Semester vor und lässt das Einführungshalbjahr wegfallen, oder man reduziert es auf zwei, drei Wochen. Im siebten Semester würde dann die Bachelorarbeit geschrieben werden. Das wäre ein Modell, wie man sich das in Zukunft vorstellen könnte. Aber das ist nicht so einfach durchzusetzen.

I: Wie beurteilen Sie die Internationalisierung des Studienganges der Innenverwaltung? Welche Vor- und Nachteile sehen Sie?

Herr Hopp: Die Möglichkeiten, ins Ausland zu gehen, haben sich verbessert. Durch das „Soll“. Man soll möglichst ins Ausland gehen und wir hoffen, dass natürlich mehr Studierende davon Gebrauch machen, als das im Diplomstudiengang der Fall war. Im Diplom waren es nur 10 bis 20 %, die ins Ausland gingen und das wollen wir natürlich steigern. Wir hoffen, dass möglichst viele ins Ausland gehen. Es ist dadurch ein bisschen erschwerend, dass die Studenten entweder ins Ausland gehen können oder irgendwo außerhalb der Verwaltung in Deutschland. Aber wenn wir eine Rate von 30 bis 50 % bekommen, dann können wir sicherlich zufrieden sein mit der Entwicklung.

I: Welche positiven oder negativen Aspekte sehen Sie in dem Bachelorstudiengang?

Herr Hopp: Also da gibt es zwei Antworten. Die eine Antwort ist: Unsere Hochschule steht ja in einem Umfeld anderer Hochschulen. Und für die

Hochschule wäre es ganz schlecht gewesen, wenn außer uns alle externen Hochschulen hier in Baden-Württemberg und auch bundesweit auf die neue Bachelor-/Masterstruktur umgestellt hätten. Wir wären dann dagestanden mit dem Diplom und irgendwann hätte man in der Praxis gesagt und/oder im Umfeld gesagt, was ist ein Diplom, es gibt ja nur noch Bachelor und Master. Es wäre sehr schlecht, wenn wir da einen separaten Weg gegangen wären. Insofern war der Bachelor, die Einführung, nur konsequent für uns. Und ich denke, es gab keine Alternative dazu. Alles andere wäre ungünstig gewesen für die Hochschule. Dass bei der Reform vom Diplom zum Bachelor noch nicht alles so geregelt ist, wie man sich das vielleicht gewünscht hätte, liegt daran, dass wir in der Hochschule und in dem Studiengang Innenverwaltung auf sehr viele Stakeholder Rücksicht nehmen müssen. Stakeholder sind die, die außerhalb der Hochschule stehen, aber großes Interesse an dem Studiengang haben. Das sind die Spitzenverbände, die gehören zu den Stakeholdern, die kommunalen Spitzenverbände, Verband der Verwaltungsbeamten, die Abnehmer und andere Organisationen, die in irgendeiner Weise Interesse haben an unserem Studiengang. Bei der ganzen Reform waren sie alle irgendwie beteiligt, die Spitzenverbände, die Ministerien waren beteiligt, die gehören ja auch dazu, der Verband der Verwaltungsbeamten war beteiligt, die Praxis war beteiligt. Das Problem ist, je mehr Gruppen sich bei einem Entscheidungsprozess einigen müssen, desto schlechter ist die Möglichkeit wirklich Gravierendes zu ändern. Auch die eigenen Hochschullehrer hier haben vielleicht versucht, vieles vom Diplom in den Bachelor hinüber zu retten. Und man hat manche Fächer einfach in der Zuschreibung geändert, d.h. man hatte bislang ein Fach, jetzt ist es ein Modul. Module haben aber eigentlich eine andere Idee. Die Module sollen Kompetenzen vermitteln, die man in der Praxis unmittelbar anwenden kann. Deshalb haben wir ja im Bachelor z.B. Personalmanagement und Personalrecht, Arbeitsrecht in ein Modul gespannt. Und innerhalb dieses Moduls wird jemand ausgebildet im Personalmanagement, gleichzeitig aber auch in den personal- und arbeitsrechtlichen Dingen geschult, so dass er Personalauswahl, Perso-

nalentwicklung, Personalbetreuung usw. gut praktizieren kann, auch mit der rechtlichen Konsequenz, mit den rechtlich richtigen Rahmenbedingungen. Das ist im Personal auch nur unzureichend gelungen, weil das immer noch Teilmodule sind, die auch noch sehr unabhängig von einander gelehrt werden. Da müsste man sich noch mehr Verbindungen und Kooperationen wünschen. Modellhaft ist unser Wahlpflichtfach Personalmanagement. Da versuchen wir das ja genauso zu verknüpfen. Und das ist im Bachelor vielleicht nicht überall so gelungen. Organisation und Informatik haben wir auch zusammengebunden in einem Modul, weil Organisation ohne die IT heute nicht mehr denkbar ist. Deswegen ist es sinnvoll, diese Kompetenzen sozusagen gebündelt in einem Modul zu vermitteln. Es ist jetzt ein Modul ohne Teilmodule. Nur ist es so, dass die Veranstaltungen Informatik und Organisation noch von unterschiedlichen Dozenten gelehrt werden. In Zukunft könnte ich mir vorstellen, dass wir jemanden berufen, der Organisation und IT verbinden kann, in einer Person verbinden kann, in seiner Kompetenz als Professor, um es dann integriert lehren zu können. Das wäre sozusagen die Zielsetzung. In anderen Modulen ist das noch weniger realisiert worden – dieses Kompetenzmodell, das eigentlich in der Modularisierung stecken soll. Das kritisiere ich an der ganzen Sache. Das ist auch nicht ganz so einfach herzustellen. Gerade in einem Studiengang, in dem man, wie in unserem, so viele verschiedene Fachgebiete unter ein Dach bringen muss. Da ist natürlich klar, dass die Professoren jeweils ihr Fachgebiet hochhalten und dafür kämpfen und nicht so viel Verständnis haben für das andere Fachgebiet. Es ist uns nicht gelungen, dass man das wirklich aufgebrochen hat. Da braucht man auch eine neue Generation von Professoren, die mit dieser Interdisziplinarität besser umgehen können, als jene, die im Diplomstudiengang groß geworden sind.

I: Bisher war es wohl auch so, dass die Praktikantinnen und Praktikanten in der zweiten Praxisphase gerne zum Ministerium gegangen wären. Das Ministerium hätte wohl auch gerne Leute von dieser Hochschule genommen, aber das war nicht zulässig. Warum wird diese Grenze jetzt nicht mit dem Bachelor geöffnet?

Herr Hopp: Das wäre der Wunsch der Hochschule gewesen, dass das auch genauso möglich ist, wie ein Praktikum in der kommunalen Verwaltung, im Landratsamt oder im Regierungspräsidium. Das ist politisch nicht durchsetzbar gewesen. Das liegt auch daran, dass die Kommunen zu 90 % die Anwärterbezüge bezahlen, über den Kommunalen Finanzausgleich und die meinen halt, wenn sie bezahlen, haben sie auch einen Anspruch darauf, dass die Studierenden in der Praxis ihnen zur Verfügung stehen und nicht der staatlichen Verwaltung, dem Ministerium. Andererseits ist die Arbeit in den Ministerialverwaltungen nicht immer gut geeignet für Praktikanten im gehobenen Dienst. In Ausnahmefällen ist das aber doch möglich. Das machen wir, obwohl man das nicht gerne sieht.

I: Haben Sie sonst noch Anmerkungen?

Herr Hopp: Ja, ich hätte noch eine Anmerkung zu den Modulprüfungen im Bachelor. Vorteil ist, dass wir studienbegleitende Prüfungen haben, nach jedem Semester, nicht mehr nur nach einem Jahr Studium. Bis zu einem Jahr nichts und dann geballt – so war es bisher. Das ist sicherlich ein Vorteil, dass man die Prüfungen ein bisschen mehr auf das Studium verteilt. Nachteil ist, dass es vielleicht zu viele Prüfungen sind. Zu viele Einzelprüfungen, zu viele Modulprüfungen und dass die Studierenden alle Module bestehen müssen. Und dass wir zu viele Module mit Klausuren abprüfen. Das war eigentlich anders gedacht. Dass man mehr auf andere Prüfungsformen übergeht und mehr alternative Prüfungsformen realisiert. Das ist uns nicht gelungen im Bachelor.

I: Wie sollten diese Prüfungsformen dann aussehen?

Herr Hopp: Präsentationen, Hausarbeiten, man könnte es auch durch Essays oder Ähnliches gewährleisten. Also in dem neuen Public Management Master führen wir auch das Essay als Prüfungsform ein. Da wird man einige Klausuren wegfällen lassen, zugunsten anderer Prüfungsformen. Das wäre sicherlich sinnvoll gewesen, auch im Hinblick auf die Vermittlung von methodischen und sozialen Kompetenzen. Die kann man sicherlich nicht in Klausuren abprüfen. Die müsste man in anderen Zusammenhängen abprüfen und je mehr man Präsentationen, Projektarbeiten oder Essays oder Ähnliches macht, hätte man möglicherweise in stärkerem Maße diese Qualifikationen fördern können. Die Chance hat man ein bisschen verschenkt. Da wäre auch Nachbesserung notwendig und das wird ja auch allgemein zum Bachelor-/Mastersystem gesagt. Eigentlich wollte man die sozialen und methodischen Kompetenzen stärken und was ist passiert? Es ist fast noch fachlicher ausgerichtet, als die Diplomstudiengänge. Das hätte man vermeiden können.

I: Vielen Dank für das informative Gespräch und dass Sie sich Zeit für das Interview genommen haben.

Anlage 33: Protokoll über die Teilnahme am AG-Tag

Datum: 26. Januar 2010

Beginn: 10.00 Uhr

Ort: AG-Standort Landratsamt Ludwigsburg

Vertiefungsbereich: „Kommunalpolitik, Führung im öffentlichen Sektor“.

Teilnehmer: 21

Thema der Veranstaltung:

„Aktuelle Herausforderungen der Kommunalpolitik“

Räumlichkeiten und Teilnehmer:

Beim Betreten des Landratsamtes Ludwigsburg weisen Schilder den Weg zum AG-Schulungsraum im Erdgeschoss. Dieser ist ähnlich einem Klassenzimmer aufgebaut. Die aufgestellten Namensschilder weisen jedem Teilnehmer einen Platz zu. Heute sind 21 Studierende anwesend. Davon studieren etwa drei Viertel an der Hochschule Kehl und ein Viertel an der Fachhochschule Ludwigsburg.

Verlauf des AG-Tages:

Nach einer Begrüßung stellt sich der Dozent kurz vor. Er nennt das Thema und erklärt den Verlauf des heutigen Tages. Dieser gestaltet sich wie folgt:

Zur Bearbeitung des Themas „Aktuelle Herausforderungen der Kommunalpolitik“ wird die AG in vier Gruppen eingeteilt. Mit Hilfe des Beamer werden mehrere Themengebiete an die Wand projiziert, die alle aus dem kommunalpolitischen Alltag stammen. Jedes Team darf aus den vorgegebenen Bereichen einen auswählen. Die Gruppen entscheiden sich für die Themengebiete: Demographischer Wandel, Klima- und Umweltschutz, Stadtmarketing und Familie und Kinder. Zunächst soll jede Gruppe die Problemstellung ihres Themas erkennen und benennen. Des Weiteren sind kommunalpolitische Widerstände und Herausforderungen gemein-

sam zu erarbeiten. Die Gedanken werden auf Präsentationskärtchen geschrieben und nach Sachgebieten sortiert. Zum Sammeln von Ideen wird eine Bearbeitungszeit von einer Stunde angesetzt. Nach Abschluss dieser Arbeit stellen alle Teams der Reihe nach ihre Ergebnisse vor. Die auf den Kärtchen notierten Probleme und Herausforderungen werden an eine Präsentationswand geheftet.

Anschließend werden die Themenbereiche getauscht. Jedes Team muss sich nun mit den Problemen befassen, die die andere Gruppe im jeweiligen Bereich feststellen konnte. Z.B. erhielt die Gruppe, die sich mit dem demographischen Wandel befasste das Thema Klima- und Umweltschutz. Es gilt nun Lösungen für die, von der anderen Gruppe aufgeworfenen Probleme, zu erörtern und wieder stichwortartig zu notieren. Auch diese Ergebnisse werden den anderen Teams der Reihe nach vorgestellt und an die Präsentationswand geheftet.

Zum Abschluss wird eine Gemeinderatsitzung nachgespielt. In jeder Gruppe wird intern ein Bürgermeister bestimmt, die anderen Mitglieder der jeweiligen Gruppe verkörpern die Verwaltungsmitarbeiter. Aus ihren gefundenen Lösungsansätzen sucht jedes Team zwei bis drei Bereiche heraus. Diese werden als „Tagesordnungspunkte“ aufgenommen. Während der Reihe nach immer eine Gruppe die Verwaltungsseite repräsentiert, verkörpern die anderen Teilnehmer der AG die Gemeinderäte. Der „Bürgermeister“ stellt das Problem und den Lösungsansatz vor und fordert die „Gemeinderäte“ auf, Fragen zu stellen. Gemeinsam werden die von der „Verwaltungsseite“ vorgeschlagenen Lösungen diskutiert. Die „Verwaltungsseite“ ist gefordert, die kritischen Fragen der „Gemeinderäte“ zu beantworten und letztlich eine Abstimmung herbeizuführen. Der Lehrbeauftragte beteiligt sich ebenfalls an der Diskussion, hinterfragt die Lösungsansätze und gibt Ratschläge, wie in den verschiedenen Situationen seitens der Verwaltung reagiert werden sollte.

Feedbackbögen:

Nach Beendigung des AG-Tages füllen die Teilnehmer, die die AG zum letzten Mal besuchen einen Feedbackbogen aus. Dieser stammt von Frau Weller, der Ausbildungsleiterin des Landratsamtes Ludwigsburg. Inhalte dieses Feedbackbogens sind:

- Zufriedenheit mit der Organisation der AG
- Zufriedenheit mit der Themenauswahl
- Beurteilung der pädagogischen und fachlichen Kompetenz der Lehrbeauftragten
- Nutzen für das Studium und persönlicher Nutzen
- Anregungen zu der Organisation, den ausgewählten Themen
- Sonstiges
- AG hat gefallen oder nicht gefallen.

Anlage 34: Verlauf anderer Studiengänge im gehobenen Dienst**Rechtspfleger:**

Studium I	12 Monate
Studienpraxis I	13 Monate
Studium II	9 Monate
Studienpraxis II	2 Monate

Allgemeine Finanzverwaltung:

Grundstudium	12 Monate
Praxisphase	12 Monate
Vertiefungsstudium	12 Monate

Steuerstudium:

Grundstudium I	5 Monate
Praxisphase I	6 Monate
Grundstudium II	4 Monate
Praxisphase II	2 Monate
Grundstudium III	5 Monate
Praxisphase III	5 Monate
Hauptstudium	7 Monate
Praxisphase IV	2 Monate

Polizeidienst:

Vorausbildung	9 Monate
Grundpraktikum	6 Monate
Grundstudium	12 Monate
Hauptpraktikum	6 Monate
Hauptstudium	12 Monate

Anlage 35: Übersicht Bachelor of Arts Public Management – Studieninhalte und Studienablauf

Sept.	Einführungspraktikum (EP) mit Einführungslehrgang (EL): <ul style="list-style-type: none"> • EP: Aufgaben und Arbeitsweise einer Verwaltungsbehörde z.B. im Ordnungsamt und Personal- & Organisationsamt kennen lernen • EL: Grundzüge des Verwaltungsrechts, Aufgaben und Organisation der öffentlichen Verwaltung, Bescheidtechnik und Umgang mit Gesetzen
Okt.	
Nov.	
Dez.	
Jan.	
Feb.	Grundlagenstudium (GLS): <ul style="list-style-type: none"> • Kenntnisse, die im GLS vermittelt werden: <ul style="list-style-type: none"> - Europarecht, Staatsrecht, Grundlagen des Verwaltungsrechts - Ordnungs- und Planungsrecht - Sozialrecht - Kommunalrecht - Unerlaubte Handlungen, Schadensersatzrecht, BGB-Allgemeiner Teil, Schuldrecht, Ordnungswidrigkeitenrecht, Sachenrecht, Familien- und Erbrecht, Zivilprozessrecht - Finanzwirtschaft der Kommunen, Haushaltsrecht des Landes, Einführung in die öffentliche BWL, Rechnungswesen, Verwaltungs- und Unternehmenssteuerung, Unternehmen und Beteiligungen - VWL, Soziologie - Verwaltungsinformatik/Organisation - Personalmanagement, Arbeitsrecht, öffentliches Dienstrecht - Psychologie (Grundlagen)/Statistik, Soziale Kompetenzen
Mär.	
Apr.	
Mai	
Jun.	
Jul.	
Aug.	
Sept.	
Okt.	
Nov.	
Dez.	
Jan.	
Feb.	
Mär.	
Apr.	
Mai	
Jun.	Praktische Ausbildung (PA) mit AG: <ul style="list-style-type: none"> • PA in vier der fünf Vertiefungsbereiche: <ul style="list-style-type: none"> - Organisation, Personal, Informationsverarbeitung - Ordnungsverwaltung - Leistungsverwaltung - Wirtschaft und Finanzen, öffentliche Betriebe und Kommunalpolitik, Führung im öffentlichen Sektor • Anwendung der Kenntnisse aus dem GLS, sammeln vertiefender praktischer Erfahrungen und Vorbereitung auf das VS • AG's: 14-tägig, umfassen insgesamt 85 Unterrichtsstunden • Bachelorarbeit: 15. Juni bis 14. September
Aug.	
Sept.	
Okt.	
Nov.	
Dez.	
Jan.	
Feb.	
Mär.	
Apr.	
Mai	
Jun.	Vertiefungsstudium (VS): 1 aus 8 Vertiefungsschwerpunkten <ul style="list-style-type: none"> - Personal, Organisation, Informationsmanagement - Ordnungsverwaltung: Bauen und Umwelt <u>oder</u> Zuwanderung - Leistungsverwaltung: Sozialleistungsverwaltung <u>oder</u> Bildungs-, Kultur- und Sportmanagement - Wirtschaft und Finanzen: Kommunalwirtschaft <u>oder</u> Öffentliche Unternehmen - Führung im öffentlichen Sektor
Okt.	
Nov.	
Dez.	
Jan.	
Feb.	

Anlage 36: Überblick über den Studienverlauf Bachelor Public Management

Studienverlauf Bachelor Public Management bisher

	SS	WS	SS	WS	SS	WS
Einführungshalbjahr	1 Grundlagenstudium (GLS)	2 GLS	3 GLS	4 Praxis	5 Praxis Bachelorarbeit	6 Vertiefungsstudium
1.9.	1.3.	15.9.	1.3.	15.7.		15.9. Ende: 28.2.

Studienverlauf Bachelor Public Management neu

	WS	SS	WS	SS	WS	SS	WS
Ein Monat Einführung Praxis	1 Grundlagenstudium (GLS)	2 GLS	3 GLS	4 Praxis	5 Praxis	6 Vertiefungsstudium	7 Bachelorarbeit Praxis
1.9.	1.10.	15.3.	1.10.	1.3.		15.3.	1.10. Ende: 28.2.

Quelle: Herr Prof. Schad, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Studienverlauf Bachelor Public Management (eigener Vorschlag)

	WS	SS	WS	SS	WS	SS		WS	
Ein Monat Praxis	1 GLS	2 GLS	3 GLS	4 Praxis	5 Praxis	6 Vertiefungsstudium		7 Praxis	
						Studium	Bachelorarbeit	Bachelorarbeit	DLA
1.9.	1.10.	15.3.	1.10.	15.2.		15.3.	1.9.	1.10.	1.12. Ende: 28.2.